

Das Problem des Normalen in der Nationalökonomie

**Beitrag zur Erforschung der Störungen
im Wirtschaftsleben**

**Von
Norbert Pinkus**



Duncker & Humblot *reprints*

Das Problem des Normalen in der Nationalökonomie.

Das

Problem des Normalen

in der Nationalökonomie.

Beitrag zur Erforschung der Störungen im
Wirtschaftsleben.

Von

Dr. N. Pinkus.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1906.

Alle Rechte vorbehalten.

Meinen Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorrede	XI—XVI
Erstes Kapitel. Geschichte der nationalökonomischen Werturteile	1—246
1. Das System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei	1— 11
Allgemeines.— Weltanschauung der Renaissance.— Merkantilismus. — Steuart. — Büsch. — Lauderdale. — Ferrier. — Ganalh. — St. Chamans.	
2. Das System der natürlichen Freiheit	11— 31
Allgemeines. — Lacroix. — Cumberland. — Englischer Liberal-Merkantilismus des 17. Jahrhunderts. — Petty. — Considerations upon the East-India Trade. — Anfänge des Liberalismus in Frankreich. — Boisguilbert. — d'Argenson. — Quesnay: Das „natürliche“ Gesetz. „Maximes“. Tableau économique. La crise effrayante. „Problèmes“. — Die physiokratische Schule. — Mirabeau. — Turgot. — Wechselwirkung zwischen Frankreich und England. — Tucker. — Hume.	
3. Die klassische Nationalökonomie	31— 71
Ad. Smith: Harmonismus. — Harmonistische Krisentheorien. — J.-B. Say. — James Mill. — Bastiat. — F. Passy. — Molinari. — J. Wolf. — Leroy — Beaulieu. Spiethoff. — Pohle. — Oldenberg. — L'humanité doit fatalement progresser! — Reaktion. — Malthus: Pessimismus. Übervölkerung und Überproduktion. — Sismondi: Die Norm der Produktion und der Bevölkerung. L'organisation sociale est mauvaise. Die soziale Reform. — Chalmers. — Ricardo. — J. St. Mill. — Rossi. — Chevalier.	
4. Abstrakte Theorien	71—118
Das Erbe der klassischen Schule. — Cournot. — Gossen. — Thünen: Thünens Methode. Verschiedenheit	

<p>der Fragestellung in den zwei Teilen des „Isolierten Staates“. Die Aufgabe des zweiten Teiles. Der Gedankengang des „Naturgemäßen Arbeitslohnes“. Die Thünen-Kritik. — Stillstand der 50er und 60er Jahre. — Jevons. — Walras. — Fontaneau. — Launhardt. — Auspitz und Lieben. — I. Fisher. — Pareto. — Die „exakte“ Schule. — C. Menger. — Wieser. — Komorzynski. — Effertz. — Marshall. — Taylor. — „Abstraktion“ und Individualismus.</p> <p>5. Sozialismus</p> <p>Die „Fortsetzung der Revolution“. — Godwin. — Paine. — Hall. — Thompson. — Owen. — Saint-Simon. — Fourier. — Blanc. — Vidal. — Proudhon. — Rodbertus. — Marx: „Materialistische“ Geschichtsauffassung. A. Menger. Foxwell. Die Zusammenbruchstheorie. „Antagonismus“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Immanente Widersprüche derselben. Das „soziale Wunder“. Tugan-Baranowski. Vereinigungstheorie. Stammler. Diehl. Simkhowitsch. Bernstein. Tugan-Baranowski. Struve. Woltmann. Marx' Ideologie im „Kapital“. Die „Geburtswehen“. — Engels. — Tugan-Baranowski. — Robertson. — Hobson. — Wittelshäuser. — Agrarsozialisten: George. Flürsheim. Hertzka. Oppenheimer. — Dühring: Normalität und Krisen. Das „sozialitäre“ Prinzip. „Normale“ Störungen. Andauernd abnorme Zustände.</p> <p>6. Deutsche Nationalökonomie</p> <p>Vorbemerkung. — Fichte. — Sartorius. — Lotz. — Adam Müller. — List: Die „normalmäßige“ Nation. Die natürliche Entwicklung. Störungen. — Die Übergangszeit der 1820er und 30er Jahre. — Rau. — Bernhardi. — Roscher. — Die biologische Analogie: Wirth. Öchelhäuser. Wasserrab. Verein für Socialpolitik. May. Liefmann. Sombart. Biermer. Schäffle. Neurath. — Die „ethische“ Richtung. — Hermann. — Schütz. — Hildebrand. — F. Lange. — „Kathedersozialismus“. — G. Cohn. — Knies: Relativismus. Realismus. Das Seinsollende als „Punkte in einer stetig sich bewegenden Entwicklung“. Quelle des Irrtums. — Brentano. — Schmoller: Die wissenschaftliche „Strenge“. Das Gerechte und das Normale. „Unstrenge“. Krisentheorie. — Sombart: Das Normale. Krisentheorie. Statt der Krisenlehre eine Theorie der Konjunkturen. Gegenbeweis.</p>	<p>119—192</p> <p>192—246</p>
--	-------------------------------

	Seite
Zweites Kapitel. Das Problem des Normalen	247—263
Rückblick. — Zweideutigkeit des Begriffes des Normalen. — Das Normale nach Durkheim. — Das Normale nach Tarde. — Tardes Krisentheorie. — Naturgesetz und Norm. — Quetelet. Lexis. Sigwart. — Definition des Normalen. — Simmels Relativismus. — Das Normale im Wirtschaftsleben. — Tucker. Ricardo. — „Objektivisten“ und „Ideologen“. — Die literarische Form: „Utopien“. — Konklusion.	
Drittes Kapitel. Theorie der wirtschaftlichen Störungen	264—291
Fragestellung. — Das Normale und die wirtschaftlichen Störungen. — Aufgaben einer objektiven Theorie der Störungen. — Unterscheidung der Störungen von sonstigen Schwankungen. — Unterschied von den periodischen Schwankungen. — Unterschied der „Störungen“ von den „zufälligen“ Schwankungen. — Juglar. — Des Essars. — Tugan-Baranowski. — Jastrow. — Die Enquête des Vereins für Sozialpolitik. — Helfferich. — Eulenburg. — „Bestimmtheit“ und „Bestimmbarkeit“ des Begriffs der Störung. — Kalkulation. — Bankrotte. — Solidarität der scheinbaren Antagonisten. — Wesen und Ursachen der Störungen. — Herkner. — Vergleichung der Störungen mit sonstigen Schwankungen. — Geyer. — Denis. — Tugan-Baranowski. — Eulenburg. — Entwurf einer Methode zur Berechnung der „Wichtigkeitskoeffizienten“. — Wirtschaftsperioden. — Abweichungen. — Die durchschnittliche Abweichung. — Konjunkturkoeffizienten. — Störungskoeffizienten. — Rein vergleichende Bedeutung der Koeffizienten. — Bedeutung unserer Methode für die teleologische Behandlung des Problems. — Theoretische Bedeutung der Störungen.	

Vorrede.

Es gibt wohl in jeder Wissenschaft Begriffe, die von den meisten Forschern als allgemein bekannt vorausgesetzt und gebraucht werden, und deren Erörterung als banal oder gar geschmacklos unterlassen zu werden pflegt. Viele von diesen Begriffen werden sehr bald Allgemeingut und Grundlage von einander widersprechenden Theorien, ohne daß die Frage ihrer Existenzberechtigung aufgeworfen wird. Legt man aber an diese „Selbstverständlichkeiten“ ein kritisches Maß an, so ergibt es sich sofort, daß die Quelle dieser scheinbar einfachen „Erkenntnisse“ von vornherein recht trübe war und daß ihr Sprachgebrauch — durch die in ihnen verschleiert zur Geltung gelangenden Lust- und Unlustgefühle sowie persönliche und Parteiinteressen — immer vieldeutiger wird.

Jedem in der nationalökonomischen Literatur einigermaßen Bewanderten ist es sicherlich aufgefallen, wie sehr der Fortschritt der Forschung durch diese unklaren Begriffsbildungen beeinträchtigt wird. Man wüßte da kaum ein Gebiet zu nennen, das von den scheinbar harmlosen und plausiblen Vorstellungen der Gesundheit und Krankheit, Harmonie und Disharmonie, des Gleichgewichts und der Gleichgewichtsstörung, des Natürlichen und Unnatürlichen, des Proportionierten und Unverhältnismäßigen, des Guten (z. B. „gute“ Zeiten) und Schlechten, der Ordnung und des Chaos, oder — ganz allgemein gesprochen — von den Vorstellungen des wirtschaftlich Normalen und Abnormalen gänzlich frei wäre. Ja, gar manche Streitfragen der Wert-, Preis-, Lohn-, Zins-, Kapital-, Einkommens- u. a. Lehren

dürften sich einfach in die Uneinigkeit der Autoren über diese angeblichen Trivialitäten auflösen. Nirgends aber ist die Herrschaft dieser Schädlinge so groß, wie auf dem Gebiet der Krisenforschung; letztere ist es auch gewesen, welche mich zu der Frage führte, die ich auf dem Titelblatt genannt habe.

Die fast unübersehbare Fülle von Krisentheorien, die noch neuerdings um das Jahr 1901 herum zutage gefördert wurde und die demgegenüber erstaunliche Ergebnislosigkeit der statistischen Behandlung des Gegenstandes scheinen mir die Quellen der in dem theoretischen Denken eingebrochenen Entmutigung zu sein, die sich zuletzt in der Unmöglichkeitserklärung der Krisentheorie seitens Sombart kundgab. Angesichts dessen drängte sich mir die Frage auf, ob denn diese Bankrotterklärung der bisherigen, von der Vorstellung der „Abnormität“ der Krisen ausgehenden Krisenlehre, und nicht der Krisenlehre überhaupt, zu gelten habe. Um diese Frage zu beantworten, lag es nahe, die Grundidee der bisherigen Krisenforschung — den Begriff des wirtschaftlich „Abnormalen“ — näher zu untersuchen und dann die Vorfrage nach dem wirtschaftlich „Normalen“ aufzuwerfen. So ergab sich für mich die Verknüpfung des recht allgemeinen Hauptproblems dieser Schrift mit dem spezielleren Krisenproblem *), und es erwuchsen hieraus im einzelnen folgende Aufgaben.

Zunächst galt es, den dogmengeschichtlichen Nachweis dafür zu erbringen, eine wie wichtige Rolle die eingangs erwähnten Begriffe und Metaphern in der national-ökonomischen Theorie überhaupt gespielt haben und noch spielen, trotz der vielen Ermahnungen und Klagen, die seit alters her darüber geführt wurden. Dass sie in der Erörterung von praktisch-politischen Tagesfragen kaum zu

*) Wir werden z. B. sehen, dass den Urteilen über das „Zuviel“ von Gütern und Menschen, d. h. den Überproduktions- und Übervölkerungstheorien, dieselben Vorstellungen vom „richtigen Maß“ des einen und des anderen zugrunde liegen. Vgl. unten die Darstellung der Lehren von Malthus, Sismondi und Chalmers.

vermeiden sind, zumal die Streitenden wohl geneigt sind, den Widerpart als „pathologische“ Erscheinung (womöglich mit „letal er Prognose“) zu bezeichnen, — liegt auf der Hand; es braucht daher das rein politische Denken, sofern sich dasselbe von der theoretischen Forschung scheiden lässt, nicht in diese Betrachtung hineingezogen zu werden. Nur die Theoretiker, und zwar mit Vorliebe diejenigen, die auf ihre „Objektivität“, „Exaktheit“ und „Strenge“ besonderen Nachdruck legen, sollen zu Worte kommen; und es soll der Nachweis der häufig angedeuteten Tatsache versucht werden, daß gerade dies „reine“ nationalökonomische Denken durch Werturteile, Wünsche, Stimmungen und allerlei andere subjektive Momente recht stark getrübt zu werden pflegt. Es stellt sich dann heraus, daß auch die subjektivsten Theorien durch Verwendung einer von den Naturwissenschaften übernommenen Ausdrucksweise einen Schein von Objektivität und strenger Wissenschaftlichkeit erhalten, der nicht nur deren Schöpfer, sondern auch weiteste Kreise über deren tatsächlichen Inhalt zu täuschen vermag.

Daß es keine leichte Aufgabe ist, das so häufig Verschwiegene auszusprechen, das hinter dem „Selbstverständlichen“ Verborgene aufzudecken und die Selbsttäuschungen der Autoren als solche erkennen zu lassen, — dessen war ich mir voll bewußt. Allein ich durfte mir diese Aufgabe wesentlich vereinfachen, indem ich vieles nur streifte oder andeutete, was aus den dogmengeschichtlichen Werken Roschers, Cossas, Ingrams, Lesers, A. Onckens u. a. als hinlänglich bekannt vorausgesetzt werden konnte. Auch mußten die Wahl der zu besprechenden Autoren und der ihnen zuzumessende Raum allein durch die Bedeutung derselben für unser spezielles Problem, und nicht durch ihre sonstigen Leistungen, bestimmt werden *).

Was speziell die Krisenliteratur anbetrifft, so war ich in der glücklichen Lage, mich an das vortreffliche Werk

*) So habe ich die Lehren eines Marx ganz besonders eingehend behandelt, da ich sie als ein markantes Beispiel für meine These ansehe.

E. von Bergmanns*) anzulehnen, welcher bekanntlich in verdienstlicher Weise die ursächlichen Erklärungen der Krisen zusammengestellt und kritisch untersucht hat; in betreff der seitens der einzelnen Krisentheoretiker angegebenen Ursachen der Krisen durfte ich also auf Bergmann verweisen, seine Leistung bis auf die Gegenwart weiterführen und nur in manchen wesentlichen Punkten vervollständigen.

Ist seitens Bergmanns ein gut Teil der dogmengeschichtlichen Aufgabe gelöst, so fragt es sich, ob hiermit auch alles oder das Wichtigste getan ist. Sind die ursächlichen Erklärungen die wichtigsten Bestandteile der einzelnen Krisentheorien? Und noch mehr: bilden sie deren Wesen oder bloß Akzidentien, die durch mehr oder weniger zufällige Momente bestimmt werden? Ich glaube, im letzteren Sinne antworten zu müssen. Denn legt man, gleich Bergmann, das Hauptgewicht auf den Kausalnexus, so lassen sich die Krisentheorien bestenfalls „nach ihrer allgemeinen Verwandtschaft“ in Gruppen vereinigen; dann werden Theorien verschiedenster Richtungen und Schulen durcheinander gewürfelt, weil es ja sehr wohl vorkommen kann, daß ein Individualist und ein Sozialist in derselben Erscheinung die „Ursache“ der Krisis erblicken.

Nur die Definitionen der einzelnen Krisentheoretiker können uns eine feste Grundlage zu einer brauchbaren Klassifikation abgeben; nur durch sie wird eine Orientierung in der Unmasse von Erklärungen der Krisen möglich; nur sie vermögen — last not least — den Zusammenhang der Krisentheorien mit den sonstigen Lehren der betreffenden Schulen aufzudecken. Denn die Definitionen bilden den Kern und den Ausgangspunkt aller Theorien; gelangen doch in ihnen die Ansichten der Autoren darüber zum Ausdruck, worin sie das Wesen der zu untersuchenden Erscheinung — der Krisen erblicken. Nun gehen aber die Krisen

*) E. v. Bergmann, Die Wirtschaftskrisen. Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien. Stuttgart 1895.

theoretiker durchweg von der Unterscheidung der „schlechten“ und „guten“ Zeiten aus; sie legen mithin ihren Definitionen Urteile — und wie ich eben nachweisen möchte — Werturteile zugrunde, die wiederum durch ihre sittlichen, politischen u. dergl. Wertmafsstäbe bestimmt werden. Da aber letztere im wesentlichen die soziale Weltanschauung jeder Gruppe von Autoren ausmachen, so wird hier die Quelle des Zusammenhangs ihrer Krisentheorien mit den Grundideen ihrer „Schule“, d. h. desjenigen Zusammenhangs, den wir bei Bergmann vermissen *), blofsgelegt.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß, wo die subjektiven Wertmafsstäbe ausschlaggebend sind, die Meinungen auseinandergehen müssen, wo dagegen lediglich Beobachtung oder gar Zählung nötig ist — sich sogar Vertreter entgegengesetzter Richtungen zusammenfinden können. So lag es in der Natur der Sache, daß die Abschnitte meiner „Geschichte der nationalökonomischen Werturteile“ (I. Kapitel) mit denen allgemeiner dogmengeschichtlicher Werke gleichlautend überschrieben werden konnten. Dies ist mit dem wichtigen Vorteil verbunden, daß so manche wohlvertraute Vorstellung wachgerufen wird, welche außerhalb des genannten Zusammenhangs erst ausführlich erörtert werden müßte.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Vorteil scheint mir aus meiner Fragestellung insofern zu erwachsen, als sich meine Kritik allein auf die Frage nach der wirklichen Beschaffenheit der einzelnen Lehren erstreckt und nicht darin zu bestehen hat, daß den vielen Werturteilen ein weiteres — mein eigenes gegenübergestellt wird, um sie auf ihre „Richtigkeit“ hin zu prüfen. Denn dies

*) Freilich, Bergmann hebt selber in seinen „Schlußbetrachtungen“, a. a. O., S. 430, hervor, daß nur darin Übereinstimmung der einzelnen Autoren herrsche, „daß die Krisen als die stärksten Störungen des normalen oder wenigstens des gewohnten und gemeinhin erwarteten Ganges des Wirtschaftslebens angesehen werden“; merkwürdigerweise hat er aber hieraus keine Konsequenzen gezogen.

würde bedeuten, den gleichen methodischen Fehler zu begehen, dessen man andere zu zeihen beabsichtigt.

Keiner ausdrücklichen Rechtfertigung bedarf es sicherlich, daß ich genaue, meist wörtliche Zitate der so häufig irreleitenden und miffsbräuchlichen „freien“ Wiedergabe vorgezogen habe. Ich glaube nämlich, daß dies das einzige Mittel ist, um allerlei Mifsdeutungen, vor allem aber das so gefährliche Herauslesen eigener Gedanken aus fremden Lehren zu vermeiden; ein gutes Beispiel derartiger „Ver einfachung“ werden wir bei der Besprechung der Thünen schen Theorie kennen lernen.

Das Fazit der im dogmengeschichtlichen ersten Kapitel gewonnenen Einsichten soll im folgenden Kapitel gezogen und ferner die Frage erörtert werden, ob denn eine Verschmelzung der Wertschätzung mit dem objektiven Denken, wie sie in der Literatur unseres Problems gang und gäbe war, eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Eine Nutzanwendung der in den ersten zwei Kapiteln aufgestellten Thesen und Illustration derselben fällt dem letzten Kapitel zu; die darin vorzuschlagende und zu begründende Methode der statistischen Behandlung wirtschaftlicher Störungen soll in concreto veranschaulichen, wie man m. E. ohne den Begriff des „Normalen“, bzw. „Abnormalen“ auskommen könnte. Diese Illustration des Grundgedankens der vorliegenden Arbeit steht mithin und fällt mit diesem, — nicht aber umgekehrt. Durch meine Methode hoffe ich endlich eine sachliche Handhabung der einschlägigen statistischen Daten nahegelegt zu haben, während die Subjektivität der meisten bisherigen Definitionen der wirtschaftlichen Störungen weitgehende Willkür in der Benutzung jener Daten nach sich zog.

Erstes Kapitel.

Geschichte der nationalökonomischen Werturteile.

One of the greatest Reasons why so few People understand themselves, is, that most Writers are always teaching Men what they should be, and hardly ever trouble their heads with telling them what they really are.

Mandeville, Fable of the Bees.

1. Das System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei.

Dem ersten der herkömmlichen drei „Systeme“ der Nationalökonomie können wir im engen Rahmen unserer Darstellung nur wenig Raum widmen. Denn erstens fällt die Blütezeit des „Merkantilsystems“ ins 17. Jahrhundert, in eine Zeit also, die der modernen wirtschaftlichen Entwicklung und deren Störungen noch fern liegt; zweitens aber besteht dies System in Maßregeln praktischer Wirtschaftspolitik, bei der man in erster Linie an die Namen eines Cromwell und eines Colbert, und nicht an die von Theoretikern, zu denken hat*). Gewifs zeichneten sich gerade das 16. und 17. Jahrhundert durch mancherlei Übelstände — wie ungeheuere Teuerung, Münzverschlechterungen,

*) Vgl. J. K. Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, übers. von E. Roschlau, II. Aufl., Tübingen 1905, S. 47; L. Cossa, Histoire des doctrines écon., Paris 1899, S. 209; Em. Lesers Einleitung zu den von ihm herausg. William Staffords Drei Gesprächen über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen, Leipzig 1895; A. Oncken, Geschichte der politischen Ökonomie [„Hand- u. Lehrb. d. Staatsw.“ III, 1], S. 147 ff.

Überfüllung mancher Gewerbe (z. B. des Handels), Massenarmut der Landbevölkerung (infolge der Einhegungen in England), u. dergl. m. — aus; gewifs war dadurch Anregung genug zum wirtschaftlichen Denken gegeben*). Aber man beurteilte all diese Erscheinungen vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus, bestenfalls — von dem eines Geschäftsmannes und gab daher Ratschläge, die im wesentlichen darauf hinausliefen, wie man der Not abhelfen könnte.

Das volkswirtschaftliche Credo dieser Zeit kann nur im Zusammenhang mit den politischen Losungsworten und der allgemeinen Weltanschauung der Renaissance begriffen werden, wie dies in vortrefflicher Weise von A. Oncken, dem wir hier im wesentlichen folgen, dargetan worden ist**). Er weist mit Recht darauf hin, wie dank den bahnbrechenden Entdeckungen und Erfindungen die Geister von der örtlichen Enge und Gebundenheit und von den Fesseln der Kirche und der Ritterschaft sich zu befreien suchen und wie dadurch die Reaktion gegen den grübelnden, asketischen, alles Sinnliche verurteilenden und alles nivellierenden Geist des Mittelalters neue Kräfte bekommt. Heidnisch wird die Kunst, in der man wieder Sinn und Mut für das Nackte gewinnt, heidnisch — die Ethik und Politik, in denen man die Berechtigung des Eigennutzes zu behaupten wagt. Keinem geringeren, als Montaigne, gehören doch die bezeichnenden Worte: „keiner gewinnt etwas, ohne dass ein anderer Schaden dabei hat und demnach müfste man alle Arten von Gewerbe für strafbar halten . . . Prüfe nur

*) Vgl. Thomas Morus, *De optimo reip. statu deque noua insula Utopia*, 1518, S. 66 und passim; W[illiam] S[tafford], a. a. O.; und William Temple, *Observations upon the Un. Prov. of Netherlands*, 1672; ich zitiere nach der Ausgabe von 1814: „*Works, complete in 4 vols*“, London, vol. I, S. 180 („there seem to be grown too many traders“).

**) Vgl.: A. Oncken, a. a. O., S. 148 ff.; Em. Leser, *Merkantilsystem*, Artikel im „Handw. d. Staatsw.“, II. Aufl., Bd. V, Jena 1900, S. 751 ff.; G. Cohn, *Colbert*, Art. das., Bd. III, S. 64.

jeder sein eigenes Herz, und er wird finden, daß unsere geheimsten Wünsche meistens auf Kosten anderer entstehen und genährt werden. Indem ich dies betrachte“ — heißt es bei Montaigne weiter — „fällt mir ein, daß die Natur auch hierin nicht von ihrer allgemeinen Einrichtung abweicht“ *).

Konsequent weiter ausgebildet führen diese Ideen in gerader Linie zum „bellum omnium contra omnes“, wobei das Spiel der Einzelegoismen, sich selbst überlassen, keinerlei Ordnung zu schaffen vermag. Es liegt also im Interesse aller, sich einem größeren Egoismus — etwa im Sinne des Hobbeschen „Leviathans“ **) — zu unterordnen. Da nun von der Kirche und der Ritterschaft — diesen zwei Grundpfeilern der mittelalterlichen Ordnung — nur erbitterter Widerstand zu erwarten wäre, so überträgt man diese ordnende Macht auf den Landesfürsten. Um diese Zeit geht noch der dritte Stand Hand in Hand mit ihm ***).

Ein Stück dieser Gedankenwelt bildet der „Merkantilismus“ oder richtiger — (nach Oncken) das „System der landesfürstlichen Wohlstandspolizei“, dessen Inhalt die bekannten Normen der auswärtigen und inneren Wirtschaftspolitik ausmachen. In der Erörterung der empfehlenswerten handelspolitischen Maßnahmen taucht bereits im 16. Jahrhundert der Gedanke an eine Balance des Handels

*) Montaigne, Essay XX; ich zitiere nach Oncken, a. a. O., S. 152.

**) Vgl. Thomas Hobbes, Leviathan or the matter, forme and power of a Commonwealth, ecclesiastical and civill. The text ed. by A. R. Waller, Cambridge 1904, S. XVIII u. 115 ff. Da heißt es u. a.: „The only way to erect such a Common Power . . . is to confere all their power and strength upon one Man, or upon one Assembly of men, that may reduce all their Wills . . . This is the Generation of that great Leviathan, or rather . . . of that Mortall God, to which we owe . . . our peace and defence.“

***) Vgl. z. B. die Erklärung des tiers état in Frankreich im Jahre 1614, die ins Cahier des états généraux aufgenommen worden ist, bei Oncken, a. a. O., S. 150.

auf. So heißtt es bereits in der 1581 erschienenen Schrift des Edelmanns W. S. „Compendious or brief Examination of certayne ordinary Complaints of divers of our countrymen in these our Dayes“: „wir müssen immer darauf achten, daß wir nicht mehr von den Fremden kaufen, als wir an sie verkaufen; denn sonst würden wir ja uns selbst arm machen und sie bereichern“ (*). Eine ähnliche Rolle, wie die Lehre von der Handelsbilanz im auswärtigen Verkehr, spielte in der inneren Handelspolitik die starke Betonung der Nachfrage und die Befürwortung der Luxuskonsumtion, ja sogar des „noble sin“ der Verschwendug (Bernard de Mandeville)**). Beide diese Gesichtspunkte, deren ausführlichere Beleuchtung nicht in diesen Zusammenhang gehört, werden zum Teil von den Spätmerkantilisten beibehalten. Diesen Schriftstellern, deren Wirken bis ins 19. Jahrhundert hineinreicht, wollen wir uns nun zuwenden.

Aber schon der eminenteste Theoretiker des „Merkantilismus“, Sir James Steuart, geht vielfach über das bei seinen Vorgängern übliche Forschungsgebiet hinaus. So beschränkt er sich nicht, gleich diesen, auf die Vorgänge des Tauschverkehrs, sondern widmet gleich das Buch I seines umfangreichen Werkes „An Inquiry into the principles of Political Economy“ (London 1767) den Fragen der Bevölkerung und der Landwirtschaft; auch wird von ihm nicht einseitig der auswärtige, sondern in gleichem Maße der innere Markt berücksichtigt. Trotzdem erhellt schon aus seiner Vorrede, daß die neueren Strömungen der damaligen englischen und französischen Literatur ihm ziemlich fremd geblieben sind; er bekennt da selber, kein abgeschlossenes System nach Art derjenigen, die von den

*) Mir liegt vor nur die deutsche oben zitierte Ausgabe von Em. Leser in der „Sammlung älterer und neuerer staatsw. Schriften des In- und Auslandes“, Leipzig 1895, S. 63 und dazu XVI.

**) Bernard de Mandeville, The Fable of the Bees, or Private Vices, Publick Benefits, London 1714, S. 9 und 24 (Einleitung zur „Inquiry into the Origin of Moral Virtue“).

französischen Schriftstellern aufgebaut worden sind, liefern zu wollen (S. IX). Steuarts Absicht ist immer noch, den Leser in die „Elemente der interessantesten Gebiete der modernen Politik“ einzuführen oder, was bei ihm auf dasselbe herauskommt, die Aufgaben des „Staatsmannes“ zu bestimmen. Die Art dieser Aufgaben ist wohl am besten durch seine Bemerkung: Colbert, Law und Walpole seien „geborene Staatsmänner“ (S. 68), charakterisiert.

Durch den „Staatsmann“ allein wird auf dem inneren Markt, nach Steuart, das Gleichgewicht aufrechterhalten; vom natürlichen, freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erwartet er nur Störungen (overturning und subversion) desselben. Denn bei den sich auf dem Markte begegnenden Parteien, d. h. den Vertretern des Angebots*) und der Nachfrage, lässt er nichts als eigennützige Motive (self-interest) walten, die nur vor dem Strafgesetz halt machen (S. 165). Das öffentliche Interesse liege lediglich dem „Staatsmanne“ ob, der dafür Sorge zu tragen habe, dass aus dem Widerstreit selbstischer Interessen ein Gleichgewichtszustand hervorgehe. Die Bedingung dafür sei, dass auf beiden Seiten Wettbewerb herrsche: „solange diese doppelte Konkurrenz vorwaltet, ist das Gleichgewicht vollkommen, sind Handel und Gewerbe im Flor“ (S. 197), denn dann sind die Löhne, die Preise und die Gewinne angemessen. Aber, wiederholt Steuart mit Nachdruck, „dieser glückliche Zustand kann lediglich durch die Sorgfalt des Staatsmannes aufrechterhalten werden“ (S. 223). Als wichtigstes Beispiel der Gleichgewichtsstörung, die infolge der „Unachtsamkeit des Staatsmannes“ eintreten könne, wird die einseitige Konkurrenz der „Arbeiter“ recht eingehend erörtert; letztere ziehe nicht vorübergehende Schwan-

*) Als Repräsentanten des Angebots erscheinen bei Steuart die „Arbeiter“ (workmen), worunter er die Lohnarbeiter im heutigen Sinne des Wortes sowohl als auch die Unternehmer versteht. Für „Angebot“ gebraucht Steuart vornehmlich das Wort „work“; aber auch die Bezeichnung „supply“ kommt bei ihm in diesem Sinne, obwohl viel seltener, vor. Vgl. dagegen Bergmann, a. a. O., S. 9.

kungen (vibrations), sondern schwere Schäden nach sich. Daher dürfe der Staatsmann die Ausdehnung der Industrie durch Vermehrung der „Arbeiter“ und durch Einführung des mechanischen Betriebes nicht ihren „natürlichen“ Lauf nehmen lassen (S. 122, 215 und 219). Da bei der nötigen Vorsorge des Staatsmannes „ein arbeitsloser fleissiger Mensch stets vorteilhaft und für den Anstellenden gewinnbringend verwendet werden kann“ (S. 122) und die Bevölkerung stets im Verhältnis zu den Nahrungsmitteln sich vermehrt, da ferner die Maschine die Menge der Nahrungsmittel nicht vermindert, so „liegt“, nach Steuart, „die Gefahr der Überfüllung für die Industrie eines jeden gut regierten Staates keineswegs vor“ (S. 123).

Vollends „merkantilistisch“ denkt auch der Hanseate Johann Georg Büsch, der von Steuart stark beeinflusst worden ist. So zeugt sein Hauptwerk, nämlich die „Abhandlung von dem Geldumlauf in anhaltender Rücksicht auf die Staatswirtschaft und Handlung“ (II. Aufl., Hamburg 1800) von seinem überwiegenden Interesse für den Tauschverkehr. Das Ganze des Wirtschaftslebens, vor allem aber die sich vor seinen Augen abspielenden Erschütterungen desselben, werden von Büsch vom kaufmännischen Standpunkte aus beurteilt. So liegt z. B. seiner „Geschichtlichen Beurteilung der großen Handelsverwirrung im Jahre 1799“ (*), in der die Vorgänge der Jahre 1763 und 1799 geschildert werden, das Ideal der kaufmännischen Solidität zu Grunde. Diese von ihm als „Handlungskrankheit“ (S. 149) bezeichneten „Verwirrungen des Handels“ führt er darauf zurück, dass die guten alten Bräuche einer Hamburgischen Bank oder eines Philipp Heinrich Stenglin — des „einzigen Erwerbers einer vollen Million Thlr. B°, dessen man sich

*) Ich zitiere nach der Ausgabe vom Jahre 1858, die in Hamburg u. d. T.: „Geschichtliche Beurteilung der großen Handelsverw. im Jahre 1799. Nebst Anmerkungen mit besonderer Bezugnahme auf die Krisis von 1857 von H. S. Hertz“ erschienen ist. Diese interessante erste Krisenbeschreibung von deutscher Feder scheint von Bergmann übersehen worden zu sein.

in Hamburg erinnert“ — bei seinen Mitbürgern keine Nachahmung mehr finden. „Vor 50 Jahren“ — so führt er aus — „ward wenig an der Hamburgischen Börse diskontiert, und der Kaufmann fürchtete seinen Kredit zu verlieren“ (S. 45). Aber auch sonst hat er in dieser Hinsicht manches an seinen Mitbürgern auszusetzen, und zwar die zu weit getriebene Spekulation und Wechselreiterei, die übermäfsige Ausdehnung ihrer Geschäfte (im Vergleich zu den Anlagekapitalien) sowie des Kreditgebens, endlich ihre mangelhafte „Achtung für Wissenschaften und Kenntnisse“ *). Von demselben Standpunkte aus beurteilt Büsch auch das Papiergeld (in seiner Abhandlung „Das papierne Jahrhundert“ aus dem Jahre 1795), welches für den braven Handelsschuldirektor noch nichts mehr, als ein beklagenswertes „Unwesen“ war, da ihm die „Fundierung“ der Nationalschuld durch neu eingeführte Abgaben durchaus unsolide und ungesund erschien. „Die Sache“ — meint er von diesem „Unwesen“ — „ist also höchst gestiegen, und es bereitet sich vielleicht eben dadurch eine für ganz Europa heilsame Krise vor. Sehr wahrscheinlich werden nach derselben diejenigen Staaten, welche in dem vermeinten Gefühl der Stärke, welche ihnen das Papiergeld gab, alles unternehmen zu können glaubten, die Erschlaffung eines kranken Körpers fühlen, der nur durch lange Ruhe den ordentlichen Kreislauf seiner Säfte wiederherzustellen, und mit diesem seine alten Kräfte zu gewinnen strebt“ **).

Wie wenig Einfluss, im Vergleich mit Smith, diese zwei Merkantilisten auf ihre Zeitgenossen auch ausgeübt

*) Es ist ergötzlich und kulturhistorisch interessant, Büsch um das Jahr 1800 darüber klagen zu hören, daß er in seinen Lehrstunden über den Handel neben 20 fremden nur 3 Hamburger Schüler zählte, und daß die Stadtschule an St. Johannis „in ihrer obersten Klasse beinahe ganz leer“ war.

**) J. G. Büsch's Sämtliche Schriften über Bank- und Münzwesen; teils vom Verfasser neu bearbeitet, teils nach seinem Tode gesammlet, Hamburg 1801: Abhandlung von den Banken, zehnter Anhang, S. 721—730.

haben, so dürften doch ihre Ansichten ein großes historisches Interesse haben, da sie zu den frühesten Aufserungen über die wirtschaftlichen Störungen gehören, welche erst damals begannen fühlbar zu werden. Wir sehen, wie schon in diesen ersten Versuchen die mechanischen und organischen Analogien den Verfassern vorschweben und wie manche späteren Krisentheorien hier im 18. Jahrhundert schon im Keime vorliegen. Im 19. Jahrhundert begegnen wir noch einigen Autoren, die sich in vielen Punkten mit dem „Merkantilismus“ beschäftigen, die aber schon teilweise vom neuen Strom mitgerissen werden und nur durch schärfere Kritik der herrschenden Lehren ihren mercantilistischen Standpunkt verraten. So, vor allem, weichen ihre an Mandeville erinnernden Lehren über den Luxus von der in der klassischen Schule üblichen Verherrlichung des Spartriebs recht beträchtlich ab *).

In erster Linie ist hier der geistreiche Kritiker Smiths, James Maitland Graf von Lauderdale zu nennen, dessen Hauptwerk „An Inquiry into the Nature and Origin of public wealth and into the means and causes of its increase“ (Edinburgh 1804) zwar kein abgerundetes, dem Smithschen an die Seite zu stellendes System ist, immerhin aber eine einheitliche Gedankenkette darstellt. Die theoretisch wertvollen Betrachtungen der drei ersten Kapitel der „Inquiry“ gipfeln in dem Satze, dass „nach Maßgabe des jeweiligen Zustands des menschlichen Wissens nur eine bestimmte Kapitalmenge mit Nutzen und Gewinn**) verwendet werden“ könne (S. 227). Dass die Vorgänge des Wirtschaftslebens nicht immer diese Bedingungen erfüllen, daran sei nach Lauderdale der Spartrieb schuld — diese „verderbliche Leidenschaft . . . welche fälschlich als Tugend bezeichnet worden“ sei (S. 218). „Zum Glück der

*) Vgl. E. v. Bergmann, a. a. O., S. 5—60, wo dieser Gegensatz der Urteile über die Luxuskonsumtion sehr eingehend behandelt wird.

**) Von mir gesperrt.

Menschheit“ — tröstet uns der Verfasser — „ist jedoch der gesellschaftliche Mechanismus so beschaffen, daß das von der Sparsamkeit . . . der Einen herrührende Übel durch Verschwendug eines Anderen aufgehoben wird“ (S. 229).

In der Beurteilung der Überproduktionen, die im Anfang des 19. Jahrhunderts bereits fühlbar geworden sind, begegnen sich mit dem Grafen Lauderdale mehrere französische Schriftsteller, bei denen die Konsumtion stets im Vordergrunde der Betrachtung steht. So heißtt es bei F. L. A. Ferrier in seinem „*Du gouvernement considéré dans ses rapports avec le commerce*“ (Paris 1805) übergeschriebenen Werk, „es könne vorkommen, daß der Binnenhandel eines Landes erschlafft, obwohl es darin viel Bargeld gebe“. Dies sei nach Ferrier in Frankreich eingetreten, nachdem die Grofsgrundbesitzer, die in den Städten ihr Einkommen verzehrten, durch Bauern ersetzt worden seien, von denen die Ersparnisse „weder zum Vorteil der Landwirtschaft, noch zu dem des Handels verwendet“ werden (S. 146, 147). Noch weiter geht Ferrier in der dritten Auflage seines Werkes, indem er die Behauptung aufstellt, „das beste, was ein Nichtproduzent machen kann, sei, sein ganzes Einkommen zu verzehren“ *); widrigenfalls liege die Möglichkeit einer Überproduktion vor. Charakteristisch ist endlich die an Lauderdale erinnernde Behauptung Ferriers, ein Volk könne lediglich in seinen auswärtigen Beziehungen verschwenderisch oder sparsam sein (I. Aufl., S. 396).

Eine ähnliche Unterscheidung finden wir bei Charles Ganilh, dem Halb-Smithianer und Halb-Merkantilisten, wieder. „Der Luxus von Privatpersonen“ — meint er in seinem „*Dictionnaire analytique d'économie politique*“ (Paris 1826) — „kann nie schädlich sein, derjenige aber der öffentlichen Gewalt ist läblich oder verwerflich, je nachdem er im richtigen oder unrichtigen Verhältnis

*) Ferrier, a. a. O., III. Aufl., Paris 1822, S. 221; dieses Zitat entnehme ich dem Bergmannschen Werke, a. a. O., S. 44, da mir nur die erste Auflage vom Jahre 1805 zugänglich war.

zum Reichtum des Landes steht“ (Art. „Luxe“, S. 280)*). Wie hier in der Verherrlichung des Luxus, so überhaupt in der Beurteilung der Konsumtion weißt sich Ganilh mit dem von ihm sonst bewunderten Ad. Smith und seinem Anhang nicht eins. Er kann sich z. B. mit der théorie des débouchés nicht gut abfinden, da seiner Ansicht nach nicht die Produktion als solche den Absatzweg für andere Produkte verschaffe, sondern im Gegenteil die Konsumtion die notwendige Bedingung jener bilde. Wäre die Produktion nicht von der Konsumtion beherrscht, „so läge nie ein Überfluss vor, und dieses Wort würde in der volkswirtschaftlichen Sprache nicht existieren; denn was soll es sonst ausdrücken, als dass die Produktion die Bedürfnisse der Konsumtion übertrifft und dass die verderbliche Wirkung der Zeit dasjenige, was keine Konsumenten gefunden hat, zerstört“ (S. 161, 352)**).

Eine noch viel wichtigere Rolle spielt die Konsumtion bei dem spätesten und vielleicht eifrigsten Vertreter des Merkantilismus im 19. Jahrhundert, beim Vicomte de Saint-Chamans, der sie sogar der Wertlehre zu Grunde gelegt hat. In seinem „Traité d'économie publique suivi d'un aperçu sur les finances de la France“ (Paris 1850) führt er nämlich aus, „dass der Käufer oder der Konsument den Wert schaffe, denn ohne ihn würde letzterer nicht existieren“. Da nach Saint-Chamans jede bezahlte Konsumtion Wert schafft, so gleicht für ihn das Sparen einer Wertzerstörung und ist der Luxus „das Erbteil der Armen

*) Dieselbe Ansicht wird von Ganilh in seinem früheren Werke: „Des systèmes d'écon. polit., de leurs inconveniens, de leurs avantages, et de la doctrine la plus favorable aux progrès de la richesse des nations“, Paris 1809, Bd. II, S. 330 ff., näher begründet.

**) Vgl. hierzu auch Ganilhs Théorie de l'écon. polit., fondée sur les faits recueillis en France et en Angleterre, sur l'expérience de tous les peuples célèbres par leurs richesses, et sur les lumières de la raison, Paris 1822, II. Aufl., S. 433 ff., und dess. Des Systèmes etc., Bd. II, S. 335 ff.

und die wahre Quelle des Reichtums“ *). Mit Saint-Chamans bricht die Reihe der Merkantilisten ab, und wenn auch in manchen späteren literarischen Erscheinungen Nachklänge des ersten nationalökonomischen Systems wahrgenommen werden, so sind dies nichts, als äufsere oder zufällige Kontakte **).

2. Das System der natürlichen Freiheit ***).

Will man das Verklingen der „merkantilistischen“ Lösungen und das Entstehen der neuen, die sich an die Namen Quesnay und Smith knüpfen, wahrheitsgetreu, d. h. nicht mit Hilfe der traditionellen schematischen „Ver-einfachung“, erklären, so wird man die Keime dieser neuen Doktrin in der Blütezeit des „Merkantilismus“ und, wie sonderbar es auch klingen mag, zum Teil unter den „Merkantilisten“ selber vorfinden. Die einzelnen Lehren lösen sich eben nicht ab, wie es die nun glücklich überwundene Tradition aufgefaßt wissen wollte, sondern verdrängen sich gegenseitig, nachdem ihre Elemente lange Zeit nebeneinander bestanden haben. Auch ist die Aufgabe der Genies nicht die — etwas völlig Neues auf den Trümmern des Alten zu schaffen, sondern lediglich — die zerstreut und schüchtern ausgesprochenen neuen Gedanken dreist und klar in eine Formel zusammenzufassen. Ist aber dies geschehen, so zeigt es sich erst, wie zahlreich die Interessen, für die die „neuen Worte“ als allein heilbringende „Wahrheiten“ erscheinen, — vor allem aber, wie verschiedene Interessengruppen sich unter derselben Fahne zusammenfinden. So ist es auch in unserem Falle gewesen, indem die Opposition gegen das System der landesfürstlichen

*) Saint-Chamans, a. a. O., Bd. I, S. 94—98 und 143—162; ich zitiere nach Bergmann, a. a. O., S. 46, da mir das Werk von Saint-Chamans nicht zugänglich war.

**) Vgl. hierzu die Artikel: „Carey“ und „Merkantilismus“ im „Handw. d. Staatsw.“, II. Aufl., Jena 1900, Bd. III, S. 7, bezw. Bd. V, S. 757.

***) Vgl. John Kells Ingram, a. a. O., S. 69.

Wohlfahrtspolizei aus Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Interessen sowohl, als auch aus den Verfechtern ständischer Vorrechte und sittlicher und religiöser Dogmen zusammengesetzt war, die einander zum Teil nicht kannten, zum Teil aber sogar bekämpften. Das Gemeinsame hieraus herausgefühlt zu haben ist das Werk derer, die das vor ihnen unklar Geahnte und noch verschwommener Formulierte in Schlagwörter verwandelten.

Wenn wir uns nun mit Leser*), Oncken**) u. a. ins 17. Jahrhundert zurückwenden, so müssen wir a priori erwarten, daß die sich in dieser Zeit gegen die herrschende Doktrin erhebenden Stimmen nur wenig gehört werden und daß die Namen der Kritiker bei weitem nicht vom gleichen Klang sind, wie die der kritisierten Autoren und Staatsmänner***). So dürfte z. B. die ein Menschenalter nach Montaignes „Essays“ erschienene Schrift „Le nouveau Cynée ou discours des occasions et moyens d'establir une paix générale et la liberté du commerce par tout le monde“ (1623) von Emeric de Lacroix weniger Einfluß auf die Zeitgenossen, als jene, ausgeübt haben. Wie schon der Titel verrät, wendete sich Lacroix gegen die Montaignesche Verherrlichung und Rechtfertigung des Eigennutzes; er befürwortete die Errichtung eines ständigen europäischen Schiedsgerichts, die Abschaffung der Zölle und eine völlige Freiheit des Verkehrs, „wie wenn die Erde für alle, wie es wirklich ist, das gemeinsame Vaterland wäre.“ Aber dies war damals eine „Predigt in der Wüste“. Ähnlicherweise mußte auch Cumberland in seinen Angriffen auf die Hobbesche Lehre vom bellum omnium contra omnes den kürzeren ziehen. Man war eben satt der Hinweise auf

*) E. Leser, Freihandelsschule, Artikel im „Handw. d. Staatsw.“, II. Aufl., Bd. III, Jena 1900, S. 1248.

**) A. Oncken, a. a. O., S. 210 ff.

***) Dies trifft auch für Frankreich zu. Boisguillebert (s. unten) klagt z. B. in seinem „Factum de la France“ (1712), daß sein 8 Jahre früher erschienenes Werk „Détail de la France“ „n'eût aucune réussite, et on n'y fit pas même la moindre attention“ (S. 2).

die göttliche Ordnung und auf die göttlichen Gebote, wie sie in Cumberlands „*De legibus naturae disquisitio philosophica*“ (1672) von neuem aufgetischt wurden. Cumberland suchte bekanntlich zu beweisen, dass die Menschen, gleich Himmelskörpern, sich frei bewegen könnten, sobald sie nur den göttlichen Geboten gehorchen wollten, ohne dass dabei Kollisionen entstanden; hie und da herrsche völlige Harmonie; dank dem „Drang, seinem Nebenmenschen Gutes zu tun“, welcher dem Menschen von Gott eingegeben sei, harmoniere das allgemeine Interesse mit der Selbstliebe der einzelnen ebenso gut, wie der freie Lauf der einzelnen Körper des Sternenhimmels.

Aber weder die sittliche Entrüstung Lacroix', noch die theologische Kritik Cumberlands vermochten das Prestige des Merkantilismus zu erschüttern; es waren, wie gewöhnlich, praktische Erfahrungen, die den neuen Ideen zum Siege verholfen haben; und zwar waren es in England die vielfach unerfreulichen Resultate der auswärtigen Handelspolitik, welche einerseits zur Verarmung Irlands beitrug, anderseits einen zu starken Geldumlauf mit dessen üblen Folgen erzeugte. Dem gesellten sich, wie Leser*) zutreffend ausführt, die Interessen des Zwischenhandels zu, der schon im Anfang des 17. Jahrhunderts „freihändlerisch“ gesinnt war. Allerdings verstand man damals unter „free trade“ nur die Abschaffung innerer Beschränkungen; so eiferten Malyne und Misselden gegen die Monopolrechte (1622); Mun befürwortete um dieselbe Zeit die Freigabe der Silberausfuhr nach Indien und, nicht wesentlich anders, fassten den free trade noch am Ende des 17. Jahrhunderts dessen Verfechter, wie Nicholas Barbon (1696), Dudley North und zum Teil William Petty, auf. Die Schriften der beiden ersten scheinen ohne jeden Einfluss auf die Zeitgenossen geblieben zu sein, zumal Norths „*Discourses upon trade*“ (1691) vom Verfasser selbst eingestampft worden sind **).

*) Leser, a. a. O., S. 1249.

**) Vgl. den Artikel „Dudley North“ im „Handw. d. Staatsw.“,

William Petty war dagegen ein recht populärer und geschätzter Schriftsteller und verdient vor allem als Vater der „Politischen Arithmetik“ unsere Beachtung. In seinem gleichbetitelten Werkchen *) will er mit Hilfe von Zahl, Gewicht und Maß nur greifbare Dinge behandeln, deren Ursachen in der Natur begründet sind und „nicht von Ansichten, Wünschen und Leidenschaften abhängen“ (Vorrede), aber für seine Thesen allgemeineren Charakters, die uns allein angehen, hat er offenbar einen solchen numerischen Beweis nicht erbringen können. Petty ist ein typischer Vertreter des Liberal-Merkantilismus, indem er einerseits, den alten Vorbildern folgend, die Bedeutung des Geldes stark überschätzt (S. 18: „The great and ultimate effect of Trade is not Wealth at large, but particularly abundance of Silver, Gold and Jewels“), anderseits aber für die Freiheit des Handels eintritt (S. 21 ff. und 87 ff.). Den free trade fasst er aber etwas weiter als seine Vorgänger auf, indem er prinzipiell die Berechtigung eines Austauschs geringerer Werte gegen größere, wo sie auch zu finden seien, verficht. Am wichtigsten ist aber der Umstand, dass er sich seines Gegensatzes zum Merkantilsystem bewusst war, so dass er dasselbe als ein „Paradoxon“ bezeichnete. Auch schien ihm die Vielregiererei die Ursache vieler Übelstände zu sein: „Zu viele Gegenstände“ — sagt er in der Vorrede zur ‚Political Arithmetick‘ — „sind gesetzlich geregelt worden, die lediglich von der Natur, langem Brauch

II. Aufl., Bd. V, S. 996. Soviel mir bekannt, sind beide Verfasser bis ins 19. Jahrhundert hinein unbeachtet geblieben; der Neudruck der Northschen Schrift erfolgte 1822.

*) Der volle Titel lautet: Sir William Petty, Political Arithmetick, or a Discourse concerning, The Extent and Value of Lands, People, Buildings; Husbandry, Manufacture, Commerce, Fishery, Artizans, Seamen, Soldiers; Publick Revenues, Interest, Taxes, Superlucration, Registries, Banks; Valuation of Men, Increasing of Seamen, of Militia's, Harbours, Situation, Shipping, Power at Sea etc. As the same relates to every Country in general, but more particularly to the Territories of His Majesty of Great Britain, and his Neighbours of Holland, Zealand, and France. London 1691.

und allgemeinem Übereinkommen geregelt werden sollten.“ In einer früheren Schrift ist derselbe Gedanke noch prägnanter ausgedrückt: „So wie einsichtigere Ärzte mit ihren Patienten nicht übermäßig viel medizinieren und mehr den Gang der Natur beobachten und ihm folgen, als daß sie ihm durch heftige Eingriffe von ihrer Seite entgegentreten; so ist in politischen und ökonomischen Fragen derselbe Grundsatz zu befolgen*.“

In vielen Hinsichten von Petty beeinflußt ist der Verfasser der anonym erschienenen „Considerations upon the East-India Trade“ (London 1701 **), der ebenfalls bestrebt ist, „sich nach Art der politischen Arithmetik in Zahlen-, Gewichts- und Maßbezeichnungen auszudrücken“ (Vorrede). Wie bei Petty, wird auch hier die Berechtigung der Maxime des kleinsten Mittels betont, wobei die Beschränkungen des Austausches geringerer gegen höhere Werte (S. 12 und 17), wie z. B. des Silbers gegen indische Waren, mit Beschränkungen der arbeitsparenden technischen Vervollkommenungen gleichgestellt werden (S. 58). In beiden Fällen laufen deren Beschränkungen auf Arbeitsverschwendungen und Kulturrückschritte hinaus; was anderswo billiger ausgeführt werden könnte, solle man daher daselbst kaufen und nicht diese Produktion durch künstliche Maßregeln in England hochziehen, „solange England noch nicht bebaut, verschönert und auf die höchste Stufe der Vollkommenheit gebracht ist, solange irgendein Land etwas besitzt, was England fehlt . . .“ (S. 51 und 54). Demgemäß wird die vollste Freiheit des internationalen Handels, als die den meisten „profit of the Kingdom“ verheißende Maßregel, verlangt (S. 21), was ein „sicherer und unseren Nachbarn weniger widriger Weg, als jegliche Navigationsakte, wäre“ (S. 122). In einem Punkt ist der Verfasser der „Con-

*) Ich zitiere nach Leser, a. a. O., S. 1249.

**) Die Betrachtungen dieser Schrift haben allgemeinere Bedeutung, da der ostindische Handel nur als Beispiel, neben dem Fischhandel, herangezogen wird; andere Beispiele sind aus äußeren Gründen, wie es in der Vorrede heißt, ausgeblieben.

siderations“ sogar weiter als Petty gegangen, indem er das Geld im Vergleich mit den Waren für einen „untergeordneten und abhängigen und daher der Natur nach nicht so wertvollen Reichtum“ erklärte (S. 17). Bemerkenswert ist endlich die Beurteilung der üblichen Folgen des freien Wettbewerbs für Einzelpersonen, die dem Verfasser der „Considerations“ in seiner Begeisterung für den technischen Fortschritt lediglich als Kehrseiten desselben erscheinen; so erwartet er davon, dass „an end wou'd be put to the Trade of Stock — jobbers“ (S. 30) und dass „keine gewinnbringende englische Fabrikation zerstört werde“ (S. 50). Das Überflüssigwerden solcher Elemente sei m. a. W. im Interesse der Gesellschaft nur zu begrüßen.

Wenn also, wie wir sehen, in England Erfahrungen der Handelspolitik es waren, die den Merkantilismus lügen gestrafft haben, so entstand die Opposition gegen denselben in Frankreich auf einem viel breiteren Boden, nämlich auf dem der allgemeinen Politik und Weltanschauung überhaupt. Wie wertvoll die von den englischen Denkern gewonnenen Einsichten auch waren, über Einzelbeobachtungen kamen sie doch nicht hinaus. In Frankreich waren die neuen Ideen wesentliche Teile des allgemeinen Gedankenschatzes der Revolution und haben deshalb dieselbe Entstehungsgeschichte wie die letztere. Dort hat der Absolutismus seine Rolle ausgespielt und wurde in radikaler Weise abgetan; dort hat auch das wirtschaftliche System der landesfürstlichen Wohlfahrtspolizei am gründlichsten bankrott gemacht, und diesem Umstand verdanken wir bekanntlich die Entstehung des ersten theoretischen Systems unserer Wissenschaft im Lande der „großen“ Revolution.

Die Handelspolitik Colberts gelangte unter seinem Nachfolger Louvois zur extremsten Entfaltung; am meisten wurden zwar die Bauern durch dieselbe geschädigt, aber auch der Landadel war mit ihr unzufrieden (Fénélon, Duc de St. Simon u. a.). Selbst die Hauptstütze der Staatsgewalt, der tiers état, sollte in seinen übertriebenen Erwartungen völlig enttäuscht und aus einem loyalen An-

hänger zum erbittertsten Feinde des Systems werden. Denn, um mit Smith zu sprechen, „ist das Rohr zu sehr nach der einen Seite gebogen, so muß man, um es wieder gerade zu machen, es nach der anderen Seite biegen“ (*).

Die von uns soeben angeführten Worte Smiths, die er in bezug auf die Physiokraten ausgesprochen, ließen sich vielleicht am besten auf den ersten Vorgänger derselben, Pierre le Pesant de Boisguillebert, anwenden. Ist doch sein „*Détail de la France, Sous le règne présent*“ (Brusselle 1712) überschriebenes Werk in der Tat nichts als eine scharfe Kritik des in Frankreich seit 1661 eingetretenen désordre (I, S. 14), als ein „Prozeß“ der Ackerbauer und der Kaufleute gegen die Fürsten und die Besitzenden, in dem er als „Advokat“ der ersteren auftreten wolle (II, S. 4); denn, meint er, während die Bauern und die Kaufleute die „Quelle aller Reichtümer“ sind, besteht die Funktion jener im Empfangen derselben **). Dabei sind die Reichen, nach Boisguillebert, von den Steuern und Abgaben befreit, die Armen dagegen überbürdet worden (I, S. 103). Am eifrigsten tritt unser Verfasser allerdings als Wortführer des ländlichen dritten Standes auf, der unter dem merkantilistischen Regime am meisten gelitten hat. Man habe denselben durch die Getreideausfuhrverbote stark geschädigt, indem man dadurch einem angeblich größeren

*) Adam Smith, Über die Quellen des Volkswohlstandes. Neu bearbeitet von C. W. Asher, Stuttgart 1861, Bd. II, S. 180. Vgl. auch A. Oncken, a. a. O., S. 249 ff.

**) Ich zitiere im Text die charakteristische Stelle aus dem zweiten Teile des Werkes, welcher den Untertitel: „*Factum de la France, ou moiens très faciles de faire recevoir au Roi quatre-vingt Millions par dessus la Capitation praticables par deux heures de travail de Messieurs les Ministres, et un mois d'exécution de la part des Peuples*“ usw. erhalten hat. Im Teil I, S. 232, nennt sich Boisguillebert nur „l'organe ou l'orateur des Laboureurs et Habitans des Champs“, woraus A. Oncken, a. a. O., S. 253, den Schlufs gezogen hat, daß Boisguillebert „wiederholt von einem Prozeß der Landwirtschaft gegen Handel und Industrie“ spreche. Dabei scheint aber Oncken die von uns im Texte angeführte Stelle (II, S. 4) übersehen zu haben.

Übel, -- der Getreideteuerung, vorzubeugen suchte. Aber beide haben gleich schädliche Folgen (I, S. 190); man müsse daher einen gerechten Preis des Getreides anstreben, zu welchem Zweck man blofs „en ce qui concerne les Bleds“ die Natur walten zu lassen habe (I, S. 230). Denn nur die Natur könne das Gleichgewicht der Käufe und Verkäufe herstellen, wenn man sie ungestört walten lasse (I, S. 238), d. h. weder durch Ein- noch Ausfuhrverbote den freien Getreidehandel beschränke. Die Natur, die die Vorsehung selber sei (I, S. 230), kenne weder verschiedene Staaten, noch verschiedene Herrscher“ (II, S. 203 und dazu I, S. 232).

Die Natur allein vermöge an Stelle der bestehenden Unordnung „Ordnung“ zu stiften, jede andere Macht verderbe alles durch ihre Intervention, so gut sie auch gesinnt sei, da die Natur, die nur freie Luft atmen könne (I, S. 235), sich wegen dieser Übergriffe durch allgemeine Verwirrung räche. Sie sorge endlich dafür, daß jedermann von seinem Gewerbe ernährt werde, daß der Gewinn gerecht verteilt werde und daß die Käufe und Verkäufe sich gegenseitig die Wage halten (II, S. 198—200). Da nun das einzige Mittel zur Vorbeugung der Störungen*) darin besteht, daß — wie Boisguillebert auch im „Factum de la France“ nicht müde wird zu wiederholen — „on laisse faire la Nature“ (II, S. 22, 199), so bleibt nichts übrig, als die Beschränkungen des freien Waltens derselben zu beseitigen. „Wie die Befreiung eines Sklaven im antiken Rom nur einen Augenblick in Anspruch nahm“, so könne auch die „richtige Proportion der Preise“ und mit ihr der allgemeine Reichtum (II, S. 227) nach zweistündiger Arbeit der Minister und einmonatlicher Vollziehung seitens der Völker eintreten. Es komme nämlich dabei nicht auf das Handeln, sondern auf das Aufhören desselben an (II, S. 231); wer die Möglichkeit dessen be-

*) Boisguillebert gebraucht dafür gewöhnlich das Wort *désordre*; doch kommen bei ihm gelegentlich auch die Bezeichnungen: *déconcertement*, *bouleversemement général* (II, S. 213) und *dérangement* (II, S. 214) vor.

streitet, raisonne nicht anders, als wenn er in Abrede stellen wollte, dass ein auf einem Abhang eingedämmter Bach herunterströmen werde, sobald das Hindernis beseitigt wird; dies nehme aber gleichfalls nur einen Augenblick in Anspruch (II, S. 234). Wir sehen also, dass Boisguillebert, obwohl ihm vor allem das Los des französischen ländlichen dritten Standes am Herzen liegt, doch auch allgemeinere Betrachtungen *) über das „Natürliche“ im Wirtschaftsleben anstellt, wobei sich bezeichnenderweise eine völlige Übereinstimmung beider Gedankenreihen herausstellt.

Wenn mithin derselbe Staatsmann, dem man früher so viel zugemutet, von Boisguillebert beiseite geschoben wird, so stellt schon der Marquis René Louis Voyer d'Argenson (1751) den „Instinkt der Biene“ höher, als das staatsmännische Genie. „Um besser zu regieren, hätte man“ — nach d'Argenson — „weniger zu regieren“; die Devise jeder öffentlichen Gewalt müfste: „laissez faire!“ lauten, da die größte wirtschaftliche Vollkommenheit nur dann zu erreichen sei, wenn die Menschen ihrer Ehr- und Gewinnsucht überlassen werden. In seinem kosmopolitischen Radikalismus, der an seinen Lehrer, den Abbé de St. Pierre, erinnert, fordert d'Argenson nicht nur einen einzigen gemeinsamen Markt, d. h. ohne Beschränkungen des Handelsverkehrs zwischen den einzelnen europäischen Staaten, sondern, statt der bisherigen Benachteiligung, eine Begünstigung der ausländischen Kaufleute, um die einheimischen dadurch anzuspornen **). Konsequenter könnte kaum die Idee des Liberalismus bis zu Ende ausgesponnen werden, als es hier geschehen ist.

Vieles davon, was Boisguillebert und d'Argenson zuerst ausgesprochen haben, wird nun von François Quesnay und seinen Schülern aufgenommen, und zwar berührt sich ersterer mehr mit Boisguillebert, wogegen letztere eher

*) Vgl. dagegen A. Oncken, a. a. O., S. 253.

**) Vgl. über d'Argenson und St. Pierre näheres bei Oncken, a. a. O., S. 271—275, dessen Schilderung wir auch die obigen Angaben entnehmen.

zur extremen Fassung d'Argensons hinneigen. So finden wir bei Quesnay neben der Postulierung der vollen Handelsfreiheit die Forderung einer entschiedenen Protektion für die Landwirtschaft (durch Hochhaltung der Getreidepreise *), und manches andere, das uns an Boisguillebert erinnert. Anderseits ist nicht zu verkennen, dass auch zwei so wichtige Bestandteile der Quesnayschen Lehre, wie sein „arithmetisch-geometrisches“ Verfahren und die Übertragung medizinisch-therapeutischer Gesichtspunkte in die Beurteilung gesellschaftlicher Vorgänge, uns bereits aus dem 17. Jahrhundert, nämlich von Petty her, bekannt sind. Quesnay war ebenso wie letzterer ein Arzt und hielt es sein ganzes Leben durch für nötig, seine nichtfachmännischen Schriften nicht mit vollem Namen zu unterzeichnen; dieser rein äufsere Umstand ist jedoch durchaus nicht für die weitere Entwicklung des Systems der natürlichen Freiheit belanglos gewesen, wie es zunächst scheinen könnte. „Es ist nicht gleichgültig“ — heißt es bei einem so gründlichen Kenner der physiokratischen Schule, wie Oncken — „dafs es ein Arzt war, der zuerst ein nach naturwissenschaftlicher Methode entworfenes System zur Heilung auch des gesellschaftlichen Krankheitszustandes seinerzeit aufstellte“ **).

Quesnay ist es zum erstenmal in der Geschichte unserer Wissenschaft gelungen, ein alle Seiten des Wirtschaftslebens umfassendes System auf philosophischer Unterlage aufzubauen. Auch hat die Frage nach dem wirtschaftlich Normalen eine methodische Behandlung erfahren, indem Quesnay dem

*) François Quesnay, Oeuvres économiques et philosophiques . . . accompagnées des éloges et d'autres travaux biographiques sur Quesnay par différents auteurs, publiées avec une introd. et des notes par Auguste Oncken, Frankfurt a. M. und Paris 1888, S. 232. Vgl. auch hierzu A. Onckens Geschichte, Leipzig 1902, S. 313 ff. und dess. Quesnay, Art. im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. VI, S. 278 ff.

**) A. Oncken, Geschichte, S. 314. Ähnlich äufsert sich Stephan Bauer „Zur Entstehung der Physiokratie. Auf Grund ungedr. Schriften F. Quesnays“, in Conrads „Jahrbüchern“, Bd. 55, 1890, S. 153.

ganzen System die Unterscheidung der „natürlichen“ von der „positiven“ Ordnung der Dinge zugrunde gelegt hat. Die physischen und sittlichen Gesetze, die dem Menschen-geschlecht offenbar am vorteilhaftesten sind, bilden nach Quesnay „das natürliche Gesetz“. „Alle Menschen und alle menschlichen Gewalten“ — sagt er in seinem Auf-satz „Le droit naturel“ *) (1765) — „müssen diesen obersten Gesetzen, die vom höchsten Wesen erlassen worden sind, gehorchen“. Diese unabänderlichen Gesetze seien die Basis der vollkommensten Regierung und mithin auch jeglicher positiven Gesetzgebung (S. 375). Die „natürliche Ordnung“ läfst Quesnay, vielleicht der damaligen Vorliebe für alles Exotische huldigend **), in China bestehen. Es gebe in jenem Lande keine höhere Gewalt, als die in den chinesischen Büchern U-King enthaltenen Religions- und Verwaltungs-vorschriften, die Zivil- und die politischen Gesetze. Die einen wie die anderen seien vom Naturgesetz unwider-ruflich festgelegt, und ihr Studium bilde die Hauptaufgabe des Herrschers und der mit den Einzelheiten der Landes-verwaltung betrauten Gelehrten***). Dieser „ihrem Wesen nach dauerhaften Ordnung“ sei die Beständigkeit der Regierung Chinas zuzuschreiben (S. 630). Was die grund-legenden Gesetze aller Gesellschaften betreffe, bestehe kein Zweifel, daß die gesetzgeberische Gewalt „lediglich in Händen des Allmächtigen“ liege, „der in der allgemeinen Weltordnung alles geregelt und vorausgesehen“ habe. „Die Menschen vermögen nichts als Unordnung hinzuzufügen“ ; wollen sie dieselbe vermeiden, so bleibe ihnen lediglich ein

*) Abgedruckt in der Onckenschen Ausgabe der „Oeuvres écon. et phil. de F. Quesnay“, S. 359; wir wollen diese Ausgabe fernerhin kurz als „Oeuvres“ zitieren.

**) Vgl. z. B. schon bei Boisguillebert, a. a. O., II., S. 204: „Les Peuples barbares qui n'ont d'autres loix ni d'autres livres que cette même Nature ... sont encore une preuve vivante et aussi cer-taine de cette vérité“.

***) „Despotisme de la Chine“ (1767), abgedr. in den „Oeuvres“, S. 605 ff.

Weg — der der Befolgung der Naturgesetze — übrig. „Würde man“ — so lautet die bezeichnende Frage Quesnays — „auch bloß wagen, die Theorie und die Praxis der Medizin positiven Gesetzen zu unterordnen?“ Ebenso sicher, wie dies über allen Zweifel erhaben sei, sei für Quesnay die Unmöglichkeit, „la législation fondamentale, constitutive de l'ordre naturel et général des Sociétés“ durch solche positive Gesetze zu regeln (S. 642, 644).

Da nun nach Quesnay zum Gedeihen eines Volkes nötig sei, daß der Boden mit dem größtmöglichen Erfolg bearbeitet und die Gesellschaft vor Dieben und Missetätern bewahrt werde (S. 643), so habe die Regierung eine Reihe von Grundsätzen zu befolgen, die zu diesem Ziel führen und die er unter dem Titel: „Maximes générales du gouvernement économique d'un royaume agricole“ (S. 329 bis 358) veröffentlicht hat. Da heißtt es u. a., daß „der Herrscher und die Nation immer darauf bedacht sein müssen, daß die Erde die einzige Quelle der Reichtümer sei und daß es der Landbau sei, wodurch sie vermehrt werden“ (Max. III). Es solle ferner dafür Sorge getragen werden, daß die „avances de l'agriculture“ weder durch eine ruinierende Steuer (Max. V), noch durch falsch gerichtete Konsumtion (Max. VI—VIII) geschädigt werden. Sonst aber „halte man völlige Handelsfreiheit aufrecht; denn die sicherste, exakteste und . . . vorteilhafteste Polizei des innern und äußeren Handels bestehe in der vollen Freiheit des Wettbewerbs“ (Max. XXV). Allen diesen Maximen liegt der uns bereits bekannte Gedanke Quesnays zugrunde, daß „die Natur die allgemeine Hygiene sei; sie sei es, die, wie jene Lanze des Pelias, verwunde und heile zugleich . . .“*).

Die „Maximen“ sollen der Regierung in ihren Maßnahmen die Feststellung ermöglichen, ob der soziale Körper sich in gesundem oder krankhaftem Zustand befindet. Da

*) Dies sind Worte aus dem in den „Oeuvres“ abgedr. „Eloge de Fr. Quesnay“ par M. G. H. de Romance, Marquis de Mesmon, S. 85.

aber, wie ein Schüler Quesnays richtig bemerkt, „die vollkommene Gesundheit eines Menschen eine ganz metaphysische Chimäre ist, die nie existieren“ werde und dasselbe von der „metaphysischen Idee einer vollendeten ökonomischen Monarchie“ gelte *), so kann es sich bei Quesnay nur stets um eine bessere oder schlechtere Annäherung ans gewünschte Ziel handeln. Mit dieser Feststellung begnügt sich aber Quesnay durchaus nicht, sondern sucht mit Hilfe eines rechnerischen Verfahrens (*formule arithmétique*) genau zu ermitteln, ob die wirtschaftliche Entwicklung eine normale oder abnorme ist; ob die vorliegenden Übelstände derselben verschwinden oder zum Verfall führen werden; endlich — um das von Quesnay selbst gebrauchte Wort auszusprechen — ob „die fürchterliche Krise“ eintreten wird oder nicht **). Dazu bedient sich bekanntlich Quesnay des berühmten *tableau économique* — dieses „unfehlbaren rechnerischen Verfahrens, um glücklich und gerecht zu sein“, wie es der enthusiastische Schüler Quesnays, Mirabeau, bezeichnen zu dürfen glaubte ***). Man hat dies *tableau* häufig genug zitiert und sich über die Verteilung des Produkts unter die drei Klassen (*la classe des propriétaires*, *la classe productive* und *la classe stérile*) sowie über die durch das *tableau* veranschaulichten Produktions- und Konsumtionsvorgänge immer von neuem verbreitet, ohne jedoch, wie es Oncken nachgewiesen hat, es richtig aufgefasst zu haben. Denn die Absicht Quesnays war nicht, wie so mancher angenommen hat, im *tableau* ein Abbild der Wirklichkeit zu liefern, sondern: lediglich ein Mittel zu schaffen,

*) Baudeau, *Introduction à la philosophie économique*, abgedr. in der „Collection des principaux économistes“ von Eugène Daire, Bd. II, Paris 1840, S. 792; vgl. Oncken, Geschichte, S. 400.

**) Quesnay in dem von Stephan Bauer im Art.: „Zur Entstehung der Physiokratie“ in Conrads „Jahrb.“, Bd. 55, Jena 1890, S. 131 abgedruckten Briefe an Mirabeau; vgl. auch Oncken, Geschichte, S. 393.

***) Victor Riquetti Marquis de Mirabeau, *Eloge Funèbre de Fr. Quesnay*, abgedr. in „*Oeuvres*“, S. 3—14.

das „die geistige Arbeit erleichtern“ könnte (Oeuvres, S. 495). Wie diese „arithmetischen Formeln“ zu handhaben seien, hat er in seiner „Analyse du Tableau Économique“ deutlich genug hervorgehoben. „Um die Beziehungen der verschiedenen Klassen zueinander verfolgen und einem Kalkül unterziehen zu können“, — heifst es da — „hat man irgend einen bestimmten Fall festzuhalten; man kann nämlich keine positive Berechnung auf Grund einfacher Abstraktionen anstellen“ (Oeuvres, S. 309); man müsse vielmehr „recht aufmerksam in der Art und Weise der Fragestellung und des Stoffs ammeln s sein.“ Quesnay hat zu diesem Zweck eine umfassende Enquête befürwortet, deren Ergebnisse nach seiner Methode bearbeitet werden sollten. Zwar haben seine diesbezüglichen „interessanten, den Akademien und anderen gelehrten Gesellschaften der Provinz vorgelegten Fragen über Bevölkerung, Landwirtschaft und Handel“ (Oeuvres, S. 250—304) keinen praktischen Erfolg gehabt; sie sind aber ein wichtiger Beweis dafür, daß Quesnay sich keineswegs mit lauter Abstraktionen, wie so mancher seiner Nachfolger, abgegeben hat.

Aus dem bereits oben zitierten Briefe Quesnays an Mirabeau erfahren wir, daß die Befürchtung einer „fürchterlichen Krise“ ihn zur Aufstellung des Tableaus angeregt hatte *). Aber auch in einer seiner ökonomischen Erstlingsarbeiten, nämlich in dem Enzyklopädieartikel „Grains“ (Oeuvres, S. 193) werden von ihm die bekannten Maßnahmen der mercantilistischen Wirtschaftspolitik (Förderung der Luxusproduktion und des Exports der Fabrikate, Erschwerung

*) Der Brief lautet: „J'ay taché de faire un tableau fondamental de l'ordre oeconomicque pour y représenter les dépenses et les produits sous un aspect facile à saisir, et pour juger clairement des arrangements et des dérangements que le gouvernement peut y causer... Il paroît donc que nos remonstrans ne sont que des citadins bien peu instruits sur les matières dont ils parlent et sont par là d'un foible secours pour le public. Votre dernière lettre remarque bien que les efforts des particuliers sont fort steriles, mais il ne faut pas se décourager, car la Crise effrayante viendra et il faudra avoir recours aux lumières de Médecine. Vale.“

der Getreideausfuhr und Begünstigung der Einfuhr von Rohprodukten) verurteilt. Dieselben „Übelstände“ haben später unserm Verfasser als Beispiele zur Demonstration der praktischen Anwendung seines Tableaus gedient. In seinen zwei „*Problèmes économiques*“ (Oeuvres, S. 494 und 696) werden die Fragen der niedrigen Getreidepreise bezw. der indirekten Steuern behandelt.

Zwar hat Quesnay der ersten Auflage seines ersten „Problems“ ein „*Avertissement*“ vorausgeschickt, in dem er behauptet, „dies Problem sei rein hypothetisch“; man kann sich aber dem Eindruck nicht verschließen, dass gerade hier der Verfasser die Wirklichkeit im Sinne hatte, die ihm das französische Wirtschaftsleben vor Augen führte, und dass er durchaus nicht ohne Absicht als Beispiele gerade diejenigen Vorgänge gewählt hat, die vom idealen Verlauf der Dinge (d. h. dem Tableau) am meisten abwichen. So legt auch den Inhalt der „*Probleme*“ der Herausgeber der „*Physiocratie ou constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain*“ (Paris 1768), Pierre Samuel Dupont de Nemours aus, in welchem Werk beide „*Problèmes*“ zum Abdruck gelangten. In Duponts „*Avis de l'éditeur*“ heißt es nämlich: „Peut-être encore après avoir détaillé dans l'analyse du Tableau économique l'hypothèse d'un royaume dans l'état de prospérité, l'auteur aura-t-il cru qu'il n'était pas inutile de peindre dans son problème le même royaume dans un état plus approchant de la réalité actuelle et tel que sont aujourd'hui plusieurs empires de l'Europe“ (Oeuvres, S. 496). Wir sehen, wie vorsichtig auch die Ausdrucksweise des Schülers ist; etwas deutlicher drückt er sich in den dem zweiten „*Problème*“ vorangeschickten Bemerkungen aus. „La question qui fait l'objet du problème suivant . . . occupe actuellement un grand nombre de savants en Angleterre . . . et en France . . . cette solution d'ailleurs servira d'exemple pour montrer quel peut et quel doit être l'usage de la formule arithmétique du Tableau économique dans les questions du même genre“ (Oeuvres, S. 699).

Der wirtschaftliche Kreislauf sei normal (Quesnay nennt ihn „stabil“), solange der Reinertrag (*produit net*) jährlich wiedererzeugt werde; indes werde die produktive Klasse mit jedem Jahre um einen Teil ihres Produkts gebracht, da 1. die Grundeigentümer und die „sterile“ Klasse eine die Norm des *tableau économique* übersteigende Quote auf Luxusgegenstände verwenden und da 2. die „sterile“ Klasse einen Teil der Produkte für ausländische Rohstoffe abgebe. Auf diese Weise verringere sich das „*produit net*“ immer mehr, und der Volkswirtschaft drohe die befürchtete Krise, d. h. völliges Verschwinden desselben*). Wir haben also im physiokratischen System einen ersten Versuch vor uns, das Ganze des Wirtschaftslebens nach bewussten und präzis formulierten Normen zu beurteilen. Es ist aber zugleich ein früher Vorläufer der Bestrebungen, für diese ökonomischen Normen objektiv gültige Formeln aufzustellen, denen wir hundert Jahre später wiederholt begegnen werden. Wie diese, so ist auch der Quesnaysche Versuch mißlungen, und zwar nicht allein aus dem Grunde, daß seine statistischen Daten unzulänglich waren, sondern weil den Prämissen seines *tableau* ein methodischer Fehler anhaftet. Sieht man nämlich von dem Hinweis auf die „Stabilität“ der chinesischen Regierung ab, so gibt uns Quesnay keinen Beweis für die Richtigkeit seines Tableaus, d. h. dafür, daß es in der Tat die „natürliche Ordnung“ darstellt. Etwas anderes könnte man ja nicht erwarten, da Ideale nicht bewiesen werden können **).

Immerhin war Quesnay, wenn man seine Bedeutung auch nicht so hoch, wie Oncken, anschlägt, den meisten seiner Zeitgenossen weit voraus, indem er vieles davon vorwegnahm, was in Händen des genialen Schotten zum Evangelium von zwei späteren Generationen werden sollte.

*) Vgl. hierzu, außer den beiden „Problèmes“, die „Notes sur les Maximes“ in den „Oeuvres“, S. 337 ff. sowie Oncken, Geschichte, S. 396.

**) Vgl. W. Lexis, Physiokratische Schule, Art. im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. VI, S. 87.

Schon der äufsere Umstand, daß Quesnays Schriften zunächst anonym erschienen, später aber mit den Schriften seiner Schüler, die ihn trotz ihrer Pietät zum Teil gründlich missverstanden haben, schon dieser Umstand trug zur Schmälerung des Einflusses Quesnays bei. Wie Oncken nachgewiesen hat, war das, was unter Quesnays Lehre von der Nachwelt verstanden wurde, „eigentlich die Lehre Mirabeaus und der von ihm geleiteten Schule“ *). Dieser war aber nichts weniger als ein treuer Interpret der Gedanken seines Lehrers; in der „Philosophie rurale“ setzt er sich z. B. über die „Questions“ und den „ordre positif“, die den realistischen Kern der Lehre Quesnays ausmachen, schon gänzlich hinweg. Jede staatliche Intervention wird von Mirabeau für überflüssig, wenn sie die Einführung des ordre naturel bezwecke, oder gar für schädlich, falls sie demselben zuwiderlaufe, erklärt (Bd. II, S. 108). Auch sonst griffen die Schüler einzelne Schlagwörter aus dem System ihres Meisters heraus, legten sie nicht immer in seinem Sinne aus und zogen deren letzte Konsequenzen, ohne sich um das wirkliche Wirtschaftsleben zu bekümmern. So wurde die ursprünglich keineswegs rein abstrakt gedachte Lehre zum Dogma einer doktrinären „Sekte“, die schließlich, verspottet und ignoriert, vollständig vor der „klassischen“ Lehre zurückweichen mußte. Auch die praktischen Misserfolge, die u. a. von dem bedeutendsten Jünger Quesnays, Anne-Robert-Jacques Turgot, erlitten worden sind, trugen zur Diskreditierung des physiokratischen Systems bei. Allerdings stand auch Turgot seinem Lehrer in vielem nach. Wie sehr er immer als Stilist und Essayist von seinen Kritikern gepriesen wurde **), so vermissten bei ihm sogar Daire und Dussard die theoretische Strenge und Vertiefung. Um nur ein Beispiel aus seinem theoretischen

*) Oncken, Geschichte, S. 405.

**) Vgl. die Bemerkungen von Eugène Daire und Hippolyte Dussard zu den „Oeuvres de Turgot, Nouvelle édition usw.“ Paris 1844 („Collection des principaux économistes“, tome III et IV) passim; Art. „Turgot“ im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. VII, S. 236.

Hauptwerk, den „*Reflexions sur la formation et la distribution des richesses*“ *) herauszugreifen, welches für uns von Interesse ist, wollen wir darauf hinweisen, daß er wiederholt das Wort „*doit*“ gebraucht (S. 48, 56, 57), ohne durch den Inhalt seiner Ausführungen die Zweideutigkeit des Ausdrucks zu beheben. Es hat vielmehr den Anschein, daß er daran, wie sich der Zins gestalten müsse sowohl, als auch daran, wie er sich gestalten solle, gedacht hat, ohne jedoch eine deutliche Scheidelinie zwischen beiden Fragestellungen zu ziehen.

Man hat öfters Smith vorgeworfen, daß er Quesnay gegenüber nicht ganz ohne Absicht ungerecht gewesen sei; wenn dies auch im großen und ganzen richtig seine Manier, die Lehren seiner Vorgänger zu schildern, charakterisiert, so ist doch nicht zu übersehen, daß er gleichfalls die Jünger mit dem Meister identifiziert, indem er vom „*Agrikultursystem*“ schlechthin spricht (II, S. 179). Smith sagt sogar ausdrücklich, daß „in ihren recht zahlreichen Schriften . . . jene Sekte unbedingt und ohne merkliche Abweichung der Lehre Quesnays“ folge (II, S. 196). Es scheint aber, daß die ganze Prioritätsfrage ohne großen Belang ist, da der Gedankenaustausch Frankreichs und Englands im 18. Jahrhundert nicht in einer einseitigen Beeinflussung, sondern in einer regen Wechselwirkung der geschilderten Gedankenrichtungen beider Länder bestand. Vor allem gilt dies von den unmittelbaren Vorgängern Smiths auf englischem Boden, deren Wirkung auf die französischen Gemüter ebenso, wie ihre Abhängigkeit von denselben, außer Zweifel steht. Besonders nahe berührt sich mit den Physiokraten Josiah Tucker, den letztere zu den ihrigen zu rechnen pflegten. In seinen „*Reflexions on the expediency of a law for the naturalization of foreign protestants, containing important queries relating to commerce*“ (London 1751—52) befürwortet er die Aufhebung aller Schranken des wirtschaftlichen Verkehrs und die Zulassung ausländischer Konkurrenten

*) Abgedr. in „*Oeuvres de Turgot*“ Paris 1844, Bd. I, S. 7—67.

(Protestanten). Im Vordergrund der Tuckerschen Be trachtung steht die Vorstellung der wirtschaftlichen Harmonie, womit offenbar seine optimistische Auffassung der wirtschaftlichen Störungen zusammenhängt. „Wenn ein einzelnes Gewerbe . . .“ — so fragt er — „überfüllt ist, wird nicht die Krankheit sich selbst heilen?“ (S. 13 ff.) *).

Aber auch David Hume verrät manche Verwandtschaft mit den französischen Denkern. So z. B. weist er auf China hin, welches nur sehr wenig auswärtigen Handel treibe und doch zu den blühendsten Ländern der Welt, seiner Ansicht nach, gehöre; auch ihm schwebte vielleicht dabei das Quesnaysche Ideal der „Stabilität“ vor. Im stabilen Gleichgewicht denkt er sich jedenfalls die Vorgänge des Waren- und des Geldmarktes. Was den erstenen an betrifft, so hat für ihn der Aufsenhandel nnr die Bedeutung eines Stachels, der „die Menschen aus ihrer Trägheit erweckt“; „ist einmal der Geschäftsverkehr einer Gesellschaft so weit gediehen, so kann das Volk den größten Teil seines Aufsenhandels einbüßen, und doch seine Größe und Macht behaupten.“ Für die dabei freiwerdenden Hände finde sich immer Verwendung von selbst, „solange Jedermann im Staate, der Reichtum besitzt, die einheimischen Güter nicht in solcher Fülle und Vollkommenheit, wie ihm gutdünkt, genieße; was jedoch nie der Fall sein könne“ **). Ebenso

*) Vgl. Bergmann, a. a. O., S. 61. In seinen „Four Tracts on political and commercial subjects“, II. ed., Gloucester 1774, S. 17 ff. widerlegt Tucker die Ansicht „that Trade and Manufacture, if left at full Liberty, will always descend from a richer to a poorer State“, indem er die Möglichkeit gleichzeitiger Fortschritte beider betont. Dafs die Vorsehung „an all wise, just and benevolent Being“, einen Teil ihres Planes in einen derartigen Widerspruch mit einem anderen, nämlich den Selbsterhaltungstrieb mit dem Grundsatz des allgemeinen Wohlwollens, setze, scheine von vornherein unwahrscheinlich (S. 20); und in der Tat bringe der Reichtum nicht nur keine Nachteile, sondern sogar eine Reihe von Vorteilen vor der armen Nation (S. 30—35).

**) David Hume, Essays moral, political, and literary. Edited by T. H. Green and T. H. Grose, London 1882, vol. I, S. 296.

automatisch, d. h. ohne Störungen des Wirtschaftsmechanismus, werden nach Hume die Folgen zu starker Geldvermehrung oder -Verminderung überwunden. Es stelle sich dabei das Gleichgewicht ebenso notwendig wieder ein, wie wenn eine Wassermenge künstlich in die Höhe getrieben wäre, da die Preise stets den Quantitätsveränderungen des Geldvorrats entsprechend schwanken*). In Humes aus einer längeren Zeitspanne stammenden „Essays“ spiegelt sich die wichtige Wandlung ab, die sich um die Hälfte des 18. Jahrhunderts innerhalb des englischen Liberalismus endgültig vollzog und die in der Erweiterung des Begriffs des „free trade“ bestand. So geht Hume in seinem Essay „Of the Balance of Trade“, in dem nur alle inneren Zölle, von den auswärtigen dagegen nur die als Ausfluss des „Völkerneides“ erscheinenden verurteilt werden, noch nicht wesentlich über die Forderungen des englischen Liberal-Merkantilismus hinaus**). Während in diesen früheren Essays noch manche Eingangszölle als Protektionsmafsregeln befürwortet werden, sind die späteren schon bedeutend kosmopolitischer gefärbt. Darin wird ein unbeschränkter Wettbewerb der Nationen untereinander als Mittel zur Wachhaltung ihrer Betriebsamkeit gutgeheissen; ein solcher freier Austausch liege nach Hume im Plane der Natur, die die „verschiedenen Nationen mit verschiedenen Anlagen, klimatischen und Bodenverhältnissen beschenkt habe“ (Essays, S. 346, 347). Was Hume selber anlangt, so scheint die Erklärung der von ihm durchgemachten Meinungsänderung durch den Einfluss des mit ihm befreundeten Ad. Smith manches für sich zu haben***).

*) Daselbst S. 333 ff. Allerdings ist dieser Gedanke bereits ein Jahrzehnt vor Humes „Essays“ von Jacob Vanderlint in seinem Buche „Money answers all things“ (1734) ausgesprochen und ähnlich wie von Hume begründet worden. Vgl. das Zitat aus diesem schwer zugänglichen Werke bei Leser, Freihandelsschule, Art. im „H. d. St.“, Bd. III, S. 1249.

**) Essays, S. 336 und 343 ff.

***) Vgl. hierzu Max Klemme, „Die volkswirtschaftlichen An-

Wie wir sehen, ist der übliche Schematismus bei der Zuteilung der literarischen Verdienste an Smith und seine französischen und englischen „Vorgänger“ schon aus dem Grunde irrelevant, weil sie alle zum Teil Zeitgenossen waren, die im regen Gedankenaustausch miteinander standen. Dagegen ist ein Umstand hervorzuheben, und zwar die grösere wirtschaftliche Entwicklung Englands, welches für Frankreich ebenso im 18. Jahrhundert, wie Holland im 17. Jahrhundert Englands Vorbild war. Während sich aber in Frankreich das Denken immer ausschliesslicher den akuten politischen Fragen zuwendete, blieben die wirtschaftlichen Probleme in England im Vordergrund der wissenschaftlichen Diskussion. Im letzteren Lande, das einer ungeahnten industriellen Entwicklung entgegenging, sollte auch das System der natürlichen Freiheit zum Abschluss gelangen. Die aus verschiedenen Quellen fliessenden Einsichten galt es nur in ein breiteres Bett zu lenken, um aus den winzigen Bächen einen mächtigen Strom zu schaffen. —

3. Die klassische Nationalökonomie.

Sind einmal Zündstoffe in genügender Menge da, so genügt ein Funke, um sie in Brand zu setzen. Nicht anders ist es mit grossen Ereignissen des Geisteslebens; auch hier ist zum Entfalten der angehäuften Energie nur ein Funke nötig, aber ein Funke des Genies. Wie sehr es auch wahr sein mag, dass fast alle Bestandteile des Smithschen Systems bei seinen von uns zum teil erwähnten „Vorgängern“ bereits vorhanden seien, die zündende Kraft des Smithschen Geistes mangelte ihnen allen, und es blieb Adam Smith vorbehalten, die künstlerische Tat zu vollbringen. Denn will man den Unterschied seines Werkes von dem seiner Vorgänger in einem Worte feststellen, so hat man darauf hinzuweisen, dass, während alle früheren Schriftsteller das wirtschaftliche Getriebe von einem geschlossenen Raum aus

schauungen David Humes“. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Jena 1900, S. 71.

betrachteten, Smith aus der Enge seiner Umgebung herauszutreten wußte und, statt jener Ausschnitte, die volle Wirklichkeit in einem Bilde darzustellen suchte. Die Lebenswahrheit, Weite des Horizonts, Harmonie und Einheitlichkeit — kurz die Schönheit des gebotenen Bildes und nicht die Originalität der darin ausgesprochenen Gedanken, war es, die die Augen zweier Generationen fesselte und sie von den Steuart, Petty, Cantillon, Quesnay und wie die vermeintlichen „Väter“ unserer Wissenschaft sonst heissen mögen, endgültig ablenkte. Damit hing aber vielleicht auch der so häufig besprochene Umstand zusammen, daß Smith, wie so viele künstlerische NATUREN, kein gerechter Kritiker war und durch seine etwas verflachende Darstellung des Merkantil- sowie des „Agrikultursystems“ die eigene Individualität in falsches Licht gestellt hat.

Dafs die „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“ (London 1776)* viele Spuren der Bekanntschaft des Verfassers mit den Schriften der Physiokraten**) verrät, dessen war sich Smith voll bewußt. So heifst es bei ihm, daß „dieses System, mit allen seinen Mängeln, vielleicht am meisten von allem, was noch über den Gegenstand der Volkswirtschaft gelehrt worden ist, der Wahrheit nahe kommt“ (II, S. 195). Aber Smith hat die Einseitigkeit dieses Systems eingesehen, indem er dessen „wesentlichen Irrtum“ darin erblickte, „daß es die Klasse der Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute als völlig unfruchtbar und unproduktiv darstellt“ (II, S. 191). Noch wichtiger ist der Unterschied, der zwischen der Smithschen und der Quesnayschen Auffassung der natürlichen Freiheit besteht und der der „klassischen“ Doktrin nicht den Charakter einer einfachen Rezeption, sondern den einer Weiterentwicklung des physiokratischen Systems verleiht. Was die Grundsätze der liberalen Wirtschaftspolitik betrifft, so konnte sich hierin Smith doch an seine Landsleute anlehnen,

*) Ich zitiere nach der deutschen Übersetzung von C. W. Asher, Stuttgart 1861.

**) Im Jahre 1765 war Smith bekanntlich in Paris.

deren Schriften ihm sicherlich vor denen der Franzosen bekannt waren; dies scheint, nach einer Rede Smiths aus dem Jahre 1755 zu urteilen, in der Tat der Fall gewesen zu sein*). — In seinem „Wealth of nations“ präzisiert Smith den Unterschied seines Standpunktes von dem Quesnays recht eingehend an der Hand der organischen Analogie, indem er, im Gegensatz zu manchen an bestimmten Vorschriften der Diät festhaltenden Ärzten, annehmen zu dürfen glaubt, daß „in dem gesunden Zustande des menschlichen Körpers ein unbekanntes Prinzip der Erhaltung**) liege, das imstande ist, die schlimmen Folgen selbst einer recht verkehrten Lebensweise abzuwehren oder zu bessern. Quesnay“ — so fährt Smith fort — „der selbst ein Arzt . . . war, scheint seine erstere Ansicht auf den politischen Körper übertragen und geglaubt zu haben, derselbe könne nur bei einer bestimmten, genau verordneten Lebensweise sich wohl befinden und gedeihen, bei der positiven Verordnung einer vollkommenen Freiheit und vollkommenen Gerechtigkeit. Er scheint nicht erwogen zu haben, daß in dem politischen Körper das natürliche Bestreben eines Jeden, seine eigene Lage zu verbessern, ein Prinzip der Erhaltung darbiete, das imstande ist, in vielen Beziehungen die schlechten Folgen einer bis zu einem gewissen Grade parteiischen und niederdrückenden Volkswirtschaft zu verhüten oder zu bessern. Wenngleich eine solche Volkswirtschaft ohne Zweifel den natürlichen Fortschritt eines Volkes zum Wohlstand und Glück mehr oder minder aufhält, so vermag sie denselben doch nicht zum völligen Stillstand und noch weniger ihn zum Rückschritt zu bringen.“ Der „Weisheit der Schöpfung“ sei es zuzuschreiben, daß der soziale Körper, gleich dem lebenden Organismus, über eine Selbst-Verteidigungskraft gegen die „Folgen der menschlichen Torheit und Un-

*) Vgl. die entsprechenden Zitate aus dieser Rede bei E. Leser Smith, Art. im „H. d. St.“ II. Aufl., Bd. VI, S. 755.

**) Von mir gesperrt.

gerechtigkeit“ verfüge; sonst, meint Smith, „gäbe es kein Volk in der Welt, das jemals zu einem Zustande des Gediehens gelangte“ (II, S. 190 und 191).

Diese Stelle des Smithschen Werkes zeigt uns, dass er einen Schritt weiter als Quesnay gegangen ist; während nämlich letzterer die „natürliche Ordnung“ als einen idealen, anzustrebenden und zur Beurteilung des tatsächlichen maßgebenden Zustands der Volkswirtschaft auffaist, erblickt Smith dieselbe in den tatsächlichen Vorgängen des Wirtschaftslebens. Denn nach Smith können die Bevorzugungs- oder Hemmungsmaßregeln der Regierung*) sowie andere „Folgen der menschlichen Torheit und Ungerechtigkeit“ nur vorübergehende „Krankheiten“, nicht aber eine „crise effrayante“, wie bei Quesnay, herbeiführen. Hiernach ist also das Wirtschaftsleben in der Regel und an sich harmonisch, während es nach Quesnay unter Umständen der „lumières de médecine“ bedarf.

Wie sich Smith den „natürlichen“ Verlauf der Dinge vorstellt, ist am besten aus seiner Preislehre zu ersehen, welche bekanntlich einen der wichtigsten Teile seines Systems bildet. Es bestehen nach Smith in einer jeden Gesellschaft oder Gegend gewöhnliche oder durchschnittliche Sätze für Lohn, Gewinn und Rente, die als für eine gegebene Zeit natürlich angesehen werden können. „Ist der Preis einer Ware weder gröfser noch geringer als“ diese Sätze, „so wird die Ware zu ihrem sozusagen natürlichen Preise verkauft“ (I, S. 52). „Entspricht die an den Markt gebrachte Warenmenge genau der wirklichen Nachfrage, so stellt sich der Marktpreis auch dem natürlichen Preise so nahe wie möglich.“ Ist dagegen das Angebot gröfser als die Nachfrage, so fallen die Preise

*) In Bd. II, S. 205, werden die Pflichten des Landesherrn nach dem System der natürlichen Freiheit auf den Schutz gegen auswärtige Angriffe, den Rechtsschutz und „die Gründung und Erhaltung gewisser öffentlicher Anstalten und Werke, welche einzelne oder eine kleinere Anzahl einzelner kein Interesse haben zu gründen und zu erhalten“, beschränkt.

unter das natürliche Niveau, wodurch die Grundeigentümer veranlaßt werden, „einen Teil ihrer Ländereien zurückzuhalten“, sowie die Arbeiter und Arbeitgeber — „einen Teil ihrer Arbeit oder ihres Kapitals aus dem Geschäft zu nehmen“. Ähnlich gehe es mutatis mutandis beim Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage zu, so daß überhaupt der natürliche Preis nach Smith den „Mittelpunkt bildet, nach welchem die Preise aller Waren beständig gravitieren“ (I, S. 54). „Die Gesamtmenge von Gewerbeleifs“, — folgert nun Smith mit voller Konsequenz — „die jährlich verwendet wird, um eine Ware an den Markt zu liefern, richtet sich dergestalt in natürlicher Weise nach dem wirklichen Begehr; das Bestreben geht immer dahin, so viel und nicht mehr, als dieser Begehr erfordert, zu bringen“ (I, S. 55).

In diesen allgemeinen Zügen *) läßt sich das Evangelium des ökonomischen Optimismus darstellen, welches das Denken so lange beherrschen sollte und welches in der Geschichte der uns angehenden Theorien von großem Belang gewesen ist. Der in den angeführten Sätzen bereits ausgesprochene Gedanke von der Unmöglichkeit durchgreifender Störungen des Wirtschaftslebens wird von den Schülern weiter ausgesponnen und auf die Spitze getrieben. Nach der Art aller Epigonen geben sie sich nicht gern mit vorsichtigen Einschränkungen der Formulierung durch solche Wörtchen, wie die von Smith so häufig gebrauchten: „sozusagen“, „gewissermaßen“ u. s. f. ab; sie sagen vielmehr ihre Ansichten klipp und klar aus. Der Glaube an die prästabilisierte Ordnung, Regelmäßigkeit und Harmonie des Wirtschaftslebens wurde nicht einmal durch die im An-

*) Wir verzichten aus naheliegenden Gründen auf die Wiedergabe anderer Teile des Smithschen Systems. Übrigens ist seine Theorie des „natürlichen Arbeitslohnes“ nur als Spezialfall seiner Preislehre anzusehen; aber auch in den Stellen, wo Smith „von der natürlichen Wirkung der fortschreitenden Kultur auf die wirklichen Preise“ (I, S. 233) oder „vom natürlichen Fortschritt des Wohlstandes“ (I, S. 370) spricht, bleibt er sich im wesentlichen treu.

fang des 19. Jahrhunderts eingetretenen Krisen erschüttert; vielmehr wurden dieselben in einer langen Reihe von Schriften, aus der wir nur die markantesten Erscheinungen herausgreifen wollen, hinweggedacht und für unmöglich erklärt.

In erster Linie ist hier Jean-Batiste Say zu nennen, der den alten Gedanken *) von der lediglich vermittelnden Rolle des Geldes im Tauschverkehr seinen Ausführungen zu Grunde legt. In seinem „*Traité d'économie politique ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent, et se consomment les richesses*“ (Paris, An XI=1803) vergleicht Say das Geld mit Anschlagzetteln, „welche in einer grofsen Stadt die Annäherung derjenigen, die miteinander Geschäfte abzuschließen wünschen, bewirken“ (I, S. 152). Dieser Dienst sei blofs vorübergehend, denn „nachdem die Tauschakte vollzogen sind, stellt es sich heraus, daß man Produkte mit Produkten bezahlt hat. Hat demnach“ — folgert hieraus Say — „eine Nation zu viel Produkte einer Art, so besteht das Mittel, dieselben abzusetzen, im Erzeugen von Produkten einer anderen Art“ (I, S. 154). Die Produkte bilden also Absatzmöglichkeiten (*débouchés*) für einander, und wenn manche von ihnen keinen Absatz finden, so sei dies der Beweis dafür, daß die Produktion insofern falsche Richtung angenommen habe, als in irgend einem Zweige zu wenig produziert worden sei. Diesen im „*Traité*“ zuerst ausgesprochenen Gedanken verteidigt Say auch in seinen Briefen an Malthus **), in denen er wiederholt die Unmöglichkeit allgemeiner Überproduktion zu beweisen und die vorübergehenden partiellen Absatzstockungen auf Unterproduktion zurückzuführen sucht. In seiner späteren Polemik mit Malthus und Sismondi ist Say nicht besonders erfolgreich

*) So z. B. Quesnay wird nicht müde, ihn zu wiederholen; vgl. „*Oeuvres*“ S. 478, 542, 543, 548, 549 usw.

**) Deutsch von Karl Heinrich Rau u. d. T. „Malthus und Say, über die Ursachen der jetzigen Handelsstockung“, Hamburg 1821, herausgegeben; vgl. S. 50.

gewesen. So hat er z. B. den Begriff der Produktion enger, als in den Anfangsschriften, fassen müssen; „Produktion“ definierte er nämlich nicht mehr als Schaffung von Nützlichkeit, sondern als Erzeugung von Wert. In dem er dabei lediglich die Absatz findenden Waren als „Produkte“ bezeichnete und hiermit schlagend die Einwände seiner Kritiker zu widerlegen glaubte, sprach er, ohne es zu merken, den trivialen Gedanken aus: „Waren, die keinen Absatz finden, werden nicht verkauft.“ Diese Tautologie konnte sich offenbar nicht lange behaupten und wurde auch seitens Malthus und anderer Kritiker vollkommen richtig beurteilt*).

Viel nachhaltiger, als Say, hat der andere berühmte Schüler Smiths, James Mill, gewirkt, da seine Argumentation, die ihn zum selben Schlufs wie jenen gebracht hatte, nicht nur von so offensichtlichen Blößen frei, sondern im allgemeinen tiefer gedacht war. Zwar geht auch Mill in seinem „Commerce defended. An answer to the arguments of which Mr. Spence, Mr. Cobbett and others have attempted to prove that commerce is not a source of national wealth“ (London 1808)**) von dem Gedanken aus, dass das Geld lediglich die Rolle eines Vermittlers im Tauschverkehr spielt und dass infolgedessen die Produkte den Markt für einander bilden. Aber die Begründung des Fundamentalsatzes betreffend die Unmöglichkeit einer allgemeinen Überproduktion, wie sie von Mill in seinen „Elements of political economy“ (London 1821)***) gegeben wird, ist von der Sayschen verschieden. Nach Mill ist die Nachfrage eines Volkes mit dessen Kaufkraft identisch; denn nimmt man alle angebotenen und alle begehrten, d. h. die Nachfrage bildenden, Güter zusammen, so erhalte

*) Vgl. die ausführliche Darstellung Bergmanns, a. a. O., S. 67—80, welcher an der Hand zahlreicher Kritiken der Sayschen théorie des débouchés sein eigenes Urteil über dieselbe begründet.

**) Dies Werk war mir nicht zugänglich; ich zitiere nach Bergmann, a. a. O., S. 84.

***) Ich zitiere nach der III. Auflage vom Jahre 1826.

man genau dieselbe Produktenmenge (S. 232). Der Abschnitt III dieses Werkes ist daher überschrieben: „*That Consumption is coextensive with Production*“ (S. 228 ff.). Ähnlich, wie sich Smith die Herstellung des „natürlichen“ Preisniveaus gedacht, stellt sich Mill das „natürliche Gleichgewicht“ zwischen Produktion und Konsumtion vor. So gibt er zwar die Möglichkeit von partiellen Überproduktionen infolge einseitiger Gestaltung der Produktion zu, führt aber aus, daß die mangelnde Kaufkraft durch Übertragung der zur Verfertigung überflüssiger Güter verwendeten Produktionsmittel in Produktionszweige mit ungenügender Gütererzeugung und Kaufkraft ganz natürlich gebildet werde. „Die natürliche Ordnung der Dinge“ — heifst es im „Commerce defended“ — „hat auch eine so mächtige Tendenz, dies selbe Gleichgewicht zu erzielen, daß letzteres immer sehr genau erhalten sein wird, wo dies nicht verhindert wird durch die unverständige Einmengung der Regierung oder durch jene Störungen im Weltverkehr, welche durch Kriege herbeigeführt werden“ (S. 84—85).

Am ausgeprägtesten und extremsten wird aber der Smithsche Optimismus bekanntlich von Frédéric Bastiat vertreten*). In dem „an die französische Jugend“ gerichteten Vorwort zu seinem bezeichnenderweise „Harmonies économiques“ betitelten Werk bekennt Bastiat: „J'ai une foi entière dans la sagesse des lois providentielles, et, par ce motif, j'ai foi dans la Liberté“ (VI, S. 11). Genau wie Mill bezeichnet Bastiat den wirtschaftlichen Mechanismus als „prodigieusement ingénieux“ (VI, S. 26) und meint, daß „weder die Gesetze des Wertes, des Zinses, der Rente und der Bevölkerung noch irgend ein anderes natürliches Gesetz . . . Dissonanz in dieser schönen sozialen Ordnung erzeugen könne, da im Gegenteil Harmonie

*) Die im Text folgenden Seiten- und Bändezahlen beziehen sich auf die Ausgabe: „Oeuvres complètes de Frédéric Bastiat mises en ordre, revues et annotées d'après les manuscrits de l'auteur“, Paris 1855, 6 Bde.

aus diesen Gesetzen resultiere“ (VI, S. 510). Gleich Mill ist Bastiat infolge dieser Prämissen genötigt, die „Causes perturbatrices“ nicht im „natürlichen Organismus“ des Wirtschaftslebens selbst, sondern außerhalb desselben zu suchen: die an sich harmonischen Gesetze „lassen das Übel zu, da sie durch Menschen, d. h. durch Wesen, die dem Irrtum und dem Schmerz ausgesetzt sind, ins Werk gesetzt werden. Aber auch das Übel“ — so fügt sofort der geistreiche Optimist hinzu — „hat in dem Mechanismus seine Mission, die in Selbstbeschränkung und Selbstvernichtung besteht, um dem Menschen Ermahnungen, Verbesserungen, Erfahrung, Einsichten — kurz alles, was sich im Worte ‚Vervollkommenung‘ einschließen lässt, zuteil werden zu lassen“ (VI, S. 511). Diese Verherrlichung der wirtschaftlichen Störungen hindert jedoch Bastiat nicht, dieselben dem normalen *) Zustand des Wirtschaftslebens gegenüberzustellen, dessen Behandlung einer Art nationalökonomischer Physiologie zufallen solle. Jedenfalls hilft ihm sein Optimismus, über alle Schwierigkeiten hinwegzuleiten. So erklärt er alle Industrien miteinander solidarisch und meint, dass arbeitsparende Maschinen nur Nutzen, nie aber Schaden bringen können (V, S. 375). Ebenso leicht wird er mit den Überproduktionstheorien fertig; Überfluss könne nur Segen stiften, er (d. h. der Überfluss) sei nur „Theoretikern des Hungers“ unwillkommen, deren Lehren in dem Satze: „Eine Nation sei reich, wenn sie an allem Mangel leide“ gipfeln, den Bastiat an die Spitze der von ihm gerügten „ökonomischen Sophismen“ (Chap. I: Abondance, disette) stellt (IV, S. 13). Und, wie nicht anders zu erwarten, tadelt er, gleich allen seinen Vorgängern, alle die Freiheit, d. h. die Harmonie, beschränkenden Massnahmen der Regierung. „Die Gesetze, welche mindestens neutral sein sollten“ — so heißt es daselbst — „ergreifen für den

*) Der Ausdruck „normal“ wird von Bastiat selbst gebraucht; so z. B. auf S. 510: „... sous l'influence de la liberté les services tendent à acquérir leur valeur normale, c'est-à-dire proportionnelle au travail.“

Verkäufer gegen den Käufer, für den Produzenten gegen den Konsumenten, für die Teuerung gegen die Wohlfeilheit, für den Mangel gegen den Überfluss Partei.“ Alle diese Ausführungen, sowie Bezeichnungen in der Art der „théories de disette“ verraten in Bastiat, wie Bergmann richtig hervorhebt *), einen ebenso eifrigen, wie talentvollen, handels- und sozialpolitischen Agitator.

Der Gedanke, daß die Störungen im Wirtschaftsleben nicht auf die an sich harmonischen Gesetze desselben, sondern auf äußere Umstände, d. h. Kriege, Revolutionen, Missernten, Einfuhrverbote oder Erfindungen u. dergl. m. zurückzuführen seien, hält sich mit einer merkwürdigen Zähigkeit in der französischen Literatur. Er wird z. B. von Frédéric Passy in seinen „Leçons d'économie politique“ (Paris 1861) und der späteren Schrift „Les machines et leur influence sur le développement de l'humanité“ (Paris 1866) vertreten **). Er kehrt auch in den zahlreichen Schriften Gustave de Molinaris in verschiedenen Varianten immer wieder. Letzterer ist vielleicht der „orthodoxeste“ aller lebenden Smithianer. In seinen „Lois naturelles de l'économie politique“ (Paris 1887) knüpft er direkt an die Theorie des „natürlichen Preises“ des Vaters der Nationalökonomie an und stellt, gleich diesem, die Lehre vom „natürlichen Gleichgewicht“ auf, welches nur durch Unfälle gestört werden könne, sich aber „natürlicherweise“ wieder herstellen müsse, und zwar um so schneller, je stärker die Störung gewesen (S. 23). Dieselben Gedanken wiederholt Molinari in seinem ein Jahr später erschienenen Werke „La Morale économique“ (Paris 1888) ***), wo ebenfalls ausgeführt wird, die Pro-

*) Bergmann, a. a. O., S. 125.

**) Vgl. Bergmann, a. a. O., S. 117.

***) Nicht wesentlich neuer sind die von Molinari in seinen zahlreichen anderen Schriften geäußerten Ansichten; vgl. z. B. die Zitate aus seinen: „Cours d'économie politique“ (Paris 1863), „Notions fondamentales d'économie politique et programme économique“ (Paris 1891) und „L'évolution économique du XIX^e siècle. Théorie du progrès“ (Paris 1880) bei Bergmann, a. a. O., S. 129—133. Die Ursachen

duktion „gravitieren zum Kostenminimum, oder zum natürlichen Preise, wie es Ad. Smith nannte, und sei dank dieser ökonomischen Gravitation bestrebt, sich gleichzeitig in allen Zweigen ins Gleichgewicht mit der Konsumtion zu bringen oder sich ihr nützlich anzupassen“ (S. 15, 16). In diesem letzteren Werk spricht der Verfasser sein optimistisches Credo schon ganz unumwunden aus und daher ist es historisch ganz besonders interessant. „Wir wissen nicht“, — so heißtt es im Schlufswort — „weshalb das menschliche Geschlecht geschaffen wurde und welches dessen Endziel sei, aber wir wissen, daß es wie alle anderen Arten durch ein Erhaltungs- und Fortschrittsgesetz beherrscht wird“ (S. 413). Molinari glaubt an die Einstellung eines „ordre nouveau“, worin keine Schranken mehr dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte gesetzt sein dürften, keine Hindernisse seitens der Besteuerung, keine Monopole und keine Kriege usw. bestehen würden (S. 392). Darin müßte sich das vollkommene „natürliche“ Gleichgewicht einstellen (S. 393). Denn die ökonomischen Gesetze harmonieren vollkommen mit denen der Moral (S. 29); was ökonomisch nützlich, sei in der Moral gerecht (S. 332). —

Der andere Glaubensartikel Bastiats, daß in der „harmonischen“ Wirtschaftsordnung der Gegenwart sogar die Krisen heilsame Wirkungen haben, findet Anhänger unter den deutschen Nationalökonomen; so z. B. wären hier Max Wirth, W. Roscher und Julius Wolf zu nennen. Wir werden aber den beiden ersten in einem anderen Zusammenhang begegnen und wollen daher nur die Aufserung des letzteren anführen, da sie den Gedanken am prägnantesten zum Ausdruck bringt. In Wolfs „Sozialismus

der Gleichgewichtsstörungen sind nach Molinari aufserwirtschaftlicher Natur; er nennt, gleich seinen Vorgängern: Katastrophen, Unkenntnis der Märkte, Monopole usw. In den im Text zitierten Schriften legt er den Hauptnachdruck auf die staatliche Intervention, die eben die Monopole schaffe, und auf Erfindungen. Letztere erklärt er aber für eine notwendige Kehrseite des Fortschritts; vgl. La Morale écon., S. 265 ff. (Livre VI: „La crise actuelle“).

und kapitalistische Gesellschaftsordnung“ (Stuttgart 1892) wird ausgeführt, die Mission der Krisen bestehe darin, dass sie periodisch eine Auswahl „zwischen den besser und minder gut zur Führung der Geschäfte Veranlagten und Ausgestatteten“ treffen. Sie seien „Varanstaltungen, von denen man fast sagen könnte, wie es Voltaire von Gott getan hat, dass man sie einführen müfste, wenn man sie nicht bereits hätte, oder richtiger in unserem Falle, dass wenn man sie auch ihrer unglückseligen Wirkungen entkleiden müfs, sie doch um ihres kraftsteigernden Effektes willen eine völlig abschätzige Beurteilung nicht gestatten“ (S. 439)*).

Am zähesten jedoch von der ganzen harmonistischen Krisenlehre behauptet sich die James Millsche Fassung derselben; denn diese hat ihre Rolle bis auf den heutigen Tag nicht ausgespielt. Manche Schriftsteller, wie M. v. Tugan-Baranowski**), wollen sie mit den neueren Theorien versöhnen, andere knüpfen an sie direkt an. So erklärt z. B. Paul Leroy-Beaulieu in seinem „Traité“ (Paris 1896) das Raisonnement von Say und Mill im grofsen und ganzen für „très exact“ (IV, S. 420). In etwas vagen Ausdrücken führt er aus, dass im Wirtschaftsleben notwendigerweise ein fester oder mittlerer Zustand herrschen müsse, denn „auf dieser relativen Konstanz der Bedürfnisse und Geschmäcke in einer bestimmten Zeitspanne beruhe die ganze Produktion: widrigenfalls hätte sie weder Richtschnur noch Kompafs“ (IV, S. 408). Zieht man dagegen zeitliche und örtliche Grenzen in Betracht, so stellen sich nach Leroy-Beaulieu allerlei Hindernisse und Reibungen (Zölle, Gewohnheiten) in den Weg; auch können die Vor-

*) Nachklänge dieser optimistischen Beurteilung finden wir auch bei Paul Leroy- Beaulieu, *Traité théorique et pratique d'Écon. pol.*, Paris 1896, Bd. IV, S. 409 ff.; Vilfredo Pareto, *Cours d'Écon. pol. professé à l'Univ. de Lausanne*, Bd. II, Lausanne 1897, S. 297 und bei manchen anderen Autoren; auf diese zwei kommen wir noch weiter unten zurück.

**) Vgl. weiter unten im Abschnitt 5 („Sozialismus“).

gänge auf dem Geldmarkte sowie das Grenznutzengesetz störend einwirken, und in allen solchen Fällen trete dann eine Handels- oder Finanzkrisis ein. Er unterscheidet außerdem noch die allgemeinen Wirtschaftskrisen, die er als Folgen großer wirtschaftlicher, eine Anpassung an die neuen Bedingungen verlangender Fortschritte auffaßt (IV, S. 450 ff.). Jedenfalls aber, meint der Verfasser, sei diese „Proportionalität der Krisen“ mit den wirtschaftlichen Fortschritten (Arbeitsteilung usw.) kein Grund zur Verurteilung dieser Organisation der Produktion; denn „jedes ökonomische oder soziale Wesen hat, gleich jeder Periode des menschlichen Lebens oder Profession, seine besonderen Krankheiten; und die Stärke der letzteren ist häufig der Widerstandskraft des Organismus proportional“ (IV, S. 410).

Besonderes Interesse verdienen aber die Nachklänge der Millschen Theorie bei den jüngsten Krisentheoretikern: Spiethoff, Pohle und Oldenberg, da sie sämtlich einer ganz anderen Denkrichtung, als ein Leroy-Beaulieu, angehören, und doch auf die hundert Jahre alte Lehre zurückgreifen. So sagt Arthur Spiethoff in seinen „Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion“ *): „So große Fehler auch J.-B. Say und James Mill im einzelnen bei der Begründung ihrer Lehre von der notwendigen Übereinstimmung von Gesamtumfang der Produktion und der Nachfrage begehen, so richtig ist sicherlich, daß beide im großen und ganzen tatsächlich ineinander aufgehen. Eine in der Hauptsache stattfindende Übereinstimmung ist die Regel, während eine Disharmonie größeren Maßstabes die Ausnahme ist“ (S. 728). Also fast wörtlich dasselbe, was wir von Leroy-Beaulieu gehört haben; Spiethoff geht sogar weiter und sucht den Einwand Marx', auf den Tausch: Ware — Geld müsse nicht immer der Kauf: Geld — Ware folgen, mit der Bemerkung zu entkräften, daß es gar nicht bewiesen sei, „daß er (der Kauf) in den überwiegenden

*) Art. in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzg., Verw. und Volksw. im D. R.“. Jahrg. XXVI, Leipzig 1902, S. 721 ff.

Fällen nicht doch folgt“ (S. 729). Der wesentliche Unterschied der Spiethoffschen Theorie von der klassischen Lehre, der seinen originellen Beitrag bildet, besteht aber darin, dass er nicht, wie die letztere, außerhalb des Wirtschaftslebens die Ursachen der Störungen sucht, sondern es unternimmt, „aus speziellen, dem Haussmechanismus entstehenden Ursachen“ die letzteren herzuleiten *). Er unterscheidet dabei drei Stadien; zunächst entstehe die Hause in den einkömmlichsten Produktionszweigen, wobei die bereits bestehenden Kapitalanlagen voll ausgenutzt werden. Darauf folge ein zweites Stadium mit neuen Produktionsanlagen, einem Unterangebot von Waren und einem großen reproduktiven Konsum. Im dritten Stadium, wo Neugründungen nicht nur als Nachfrager, sondern auch als Anbieter erscheinen, treten die Erzeugnisse des erweiterten Reproduktionsprozesses als Gegengewicht auf und rufen einen Preisrückgang hervor. Denn „die letzte Periode ist eine Umkehrung der zweiten, eine fieberhaft vermehrte Produktion wirft ihre Erzeugnisse auf den Markt, ohne dass ihr ein gleicher Verbrauch entspricht . . .“ (S. 730). Aber dies sind bloß Ausnahmefälle; die Regel bildet nach Spiethoff der Gleichgewichtszustand im Sinne der harmonistischen Krisentheorie, wie sie von James Mill formuliert worden ist.

Dieselbe Gleichgewichtstheorie in Millscher Fassung schwebte auch Ludwig Pohle vor, der in seiner Schrift: „Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen“ (Göttingen 1902) ebenfalls beider Begründer dieser Theorie gedenkt. Auch er hält die Beweisführung derselben an sich für einwandfrei, bekämpft jedoch ihre stillschweigende Annahme, das Wirtschaftsleben befände sich in einem stationären Zustande, da diese offenbar falsch

*) Die „allgemeine Wirtschaftskrisis“ definiert Spiethoff „als die Spanne Zeit“, in der sich unter außerordentlichen Erscheinungen die Umwandlung eines krankhaften wirtschaftlichen Zustandes in einen normalen entscheidet“ (S. 723); er identifiziert also durchaus nicht die Begriffe der Überproduktion und der allgemeinen Wirtschaftskrisis, hält aber offenbar an der pathologischen Analogie fest.

sei. Es wird nämlich, nach Pohle, von ihnen übersehen, „daß alle Volkswirtschaften sowohl quantitativ, als auch qualitativ fortschreiten, d. h. daß einerseits die Bevölkerung regelmäßig wächst, und daß andererseits die Fortschritte der Produktionstechnik meist an die Bedingung geknüpft sind, daß ein immer größerer Teil der Volksarbeit der Herstellung von Produktionsmitteln gewidmet wird“ (S. 65). Der Hauptunterschied der im Grunde übereinstimmenden Theorien Spiethoffs und Pohles bestehe, nach Ansicht des letzteren darin, daß vom ersten „die wachsende Kapitalintensität der modernen Volkswirtschaft“, von Pohle dagegen „die Ausdehnung der Produktion entsprechend der Zunahme der Bevölkerung“ in den Vordergrund geschoben worden sei. Das Gemeinsame beider Theorien ist ihr Optimismus, den sie übrigens mit vielen Vertretern der klassischen und der „historischen“ Schule teilen, wogegen sich nichts einwenden ließe, wenn diese Grundstimmung nur die Definitionsfrage bei ihnen beeinflußte: was sie für Regel und was für Ausnahme zu halten vorziehen. Entschieden aber zu weit geht Pohle in seinem Optimismus, wenn er behauptet, daß „alle Volkswirtschaften sowohl quantitativ als auch qualitativ fortschreiten“ *); denn dies sind Erfahrungstatsachen, die von Stimmungen unabhängig, dagegen objektiv feststellbar sind.

Beim dritten von uns erwähnten modernen Krisentheoretiker, K. Oldenberg, erscheint die Gleichgewichtstheorie schon ausschließlich in der ihr von James Mill gegebenen Formulierung. In seinem Aufsatz „Zur Theorie der volkswirtschaftlichen Krisen“ **) hebt Oldenberg mit besonderer Genugtuung hervor, daß er selbst und Spiethoff auf diese mit Unrecht vernachlässigte Lehre wieder zurückgegriffen haben. In dem recht bezeichnend: „Die Ausnahme

*) In bezug auf das Populationsproblem ist die Richtigkeit dieser Behauptung von Adolph Wagner (auf dem Dortmunder 13. evangelisch-sozialen Kongress) angezweifelt worden.

**) In Schmollers „Jahrbuch f. Gesetzg., Verw. und Volksw. im D. R.“, Jahrg. XXVII, Leipzig 1903, Heft III, S. 833 ff.

von der Regel: Kontraktion der Nachfrage die Ursache allgemeiner Überproduktion“ überschriebenen Abschnitt gelangt Oldenberg zum folgenden Ergebnis: „Allgemeine Überproduktion ist insofern unmöglich, als die Produktionskräfte niemals über die Kaufkraft hinauswachsen, vielmehr selbst die ihnen entsprechende Kaufkraft erzeugen. Wohl aber kann die Kaufkraft ihrerseits ausnahmsweise zusammenschrumpfen, hauptsächlich in drei Fällen: 1. wenn der aufgeblasene Kredit zerspringt; 2. wenn die Geldvermehrung nicht mehr im gewohnten Tempo erfolgt; 3. bei Verschlechterung der Zahlungsbilanz, namentlich infolge Kapitalexports. In allen drei Fällen müssen die Warenpreise sich erst allmählich der verringerten Kaufkraft anpassen“ (S. 856). Mit andern Worten: Oldenberg hält an der Millschen Theorie prinzipiell fest und erklärt nur solche Störungen für möglich, die in den Vorgängen des Kredit- und Geldmarktes primär wurzeln; dabei muß er sich offenbar eine Reihe von Störungen, die auf anderen Gebieten entstehen*), nach bekannten Vorbildern als unmöglich schlechthin hinwegdenken.

Wir können es bei diesen Beispielen bewenden lassen, da sie zur Genüge beweisen, wie groß die Bedeutung von Stimmungen für die wissenschaftliche Erkenntnis sein kann, besonders, wenn sie von Männern, wie Smith und Bastiat ausgehen. Für jede solche Stimmung, die die Mehrzahl der Gemüter beherrscht, sind freilich in der Kunst wie in der Wissenschaft die Individualitäten der Meister und der Jünger mitbestimmend; in letzter Linie aber ist die Erklärung in den Zeitumständen zu suchen, da sie doch für die seelische Organisation der großen Masse ausschlaggebend sind**). Die Dinge, die einen so heiteren Widerhall in den

*) Dafs solche Störungen auch von Rückschlägen auf dem Geld- und Kreditmarkt begleitet werden, steht ja außer Zweifel; aber Oldenberg hat diese sekundären Erscheinungen nicht im Sinne.

**) Solche mächtige Charaktere, wie Condorcet, mögen in ihrer Grundstimmung allen noch so trüben Zeitereignissen zum Trotz treu ausharren; aber sie bilden offenbar sehr seltene Ausnahmen.

Herzen eines Smith in England und eines Turgot in Frankreich gefunden haben, drängen sich dem Dogmenhistoriker allzu sehr auf, als daß sie unbeachtet bleiben könnten*). Wie schon oft genug hervorgehoben, waren es in England die epochemachenden Erfindungen der Jahre 1760—1770, die der Veröffentlichung des „Wealth of nations“ (1776) vorausgingen; die enormen Fortschritte, die die Technik in dieser kurzen Zeitspanne dank Roebuck, Brindley, Wedgewood, Hargreaves, Arkwright, Watt, Crompton und Cartwright gemacht hat, mußten augenscheinlich den Glauben an die unbeschränkte Macht des menschlichen Geistes wachrufen. Auf dem Kontinent fand dieser Glaube den möglichst günstigen Boden, denn da sollten diese Machtmittel doch am meisten demselben dritten Stande dienlich werden, der ohnedies die Zukunft im rosigen Lichte sah und dem bereits die Morgenröte einer Zeit graute, in der mit den politischen auch alle wirtschaftlichen Fesseln fallen sollten. Man glaubte und hatte sicherlich Anlaß genug zu glauben am Vortage der großen Revolution, daß l'humanité doit fatalement progresser (Turgot). So waren die Gemüter im Anbruch der neuen Ära der wirtschaftlichen und politischen Geschichte gestimmt. Nur diesen hat aber Adam Smith erlebt: sein 1790 erfolgter Tod hat ihm den Anblick der Schattenseiten dieser Fortschritte erspart.

Wie anders sah es schon im Jahre 1798 und vollends 1820 aus, als Thomas Robert Malthus seine Schriften verfaßte! Das „große Ereignis“ war gekommen und brachte in ebenso reichlichem Maße Enttäuschungen, als früher übertriebene Hoffnungen an dasselbe geknüpft wurden. In England zeitigte die wirtschaftliche Revolution Überfüllungen der Märkte mit Waren, Ruin von Tausenden selbständiger Existenz und massenhafte Arbeitslosigkeit mit allen ihren Begleiterscheinungen. Wie sollte all dies die Illusionen des

*) Vgl. John Kells Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, übers. von E. Roschlau, Tübingen 1905, S. 141; Fr. Nitti, La population et le système social, Paris 1892, S. 22.

noch am Vortage ins unendliche auswuchernden Optimismus unangetastet lassen? Der Rückschlag blieb in der Tat nicht aus, er war vielleicht noch mächtiger als die anfängliche Begeisterung. Denn unter dem Zeichen dieser Reaktion steht die ganze spätere Entwicklung unserer Wissenschaft, wie sie in den Lehren der Sozialisten und der ersten Nationalökonomen der deutschen Schule, vor allem aber in einer Spaltung innerhalb der klassischen Schule selbst zum Ausdruck gelangte. Die zwei ersteren Richtungen, die in der gegenwärtigen Nationalökonomie führende Rolle spielen, setzen zwar einerseits mit Godwin, anderseits mit Fichte und A. d. Müller fast zu gleicher Zeit, wie die letztgenannte Spaltung der Smithianer, ein; aber während diese Lehren sofort um sich griffen und zum langjährigen Rüstzeug der „Orthodoxen“ wurden, fanden die Proteste der sozialistischen und der deutschen Autoren zunächst und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nur wenig Anklang. Sie sollen daher den Gegenstand der zwei letzten Abschnitte dieses Kapitels bilden, während wir uns hier dem pessimistischen Flügel der klassischen Schule zuwenden wollen.

Der Verfasser des „Essay on the principle of population“ (London 1798)*) bekennt in der Vorrede selbst, daß ihn die Godwinschen „Untersuchungen über die politische Gerechtigkeit“, die fünf Jahre früher erschienen, aber ziemlich unbeachtet geblieben waren, zur Abfassung seiner Schrift angeregt haben. Malthus und — nach seinem literarischen Erfolg zu urteilen — die überwiegende Mehrzahl seiner Leser konnte sich nicht mit den extremen Folgerungen Godwins, der mit allem Bestehenden brach, einverstanden

*) Ich zitiere nach der deutschen Übersetzung des „Essay“, deren voller Titel lautet: „Versuch über das Bevölkerungsgesetz oder eine Betrachtung über seine Folgen für das menschliche Glück in der Vergangenheit und Gegenwart mit einer Untersuchung unserer Aussichten auf künftige Beseitigung oder Milderung der aus ihm entstehenden Übel von T. R. Malthus.“ Nach der VII. Ausgabe des engl. Orig. übers. von F. Stöpel, II. Aufl., durchges. und verbess. von R. Prager, Berlin 1900.

erklären. Man hielt eben an dem Smithschen System der natürlichen Freiheit fest und begnügte sich nur mit der Feststellung, dass die Sonne der politischen und wirtschaftlichen Revolution, deren Aufgang allein zu betrachten Smith beschieden war, auch dunkle Flecke habe. So wird Godwin seitens Malthus' der Vorwurf gemacht, „dass er fast alle in der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Laster und alles Elend den menschlichen Einrichtungen zuschreibt“, während doch die von den letzteren gezeigten Übelstände „im Vergleich zu jenen tieferliegenden Ursachen des Übels, welche aus den Gesetzen der Natur und den Leidenschaften der Menschen entspringen, nur leicht und oberflächlich“ seien (S. 424). Der kardinale Unterschied Malthus' von Godwin besteht also darin, dass er sich, im Gegensatz zum letzteren, mit Smith auf dem Boden der herrschenden Wirtschaftsordnung begegnet. Beide heissen die bestehenden „Einrichtungen“ gut und glauben, dass das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf dieser Unterlage die größten Fortschritte zeitigen müsse. Worin Malthus von Smith abweicht, ist, wie wir wissen, nur die Beurteilung der Wirkungen dieses freien Spiels, d. h. der „Natur“.

Lassen wir nun Malthus selbst uns darüber berichten, worin er sich mit den Vorgängern nicht eins fühlt. „Die neuerliche Sucht nach entlegenen und maßlosen Spekulationen“ — so führt er aus — „scheint eine Art geistiger Vergiftung zu sein, die vielleicht aus den großen und unerwarteten Entdeckungen entsprungen ist, welche in verschiedenen Zweigen der Wissenschaft gemacht worden sind. Aufgeblasenen und durch solche Erfolge schwindelnd gewordenen Männern erschien alles innerhalb des Bereichs menschlicher Macht, und in dieser Illusion vermischt sie die Gegenstände, bei denen sich kein tatsächlicher Fortschritt beweisen lässt, mit solchen, wo der Fortschritt offenbar, sicher und anerkannt war“ (S. 422). Nicht weniger charakteristisch ist für den Malthusschen Standpunkt sein Urteil über die französische Revolution, welches dahin lautet, dass dies eine „Erniedrigung des menschlichen Geistes

in einer der aufgeklärtesten Nationen der Welt durch eine soziale Gärung ekler Leidenschaften, wie Furcht, Grausamkeit, Bosheit, Rache, Ehrgeiz, Raserei und Torheit, Leidenschaften, wie sie die wildesten Nationen in dem barbarischsten Zeitalter herabgewürdigt haben würden“, gewesen sei (S. 408, 409).

Malthus sieht also die Dinge nicht bloß nüchterner, sondern auch düsterer als die Smithianer, und seine Bevölkerungs- und Krisenlehren sind von diesem Pessimismus durchtränkt. Während Smith und seine optimistischen Schüler die Schwankungen um den Gleichgewichtszustand (den „natürlichen“ Preis bei Smith) glatt, ohne Störungen, gleichsam ohne jede Reibung, darzustellen pflegen, sieht Malthus die Notwendigkeit schwerer Leiden für die von diesen Schwankungen Betroffenen ein. Malthus vertröstet sich nicht so leicht, wie jene, auf die Möglichkeit der Übertragung überflüssiger Kapitalien und überflüssiger Hände in besser rentierende Produktionszweige; er sieht eben, daß die „Natur“ sich grausam für die Übertretungen ihrer Gesetze rächt, indem sie das gestörte Gleichgewicht durch Vernichtung des wirklich Überflüssigen, d. h. durch Vernichtung von Kapital einerseits und Kindersterblichkeit anderseits wiederherstellt.

In dem in dieser Hinsicht höchst bemerkenswerten Kapitel XIII des „Versuchs“ geht Malthus auf die Frage ein, „wie zunehmender Wohlstand die Lage der Armen beeinflußt“, wobei sich unser Verfasser in direkten Gegensatz zu Smith stellt. „Adam Smith“ — so heißt es dort — „betrachtet in seinem Kapitel über den Lohn jede Zunahme des Volkskapitals oder Einkommens als eine Zunahme in den Fonds für die Unterhaltung der Arbeiter und . . . fügt hinzu, daß jede Zunahme des Wohlstandes darauf hinwirke, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu steigern und die Lage der niederen Volksklassen zu heben. Bei genauer Prüfung jedoch wird man finden, daß die Fonds für den Unterhalt der Arbeiter nicht notwendig mit der Zunahme des Wohlstandes und sehr selten im Verhältnis zu dieser Zunahme

wachsen, und dass die Lage der niederen Volksklassen nicht ausschliesslich von der Zunahme der Fonds für den Unterhalt der Arbeiter oder der Fähigkeit, eine gröfsere Anzahl von Arbeitern zu ernähren, abhängt“ (S. 584). Auf Grund dieser Ausführungen gelangt Malthus zum folgenden hochwichtigen Schlufs: „Im natürlichen und regelmässigen Fortschritt eines Landes zu grossem Wohlstande und Volksreichtum*) gibt es zwei Nachteile, denen die niederen Volksklassen notwendig*) unterworfen zu sein scheinen. Der erste ist eine verminderte Fähigkeit, bei der hergebrachten Lebenshaltung Kinder zu ernähren. Der zweite ist die Beschäftigung eines gröfseren Teils der Bevölkerung bei Arbeiten, welche der Gesundheit weniger günstig und den Schwankungen der Nachfrage und der Löhne mehr ausgesetzt sind“ (S. 590, 591).

Wir sehen also, dass der Malthussche „Essay“ durchaus nicht allein die bekannten populationistischen, sondern vielmehr auch die wichtigsten ökonomischen Probleme behandelt. Zwischen dieser bei weitem bedeutendsten Schrift Malthus', die, wie wir soeben gesehen, auch die uns angehende Frage prinzipiell beantwortet, und seinen späteren „Principles of Political Economy considered with a view to their practical application“ (London 1820) besteht ein inniger Zusammenhang. Denn im letzteren Werk werden dieselben Gedanken weiter ausgesponnen und dieselben Gegenstände nur von einer anderen Seite betrachtet. Im „Essay“ war Malthus, wie er selber sagt, „bemüht, die Ursachen anzugeben, die die Bevölkerung eines Landes praktisch dem Niveau der augenblicklichen Vorräte anpassen. „Nun“ (d. h. in den „Principles“) — so fährt er fort — „ist es meine Aufgabe, zu zeigen, was für Ursachen hauptsächlich auf diese Vorräte einwirken oder die Produktivkräfte zum Behuf der Reichtumsvermehrung betätigen“ (Principles, S. 345). Worauf es Malthus in beiden Werken vor allen

*) Von mir gesperrt.

Dingen ankommt, ist die richtige Proportionierung der Menschen — und der Gütermenge *). „Es ist eine ganz irrite Auffassung meiner Beweisführung,“ — tut er im Anhang zu seinem „Essay“ den Kritikern gegenüber dar — „zu schließen, dass ich ein Feind der Volksvermehrung sei. Ich bin lediglich ein Feind des Lasters und Elends und mithin des ungünstigen Verhältnisses**) zwischen der Bevölkerung und den Nahrungsmitteln, welches diese Übelstände hervorbringt“ (S. 775). Nicht also im Verhältnis zum Territorium, sondern im Verhältnis zu den vorhandenen Nahrungsmitteln, könne nach ihm die Bevölkerung übermäßig werden.

An diese Ausführungen des „Versuchs“ in den „Principles“ anknüpfend, meint Malthus, „dass dieselbe Art der Beweisführung auf den Gewinnsatz und die Zunahme des Kapitals angewendet werden müfste ... Was in beiden Fällen des Kapital- und Bevölkerungsmangels vor allen Dingen“ not tue, sei „eine wirksame Nachfrage nach Waren, d. h. eine Nachfrage seitens derjenigen, die für dieselben einen angemessenen Preis zahlen können und wollen“ (S. 372). Denn, so heifst es weiter, „die natürliche und berechtigte Förderung der Kapitalvermehrung sei diejenige Hebung der Sparkraft und Sparlust, die durch hohe Gewinne gezeitigt“ werde (S. 373). Von einem Überfluß an Kapital im Verhältnis zum Territorium oder zur Bevölkerung könne nirgends die Rede sein; wohl aber könne das Kapital überflüssig sein im Verhältnis zu der Nachfrage nach Waren, welche den Produzenten einen angemessenen (fair) Gewinn zu sichern vermöge. Eine den Verhältnissen angemessene Lohnhöhe und ein angemessener Gewinnsatz seien also die die Bevölkerungsvermehrung und Kapitalbildung be-

*) Dies wurde häufig übersehen; indes, scheint es mir, wird das Verständnis der Malthusschen Überproduktionslehre durch die Heranziehung des im „Essay“ ausgesprochenen Grundgedankens sehr wesentlich gefördert. Vgl. dagegen Bergmann, a. a. O., S. 188 ff., wo das Hauptaugenmerk auf die „Principles“ gerichtet ist.

**) Von mir gesperrt.

herrschenden Normen. Werden diese Normen überschritten, so liege eine Übervölkerung, resp. eine allgemeine Überproduktion mit deren Folgen, d. h. erhöhter Sterblichkeit (Principles, S. 246), bezw. Kapitalvernichtung (das. S. 373, 495) vor. Normale Zustände werden dann nur durch schwächere Bevölkerungsvermehrung bezw. durch Rückgang der Spartätigkeit wieder hergestellt*).

Aber solche Konjunkturschwankungen bringen nach Malthus dem Lande Glück oder Elend in Fülle und bewirken recht bedeutsame Änderungen im Wirtschaftsleben desselben. „In guten Zeiten“ — sagt Malthus — „bilden die Handelsklassen häufig Vermögen, die von großer Bedeutung für deren künftige Sicherstellung sind; unglücklicherweise aber nehmen die arbeitenden Klassen, denen die allgemeine Prosperität wohl zugute kommt, an derselben doch nicht in so hohem Maße, als an der allgemeinen Notlage, teil. Sie können das grösste Elend in einer Periode niedriger Arbeitslöhne leiden, vermögen aber durch eine Periode hoher Löhne nicht angemessen entschädigt zu werden. Für sie müssen die Fluktuationen immer mehr Nachteil als Vorteil nach sich ziehen...“ (S. 522).

Mit dieser unerfreulichen Feststellung schliesen die Malthusschen „Principles“, deren Leitmotiv, wie wir sehen, das gleiche ist, wie das von uns bereits im „Essay“ konstatierte. Wie dort der „natürliche und regelmässige Fortschritt“, so sind hier die Fluktuationen der Volkswirtschaft immer mit Leiden für die Wirtschaftssubjekte und vor allem — für die Arbeiter verbunden. Da nun diese Leiden, wie oben ausgeführt, von Malthus als Folgen von Naturgesetzen und menschlichen Leidenschaften hingestellt werden und da offenbar diese Ursachen nie völlig beseitigt werden können, so wird demnach das Gleichgewicht (d. h. die richtigen Proportionen der Bevölkerung und der Kapitale) nie ohne diese Leiden hergestellt werden. Die ganze Lehre ist eben pessimistisch par excellence.

*) Vgl. die Darstellung bei Bergmann, a. a. O.; besonders das Resumé auf S. 155, das im Text von mir kurz wiedergegeben ist.

Die Wandlung in der Grundstimmung, die wir soeben beschrieben, hat in ihrer ganzen Ausdehnung Jean Charles Léonard Simon de Sismondi durchgemacht, der als Optimist und Smiths treuer Anhänger begann (1803) und als mit Malthus verwandter Pessimist endete (1819). Sismondis erste Schrift „*De la richesse commerciale, ou principes d'économie politique, appliqués à la Legislation de Commerce*“ (Genève, An XI = 1803) bietet, wie er es selbst in der Vorrede zugibt, wenig Neues für jedermann, dem das Smithsche Werk bekannt ist (S. XX). Diese seine Abhängigkeit von der Lehre des großen „englischen Philosophen“ motiviert Sismondi in einer von den vielen ehrfurchtsvollen Äußerungen über dieselbe durch den Hinweis auf ihre vollkommene Einheitlichkeit, gemässigte Darstellung, Klarheit, Universalität und vor allem Übereinstimmung mit den praktischen Erfahrungen (I, S. 14, 15). Was Wunder, dass Sismondi, gleich allen anderen treuen Smithianern, die Möglichkeit allgemeiner Überproduktionen leugnet. Er kommt auf diese Frage noch in der „Conclusion“ seiner „Richesse commerciale“ zu sprechen und weist auf die unbegründeten Befürchtungen der Gesetzgeber hin, es werde ein Mangel an Käufern für die nationalen Fabriken und mithin Unrentabilität der Produktion bei deren Erweiterung eintreten, wogegen die Tatsache der Unzulänglichkeit der Leistungen der Fabriken für den einheimischen Bedarf und deren Lähmung durch den Kapitalmangel feststehe; es sei demnach nicht auf eine Erhöhung der Konsumtion, sondern der Ersparnisse abzuzielen, da man sich gegen Überfluss wahre, während man von der Not verfolgt werde (II, S. 446' 447).

In diesen Ausführungen haben wir einen Smithianer vor uns, der in einer Reihe mit Say und Mill zu nennen wäre, wenn diese unbedeutende Anfangsschrift nicht völlig von den späteren berühmten Werken in den Hintergrund geschoben wäre. Sismondis epochemachende „*Nouveaux principes d'économie politique ou de la richesse dans ses rapports avec la population*“ (Paris 1819) bedeuten eben

jenen Umschwung in den Anschauungen des Verfassers, den wir eingangs erwähnt haben. Er bekennt zwar im „Avertissement“ zu dieser Schrift, daß die Smithschen Grundsätze ihm immer noch als Leitstern gedient hätten; aber dieselben seien wesentlich vervollständigt und es seien aus ihnen viele von den Smithschen abweichende Folgerungen gezogen worden (S. VI). Was für uns vom höchsten Interesse ist, ist die vom Verfasser selbst gegebene Motivierung seiner Meinungsänderung: „Ich war“ — sagt Sismondi — „tief ergriffen von der Handelskrise, die Europa in den letzten Jahren erlebt hatte, von den entsetzlichen Leiden der Manufakturarbeiter, deren Zeuge ich in Italien, in der Schweiz und in Frankreich gewesen bin und die, allen öffentlichen Meldungen zufolge, mindestens ebenso groß in England, Deutschland und Belgien gewesen sind“ (S. IV, V). Worin die Änderung bestand, verrät schon der Titel des Werkes, in dem nicht mehr von einer reinen Chrematistik, sondern „de la richesse dans ses rapports avec la population“ die Rede ist; was dieser Zusatz bedeutet, sagt uns Sismondi am deutlichsten im zweiten Bande, wo er betont, aus einer reinen Reichtumslehre eine „théorie de la bienfaisance“ (S. 248) geschaffen zu haben. Es komme demnach nicht auf den Reichtum an sich an, und es sei daher nicht bloß Fleiß und Sparsamkeit zu empfehlen; nach Sismondi ist der Genuss der einzige Zweck dieser Ansammlung und es könne „von Vermehrung des Volksreichtums lediglich dann die Rede sein, wenn auch Vermehrung der Volksgenüsse vorliege“ (I, S. 53). Wie der Zweck ein anderer, so sind auch die von Sismondi empfohlenen Mittel der Wirtschaftspolitik von den Smithschen grundverschieden: Sismondi fordert nämlich wiederholt den „Schutz des Schwachen gegen den Starken“ (I, S. 54), damit die Menschen nicht „einem Fortschritt des Reichtums geopfert werden, von dem sie keinen Vorteil haben sollen“ (I, S. 55).

Die Fragestellung Sismondis, die, wie wir sehen, mit der Malthusschen identisch ist, liefert ihm den Schlüssel

zur Beurteilung der einzelnen Vorgänge des Wirtschaftslebens, d. h. zur Prüfung deren Dienlichkeit oder Schädlichkeit für die „natürlichen“ Interessen der beteiligten Wirtschaftssubjekte (I, S. 123). Wie Malthus, sucht auch Sismondi die die Produktion und die Bevölkerungsvermehrung normierenden Faktoren zu bestimmen und gelangt zu demselben Ergebnis wie jener; nur ist bei Sismondi der Zusammenhang beider Erscheinungsreihen ein noch engerer*). Malthus schreibt nämlich diese Rolle der Höhe der Profite bezw. der Löhne zu, während Sismondi beides von der Höhe des Einkommens abhängen lässt; realiter laufen offenbar beide Theorien auf dasselbe hinaus. Allerdings sind auch bei Sismondi die Ausführungen über diese zwei Fragen formell getrennt, aber er gebraucht in beiden Fällen häufig sogar dieselben Wendungen. So heißt es in dem der „Bildung und dem Fortschritt des Reichtums“ gewidmeten Buche (II) der „Nouveaux Principes“: „Die Bewegung des Volksreichtums ist bei dessen Fortschreiten eine kreisförmige; jede Wirkung wird ihrerseits Ursache . . . Das nationale Einkommen muss die nationale Ausgabe regeln, letztere muss in Gestalt des Konsumtionsfonds das Ganze der Produktion absorbieren; die absolute Konsumtion bestimmt eine gleiche oder höhere Wiedererzeugung, und aus der Wiedererzeugung entsteht das Einkommen“ (I, S. 112). Denselben Gedanken wiederholt Sismondi fast wörtlich im letzten Buche seines Werkes, welches die Bevölkerungsfrage behandelt. Auch dort schreibt er die Rolle eines Regulators dem Einkommen zu und führt weiter aus: „Alles ist dabei im Fortschritt begriffen, solange jede Bewegung mit den anderen proportioniert ist, alles bleibt aber stehen, alles geht zurück, sobald eine einzige von den sich zu vereinigenden Bewegungen in Unordnung gerät. Im natürlichen Verlauf der Dinge wird ein

* Merkwürdigerweise leugnet auch hier E. v. Bergmann, a. a. O., S. 170 (Ann. 3) eine „strenge Parallelisierung“ beider Probleme, während sie in der Tat bei Sismondi nicht nur „parallel“, sondern schlechthin Glieder desselben Gedankenganges sind.

Reichtumszuwachs einen Einkommenszuwachs ergeben; aus letzterem wird eine Konsumtionssteigerung und ferner eine Steigerung der reproduktiven Arbeit, mithin also auch der Bevölkerung entspringen; endlich wird diese neue Arbeit ihrerseits den Reichtum vergrößern“ (II, S. 285). Kurz, das Einkommen ist die Norm sowohl für die Ausdehnung der Produktion als auch für die Bevölkerungsvermehrung; wird nun der Kreislauf der Volkswirtschaft in irgendeinem Punkt beschleunigt, so treten Störungen ein, wie sie sich in den modernen Überproduktionen einerseits und der Übervölkerung anderseits äußern (II, S. 286). Und in der Tat haben nach Sismondi die Gesetzgebung, die Regierung sowie der Religionsunterricht, die die Bevölkerungsvermehrung nur zu ermuntern suchten, nicht wenig dazu beigetragen, eine Bevölkerung zu erzeugen, für deren Existenz nicht vorgesorgt worden sei (II, S. 289, 290, 298 ff.). Sie haben also jene Störungen zum Teil verschuldet.

Aber diese schädlichen Eingriffe *) sind nach Sismondi die kleineren Quellen des Übels, da sie durch geeignete sozialpolitische Maßregeln verstopft werden könnten. Die bei weitem wichtigere Ursache der genannten gesellschaftlichen Störungen (d. h. Übergabe und Überproduktion) ist aber die soziale Organisation. „L'organisation sociale est mauvaise“ — das wird von Sismondi unzählige Male wiederholt (z. B. I, S. 379; II, S. 259, 280, 283, 284, 289, 302, 341 usw.). Diese schlechte Organisation der Gesellschaft sei die Hauptursache dessen, daß die Einkommensbildung, mit ihr aber die Produktion und die Bevölkerungsvermehrung, unverhältnismäßig werden. Denn erstens ist die Trennung des Arbeiters vom Produktionsmittel künstlich und unnatürlich (II, S. 345); „ce n'est pas la classe des pauvres, c'est celle des journaliers qu'il faut faire disparaître, qu'il faut faire rentrer dans celle des propriétaires“ (II,

*) Als solche zählt Sismondi auf: Ehrenauszeichnungen, Geldspenden und Steuerfreiheit der Väter zahlreicher Familien, Erschwerung der Emigration, Unterstützung der Industrie durch Prohibitivmaßregeln, endlich öffentliche Armenpflege.

S. 306). So wie die Dinge nun liegen, werde nach Sismondi den Arbeitern stets seitens der Besitzer der Produktionsmittel ein Mehrwert (*mieux-value*) entzogen, was ein ständiges Anwachsen der Kapitalien in den einen Händen nach sich ziehe (I, S. 103). Auf die mangelhafte soziale Organisation sei auch der Umstand zurückzuführen, daß der Arme nie voraussehen könne, wie groß die Nachfrage nach Arbeit sein wird, und daß daher sein Einkommen unstetig und vom Willen der höheren Klassen abhängig sei (II, S. 259); ja, meint Sismondi weiter, „je gründlicher der Arme jeglichen Besitzes beraubt ist, desto mehr droht ihm die Gefahr, sich über sein Einkommen zu täuschen und zum Anwachsen einer Bevölkerung beizutragen, welche, in keinem Verhältnis zur Nachfrage nach Arbeit stehend, keine Nahrung finden wird“ (II, S. 262).

Die andere Schattenseite der herrschenden Wirtschaftsordnung, nämlich die unbeschränkte Konkurrenz, wird mit gleicher Beredsamkeit angegriffen. Dies Prinzip der Volkswirtschaft zugrunde legen, sei „mit der Rechtfertigung der gegen die Gesellschaft gerichteten Bestrebungen der einzelnen und mit der Aufopferung des Interesses der Menschheit dem Zusammenwirken aller individuellen Leidenschaften gleichbedeutend“ (II, S. 366). Der Wettbewerb veranlasse nämlich einerseits die Kapitalisten, sich lieber mit einem geringeren Prozentsatz zu begnügen, als die stetig wachsenden Kapitalien müßig liegen zu lassen; anderseits zwinge sie die übermäßig angewachsene oder zum Teil durch Maschinen überflüssig gemachte Arbeiterklasse, in eine Lohnermäßigung einzustimmen. „Jedermann“ — so fährt Sismondi fort — „verzichtet im eigenen Interesse auf einen Teil seines Einkommens, bis derjenige, zu dessen Gunsten die Opfer gebracht zu sein schienen und der offenbar bereit war, die Früchte derselben zu pflücken, seinerseits findet, daß mit Abnahme der Einkommen weniger gekauft wird und daß die Produktion des Fabrikates sich nicht mehr im richtigen Verhältnis zur Marktnachfrage befindet“ (I, S. 380, 381). Freilich, meint Sismondi, „liegt es im Interesse des-

jenigen, der seinen Nachbarn beraubt, ihn zu bestehlen und im Interesse des letzteren, jenem . . . dies zu erlauben, um sich nicht ermorden zu lassen; es liegt aber keineswegs im Interesse der Gesellschaft, daß der eine Gewalt ausübt und der andere ihr zum Opfer fällt“ (I, S. 197); die Regierung habe deshalb überall da dem Opfer Grenzen zu setzen, wo es nur aus Not gebracht wird (II, S. 337). Denn „dasselbe Hindernis“ — so faßt Sismondi seine Ausführungen zusammen — „welches die unbegrenzte Vermehrung der armen Arbeiter aufhielte, würde auch in den Werkstätten die unbegrenzte und in keinem Verhältnis zur Konsumtion stehende Produktion aufhalten. Es würde somit die Masse der verkäuflichen Produkte vermindern, es würde aber zugleich die Gewinne^{*} des Kaufmanns sowohl, wie die des Arbeiters vergrößern“ (II, S. 309) *).

So sehen wir, wie aus einer „unrichtigen“ Einkommensbildung Überproduktion und Übervölkerung entspringen, wie die letztere eine Unterkonsumtion nach sich ziehe und sich somit mit der Überproduktion in eins verquicke. So weit stimmt die Sismondische Lehre mit der Malthusschen grundsätzlich überein; in allem übrigen sind aber ihre Ansichten verschieden **). So in der ursächlichen Erklärung der Störungen; so auch in den von ihnen gutgeheissenen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik. Malthus hat, wie wir wissen, die Störungen als Folgen menschlicher Laster und Unvernunft aufgefaßt; das einzige, was zu tun sei, seien Maßnahmen zur Volksaufklärung über die hierin waltenden Naturgesetze, und jeder anderweitige Eingriff der Regierung könne demnach nur schaden. Ganz anders urteilt Sismondi; er erklärt die bestehende gesellschaftliche Organi-

^{*}) Von mir gesperrt.

^{**}) Dies ist auch von Malthus in seinen nach dem Sismondischen Hauptwerk erschienenen „Principles“ (1820), S. 420, ausdrücklich hervorgehoben.

sation für schlecht und kann also das Gehenlassen im Malthusschen Sinne nicht befürworten. Im Gegenteil, er schlägt eine Reihe recht weitgehender sozialpolitischer Reformen vor, die eine Korrektur bewirken sollen. Unter anderem tritt Sismondi für Beschränkungen der Freiheit der Eheschließung ein, so „daß man nicht heiraten dürfe, wenn man gar nicht in der Lage sei, den Kindern die Lebensmittel zu sichern“ (II, S. 307); man solle danach die Eheschließung der Landarbeiter vom Besitz eigener 10 Acres oder gepachteter 20 Acres Land und die der Stadtarbeiter von der Erlaubnis der Korporationen der betreffenden Gewerbe abhängig machen (II, S. 356 und 363). Ferner sei nach Sismondi „die Vereinigung von Arbeit mit dem Eigentum“ (II, S. 339) möglich, indem man einerseits den Übergang des Bodens in die Hände der Landarbeiter erleichtern und anderseits alle Lasten der Armenpflege den Grofsgrundbesitzern auferlege (II, S. 354). Die letzteren seien „die wahren Schuldner, die ihre heilige Schuld dem Rest ihrer Landsleute aufbürden“ (II, 349); denn, fragt Sismondi, „ist die Lohnzulage, die das Kirchspiel ihren Tagelöhnnern gibt, nicht ebenso ungerecht, als wenn dasselbe Kirchspiel verpflichtet wäre, den Hafer für ihre Pferde zu liefern?“ (S. 350). Zwar gelte dasselbe „Prinzip der Solidarität des Arbeitenden und des Arbeitgebers“ (S. 357) auch für die städtische Industrie, aber dessen Realisation sei viel schwieriger (S. 360). Wäre jedoch eine derartige korporative Organisation „pour un but de charité seulement“ auch innerhalb des Gewerbes möglich, so „würde man sogleich den Leiden, welchen die Arbeiterklasse ausgesetzt ist, sowohl als auch dem Überflus an Produktion, welcher heute den Ruin des Handels herbeiführt, und dem Zuviel von Bevölkerung, welches die armen Klassen zur Verzweiflung bringt, ein Ende machen“ (II, S. 361). Dann müßte sich, meint Sismondi, der Unternehmer überzeugen, „daß die Dampfmaschine keine Ersparnis bringt, wenn nicht alle früher beschäftigten Menschen die Möglichkeit finden,

weiter zu arbeiten, und wenn er verpflichtet ist, sie im Krankenhaus zu verpflegen . . . Diese auf ihn allein fallende Last wäre ganz und gar gerecht; . . . wird sie ihm unerträglich, so ist seine Industrie verlustbringend; dann ist es vorzuziehen, daß er auf dieselbe verzichtet, als daß er ihre Verluste der Gesellschaft aufbürdet“ (II, S. 362) *).

Bemerkenswert ist in diesem sozialpolitischen Programm, daß gerade dort, wo die Störungen am fühlbarsten sind, es kein sicheres Rezept zu verschreiben vermag: in der städtischen Industrie ist ja die Realisation zweifelhaft. So erklärt es sich, daß Sismondi in der zweiten Auflage seiner „Nouveaux principes“ die Worte ausgesprochen hat: „Ich gestehe, daß, nachdem ich angegeben habe, wo meines Erachtens Prinzip und wo die Gerechtigkeit ist, ich nicht in mir die Kraft finde, die Mittel zu deren Realisation anzugeben“, — die Worte, die so oft missverstanden worden sind. Man deutete dieselben z. B. wörtlich dahin, „daß der Genfer Volkswirt wohl die Leiden der Bevölkerung erkannt, daß er aber nicht anzugeben gewußt habe, wie man denselben begegnen könne“ **), während es gleich aus den nachfolgenden Sätzen jedermann einleuchten müßte, daß Sismondi hiermit nur sein Unvermögen betonte, etwas mehr als Palliativmittel zu bieten. Er sagt da nämlich, es sei völlig unmöglich, sich „einen von dem, von der Erfahrung vor Augen geführten,

*) Wir übergehen hier Sismondis Untersuchung der „Krisen, die die Bankzettel in Papiergegeld verwandeln“ (Bd. II, Kap. IX) sowie der „Revolutionen des Marktes“, welche durch die voneinander unabhängigen Veränderungen der Zahl der Konsumenten, ihrer Geschmäcke, der Ausdehnung ihrer Konsumtion und ihrer Einkommen hervorgerufen werden (I, S. 103 ff.), da diese Fragen für uns von geringerem Interesse sind.

**) Über diese unkritische Überlieferung vgl. die Bemerkungen L. Elsters in seinem Art. „J. Ch. L. Simonde de Sismondi. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ in Conrads „Jahrbüchern“ N. F. Bd. XIV, Jena 1887, S. 367.

absolut*) verschiedenen Zustand der Eigentumsverhältnisse“ auch nur vorzustellen; in der bestehenden Organisation der Volkswirtschaft wurzeln aber die bewußtesten Störungen, die daher ohne dieselbe nicht aus der Welt geschaffen werden können. So ist eine Aussage Sismondis, die er bereits in der ersten Auflage seines Werkes macht, gemeint. „Es hängt leider von keiner Gesetzgebung ab“ — heißt es dort — „den Armen jeder Sorge, jedes Leidens und gar jeder unbilligen Abhängigkeit zu entheben . . . Es scheint mir ferner, daß auch mit dem Hinweis darauf, was Prinzip, was gerecht sei, schon viel getan ist. Es ist von da bis zu einem weisen Gesetz noch sehr weit; man weiß aber wenigstens, auf welches Ziel die Gesetzgebung sich zu richten habe“ (II, S. 364).

Will man nun die Sismondische Lehre mit einem Wort charakterisieren, so kann man sie als einen der ersten Vorfäder des modernen „Kathedersozialismus“ bezeichnen **); fäfst man das Wort „Sozialist“ im heutigen engeren Sinne ***) auf, so ist die Ansicht Hildebrands, Roschers und Kries', die Sismondi als solchen verstanden wissen wollten †), zurückzuweisen. Es ist aber fraglich, ob diese Kritiker diesen Begriff so eng präzisiert haben, und daher der ganze Streit vielleicht gegenstandslos. Sicherlich aber ist der anderweitigen Übertreibung, Sismondi habe „genau“

*) Von mir gesperrt.

**) Diese Ansicht vertreten Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik, Jena 1881, S. 99; L. Elster, a. a. O., S. 323 und 382; John Kells Ingram, a. a. O., S. 213; Lippert im Art. „Sismondi“ im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. VI, Jena 1901, S. 748.

***) Vgl. hierzu G. Cohn, Was ist Sozialismus? 1878; F. J. Neumann, Wer ist heute Sozialist? Art. in Conrads „Jahrbüchern“, Jena 1902, Heft 4; H. von Scheel, Sozialismus und Kommunismus, Art. in Schönbergs „Handbuch“, Tübingen 1896, Bd. I, S. 119.

†) B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt a. M. 1848, S. 140; W. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland, München 1874, S. 845; C. Kries, Die pol. Ökon. vom geschichtlichen Standpunkt, II. Aufl., Braunschweig 1883, S. 322.

wie die modernen Kathedersozialisten gedacht *), entgegenzutreten. Denn keiner von diesen würde sich z. B. sein Urteil über die Wirkung der Maschinen zu eigen machen. Im schwarzen Ausmalen derselben scheint er sogar Malthus übertrumpft zu haben; so wenn er meint, die Manufakturen „hätten den Preis ihrer Produkte stets nur in arithmetischer Progression vermindert, während sie die Arbeiter in einer geometrischen freigesetzt hätten“ (II, S. 324) oder wenn er prophezeit, daß sämtliche englische Arbeiter auf die Straße gesetzt werden würden, wenn sie bei 5 % Ersparnis durch Dampfmaschinen ersetzt werden könnten (II, S. 325 und 326).

Viel stärker, als bei Sismondi, ist der Einfluß der Malthusschen Lehre bei Thomas Chalmers, dem Verfasser der „Political Economy in connexion with the moral state and prospects of society“ (Glasgow 1832)**). Die bei Malthus und Sismondi mehr oder weniger deutlich hervortretende Verknüpfung der Probleme der Übervölkerung und Überproduktion wird von Chalmers zum Gegenstand eines besonderen Kapitels (I des ersten Bandes) gemacht, welches er unzweideutig wie folgt: „On the parallel between Population and Capital, both in respect of their limits and their powers of expansion“ überschreibt. Die von Malthus in etwas verworrenen und verschleierter Form aufgestellten Normen dieser Fortschritte treten auch bei Chalmers, allein in prägnanterer Formulierung, auf: „Das eine Übermaß wird durch die Unmöglichkeit für die Arbeiter, sich unter einer bestimmten Lohnhöhe ernähren zu können, das andere — durch die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung von Kapital unter einer bestimmten Profitrate beschränkt“ (I, S. 119). Wie uns Chalmers ferner ausdrücklich bekennt, findet er „in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen der unmittelbaren und vorgetanen

*) Elster, a. a. O., S. 368.

**) Mir liegt die Ausgabe von 1854 (Edinburgh und London) vor, die nicht mehr von Chalmers selbst veranstaltet worden ist.

Arbeit“ (S. 121)*); es gibt daher nach Chalmers nicht allein gluts von Waren, sondern auch gluts of men (I, S. 169). Was nun speziell die allgemeinen Überproduktionen angeht, so ist unser Verfasser so sehr von ihrer Notwendigkeit überzeugt, dass ihm die die Möglichkeit eines general glut bestreitenden Theorien als „Chimären“ (I, S. 150) und „Paradoxe“ (I, S. 183) erscheinen. Wie sollte es auch anders sein, meint der Verfasser, wenn die Kapitalisten und Grundeigentümer ihren Luxuskonsum einschränken und ihr Einkommen zu produktiven Zwecken verwenden; es können doch in solchen Fällen nicht nur ein Mangel jeglichen Profits, sondern auch direkte Verluste entstehen. Ein Übermaß von Kapital sei tatsächlich das Übel, woran England leide, dagegen sei der Überfluss unmittelbarer Arbeit die Krankheit Irlands (I, S. 145). Genau wie Malthus, gibt auch Chalmers den höheren Löhnen und Gewinnen bei beschränktem Anbau vor niedrigeren Lohn- und Profitraten bei einer ausgedehnteren Bodenkultur den Vorzug. Nur durch eine heilsame moralische Zurückhaltung in der Procreation und nicht, wie manche glauben, durch Vermehrung der Produkte, könne der Hungersnot inmitten eines Überflusses von Nahrungsmitteln und Luxusgegenständen vorgebaut werden; sonst aber sei dies der Endzustand, dem jedes Industrievolk unumgänglich entgegengehe (I, S. 168). In dem „Rückblick“ fasst Chalmers den Grundgedanken seines Werkes dahin zusammen, „dass keine ökonomischen Fortschritte des Reichtums und der Hilfsmittel eines Landes irgend etwas, wie ständige Behaglichkeit oder Auskommen, den Familien zu sichern vermögen. Da diese Fortschritte einen entsprechenden oder gar stärkeren Bevölkerungszuwachs nach sich zu ziehen pflegen, — so kann das Land, obwohl im grossen und ganzen reicher werdend, immer noch ebensoviel oder vielleicht mehr individuelles Leid und Armut in sich bergen, als dies in den niedrigeren und früheren Zeitaltern seiner Geschichte der Fall war“ (II, S. 129).

*) Von mir gesperrt.

Wie groß auf den ersten Blick der Abstand zwischen den soeben vorgetragenen Lehren Malthus', Sismondis und Chalmers von denen eines Say oder James Mill auch erscheint, so ist es doch keine unüberbrückbare Kluft gewesen. Denn einerseits drängten die uns bekannten Tatsachen auf eine weniger rosige Auffassung der wirtschaftlichen Wirklichkeit; anderseits hat die zwischen den Koryphäen beider Richtungen ausgefochtene Polemik und der rege geführte Briefwechsel deren Annäherung anbahnen müssen. So kommt es, dass in dem großen Chor der Optimisten einige Dissonanzen hörbar wurden und dass es auch an Vermittlungsversuchen nicht fehlte. Beides trug dazu bei, dass, unbeschadet der ursprünglichen Spaltung der Schule, ihre politische Frucht, die Manchesterdoktrin, eine gewisse Einheitlichkeit der Anschauungen aufzuweisen vermochte. Wir wollen uns hier nur damit begnügen, einige Beispiele derartiger Dissonanzen und Vermittlungsversuche aus der englischen und französischen Literatur namhaft zu machen, da wir in einem anderen Zusammenhang auf analoge Erscheinungen innerhalb der deutschen Nationalökonomie zurückzukommen gedenken (Abschn. 6).

Wie befremdend es auch klingen mag, sogar der seitens der Smithianer als der schärfste und konsequenteste Denker unter ihnen gefeierte und seitens der Opposition als der orthodoxeste Manchesteermann verschrieene David Ricardo wich in seinen Schriften und Reden von der Lehre des Meisters häufiger ab, als es gern geglaubt wird. Freilich, er hat durch seine Aussagen in den „Principles of Political Economy and Taxation“ (*), worin er eifrig bemüht war, sich vor dem Verdacht der „Heresie“ zu schützen (z. B. S. 6), nicht wenig zu diesem Glauben beigetragen. Auch verraten Ricardos Ausführungen über den natürlichen und den Marktpreis sowie seine Stellung-

*) Mir liegt die Ausgabe J. R. Mc Cullochs vor, deren voller Titel folgenden Wortlaut hat: „The works of David Ricardo, Esq. M. P. with a notice of the life and writings of the author“, London 1846.

nahme zu den Überproduktionstheorien eine völlige Abhängigkeit von Smith und seinen nächsten Nachfolgern. So heißtt es bei ihm, daß alles, was die Preisbildung betrifft „im VIIten Kap. des „Wealth of Nations“ einwandfrei behandelt worden sei“ (S. 49). In der zweiten Frage knüpft er ebenfalls an eine „richtige“ Bemerkung Smiths an, „daß nämlich das Verlangen nach Nahrung bei jedermann durch den geringen Umfang des menschlichen Magens beschränkt sei, daß dagegen das Bedürfnis der Ausstattung und Ausschmückung der Gebäude, Kleider, Wagen und Hausgeräte keine Grenze oder feste Schranke zu haben scheine“ (S. 176). Hieraus folgert Ricardo, daß die Natur selbst die Kapitalverwendbarkeit in den auf die Befriedigung dieser zwei Bedürfnisarten gerichteten Produktionen verschieden gestaltet habe; während sie in der ersten wohl beschränkt sei, habe sie in der letzteren keine Grenzen (S. 177). Eine allgemeine Überproduktion, d. h. ein allgemeines Übermaß an Kapital, wäre nur unter der offenkundig absurden Voraussetzung denkbar, daß jedermann auf jegliche Luxuskonsumtion verzichtete und lediglich auf Kapitalansammlung bedacht wäre.

Insofern ist also Ricardo ein treuer Schüler Smiths und hat manche Berührungspunkte mit J.-B. Say, an dessen Originalbeiträgen er aber sonst scharfe Kritik übt*). Wollte man auf Grund dieser Stellen die Ricardosche Leistung überhaupt beurteilen, so würde man, wie dies von K. Diehl verdienstlich hervorgehoben **), ein durchaus falsches Bild erhalten; „denn,“ sagt Diehl, „in seinen Broschüren, seinen Parlamentsreden und namentlich in seinen Briefen tritt häufig hervor, wie sehr er die tatsächlichen Faktoren, die seine theoretischen Zirkel störten, wohl kannte“. Nur kann ich der Diehlschen Ansicht nicht beipflichten***), wenn er meint, man könnte Ricardo „auf

*) Vgl. z. B. seine Kritik der Sayschen Werttheorie, S. 169 ff.

**) K. Diehl, Ricardo, Art. im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. VI, Jena 1901, S. 428.

***) Dafs Diehl selbst diese im „Handwörterbuch“ geäußerte

Grund seiner „principles“ für einen Dogmenfanatiker, für einen dem Leben abgewandten Doktrinär . . . und einen radikalen Freihändler halten“. Da diese Auffassung des Ricardoschen Hauptwerkes meines Wissens die verbreitetste sein dürfte, so will ich im folgenden den Nachweis versuchen, daß dieselbe unbegründet und vielleicht auf jene schematisierende Überlieferung zurückzuführen ist, der wir in der Dogmengeschichte unserer Wissenschaft so häufig begegnen.

Wären Ricardos „Principles“ wirklich nichts als „strong cases“, wie er seine Deduktionen einmal selber genannt, so würden darin Betrachtungen, wie die der Kapitel XIX und XXXI, kaum angestellt werden. Im erstenen kommt Ricardo auf „sudden changes in the Channels of trade“ zu sprechen, welche durch einen Wechsel in der Nachfrage infolge von Bedarfs-, Geschmacks- oder Modeänderungen, durch eine neue Steuer oder einen Krieg verursacht werden. „In all such cases“ — führt er da aus — „considerable distress, and no doubt some loss, will be experienced by those who are engaged in the manufacture of such commodities; and it will be felt, not only at the time of the change, but through the whole interval during which they are removing their capitals, and the labour which they can command, from one employment to another . . . The duration of this distress will be longer or shorter, according to the strength of that disinclination which most men feel to abandon that employment of their capital to which they have long been accustomed . . .“ (S. 159, 160). Noch wichtiger ist aber das zweite Hindernis: „It is often impossible to direct the machinery which may have been erected for one manufacture to the purpose of another; but the clothing,

Ansicht geändert hat, beweist das Kap. VII seines soeben erschienenen Werkes: „David Ricardos Grundgesetze der Volkswirtschaft und Besteuerung. Bd. III: Sozialwissenschaftliche Erläuterungen“, II. Teil, II. Aufl., Leipzig 1905, S. 415 ff., dessen Darstellung in wesentlichen Punkten mit der von mir im Texte vertretenen Auffassung übereinstimmt.

the food, and the lodging of the labourer in one employment may be devoted to the support of the labourer in another“ (S. 161). Schon diese beiden unzweifelhaft richtigen Beobachtungen widersprechen der von Smith angenommenen Möglichkeit, jederzeit die Kapitalien aus den weniger in die mehr rentablen Produktionszweige zu übertragen; noch weniger „orthodox“ dürfte die von Ricardo vorgeschlagene Maßnahme genannt werden, die er für den Fall empfiehlt, daß z. B. ein Krieg die Getreideeinfuhr *) unterbricht, die Getreidepreise steigen und ein Zudrang von Kapital zur Landwirtschaft stattfindet, worauf der Krieg aufhört und die Preise fallen. Der Landwirt ist dann nach Ricardo nicht imstande, sein Kapital ohne wesentliche Einbuße zu entziehen. In derartigen Fällen nun, behauptet Ricardo, „the best policy of the State would be, to lay a tax decreasing in amount from time to time, on the importation of foreign corn, for a limited number of years, in order to afford to the home-grower an opportunity to withdraw his capital gradually from the land“ (S. 161). „In such case, the price of corn will fall from the effects of a glut, much agricultural distress will be produced till the average supply is brought to a level with the average demand“ (S. 164).

Ebensowenig orthodox ist das im zweiten oben erwähnten Kapitel XXXI: „On machinery“ gemachte Zugeständnis. Da gesteht Ricardo nämlich, er sei früher durch die uns bekannte Smithsche Bemerkung über die Schranken der Ausdehnung der Bedürfnisse zum falschen Schluss verleitet worden, daß die Nachfrage nach Arbeit, trotz arbeitsparender Vervollkommenungen der Technik, stets die gleiche bleiben müsse und daß die Arbeiter, nicht minder wie die anderen Klassen, aus der Verbilligung der Waren Vorteil zu ziehen hätten. Erst in diesem in der dritten Auf-

*) Der Ausdruck: „Agriculture, like all other trades . . .“ beweist, daß diese Betrachtung allgemeinen Inhalts ist und nicht allein auf die Verhältnisse der Landwirtschaft zugeschnitten ist.

lage hinzugefügten Kapitel verwirft er diese eigene Ansicht und gibt aufrichtig zu, daß „the opinion entertained by the labouring class, that the employment of machinery is frequently detrimental to their interests, is not founded on prejudice and error, but is conformable to the correct principles of political economy“ (S. 239).

Der Schüler Ricardos, John Stuart Mill, stellt sich in seinen „Principles of Political Economy with some of their applications to social philosophy“ (II ed., London 1849) geradezu die Aufgabe, zwischen den beiden Richtungen der klassischen Nationalökonomie zu vermitteln. Wie sehr er dabei bemüht ist, auch manche Elemente der ethischen und der sozialistischen Richtungen, die schon damals tonangebend zu werden versprachen, in seine Theorie aufzunehmen, so ist doch die erstere Aufgabe für ihn die bei weitem wichtigere; denn, abgesehen von einigen Spezialproblemen (z. B. die Bodenfrage), geht J. S. Mill über die klassischen Lehren bald der einen, bald der anderen Färbung nicht hinaus. So schließt er sich recht eng an die Krisentheorien Says und seines Vaters an und geht gegen die „widerspruchsvolle“ Überproduktionstheorie von Malthus, Chalmers und Sismondi mit denselben Argumenten, wie jene, ins Zeug (II, S. 99). Danach hält er eine allgemeine Überproduktion im Sinne mangelnder Kaufkraft schon aus dem Grunde für unmöglich, weil alle „Verkäufer notwendig und ex vi termini Käufer sind“ (II, S. 93); anderseits aber, im Sinne eines Mangels an Bedarf, sei allein der Fall möglich, daß der Produzent „the wrong thing instead of the right“ erzeugt habe (II, S. 95). Mit anderen Worten, es wird hier nach bewährten Mustern die allgemeine Überproduktion in Abrede gestellt und nur eine partielle als Folge „falscher“ Produktionsrichtung zugegeben. Mit dieser im Grunde optimistischen Auffassung läßt sich schwerlich J. S. Mills Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts vereinigen; hierin verrät er nämlich den Einfluß der Malthusschen Bevölkerungslehre, dessen Überproduktionstheorie er so energisch von sich weist. In dem „The

stationary State“ überschriebenen Kapitel (VI, Bd. II) nimmt er sogar direkt für Malthus gegen Smith und Mac Culloch Partei. J. St. Mill vermag sich gar nicht für das Ideal der letzteren zu begeistern, wonach der „normale Zustand der menschlichen Wesen“ als „Kampf um das Fortkommen“ dargestellt wird; mit den uns bekannten Pessimisten übereinstimmend nimmt J. St. Mill an, daß für ein reiches und fortgeschrittenes Land (wie England) der stationäre Zustand des Kapitals und der Bevölkerung der beste und der vernünftigste sei (II, S. 308—314). Argumente dafür, warum der Stillstand dem Fortschritt vorzuziehen sei, welche bei einem Malthus oder Chalmers mit ihrer Überproduktionstheorie aufs engste zusammenhängen, kann J. St. Mill nicht geben; denn diese zwei Theorien widersprechen einander zu eklatant. Was Wunder, daß unserem Verfasser der Vorwurf des Synkretismus nicht erspart blieb *).

Zum Schlufs dieses Kapitels wollen wir noch zweier französischer Ökonomen gedenken, bei denen die klassischen Lehren beider Richtungen ebenfalls neben- oder durcheinander laufen. Der eine ist Pellegrino Rossi, in dessen „Cours d'économie politique“ (II éd., Paris 1843) der Gedanke eines general glut ausführlich bekämpft (II, S. 223 ff.) und die wirtschaftlichen Störungen auf menschliche Schwächen zurückgeführt werden. „Was den Völkern dringend zu empfehlen ist,“ — sagt Rossi — „ist die Vernunft. Eine recht rührige Produktion und eine langsam anwachsende Bevölkerung — das ist es, worin die Kraft und Hoffnung des Arbeiters liegt . . .“ (II, S. 257). Den Fortschritt erblickt der Verfasser im ständigen Anwachsen des Kapitals bei stationärer oder „nur langsam und von weitem mit der Kapitalbildung Schritt haltender Bevölkerung“; widrigenfalls seien nur „Laster, Leiden, Verbrechen“ zu erwarten (II, S. 270). „Man spricht vom Warenüberfluß und sollte vom Überfluß der Menschen sprechen.

*) So z. B. seitens Jevons!

Man tadeln die Anstrengungen der Produzenten und man hätte eigentlich die Unbesonnenheit der Familienväter zu tadeln“ (II, S. 254). Ebenso, wie J. St. Mill, läfst auch Rossi einen direkten Nachweis der Übereinstimmung dieser Malthusischen populationistischen Grundsätze mit der harmonistischen Krisenlehre vermissen.

Dasselbe trifft im großen und ganzen auch für Michel Chevalier zu, der in seinem „Cours d'économie politique“ (Paris 1855) eine Apotheose des technischen Fortschritts geliefert hat. Er wendet seine Aufmerksamkeit den Opfern desselben zu und empfiehlt als natürliches Heilmittel gegen wirtschaftliche Notstände die Ausdehnung der Produktion. Die einzige Bedingung sei, „dass die Produktion geregelt und harmonisch sei, d. h. dass die Gesamtheit der Produkte der Gesamtheit der Bedürfnisse angepaßt sei“ (S. 332). Die Überflüsigmachung und die damit verknüpften Leiden der Arbeiter röhren nach Chevalier nicht von den Maschinen selbst her; er behauptet sogar, dies sei der Natur der Dinge zuwider. „Gibt es denn“ — fragt Chevalier — „in der Tat etwas weniger Natürliches, als das Bild der Verarmung eines Teiles der Bevölkerung infolge eines die Gesellschaft selbst bereichernden Fortschrittes?“ Die Antwort, die etwas unbestimmt formuliert ist, dürfte von Malthus inspiriert worden sein; sie lautet: „beschuldigen wir lediglich unsere Unerfahrenheit in der schweren Kunst, diejenigen Kräfte, die uns beschert worden sind, zum allgemeinen Wohl zu verwenden“ (S. 393).

4. Abstrakte Theorien.

Die Lehren der klassischen Nationalökonomie haben, trotz der Angriffe, die auf sie von vielen Seiten zugleich gerichtet wurden, ihre Rolle doch nicht ganz ausgespielt. In ein neues Gewand gekleidet und freilich durch manchen neuen Gedanken bereichert, haben sie in den letzten Jahrzehnten ihre Bedeutung in der nationalökonomischen Theorie wiedergewonnen. Bekanntlich hat schon Quesnay die

ökonomische Untersuchung in mathematische Rechenexempel umwandeln wollen; von ihm röhren die Worte: „Qui dit ménage, dit calcul“ her; auch soll er einmal die ungenaue, d. h. nichtmathematische Behandlung der wirtschaftlichen Probleme als „bouillie pour les chats“ bezeichnet haben*). In der Smithschen Schule trat ebenfalls häufig das Verlangen nach strenger Exaktheit und Objektivität der Forschung auf. Man denke an die Ricardoschen „strong cases“ oder an die Hermannsche Definition der Wirtschaftslehre als der „Größenlehre der Güter“ **). Es lag also nahe, diese Bestreben zu realisieren und die Deduktion auf den sichersten Wegen der exakt-logischen bzw. mathematischen Abstraktion vorzunehmen. So entstanden die „exakte“ und die „mathematische“ Richtung, welche mit der klassischen Nationalökonomie nicht blofs die abstrakt-isolierende Methode, sondern auch eine ganze Reihe von Vorstellungen und Werturteilen gemein haben. Auf diese letzteren wollen wir unser Augenmerk richten, da offenbar die rein logische Spekulation und vollends das mathematische Kalkül nichts Neues zu dem, was in den Prämissen enthalten ist, hinzuzufügen vermögen ***). Sind nun diese letzteren in der Tat „objektiv“?

Gleich der erste beachtenswerte Vertreter der mathematischen Richtung, Augustin Cournot, hebt in seinen „Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses“ (Paris 1838) hervor, „wir seien hienieden dazu da,

*) Vgl. Stephan Bauer, a. a. O., S. 154.

**) Friedrich Bened. Wilhelm von Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen, II. nach dem Tod des Verf. erschienene, verm. und verb. Aufl., München 1870, S. 68.

***) Vgl. Bela Weisz (Földes), Die mathematische Methode in der Nationalökonomie, Art. in Conrads „Jahrbüchern“, Jahrg. XVI, Jena 1878, S. 295 ff.; L. Cossa, a. a. O., S. 101; E. v. Böhm-Bawerks Besprechung des Buches von Knut Wicksell: Über Wert, Kapital und Rente nach den neueren nationalök. Theorien, in der „Zeitschr. f. Volksw., Sozialpol. und Verwaltung“, Bd. III, Wien 1894, S. 162 und R. Auspitz, Der letzte Maßstab des Güterwertes und die nationalök. Methode, das. S. 489 ff.; sie alle erörtern die methodologische Frage.

um die unabänderlichen Naturgesetze zu beobachten, nicht aber — um sie unserer Kritik zu unterwerfen“ (S. 4). Hieraus wird ferner gefolgert, dass der edle Zweck der politischen Ökonomie, das Los der Menschen zu verbessern, nicht mit theoretischen Hilfsmitteln zu erreichen sei, „sei es weil die Beziehungen, die sie behandelt, nicht auf bestimmte Ausdrücke reduzibel sind, sei es infolge der äußersten Kompliziertheit dieser Beziehungen, die unsere Hilfsmittel der Kombination und der Analysis übersteigt“ (S. 12). Diese Fragen gestatten, nach Cournot, nur „anfechtbare Schätzungen“, aber keinen „abstrakten Beweis“, keine „theoretischen Deduktionen“, wie die „völlig bestimmte Idee des Reichtums“ (S. 13). Diese deduktive „Reichtumslehre“ — bemerkt Cournot endlich — ist keine müfsige Spekulation, da sie, gleich der Hydrostatik, von einer Voraussetzung ausgeht, die der Wirklichkeit durchaus entspricht, und diese besteht in der Annahme, „dafs jedermann von seinem Gut oder von seiner Arbeit den größten Wert herauszuschlagen sucht“ (S. 46). Zwar behauptet der Verfasser, dies sei sein „einziges Axiom“, seine „einzig Hypothese“; es ist aber unschwer, eine weitere Voraussetzung bei ihm zu entdecken. Cournot schreibt nämlich der „fortschreitenden Zivilisation“ die Tendenz zu, „à rapprocher les rapports réels et variables du rapport absolu auquel nous nous sommes élevés par voie d'abstraction“ (S. 13). Dieser bei vielen seiner Nachfolger wiederkehrende Gedanke, die Wirklichkeit werde beim Walten des Eigennutzes immer mehr nach den aufgestellten Formeln verlaufen, d.h. sie werde immer gesetzmässiger werden, ist beim näheren Zusehen derselbe optimistische Glaubenssatz, den wir bei den Smithianern in einer anderen Fassung kennen gelernt haben. Cournot setzt sich also allen den Einwänden aus, die gegen diese erhoben werden können; er widerspricht sich aber, ohne es selber zu merken, da er in einer anderen Stelle dargetan hat, dass es nicht möglich sei, das Fortschreiten oder Rückschreiten der Nation jederzeit genau zu erkennen (S. 11, 12).

Von einem ähnlichen Glauben, wie Cournot, ist der Verfasser der lange verschollenen „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ (Braunschweig 1854) — Hermann Heinrich Gossen beseelt, der nicht müde wird, die „wunderbare Schönheit der Gesetze des Geniefsens“ anzustauen. Durch diese Gesetze habe der Schöpfer es erreicht, daß sobald dem Menschen ihre Kraft einleuchtend wird, „jeder einzelne seines eigenen Wohles wegen zugleich zum Heil der Gesamtheit seine Kräfte so verwenden muß, wie es zur Förderung des Wohles der Gesamtheit am zweckmäßigsten ist“ (S. 4). Es handele sich also lediglich um die Entdeckung dieser Gesetze, was Gossen durch seine „Genüßlehre“ *), die er der Entdeckung Kopernikus' gleichstellt, geleistet zu haben glaubt (S. V). Wenn man von seinem originellen Versuch, die Lust- und Unlustempfindungen bei der Bedürfnisbefriedigung zu messen, absieht, so enthält dies Werk nichts wesentlich Neues, das uns von den Smithianern her gänzlich unbekannt wäre. Wir lassen einige Hauptsätze Gossens als Beweis hierfür folgen. „Damit durch den Tausch“ — lautet einer derselben — „ein Größtes von Wert entstehe, muß sich nach demselben jeder einzelne Gegenstand unter alle Menschen so verteilt finden, daß das letzte Atom, welches jedem von einem jeden Gegenstände zufällt, bei ihm den gleich großen Genuss schafft, wie das letzte Atom desselben Gegenstandes bei einem jeden anderen“ (S. 85). Damit nun der Lebenszweck des Menschen in vollkommenster Weise erfüllt werde, habe er seine Handlungen so einzurichten, „daß bei ungehinderter Wirksamkeit das Endresultat das ist, daß jener Lehrsatz sich in vollendetster Weise ausgeführt findet“ (S. 91). Dieser Lehrsatz, der die ganze Grenznutzentheorie in rudimentärer Form enthält, ist für uns aber dadurch interessant, daß er bei Gossen nicht bloß als eine rein objektive Erkenntnis, sondern auch als eine zu befolgende Norm er-

*) So tauft Gossen, S. 34, die Nationalökonomie um.

scheint. Wird nämlich dieselbe befolgt, so werde der Lebenszweck der Menschen erfüllt, widrigenfalls entstehe eine Störung. Erinnern wir uns daran, dass Gossen in der „vollkommenen Schöpfung“ eine prästabilierte Harmonie annimmt, so kann es nicht überraschen, dass er sich die Beseitigung jeder „Unverhältnismässigkeit“ der Produktion durch Übergang der Kapitalien in rentablere Produktionszweige ganz ohne Reibungen vorstellt (S. 96). Ebenso sehr gehört in die harmonistische Doktrin auch die Behauptung, dass Störungen im Wirtschaftsleben lediglich durch „unsere Unwissenheit“ hervorgerufen werden (S. 186) und dass die einzige Aufgabe der Regierung in der Beseitigung von Hindernissen bestehe, „die sich dem Einzelnen in den Weg stellen, sein Geld in zweckmässiger Weise zu verwenden“ (S. 101).

Diese beiden in den letzten dreissig Jahren so sehr gefeierten Schriftsteller wurden von ihren Zeitgenossen so wenig beachtet, dass sie erst von neuem „entdeckt“ werden mussten. Man hatte eben im Zeitalter des Positivismus wenig Sinn für die reine Theorie.

Viel mehr Erfolg erntete Johann Heinrich von Thünen mit seinem „Isolierten Staate“, da er, als ein mitten in der Praxis stehender Mann, für die Probleme derselben nicht minder reges Interesse, als für rein theoretische Fragen bekundete. Was ihn außerdem vor Cournot und Gossen vorteilhaft auszeichnet, ist seine Selbständigkeit gegenüber den Smithianern, mit denen sich doch jene in so vielen Punkten berührten. Besonders tritt diese hervor in dem „Der naturgemässe Arbeitslohn und dessen Verhältnis zum Zinsfuß und zur Landrente“ betitelten zweiten Teile des „Isolierten Staates“ (Rostock 1850), worin sich Thünen sogar in direkten Gegensatz zu Smiths Beurteilung der Lage „der zahlreichsten Klasse“ stellt. Auf die Schilderung dieses zweiten Teiles, den wir als einen der grofsartigsten Versuche mathematischer Begründung sozialethischer Postulate ansehen, wollen wir uns hier be-

schränken *); dabei müssen wir etwas länger verweilen, da gerade unter den Kritikern dieser Arbeit Thünens *quot capita, tot sensus*.

Sogar über die von Thünen angewandte Methode ist man bei weitem nicht einig. So sprechen sie die meisten **) als Deduktion, andere ***) — als wissenschaftliche Deskription oder als „reinste Induktion“ †) an; dritte ‡‡) endlich bezeichnen den ersten Teil des „Isolierten Staates“ als „exakte Wirtschaftsforschung“, den zweiten dagegen als eine „aus ungenauen Beobachtungen hervorgegangene“ Deduktion. Wäre Thünens „Naturgemäßser Arbeitslohn“ eine induktive Untersuchung, so würde er nicht in diesen Zusammenhang gehören; in der Tat ist aber dieser Teil sowohl wie der erste deduktiv gedacht. Dabei ist allerdings der Vorbehalt zu machen, dass die Bemerkung J. St. Mills, wonach „jede Deduktion eine verkappte Induktion enthalte“, vollkommen richtig ist, wenn man die Begriffe im üblichen Sinne, d. h. relativ und nicht, wie es Lifschitz zu tun scheint ‡‡‡), absolut voneinander unterscheidet.

*) Den Inhalt des I. Teiles setzen wir als bekannt voraus.

**) Ludwig Joseph Brentano, Über J. H. von Thünens naturgemäßen Lohn und Zinsfuß im isol. Staate, Göttingen (Diss.) 1867, S. 18—15; G. Cohn, System, Bd. I: Grundlegung, Stuttgart 1885, S. 125; C. Grünberg, J. H. v. Thünen, Art. im „H. d. St.“, Bd. VII, S. 117; J. K. Ingram, a. a. O., S. 225; E. v. Philippovich, Grundriss der pol. Ök., Tübingen und Leipzig 1899, Bd. I, S. 40; W. Roscher, Geschichte d. Nationalök. in D., München 1874, S. 896; F. Lifschitz, Die Methode d. Wirtschaftswissenschaft bei J. H. v. Thünen, Art. in Conrads „Jahrb.“ 1903, Bd. 80, S. 819.

***) Gustav Schmoller, Grundriss d. allg. Volkswirtschaftslehre, I. Teil, IV—VI. Aufl. Leipzig 1901, S. 117.

†) Richard Passow, Die Methode der nationalökonomischen Forschungen J. H. von Thünens (Rostocker Diss.), Art. in der „Zeitschrift für die ges. Staatsw.“, Tübingen 1902, S. 28.

‡‡) Richard Ehrenberg, Thünen, Art. im „Thünen-Archiv. Organ für exakte Wirtschaftsforschung“, Jahrgang I, Heft 1, Jena 1905, S. 19 und 20.

‡‡‡) Lifschitz, a. a. O., S. 820.

Man könnte eher von konkret-isolierendem bzw. abstrakt-isolierendem Verfahren sprechen, da im ersten Teil des „Isolierten Staates“ die Deduktion von einem konkreten Einzelfall (dem Gut Tellow), im zweiten Teil dagegen die Deduktion von einem abstrakt gedachten Einzelfall (dem am Rande des isolierten Staates gegründeten Gut) überwiegt. Denn das steht fest und wird von Thünen selber erhärtet, dass er in dem einen wie dem anderen Teil den Zweck verfolgt, „die Wirksamkeit der einen Potenz . . . von dem Konflikt mit der Wirksamkeit der anderen Potenzen zu befreien“ (S. 5)*). Aber, wie Thünen in seiner Einleitung ausführt, nicht die Methode, sondern die Fragestellung beider Teile seines Werkes bildet den Hauptunterschied. Dieser ist auch für uns der bei weitem wichtigere. Im ersten Teil hat er geradezu vermieden, die tatsächlichen deutschen Verhältnisse zu berücksichtigen, „weil“ — wie er ausführt — „dadurch das Streben nach Erforschung allgemeiner Gesetze in ein Suchen nach Vorschriften . . . umgewandelt wäre“ (S. 22). Dort sollte durch den isolierten Staat ein „beharrender Zustand“ mit „mittleren“ Preisen versinnlicht werden, dem gegenüber die „abnormen“ Verhältnisse der deutschen Wirklichkeit, u. zw. die „unnatürliche“ (d. h. nicht beharrliche) Preisbildung der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts infolge der Schwankungen der Ernten als „Störung“ erschienen (S. 32). Da nun im zweiten Teil diese Wirklichkeit mit berücksichtigt werden soll, anderseits aber nach dem „Vernünftmässigen in seiner letzten Höhe“ (S. 23) gefragt wird, so gilt es genau zu präzisieren, wie sich beide zueinander verhalten, was auch Thünen in unzweideutiger Weise tut**).

*) Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich sämtlich auf die erste (in Rostock 1850 erschienene) Abteilung des II. Teils des „Isol. St.“, die Stellen aus der II. Abteilung desselben Teiles, die u. d. T.: „Mitteilungen aus dem schriftlichen Nachlafs“ in Rostock 1863 erschienen sind, werden durch die römischen Zahlen: II^{II} vor den Seitenzahlen gekennzeichnet.

**) Dies scheinen Brentano, a. a. O., S. 15 ff. und Joh. von

„In der Wirklichkeit“ — meint Thünen — „ist alles Erscheinende nur Übergangsstufe zu einem unerreichten noch fernen Ziel. Im isolierten Staat haben wir dagegen stets den endlichen Erfolg, also das erreichte Ziel*), vor Augen gehabt ... Der beharrende Zustand kann ... aber in der Wirklichkeit nicht stattfinden“ (S. 33).

Wie sehr Thünen darum zu tun ist, daß die einzelnen Elemente seines Gedankenganges klargestellt werden, beweist die Ausführlichkeit, mit der er auf die „Unklarheit des Begriffs vom natürlichen Arbeitslohn“ bei Smith und seinen Schülern eingeht. Zwar war dieser Thünens „Lehrer in der Nationalökonomie“ (S. 1); aber, wie in vielen anderen Punkten (Th. zählt sie S. 2 auf), so auch bezüglich des naturgemäßen Arbeitslohnes kann sich Thünen nicht mit ihm einverstanden erklären. Es werde nämlich von letzterem der natürliche Lohn auf das Verhältnis zwischen Begehr nach Arbeit und dem Angebot derselben zurückgeführt, was doch eine Begriffsverwechslung sei, da hier „das Faktische für eine Erklärung ... genommen“ *) werde (S. 37). Ähnlich urteilt Thünen über die Smithsche Zinslehre; Smith habe „zwar schätzbare Notizen über die Gröfse“ des Kapitalgewinns „in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, aber nur Weniges und Unzulängliches über die Gesetze, wodurch die Höhe der Gewinne und der Zinsen bestimmt“ werde, gesagt (S. 55). Dies heifse „das Leben abschreiben, aber Vernunft ist nicht darin“ (S. 57), da das Faktische verschieden beurteilt werden könne, oder, wie Thünen es ausdrückt — da „keine Partei weifs, was Recht ist“ (S. 38). „Die hohe und hebre

Komorzynski, Thünens naturgem. Arbeitslohn, Art. in der „Zeitschrift f. Volksw., Sozialpol. u. Verw.“, Wien 1894, S. 35, übersehen zu haben, da ersterer von „Fundamentalsätzen“ spricht, die angeblich Th. „bei seiner ganzen Untersuchung“ leiten, und letzterer eine allgemeine vom „unnützen Beiwerk“, wie der isolierte Staat, die Tropenländer usw. unabhängige Ableitung von \sqrt{ap} bei Thünen zu finden glaubt.

*) Von mir gesperrt.

Aufgabe der Wissenschaft aber“ — so formuliert Thünen seine Problemstellung — „ist es, nicht durch die Erfahrung, durch den Verlauf der Geschichte, sondern durch die Vernunft selbst die Wahrheit und das Ziel, wonach wir streben sollen“), zu erforschen und zur Erkenntnis zu bringen“ (S. 41).

Thünen will also nicht den Smithschen „Zirkelschluss“ wiederholen, nicht nach dem Seienden schlechthin, sondern auch danach fragen, was in dem Bestehenden „das Rechte, das Naturgemäße“ (S. 62) — kurz das Seinsollende sei**). Eine Richtschnur bilde dabei die Erkenntnis, dass nur das „aus der Organisation der Menschheit mit Notwendigkeit“ sich Entwickelnde verwirklicht werde; hieraus folgert Thünen seine Forderung, dass „die aus der menschlichen Natur ent-springenden Gesetze“ zu ermitteln seien (S. 48). Richtig bemerkt daher Lifschtiz, dass Thünen auf dem Boden der „wirtschaftlichen Substanz“ stehe, was so zu verstehen sei, „dass in allen ökonomischen Erscheinungen“, nach dem Abzug „des ewigen Flusses“ des Wirtschaftslebens, noch ein Teil zurückbleibt, der ewig und immer unwandelbar“ sei (a. a. O., S. 818). Dies Urteil ist nur noch dahin zu vervollständigen, dass die „wirtschaftliche Substanz“ in beiden Teilen des „Isolierten Staates“ nicht die gleiche ist; denn im ersten will Thünen die Natur, neben dem was ist, nur danach befragen, was sein muss und sein wird; im zweiten Teil tritt aber zu diesen noch die kardinale Frage: was sein soll? hinzu***). Oder m. a. W., Thünen begnügt

*) Von mir gesperrt.

**) Bezeichnend ist es, dass der „Isol. Staat“ ursprünglich „idealer“ Staat heißen sollte. Vgl. H. Schumacher, J. H. v. Thünen — ein Forscherleben, Rostock 1868, S. 71.

***) R. Ehrenbergs Ausführungen, a. a. O., S. 19, über Teil II des Thünenschen Werkes vermögen den Eindruck hervorzurufen, als ob Thünen selber diese seine „auf ungenaue Beobachtungen“ gestützte Deduktion nicht besonders hoch einschätzte, zumal er in einem vom Jahre 1845 datierten Briefe über die Vergeblichkeit seiner 20jährigen Bemühungen, die Beziehung zwischen Kapital (Q) und Produkt (P) festzustellen, klagt. Indes scheinen dem 1. sein Wunsch,

sich mit der Reichtumslehre, die er im ersten Teil getrieben, im zweiten Teil nicht mehr, sondern geht zur Untersuchung der zweckmäßigen Anordnung der Dinge über; die „Gesetzmäßigkeit“ gewinnt bei ihm also eine doppelte Bedeutung: einmal ist es der naturgesetzliche Zusammenhang von Ursache und Wirkung, anderseits aber — die Regelmäßigkeit zielbewusster menschlicher Handlungen. Beide Gesetzmäßigkeiten: die kausale sowohl als auch die teleologische sucht Thünen aus der Natur des Menschen abzuleiten. Wie er dabei verfährt und inwiefern es ihm gelingt, sollen die folgenden Zeilen zeigen.

Nachdem ein Verfasser so ausführlich, wie wir es eben bei Thünen gesehen haben, den Unterschied seiner zwei Gesichtspunkte charakterisiert hat, wäre nichts verkehrter, als sie bei der Wiedergabe seiner Lehre nicht auseinanderhalten zu wollen. Eine solche „Verschmelzung“ oder „Vereinfachung“, die in der Thünen-Literatur leider nur zu häufig versucht worden ist, kann in die keineswegs formvollendete Darstellung des „Naturgemäßen Arbeitslohnes“ nur noch grösere Verwirrung hereinbringen. Allein durch treue Wiedergabe in der vom Verfasser selbst gewählten Reihenfolge vermag man Entstellungen des wahren Gedankenganges zu vermeiden, zumal viele von den scheinbaren Unterbrechungen und Wiederholungen sich als notwendige Glieder desselben herausstellen.

So ist z. B. gleich am Anfang ein „Traum ernsten Inhalts über das Los der Arbeiter“ eingeschaltet, der auf den ersten Blick als störendes „Beiwerk“ erscheinen mag; in der Tat aber ist diese Episode nicht zufällig, sondern aus wohlerwogener Absicht dem Ganzen vorangestellt.

dafs die Formel \sqrt{ap} auf seinem Grabstein angebracht werde, und 2. viele Aussagen in seinen letzten Schriften (u. z. II^I und II^{II}, die sicherlich nach jenem Brief geschrieben worden sind) zu widersprechen. Hier kommen vor allem die zwei Stellen: II^I S. 113 und II^{II} S. 6 und 7 in Betracht, aus denen zur Genüge hervorgeht, dafs er die ursprünglichen Schwierigkeiten glücklich überwunden zu haben glaubte.

Denn dies aus dem Jahre 1826 stammende „Phantasiebild“ hat, nach Thünens eigener Aussage, auf seine „Lebensansichten und . . . -Handlungen den entscheidendsten Einfluss ausgeübt“ (S. 46). Schon hier beschäftigt nämlich Thünen die Frage, ob das Mifsverhältnis zwischen der Belohnung der Unternehmer und der der „zahlreichsten Klasse der Staatsbürger“ nicht etwa „durch den Übertritt der geschicktesten Handarbeiter zu der Klasse der Unternehmer“ (S. 41) beseitigt werden könnte. Dieser Jugendtraum gewinnt mit der Zeit an Deutlichkeit, bis endlich nach 24 Jahren die Konturen sich schon so deutlich hervorheben, daß's eine mathematische Behandlung des ganzen Problems Thünen möglich erscheint.

Zunächst sucht Thünen die Genesis des Kapitals zu erklären, zu welchem Zweck er in Gedanken ein „mit allen Fähigkeiten, Kenntnissen und Geschicklichkeiten der zivilisierten europäischen Nationen ausgerüstetes Volk nach einem Tropenlande versetzt, welches aber kein Kapital, also auch keine Werkzeuge besitzt“ (S. 88). Er setzt ferner den Mangel jeglichen Handels, das Vorhandensein im Lande aller Metalle, eine für die Arbeitsteilung genügend große Bevölkerungszahl und gleiche Fruchtbarkeit voraus. In diesen „einfachsten Zuständen“ ohne Kapital und ohne Tauschwert des Bodens ist, nach Thünen, jedermann Arbeiter und muß sich seinen Unterhalt durch Arbeit erwerben (S. 89); „hier“ — heißt es weiter — „treffen wir auf den Ursprung und Grund der Zinsen und auf ihr Verhältnis zum Kapital“ (S. 92). Wird da nicht das ganze Produkt verzehrt, sondern ein Teil desselben erspart und verliehen, so entstehe ein Mehrerzeugnis, das Thünen die „Arbeitsrente des kapitalerzeugenden Arbeiters“ nennt.

Vergleicht man mit diesen „einfachen“ Zuständen die europäische Wirklichkeit, so falle sofort die „widernatürliche“ Tatsache auf, daß die durch die Kapitalansammlung bedingten Fortschritte der Technik das Los der Arbeiter, statt zu verbessern, immer drückender gestalten. Während nämlich im Tropenklima die Natur „freiwillig“ Nahrung er-

zeuge und den Menschen der Sorge für Kleidung und Wohnung enthebe, könne bei uns die „Arbeit an sich“ kein Kapital erzeugen, da sie ohne Vorrat an Subsistenzmitteln nicht auskommen könne. Allein im Thünenschen Tropenlande sei also die Wahl zwischen den zwei Beschäftigungsarten: Kapitalerzeugung oder Lohnarbeit, dem freien Entschluss jedermanns überlassen. Nicht schwer ist es dann, an der Hand numerischer Beispiele diejenige Zahl von Jahresanstrengungen zu ermitteln, bei der das Kapital gleich viel Rente abwirft, wie der auf Zins angelegte Überschuss der Arbeiter (über ihren Subsistenzmittelbedarf). Diese Zahl liefert Thünen die Gleichgewichts-Bedingung der beiden Beschäftigungsarten; das Gleichgewicht müsse sich aber im Tropenlande stets wieder einstellen, da sonst die Arbeiter der einen Art solange zur anderen übergehen würden, „bis beide Gattungen von Arbeit gleich hoch gelohnt werden“ (S. 107). Ganz anders in der europäischen Wirklichkeit, für die eine ähnliche „Reduktion der Wirksamkeit des Kapitals auf Arbeit“, wie sie Thünen für das Tropenland durchgeführt, ihn zu keinem befriedigenden Ergebnis gebracht hat. Die Wirklichkeit stellte sich ihm als viel zu kompliziert heraus, um zur Berechnung jener Gleichgewichtsbedingungen eine genügende Anzahl Gleichungen zu liefern.

Letzteres sei dagegen möglich für ein Gut an der Grenze des Thünenschen „isolierten Staates“ (jenseits des Kreises der Dreifelderwirtschaft), wo die Landrente = 0 ist und wo der Arbeiter die Wahl habe, „ob er ferner für Lohn arbeiten, oder mit Hilfe der angesammelten Ersparnisse ein Stück Land urbar machen, Gebäude usw. errichten und sich ein Eigentum erwerben will, auf welchem er künftig für eigene Rechnung arbeitet“ (S. 137). In dieser einfacheren „Werkstätte für die Bildung des Verhältnisses zwischen Arbeitslohn und Zinsfuß“, als es die Wirklichkeit gewesen, müsse sich wie im Tropenlande das Gleichgewicht einstellen und müssen die dabei entstehenden Lohn- und Zinssätze normierend auf den ganzen isolierten Staat wirken.

Hemmungen und Störungen seien bei den Vorgängen im isolierten Staate ausgeschlossen, zumal nach Ausbildung des normalen Arbeitslohnes sofort der Beharrungszustand eintrete (S. 144). In diesem Gut würden sich die Interessen der kapitalerzeugenden Arbeiter und die der Lohnarbeiter in dem Sinne die Wage halten, dass stets die Lohnüberschüsse auf Zinsen gelegt gleich der Rente der kapitalerzeugenden Arbeiter sein würden. „Denn“ — sagt Thünen — „wäre dies nicht der Fall, so würden . . . die Lohnarbeiter augenblicklich*) zur Kapitalerzeugung übergehen“ (S. 147). Es erübrigts Thünen nur noch, die Ausdrücke für die Zinsen vom Lohnüberschufs und für die Rente des kapitalerzeugenden Arbeiters gesondert zu berechnen und sie mit Hilfe einfacher Differentiationen zum Maximum werden zu lassen. Beide Rechnungen ergeben übereinstimmend die berühmte Formel \sqrt{ap} , worin a die Subsistenzmittel und p das Arbeitsprodukt bedeuten. In Worten lautet also diese Bedingung wie folgt: damit die Rente des kapitalerzeugenden Arbeiters sowie der Betrag der Zinsen vom Lohnüberschufs das gleiche Maximum ergeben, müsse der Arbeitslohn dem geometrischen Mittel zwischen Arbeitsprodukt und Subsistenzmitteln gleich sein. „Diesen nicht aus dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entspringenden, nicht nach dem Bedürfnis des Arbeiters abgemessenen, sondern aus der freien Selbstbestimmung der Arbeiter hervorgehenden Lohn \sqrt{ap} “ nennt Thünen „den naturgemäßen, oder auch den natürlichen Arbeitslohn“ (S. 154).

Dies ist die Thünensche Lehre in ihren allgemeinsten Umrissen, wie sie in diesem Zusammenhang**) wieder-

*) Von mir gesperrt.

**) Das hier übergangene mathematische Detail der Thünenschen Lehre könnte allein bei monographischer Behandlung derselben wieder-gegeben werden, zumal eine eingehende antikritische Auseinandersetzung mit den Thünen-Kritikern unumgänglich wäre. Eine solche behält sich Verfasser dieses vor.

gegeben werden müfste; eine ausführlichere Interpretation würde nicht bloß die Vertiefung ins mathematische Detail der Beweisführung sondern vor allem eine antikritische Auseinandersetzung erforderlich machen, die uns viel zu weit führen würde. Denn wenige Schriftsteller hatten so wenig Glück mit ihren Kritikern, wie Thünen: seine „höheren“ mathematischen Ausführungen wurden häufig überschlagen oder missverstanden*), seine Thesen hinweggedacht, fremde dagegen hineininterpretiert, seine ganze Beweisführung endlich — umgedeutet oder „vereinfacht“. Über die ältere Thünen-Kritik berichtet recht eingehend Komorozynski**), dessen antikritische Ausführungen den wertvollsten Teil seiner Abhandlung bilden. Aber in seinem eigenen Beitrag zur Kritik der Thünenschen Lehre vom naturgemäßen Arbeitslohn entstellt er Thünens wirklichen Gedankengang, indem er dessen „abstraktes Experiment“ ***), d. h. das Gut am Rande des isolierten Staates, für störendes „Beiwerk“ erklärt (S. 32) und die Formel \sqrt{ap} als für die europäische Wirklichkeit abgeleitet aufgefasst wissen will. Auf einer noch schlimmeren Missdeutung der Thünenschen Beweisführung beruht die Kritik H. L. Moores in seinem Aufsatze „Von Thünens Theory of Natural Wages“ †); er legt nämlich die Thünensche Rechnung als eine algebraische aus, während sie in Wirklichkeit analytischer Natur ist: Moore spricht von „unbekannten“ Größen da, wo allein „Veränderliche“ vorkommen, auf deren wechselseitige Beziehung es Thünen ja bloß ankommen konnte.

*) Sogar W. Launhardt gibt in seiner „Mathematischen Begründung der Volkswirtschaftslehre“, Leipzig 1885, die Thünensche Rechnung ungenau wieder, vgl. S. 139.

**) Johann v. Komorozynski, Thünens naturgem. Arbeitslohn, Art. in der „Zeitschrift f. Volksw., Sozialp. und Verw.“ Wien 1894, S. 30 ff.

***) Diesen Ausdruck gebraucht W. Boehmert im Art.: „Stanley Jevons etc.“ in Schmollers „Jahrbuch“, Bd. XV, Leipzig, 1891.

†) In „Quarterly Journal of Economics“, Boston 1895.

Auch die letzte uns bekannt gewordene Kritik des Thünenschen Werkes ist mithin als misslungen zu bezeichnen. Die Hauptursache aller Misserfolge der Thünen-Kritik dürfte in der mangelhaften Beachtung seiner Grundidee zu suchen sein. Er will ja die Gerechtigkeit mit der Notwendigkeit einer bestimmten Lohnbildung dadurch verbinden, daß er zwei heute streitende Interessen — des Lohn- bzw. Rentenbezuges — in denselben Personen vereinigt, indem er für beide gleiche Chancen vorschreibt. Während die meisten Kritiker den Thünenschen Ansatz ausdrücklich oder stillschweigend gutheissen*), legen sich viele andere darauf, in seinen einzelnen Voraussetzungen oder gar Rechnungen wunde Stellen aufzudecken. Wären ihre Bemühungen auch durchweg von Erfolg gekrönt, ihre Aussetzungen könnten lediglich als Korrekturen, nicht aber als Widerlegung einer Irrlehre angesehen werden. Bei so gewaltigen Denkern wie Thünen pflegen die Grundfehler nicht rechnerischer, sondern erkenntnistheoretischer Natur zu sein. Und in der Tat, Thünen teilt mit vielen seiner Vorgänger und Nachfolger die Illu-

*) Es ist zu beachten, daß nicht bloß Anhänger Thünens, sondern auch manche seiner Kritiker dies tun. Vgl. Helferich, J. H. v. Thünen und sein Gesetz über die Teilung des Produkts unter die Arbeiter und Kapitalisten, Art. in der „Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss.“, Bd. VIII, Tübingen 1852, S. 427: „Gerade aber in bezug auf den Ansatz . . . wußte ich keine Ausstellung zu machen“; M. Volkoff, Nouvelles observations au sujet de l'ouvrage de Mr. de Th. etc., Art. im „Journal des Economistes“, Bd. XV, S. 239; H. Schumacher, Über J. H. v. Thünens naturgem. Arbeitslohn usw., Rostock 1869; G. W. Schiele, Über Thünens isol. Staat mit einer Anwendung auf die Wirklichkeit, Art. in „Grenzboten“, Leipzig 1902, S. 459; L. J. Brentano, a. a. O., S. 14: „Nach unserer Ansicht muß die Berechtigung der Voraussetzungen Thünens . . . zugegeben werden“; G. v. Falck, a. a. O., S. 30: „Wenn wir das Resultat unserer bisherigen Prüfung zusammenfassen, so können wir nicht umhin, im großen und ganzen unsere Übereinstimmung mit Th. zu erklären. Wenn wir auch gegen viele Einzelheiten der Thünenschen Untersuchung manches einzuwenden hatten, so vermochten wir doch nicht, einen das Ganze in Frage stellenden Irrtum aufzufinden.“

sion, einem teleologischen „Gesetz“ des Wirtschaftslebens nach Art der Naturgesetze auf die Spur gekommen zu sein. Er merkt nicht, wie seine ethischen Vorstellungen und zum Teil auch seine religiösen Empfindungen *), d. h. lauter intuitive Elemente des Denkens, den angeblich rein sachlich bestimmten Inhalt seiner Abstraktionen mitbestimmen und wie er damit der alten metaphysischen Chimäre nachjagt, die in dem Bestreben, Heterogenes homogen zu machen, besteht. Das Chimärische eines derartigen Unterfangens, wie das Thünensche, wird aber durch Schönbergs Vergleichung **) mit dem mathematischen Problem der „Quadratur des Kreises“ nicht ganz richtig beleuchtet, da diese Inkommensurabilität einer ganz anderen Ordnung angehört. Wir möchten lieber auf die Vergeblichkeit der dem Thünenschen analogen Versuche, für das Schöne, Gute, Gerechte objektive Kriterien aufzustellen, hinweisen; denn, wie in diesen Fällen, so auch in der Thünenschen Untersuchung des „naturgemäßsen“ Arbeitslohnes, können die Kriterien nicht der Natur selber abgelauscht, sondern lediglich aus der Intuition des Denkers geschöpft werden. Auch ist das Ideal des wirtschaftlich Richtigen, das uns von Thünen in seiner starren Norm \sqrt{ap} geboten wird, trotz seiner mathematischen Verkleidung, nicht um ein Atom objektiver geworden, als sonstige soziale Ideale. Vielmehr liegt hierin die Quelle des Irrtums, mit deren Nachweis wir unsere Kritik abschließen wollen.

Da die Rechnung nichts anderes zu liefern vermag, als was der Ansatz enthält, und da, wie wir sehen, der angeblich objektiv gültigen Formel \sqrt{ap} nur eine subjektive Bedeutung zuerkannt werden kann, so müfste der Ansatz erkenntnistheoretisch falsch gewesen sein. Und in der Tat allein die Grundvoraussetzung des isolierten Staates — der Beharrungszustand der Löhne, Preise usw. — ist als eine Ver-

*) Besonders ausgeprägt in der II. Abt. des II. Teiles des „Isol. Staates“.

**) Vgl. Schönberg, Arbeitslohn, „Handw. d. St.“ I, S. 882.

irrung zu bezeichnen. Denn Thünen stellt sich dasjenige als beharrlich vor, was seinem innersten Wesen nach wandelbar ist; er lässt ja in seinem „abstrakten Experiment“ des isolierten Staates die menschlichen Ideale, d. h. Zwecksetzungen, Bestrebungen, Normen, erstarren; er will gleichsam die Zeit in ihrem Lauf aufhalten. Nicht also als Abstraktion überhaupt, wie manche Kritiker anzunehmen scheinen, sondern als eine falsche, weil vom Wesen der Erscheinung absehende Abstraktion, ist Thünens Lehre vom „Naturgemäßen Arbeitslohn“ zurückzuweisen. Wie ein Experiment, bei dem der Naturforscher von den in Frage kommenden Naturkräften abstrahieren würde, für ihn verhängnisvoll verlaufen müfste, so verhält sich auch die Thünensche Konstruktion des isolierten Staates, bei der von der Bewegung abstrahiert worden ist. Auch sie versagt dem ungeschickten Experimentator den Gehorsam und erzeugt, statt im Gleichgewichtszustand zu verharren, immerwährende Störungen desselben. Wie von vielen Kritikern richtig betont, schließt die Beibehaltung des Zinses und Zinseszinses im isolierten Staat die Notwendigkeit von Ungleichheiten in sich, die ihrerseits die Übergänge aus dem einen Beschäftigungszweig in den anderen nach sich ziehen. Zwar sucht Thünen diesen Widerspruch damit zu beheben, daß er diese Übergänge „augenblicklich“ geschehen läfst*); allein dadurch wird der Widerspruch nur maskiert, nicht aus der Welt geschafft. Denn auch bei der höchst unwahrscheinlichen Annahme, daß die Schwankungen im isolierten Staat nur eine kurze Zeit dauern könnten, bleibt dies ein Fehler der ganzen Konstruktion; der zweideutige Ausdruck „augenblicklich“ könnte nämlich nur dann unserem Verfasser aus der Verlegenheit verhelfen, wenn die Dauer der Schwankungen gleich Null anzusetzen wäre, was aber ein offensichtlicher Widersinn ist.

Versuche, wie der Thünensche, sind nicht wenige an der Zahl, aber die Begeisterung des Verfassers für die gute

*) Vgl. oben S. 83.

Sache im Verein mit dessen gewaltigen geistigen Mitteln stehen vereinzelt da.

Nach Cournot, Gossen und Thünen, deren Werke zunächst keine oder nur geringe Beachtung finden, tritt ein Stillstand im theoretischen Denken ein, der zwei Jahrzehnte lang andauert. Diese drei Verfasser sind die letzten Ausläufer der mächtigen theoretischen Strömung, die unter dem Einfluß der enormen Fortschritte der reinen und angewandten Mathematik im 18. Jahrhundert entsteht*). Im sechsten und siebenten Jahrzent des vorigen Jahrhunderts macht sich, wie Boehmert richtig hervorhebt**), ein neuer Einfluß — der der biologischen Disziplinen — geltend; man traut den reinen Abstraktionen, die von dem praktischen Leben so oft Lügen gestraft worden sind, nicht mehr und will, statt dieser, eine genaue Kenntnis greifbarer Dinge erreichen, die sich in den Naturwissenschaften, im Gegensatz zur Mathematik, so glänzend bewährt hat. Es erscheinen zwar in dieser Zwischenzeit Schriften theoretischen, ja sogar erkenntnistheoretischen Inhalts, werden aber zunächst gar nicht beachtet, um dann viele Jahre nach deren Erscheinen begeisterte Leser zu finden***). Recht bezeichnend daher, daß diese Schriften später sogar in zweiten Auflagen erschienen sind. Nur zu natürlich ist es, daß die in den 70er Jahren einsetzende Reaktion gegen

*) Man denke nur an die damals in Schwung gekommenen Wahrscheinlichkeitsberechnungen von Ahnungen, Volksabstimmungen, Gerichtsurteilen u. dergl. m. sowie an die Arbeiten Quetelets, auf die wir noch weiter unten zurückzukommen haben.

**) W. Boehmert, a. a. O., S. 717.

***) Als Beispiele nennen wir: C. Knies' Politische Ökonomie vom Standpunkte d. gesch. Methode, 1853; Hans Carl Emil von Mangoldts Grundrifs d. Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1863 und William Stanley Jevons' Notice of a general Mathematical Theory of Pol. Economy, Papers read in the F section of the Brit. Assoc. at the Cambridge Meeting 1862, Report, S. 157, sowie dess. Brief Account of a general Mathem. Theory of Pol. Econ., im Journal of the Stat. Society of London, vol. 29, London 1866, S. 282—287.

die Einseitigkeit des Historismus der zwei vorhergegangenen Jahrzehnte, in den die Kritik der klassischen Doktrin mit dem Aufgeben abstrakt-theoretischer Betrachtungen Hand in Hand ging; nur zu natürlich ist es — sagen wir — daß die Reaktion gegen diese Einseitigkeit eine Neu-anlehnung an die theoretischen Gesichtspunkte der klassischen Nationalökonomie mit sich brachte. Daher eben alle drei Begründer der Grenznutzentheorie, die fast gleichzeitig und unabhängig voneinander auftraten, und zwar Jevons, Walras und C. Menger in die alten Bahnen der Reichtumstheoretiker einlenkten.

Allerdings war die Kraft dieser letztgenannten Reaktion je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden. So brauchte z. B. William Stanley Jevons nicht besonders energisch für die relative Berechtigung der klassischen Lehrmeinung zu plädieren, da sie in England noch immer Anhänger genug fand. Ja er bekämpfte sogar den Ricardo-Millschen Flügel derselben und bekannte sich offen als Anhänger der Malthus-Seniorschen Richtung. Für die historische Schule dagegen hatte er nur sehr wenig übrig*); so heißtt es in seiner „Theory of Political Economy“ (London 1871)**): „Statt unsere gegenwärtige ökonomische Wissenschaft in eine historische . . umzuwandeln, möchte ich nur das bereits Vorhandene vervollkommen und entwickeln und zugleich einen neuen Zweig der Sozialwissenschaft auf historischer Grundlage aufbauen“ (S. 22). Seine Theorie soll ein „Lust- und Unlust-Kalkül“ (S. VII), oder eine „Mechanik der Nützlichkeit und des Eigennutzes“ (S. 23)***) sein, der die Voraussetzung zu grunde liegen solle, daß die in der Wirklichkeit vorkommen den Abweichungen von dem gesetzmäßigen Ver-

*) Boehmert, a. a. O., S. 728, meint sogar: „sehr wenig — Verständnis.“

**) Mir liegt die zweite Auflage von 1879 vor.

***) Gleich Cournot, dem Jevons überhaupt vielfache Anregungen verdankt, will er die Menschen „wie sie sind und nicht wie sie sein sollten“ betrachten (S. 41).

lauf der Dinge sich gegenseitig aufheben. Diese Ausgleichung aller „zufälligen und störenden Ursachen“ nimmt Jevons freilich nur für eine genügend große Anzahl unabhängiger Beobachtungen an (S. 17), ohne jedoch diese Annahme zu begründen. Sein Hinweis darauf, daß die Abweichungen vom arithmetischen Mittel — das nach bekannten Mustern „fictitious man“ genannt wird (S. 98) — sich gegenseitig aufheben (neutralize), ist offenbar kein Beweis, sondern die Definition des arithmetischen Mittels selber. Obwohl Jevons die Bücher der Kaufleute, Banken, Behörden, die Preislisten, Bankberichte, Zollausweise usw. als Mittel zur Verwandlung der „Volkswirtschaftslehre in eine exakte mathematische Disziplin“ empfiehlt (S. 12), verzichtet er doch selber auf diese Hilfsmittel und daher „auf jegliche numerische Genauigkeit“ (S. 24). Ein statistischer Beweis ist eben für Jevons' These nicht zu erbringen; sogar die an sich richtige Bemerkung, daß Handel und Industrie nicht von persönlichen Launen, sondern von gewissen Durchschnitten abhängen (S. 98), kann in Jevons' Beleuchtung dahin mißverstanden werden, als ob diese letzteren eine von den Subjekten unabhängige Existenz hätten.

Ebensowenig vermag Jevons eine auf objektiven Merkmalen beruhende Definition des „statischen oder Gleichgewichtszustands“ zu liefern, auf dessen Schilderung er sich allein beschränken will (S. 101). Durch diese Annahmen nähert sich Jevons recht beträchtlich der klassischen harmonistischen Lehre, und zwar am meisten der ihr von J. St. Mill gegebenen Formulierung, was umso bemerkenswerter ist, als gerade gegen diesen seine energischsten Angriffe gerichtet waren. Wie dieser weist er die Theorie der allgemeinen Überproduktion als „absurd und sich selbst widersprechend“ zurück (S. 220), da, seiner Ansicht nach, „je größer das Angebot, desto vollkommener die Industrie ihre Aufgabe erfülle“. Die einzige zu erfüllende Bedingung sei, daß das Angebot „angemessen“, d. h. den Bedürfnissen der Bevölkerung proportional sei.

Jevons gibt ebenfalls nur die Möglichkeit partieller Überproduktionen zu, die er als ungleichmäfsigen Rückgang der Nützlichkeit aller Dinge definiert (S. 220). Das Wirtschaftsleben stellt sich mithin Jevons im großen und ganzen und „in the long run“ harmonisch vor, wofür er aber keine besseren Gründe anzugeben weiß, als seine Vorgänger der klassischen Richtung. Er verkennt die Abweichungen von seinen statischen Gesetzen durchaus nicht; er geht aber ihnen absichtlich aus dem Wege, indem er sie *a priori* für etwas Unwesentliches und Zufälliges erklärt. Dies mag vielleicht der Grund sein, warum er für die stärksten Abweichungen — die Wirtschaftskrisen — die Erklärung, so weit außerhalb des Wirtschaftslebens, auf der Sonne nämlich, zu suchen genötigt war *).

Obwohl in manchen Spezialfragen wesentlich von Jevons abweichend, stehen jedoch die meisten Vertreter der mathematischen Richtung in der uns interessierenden Hinsicht auf dem Boden seiner Hypothesen. So spielen bei den meisten von ihnen die mechanische Analogie und der Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts eine zum Teil noch wichtigere Rolle als bei Jevons.

So ist für den zweiten Begründer dieser Richtung, Léon Walras, der kurz nach Jevons (1874) auftrat **), um bald darauf vielleicht der radikalste Vertreter derselben zu werden, die Volkswirtschaftslehre schlechthin „une science physico-mathématique“ ***); sie ist, wie sich Walras an einer anderen Stelle noch prägnanter ausdrückt, „nicht

*) Vgl. W. S. Jevons *Investigations in Currency and Finance*, London 1884 (herausg. von H. S. Foxwell), S. 194—243. S. 243 heißt es: „I feel sure the explanation will be found in the cessation of demand from India and China, occasioned by the failure of harvests there, ultimately due to changes of solar activity.“

**) Léon Walras, *Principe d'une théorie mathém. de l'échange*, Orléans 1874 und dess. *Éléments d'écon. pol. pure, ou théorie de la richesse sociale*, I fasc., Lausanne 1874.

***) Léon Walras, *Éléments d'écon. pol. pure, ou théorie de la rich. soc.*, Lausanne 1896, S. 51.

eine der Mechanik analoge Wissenschaft, sondern die Mechanik selber, auf das Gleichgewicht und die Bewegung des sozialen Reichtums angewandt“ *). Wie Walras seine Untersuchung auf das „équilibre général“ beschränkt, so will auch E. Fontaneau sich nicht mit den „fluctuations commerciales“ abgeben. Da, seiner Ansicht nach, tout le monde y travaille par une espèce d’harmonie préétablie“, so wird von ihm in seiner bezeichnenderweise „Chrématicistique“ betitelten Schrift ebenfalls der „Gleichgewichtszustand“ untersucht**).

Wilhelm Launhardt lehnt zwar in seiner „Mathematischen Begründung der Volkswirtschaftslehre“ (Leipzig 1885) die Walrassche Behauptung, daß die „Gleichgewichtspreise“ beim freien Walten des Wettbewerbs am sichersten erreicht und daß damit dem allgemeinen Wohl am besten gedient werde, entschieden ab (S. 28—44); er hält aber an dem Begriff des Gleichgewichts fest und glaubt an eine „endliche Ausgleichung zwischen Angebot und Nachfrage zu den Gleichgewichtspreisen“ (S. 37). Obwohl Launhardt, im Gegensatz zu Walras, den Unterschied von reich und arm hervorhebt, so denkt er doch noch abstrakt und optimistisch genug, um die originelle Behauptung aufzustellen, „daß bei einem Tausche zu den Gleichgewichtspreisen zwischen mehreren Besitzern der reichere den größeren Gewinn erzielt, daß aber im Vergleich zu dem ursprünglichen Besitze der ärmeren Besitzer den höchsten Prozentsatz am Gewinn erreicht“ (S. 50). Wir könnten nur in einem Fall diesem merkwürdigen Satz beipflichten, — nämlich wenn die den ärmeren Besitzern gehörenden Kapitalgüter nahezu oder wirklich gleich Null sind; dann wird allerdings der Prozentsatz recht groß, da jede noch so kleine Zahl durch Null

*) Léon Walras, Études d'écon. pol. appliquée (Théorie de la production de la rich. soc.) 1898, S. 450.

**) E. Fontaneau, Chrématicistique, Art. im „Journal des Actuaires Français“, Jahrg. 1875 (S. 75 und 151), 1876 (S. 70 und 341); 1879 (S. 126 und 230); 1880 (S. 98). Die zitierten Stellen sind im Jahrg. 1879, S. 262 bzw. 286.

geteilt Unendlich ergibt; war aber dies die Ansicht des Verfassers?

Viel präziser sind die Ausführungen von Rudolf Auspitz und Richard Lieben, die in ihren „Untersuchungen über die Theorie des Preises“ (Leipzig 1889) mit einer wahrhaft mathematischen Durchsichtigkeit ihr Forschungsgebiet abgrenzen und ihre Voraussetzungen formulieren. In der Vorrede teilen die Verfasser mit, dass sie „die Erscheinungen . . . zu isolieren suchen (werden), um festzustellen, wie jede einzelne Ursache, von allen Störungen frei, wirken müfste“ (S. VII). Ihr Verhältnis zu den konkreten Erscheinungen des Wirtschaftslebens wird wie folgt charakterisiert: „Die der Erfahrung entnommenen Angaben haben . . . zwar einen historischen Wert, sind aber sonst schwer vergleichbar, da in verschiedenen Zeitmomenten nicht nur die Preisverhältnisse, sondern auch andere, vielleicht höchst wichtige Umstände sich geändert haben werden; solche Daten können also unseren Voraussetzungen nicht entsprechen. Überdies müfste eine Formel, die der Wirklichkeit genügen wollte, so unklar und verwickelt ausfallen, als die Wirklichkeit selbst ist“ (S. XV). Sehen wir uns nun die der ganzen Forschung vorangeschickten ‚allgemeinen Voraussetzungen‘ näher an, so erkennen wir lauter alte Bekannte, wie die Annahme der völlig freien Konkurrenz auf seiten der Käufer und der Verkäufer, die gleichen Kenntnisse über die Preislage aller erdenklicher Artikel bei allen auf dem Markt verkehrenden, wirtschaftlich selbständigen Individuen und gleicher geschäftlicher Gewandtheit und Geriebenheit. In erster Linie aber finden wir die Annahme des stabilen Gleichgewichtszustands der Preise, wonach dieselben eine zeitlang ‚völlig unverändert bleiben‘; die Bedingung hierfür sei, „daß die in diesem Zeitraume produzierten dem Markte zufließenden Mengen jedes Artikels den von demselben abfließenden und konsumierten Mengen gleich seien, so daß alle Lager und Vorräte auf gleicher Höhe bleiben“ (S. 3). Wir sehen also, daß Auspitz und Lieben die — im wirk-

lichen Leben durchaus nicht störungsfreie — Preisbildung sich lediglich in abstracto im Gleichgewichtszustand denken, ohne irgendwie die Notwendigkeit des Eintretens desselben in der Wirklichkeit, gleich Launhardt, behaupten zu wollen. Alle drei Verfasser gehen aber, wie gezeigt, den „Störungen“, d. h. den tatsächlichen Preisschwankungen aus dem Wege.

Am weitesten wird die mechanische Analogie von Irving Fisher ausgesponnen, der sich in seinen „Mathematical Investigations in the Theory of value and prices“ (New Haven 1892)*) im wesentlichen den Voraussetzungen Auspitz' und Liebens anschließt **). Fisher ist so sehr von der Berechtigung der mechanischen Analogie und Ausdrucksweise in der Nationalökonomie überzeugt, daß er einen hydraulischen Apparat ***) konstruiert hat, der „ein physikalisches Analogon des idealen wirtschaftlichen Marktes“ sein soll (S. 44). Wie weit dabei das bei Fishers Vorgängern übliche Maß von Analogieschlüssen von ihm überschritten wird, zeigt am besten das den „mechanischen Analogien“ gewidmete Kapitel (III), in dem er die völlige Korrespondenz der mechanischen und ökonomischen Begriffe und Sätze nachzuweisen sucht (S. 85 und 86). Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen steht auch bei Fisher die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht, welche als den Gesetzen der Zusammensetzung und Zerlegung der Kräfte „vollkommen analog“ angesehen wird. Denkt man sich nach Fisher den Grenznutzen der Konsumtion von a als positiven Vektor und die Grenzkosten †) als einen gleichen Vektor in entgegengesetzter Richtung auf derselben Achse

*) Abgedr. in den Transactions of the Connecticut Academy of Arts and Sciences, vol. IX, part I, New Haven (publ. by the Academy) 1892, S. 1—124.

**) Fisher gibt dies a. a. O., S. 25 (Anm. 1), ausdrücklich zu.

***) Der Mechanismus ist geschildert auf S. 24—44; auf S. 38 ist eine vollständige Abbildung desselben abgedruckt.

†) Ich gebrauche diesen Ausdruck mit Auspitz und Lieben (a. a. O., S. 5, 435) für die von Jevons und Fisher gebrauchte Bezeichnung: marginal disutility, da es nicht gut möglich sein dürfte, diese letztere durch eine leidliche deutsche wörtlich zu übersetzen.

aufgetragen, so „entspricht dies dem mechanischen Gleichgewicht eines Atoms, dessen Lage dadurch bestimmt ist, daß alle Kraftkomponenten auf allen senkrechten Achsen gleich und entgegengesetzt sind“ (S. 85). In der Begründung dieser Analogie folgt Fisher dem Jevonsschen Gedankengang, indem auch er glaubt annehmen zu dürfen, daß die einzelnen „sporadischen“ Schwankungen sich für die Dauer gegenseitig aufheben; er behandelt aber diese Frage etwas eingehender als Jevons. Die Ausgleichung der Schwankungen führt Fisher auf die selbstregulierende (self-correcting) Wirkung 1. der Preisbildung und 2. der Launen (caprice) der Menschen. Was die Preise betrifft, so konstruiert Fisher den Begriff eines „allgemeinen Preises“, der durchaus nicht mit dem arithmetischen Mittel der Tagespreise zusammenfalle; derselbe wird vielmehr als ein solches Mittel definiert, welches — als konstanter Preis für das ganze Jahr angesetzt — die während dieser Zeit ge- und verkauften Mengen auf dem gegenwärtigen Stand halten würde. „Die Wahrscheinlichkeitsrechnung“ — meint Fisher — „bringt mithin die Theorie mit der Wirklichkeit in Einklang. Die scheinbar willkürlichen Annahmen in bezug auf die Konstanz der Preise usw. können als passende Definitionen eines idealen Durchschnitts . . . angesehen werden“ (S. 21). Den Unterschied dieser hypothetischen Welt von der tatsächlichen verkennt aber Fisher ebensowenig wie Auspitz und Lieben; sämtliche Voraussetzungen werden von ihm (S. 101—106) von neuem geprüft und als nicht in der Wirklichkeit vorhanden erklärt, wovon jedoch nicht auf die Unrichtigkeit, sondern lediglich auf Unvollständigkeit der auf ihnen fußenden Forschung geschlossen wird. Auch die Grundvoraussetzung treffe in der Wirklichkeit nie zu, da die angenommene Konstanz der Produktion und Konsumtion, der Produktionsmethoden, der Geschmacks- und Moderichtungen niemals vorkomme; besonders „werde eine Gleichgewichtsstörung in Paniken an den Tag gelegt“; aber mit all diesen Fragen habe sich nach Fisher die ökonomische Dynamik zu befassen (S. 103).

Diese will freilich der Verfasser nicht mehr liefern, aber was er darunter versteht, erfahren wir aus dem Bilde, dessen er sich daselbst bedient. Die „normalen“ Gleichgewichtspreise seien mit dem Normalniveau der See, die wirtschaftlichen Störungen — mit den Wasserfällen zu vergleichen. Allerdings, sagt Fisher, der stabile Gleichgewichtszustand sei bei den Preisen in der Volkswirtschaft gleich ideal und unerreichbar, wie das Gleichgewicht des Wassers in der physischen Natur; und doch werde es niemand einfallen, diese physikalischen Begriffe in Zweifel zu ziehen. Warum — fragt Fisher — sollten ganz analoge Begriffsbildungen in der Volkswirtschaftslehre nicht zulässig sein.

Demselben Bilde, das das ökonomische Gleichgewicht versinnlichen soll, und der Forderung einer „ökonomischen Dynamik“ begegnen wir bei dem begeisterten Schüler Walras' Vilfredo Pareto, der ein Kapitel des zweiten Bandes seines „Cours d'Economie politique professé à l'Université de Lausanne“ (Lausanne 1897, Chap. IV) den „Wirtschaftskrisen“ widmet. Gleich Fisher verneint er da die Frage nach der realen Existenz der „Durchschnittspreise“; er meint sogar — im Gegensatz zu Jevons' law of indifference — dass „das Bestehen eines einzigen Preises für eine Ware auf demselben Markte oft nur in abstracto angenommen werden“ könne. „In Wirklichkeit“ — führt Pareto aus — „gibt es häufig ebenso viele Preise als Kaufverträge, und die wirklichen Preise schwanken beständig um gewisse mittlere Preise, die ihrerseits nicht konstant sind, sondern sich mit der Zeit verändern“ (S. 277). Von diesen Betrachtungen ausgehend, gelangt Pareto zu einer von der landläufigen abweichenden Definition der Krisen, mit der er nicht die Baisse allein, sondern auch die Hause umfasst. Unter „Krisen“ versteht er „die Resultante einer Überlagerung gleichgerichteter Schwankungen“, die nichts Zufälliges oder Abnormes, sondern im Gegenteil das Normale des Wirtschaftslebens darstelle. Denn das „Normale“ bestehe „eben in dieser Wellenbewegung, bei welcher der

Aufschwung die Depression und die Depression abermals den Aufschwung nach sich ziehe“ (S. 278). Diese im wesentlichen mit der menschlichen Natur eng zusammenhängenden Oszillationen würden nach Pareto auch im sozialistischen Staat weiter bestehen; denn nicht nur gegenwärtig, sondern immer werde, nach Paretos Dafürhalten, der Mensch in einer Richtung: in der des Zutrauens und der Hoffnungsfreudigkeit oder in der des Misstrauens und der Verzweiflung übertreiben. Diesen psychischen Momenten komme demnach die Hauptrolle beim Ausbruch von Wirtschaftskrisen zu, obwohl der Anstoß zu demselben von äußeren Umständen auszugehen pflege. „Die Periodizität der Krisen dürfte also“ — meint Pareto — „nicht so sehr von der objektiven, als von der subjektiven Ursache abhängen“. Bei einer derartigen Auffassung müssen offenbar die Klagen über die verderblichen Wirkungen der Krisen Pareto zum mindesten übertrieben erscheinen (S. 296); aber — und hierin klingt der Optimismus der klassischen Schule nach — er bleibt dabei nicht stehen und stellt es in Zweifel, ob „falls die Vorbeugung der Krisen möglich wäre, diese auch nützlich sein könnte“. Denn für Pareto „ist es gar nicht sicher, ob die rhythmische Bewegung nicht eine der Bedingungen des wirtschaftlichen Fortschritts sei. Im Gegenteil“ — behauptet er geradezu — „es scheint recht wahrscheinlich, daß diese Bewegung lediglich eine Äußerung der Lebensfähigkeit des wirtschaftlichen Organismus sei. . . . Der Gärtner, der in seinen Gewächshäusern Tag und Nacht dieselbe Temperatur aufrecht erhielte, würde eine große Anzahl Pflanzen verdorren lassen. Wissen wir, ob wir nicht ebenso dem Wirtschaftsleben schaden würden, wollten wir es ganz gleichmäßig machen?“ (S. 297). Pareto übersieht aber, daß er die Antwort auf diese Frage bereits in seiner Definition der Krisen vorweggenommen hat.

Die weitere Entwicklung der mathematischen Richtung, besonders auf englischem und amerikanischem Boden, müßte teilweise unverständlich bleiben, wollten wir sie bis auf den

heutigen Tag getrennt von der der „exakten“ Schule darstellen. Denn der Einfluß der Österreicher, der bei den Vertretern anderer Richtungen unverkennbar ist, müßte sich bei den ihnen verwandten mathematischen Nationalökonomien um so mächtiger geltend machen. Die Nachklänge der klassischen Doktrin, die wir bei den englischen, französischen und schweizerischen Theoretikern nur implicite konstatieren konnten, werden bei den Österreichern um so lauter, als sie im Kampfe gegen die Einseitigkeiten des deutschen Historismus auf die klassische Doktrin zurückgriffen. Diese Lösung haben ja Carl Menger und seine Schüler auf ihre Fahne geschrieben. Zwar trat Menger mit seinen „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre“ bereits 1871 auf, aber den Fehdehandschuh hat er in seinen „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere“ (Leipzig 1883) geworfen, die in dem goldenen Jahrzehnt seiner Schule erschienen. Auf Mengers „Untersuchungen“ folgten in kurzen Zwischenräumen die beiden Schriften von Emil Sax*) und das eine Jahr 1889 brachte die Werke seiner anderen eminenten Schüler: E. v. Böhm-Bawerks**), Friedrich von Wiesers, Robert Zuckerkandls**) und Johann von Komorznyskis. Da manche von ihnen nur flüchtig

*) Emil Sax, Das Wesen und die Aufgaben der Nationalökonomie, Wien 1884 und dess. Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, Wien 1887.

**) E. v. Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals (Kapital und Kapitalzins, Abt. II), Innsbruck 1889, spricht, S. 232, von „normalen Produktions- und Absatzverhältnissen“, als deren Charakteristikum er die Realisierung eines Geschäftsgewinnes seitens der Verkäufer angibt und denen er „ungünstige“, d. h. gewinnlose oder gar verlustbringende Verkäufe entgegenseztzt. Dies sind aber gelegentliche Äußerungen, aus denen keinerlei Schlüsse zu ziehen sind. Ebenso wenig sind für die Dogmengeschichte unseres Problems die kritischen Bemerkungen, die R. Zuckerkandl in seiner „Theorie des Preises mit besonderer Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der Lehre“ (Leipzig 1889), S. 281—283 und 310—312, streut, von Belang.

oder gar nicht die uns angehende Frage berühren, diese aber durchaus nicht im Vordergrunde der grenznutzen-theoretischen Untersuchung steht, so dürfte es kein Be fremden hervorrufen, daß Sax, v. Böhm und Zuckerkandl bei unserer Auswahl von Belegstellen so kurz gekommen sind.

Aber auch unter Carl Mengers Schriften wollen wir aus demselben Grunde allein bei seinen „Untersuchungen über die Methode“ etwas länger verweilen, da wir darin nicht bloß über die Aufgabe der „exakten“ Forschung, wie sie von Menger selbst gestellt worden ist, sondern auch über die Ursache der konsequenten Vernachlässigung der bewußtesten Gesichtspunkte Aufschluß erhalten. Menger geht von der Unterscheidung der wissenschaftlichen Erkenntnis in individuelle und generelle, die den Gegenstand der „historischen“ (Geschichte und Statistik) bezw. der „theoretischen“ (Nationalökonomie) Wissenschaften bilden. Die Aufgabe der Theorie und mithin auch der Nationalökonomie sei die Erforschung von „Typen“, d. h. von Erscheinungsformen, die bald mit „größerer, bald mit geringerer Genauigkeit sich wiederholen und in dem Wechsel der Dinge wiederkehren“ (S. 4), und von „typischen Relationen“ (z. B. Regelmäßigkeiten in der Aufeinanderfolge, in der Entwicklung, in der Koexistenz derselben). Für diese „exakte“ Richtung der theoretischen Forschung erweise sich von fundamentaler Bedeutung der Satz, „daß, was immer auch nur in einem Falle beobachtet wurde, unter genau den nämlichen tatsächlichen Bedingungen stets wieder zur Erscheinung gelangen müsse“ (S. 40). Die „exakten“ Gesetze dulden also keine Ausnahmen (S. 41). Allein, es dürfen nach Menger diese Ergebnisse der theoretischen Forschung nicht „mit dem Maßstabe des Realismus gemessen“ werden, da sie „nur unter bestimmten Voraussetzungen wahr sind, unter Voraussetzungen, welche in der Wirklichkeit nicht immer zutreffen“ *) (S. 54). Das von

*) Von mir gesperrt.

Menger empfohlene und angewandte Verfahren besteht in der Isolierung der „ursprünglichsten und einfachsten konstitutiven Faktoren“ der „Menschheitsphänomene“, wobei es gar nicht darauf ankomme, ob diese konstitutiven Faktoren in ihrer Isolierung gedacht real seien, ob sie tatsächlich „exakt“ gemessen werden können und ob die Zusammensetzungen einiger Faktoren bei völliger Abstraktion vieler anderen in Wirklichkeit vorkommen (S. 43). Wie alle exakte Wissenschaften überhaupt nur „einzelne Seiten der realen Welt eröffnen“, so sei auch die wirtschaftliche Seite derselben der einzige Gegenstand der Nationalökonomie (S. 65, 66). Die „exakte Nationalökonomik“ habe uns demnach „die Gesetze der Wirtschaftlichkeit... zum Bewußtsein zu bringen“ (S. 59, 78). Auf diese wolle sich Menger aus dem Grunde beschränken, weil, seiner Ansicht nach, die anderen — empirisch-realistischen (physiologischen) Richtungen der Sozialforschung nicht nur umfassend ausgebaut (S. 166), sondern geradezu einseitig bevorzugt worden seien (S. XIII und passim). Mengers Opposition gegen die Einseitigkeit und Mifsverständnisse des „Historismus“*) führt ihn, wie wir sehen, auf Smith und Ricardo zurück, was ihm auch von gegnerischer Seite den gewifs nicht ganz unberechtigten Vorwurf des „Manchestertums“ eingebracht hat**). Allerdings in der Grundvoraussetzung sind ihm nicht einmal alle Schüler treu geblieben***).

Wie grofs die Gefahren eines derart abstrakten Verfahrens sind, beweist Mengers Kritik der organischen Analogie in den Sozialwissenschaften und der Nationalökonomie,

*) Carl Menger, Untersuchungen, S. 118 ff. und 187 ff. und dess., Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien 1884.

**) In der zuletzt zitierten Broschüre verteidigt sich Menger nur gegen den in dem Wort „Manchestertum“ liegenden Vorwurf politischen Charakters, welchen Sinn er ihm aber im Munde Schmollers glaubte beilegen zu müssen, vgl. S. 82.

***) Vgl. R. Zuckerkandl, a. a. O., S. 4, und E. Sax, Das Wesen und die Aufgaben der Nationalökonomie. Ein Beitrag zu den Grundproblemen dieser Wiss., Wien 1884, S. 47, 55.

wo er wiederholt (S. 140, 165) von „normalen“ Erscheinungen spricht, ohne auf ihr Wesen näher einzugehen. Wenn auch einerseits sein Urteil treffend dahin lautet, daß diese Analogie „als Methode der Forschung“ ein „unwissenschaftlicher Irrweg“, als „Mittel der Darstellung für gewisse Zwecke und für gewisse Stadien der Erkenntnis der Sozialphänomene indes immerhin sich als nützlich“ erweise (S. 151), so ist anderseits nicht zu übersehen, daß Menger lediglich „Grenzen der Berechtigung“ dieser Analogie zieht und die Berechtigung an sich nicht in Abrede stellen will. So spricht er selber von der „natürlichen“ Entstehung, der organischen Beschaffenheit und Funktion der sozialen Erscheinungen (S. 141). Auch meint Menger, es „treten uns“ im Gesellschaftsleben „in zahlreichen Fällen Phänomene vor Augen, deren Teile der Erhaltung der normalen Funktion und der Entwicklung des Ganzen dienen, ja diese letztere bedingen, und deren normales Wesen und normale Funktion wieder von jener des Ganzen bedingt und beeinflußt wird, so zwar, daß weder das Ganze in seiner normalen Erscheinung und Funktion ohne irgendeinen wesentlichen Teil, noch auch umgekehrt ein solcher in seinem normalen Wesen und seiner normalen Funktion getrennt vom Ganzen gedacht zu werden vermag“ (S. 140, vgl. auch S. 165). Bezeichnenderweise bleibt aber Menger dabei stehen, obwohl er selber betonte, daß die Methode der Nationalökonomie „keine der Physiologie oder Anatomie entlehnte, sondern stets nur eine sozialwissenschaftliche . . . sein“ solle (S. 149).

In einem methodischen Widerspruch zu Menger scheint Friedrich von Wieser zu stehen. In seiner Schrift „Der natürliche Wert“ (Wien 1889) spricht er nämlich von seinem Bestreben, „die Wirklichkeit aus der Wirklichkeit (zu) erklären“ (S. VI) und „im besten Sinne des Wortes empirisch“ zu sein; er gibt aber bald darauf zu, daß er sich einer Fiktion bedient, indem er, um „der Vorstellungskraft zu Hilfe zu kommen“, uns in den kommunistischen Staat führt. Zur Konstruktion desselben habe er „aus der Be- trachtung ausgelassen: die tatsächlichen Unvollkommenheiten

der Wertschätzung, ferner den Individualismus unserer Volkswirtschaft, endlich auch noch die Ungleichheit der Vermögen“ (S. 220). Obwohl uns auch genauer angegeben wird, worin diese Umstände den Wert „vom natürlichen Maßse ablenken“ müssen, so werden doch dadurch die a priori entstehenden Zweifel, ob Wiesers „Empirie“ wirklich eine solche „im besten Sinne des Wortes“ sei, nicht zerstreut. Der Inhalt des Werkes scheint dieselben zu bestätigen und Wiesers engere Verwandtschaft mit Menger zu verraten, als man auf Grund der wiedergegebenen Sätze glauben möchte.

Wieser erklärt den Nutzen, als dessen „Rechenform“ der Wert von ihm definiert wird (S. 33), für das „oberste Prinzip aller Wirtschaft“ (S. 32), wogegen in der heutigen Volkswirtschaft der Verkehrswert diese Rolle spielt (S. 54). Die Folge davon sei, dass in derselben, statt der nützlichsten die am besten bezahlten Dinge erzeugt werden und die Konsumtion höchst unwirtschaftliche Form annehme (S. 57). Als Hauptmerkmal und Norm des „natürlichen“ Wertes erscheint mithin bei Wieser, ähnlich wie bei Menger, die Forderung des höchsten Nutzens oder der Wirtschaftlichkeit (S. 17, 93, 220). Da nun die „natürliche“ Wertbildung in der Wirklichkeit „gestört“ wird (S. 37), so fasst Wieser in seinem kommunistischen Staat all dasjenige zusammen, „was von unserer heutigen Volkswirtschaft bleibt, wenn wir das Privateigentum, sowie alle Störungen, die aus der menschlichen Unvollkommenheit folgen, hinwegdenken“ und stellt denselben als ein „vollkommenes, vernünftiges Gemeinwesen“ hin (S. 60). Die Frage, ob ein solches Gemeinwesen bestehen könnte, interessiert Wieser ebensowenig, wie Menger die Realität seiner Voraussetzungen; er legt aber großen Wert auf den Nachweis der Bedeutung seiner Abstraktion für die Wirklichkeit und darin weicht er von seinem Vorbild ab (S. 37). „Der natürliche Wert“ — heißt es nämlich bei Wieser — „ist ein Bildungselement des Verkehrswertes“, dem sich heute als zweites Bildungselement die „Kaufkraft“ geselle, während

im kommunistischen Staat der Grenznutzen allein bestimmend sei (S. 60, 61).

Dank der zentralen Leitung der Produktion ohne Tausch und Preis würde in Wiesers kommunistischem Staate „der Ertrag an Land, Kapital und Arbeit nach Maß ihrer produktiven Beiträge“ zugerechnet (S. 93); würden „stets die wesentlichen Grundlagen der Produktion und das harmonische Verhältnis ihrer Elemente gegenüber allen Störungen gesichert“ (S. 95); würden „die besseren Grundstücke mit jenem Betrag“ ins Vermögensinventar eingesetzt sein, „der der Kapitalisierung ihrer Rente entspricht“ (S. 114); würde das die Arbeit ersetzende Kapital „zum mindesten den bisherigen Ertrag der Arbeit zugerechnet erhalten“ (S. 125) und würden „die Differenzen der Zuwachsperzentile verschwinden, soweit sie durch die Zerstreutheit unserer Produktion verursacht sind“ (S. 142). Das so charakterisierte Gemeinwesen ist nun Wiesers „Werkstätte“ *) zur Bildung des „natürlichen“ Wertes, der allein obigen Forderungen der „Wirtschaftlichkeit“ genügen könne; ob diesen letzteren wirklich eine so allgemeine Gültigkeit, wie sie von Wieser vindiziert wird, zuzuerkennen ist, dürfte recht zweifelhaft erscheinen. Wieser aber meint, „daß man die tausenderlei wirtschaftlichen Genüsse nicht genauer und deutlicher messen könnte, als wenn man sie unter den gehörigen Bedingungen mit dem natürlichen Grenzwert der Güter misst“ (S. 227); denn ohne dies Gesetz würde die Wirtschaft des kommunistischen Staates zum Chaos (S. 159). Solange der Verkehrswert dem natürlichen entspreche, sei er „gut“; auch die Arbeit solle nach demselben Gesetz geschätzt werden, wie groß die Leiden der Arbeiter und der Gesellschaft auch sein mögen. So sehr glaubt Wieser an die „Verständigkeit“ seiner Norm. Wenn er aber nach all diesen

*) Ich gebrauche dies Thünensche Wort mit Absicht, da offenbar Wieser von dessen „Isoliertem Staat“ beeinflusst war, ohne sich jedoch mathematischer Hilfsmittel zu bedienen; er zitiert übrigens Thünen auf S. 128.

Ausführungen dieselbe als eine „neutrale Erscheinung, deren Untersuchung nichts für und nichts wider den Sozialismus beweisen kann“ (S. 63), bezeichnet, so gibt er sich einer Selbsttäuschung hin. Denn heißt man die Erscheinungen des Wirtschaftslebens „gut“ oder „störend“, je nachdem sich in ihnen das Gesetz des „natürlichen“ Wertes durchsetzt oder nicht, und befürwortet man, wie Wieser, die Befolgung dieses „obersten Prinzips jeder Wirtschaft“, trotz aller dadurch verursachter Leiden; so ist man eben nicht mehr „neutral“, sondern tritt für mehr oder weniger fragliche Postulate der Zweckmäßigkeit ein.

Auf einer ähnlichen Voraussetzung, wie die Wiesersche Theorie des „natürlichen“ Wertes, beruht auch der Gedankengang der im gleichen Jahre (1889) erschienenen Schrift Johann von Komorznyskis „Der Wert in der isolierten Wirtschaft“ (Wien). „Die Grundlage für die Darlegungen“ der letzteren bildet, nach dem Wortlauten des Vorworts, „die Vergegenwärtigung irgendeiner dem Tauschverkehre entrückten Gemeinwirtschaft, in welcher die Wahrnehmung der erfüllenswerten Bedürfnisse der Wirtschaftsgenossen und die Verwendung der verfügbaren Machtmittel der Bedürfnisbefriedigung der Wirtschaftsleitung zukommt. Es besteht in Rücksicht auf diese isolierte Wirtschaft lediglich die Voraussetzung, dass in derselben ein bestimmtes Maß solcher verschiedenartiger Nutzkräfte für die Zwecke der Bedürfnisbefriedigung zu Gebote steht, deren Verfügbarkeit für einen selbständigen, d. i. vom Tauschverkehre mit anderen Wirtschaften unabhängigen Wirtschaftsbetrieb unerlässlich ist“ (S. VI). Der Unterschied des Verfahrens Komorznyskis vom Wieserschen besteht nur darin, dass er die Übertragung der für das fingierte Wirtschaftsgebilde gewonnenen Schlüsse auf die Wirklichkeit als selbstverständlich hinnimmt, während Wieser die Berechtigung hiervon ausdrücklich, wie wir wissen, motiviert. Die Komorznyskische Konstruktion erhält eine eigenartige Färbung dank den weiteren Voraussetzungen, die er für die „isolierte“ Wirtschaft gelten lässt. Er geht dabei von der Beobachtung

aus, daß alle menschliche Bedürfnisse ihrem Wesen nach andauernd oder wiederkehrend und daß anderseits die zur Verfügung stehenden nutzbaren Kräfte nur im beschränkten Maße stetig seien, was eine Zuhilfenahme von Arbeitskräften notwendig mache, die die Stetigkeit der Reproduktion ermöglichen (S. 22, 23). Die isolierte Wirtschaft werde so angeordnet, daß sowohl die Gattungs- und Artbeschaffenheit der zur Bedürfnisbefriedigung nötigen Güter, als auch die Kontinuität der Bedürfnisbefriedigung sichernde Menge bestimmt werde (S. 30). Diese Anordnung des gesamten Güterbestandes charakterisiert Komorzynski als den „Gleichgewichtszustand der Güterproduktion“ oder „Beharrungszustand im Güterbestande“ (S. 31); er fasst aber dieselbe zugleich als ein „wirtschaftliches Postulat“ auf, indem er von ihr auch die Erfüllung der Erfordernisse des kleinsten Mittels und der Abstufung der Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit erwartet.

Ebensowenig wie Komorzynskis Erörterung dieses idealen Gleichgewichtszustands, hat auch seine Untersuchung der „Störungen“ desselben irgendeine direkte Beziehung zum tatsächlichen Wirtschaftsleben. Kraft Voraussetzung ist ja die „isolierte Wirtschaft“ in sich geordnet; Störungen können also lediglich von außerhalb des Wirtschaftslebens kommen. Und in der Tat zählt der Verfasser lauter „äußere Ereignungen“ auf, indem er die Störungen auf Elementarereignisse, auf Zufall oder Ungeschicklichkeit zurückführt (S. 32). Er unterscheidet dabei: 1. zeitweilige Störungen, die die Absicht des Wirtes zur ursprünglichen Anordnung der Wirtschaft nicht vereiteln (S. 36) und 2. andauernde Störungen, die eine „Abänderung des Wirtschaftsplanes oder eine Umgestaltung der Wirtschaft nach sich ziehen“ (S. 43 ff.). In beiden Arten von Störungen liegen nach Komorzynski Einbußen an nutzbaren Kräften und demnach auch Beschränkungen der Bedürfnisbefriedigung vor; aber während bei vorübergehenden Störungen vielfach — im Widerspruch mit dem Gesetz der Bedürfnisfolge — dringlichere Bedürfnisse nicht befriedigt werden

(S. 41), „zielt im andern Falle die Absicht auf die Begründung einer neuen Wirtschaftsanordnung“ ab (S. 49).

Wie bei den anderen Vertretern der „exakten“ Richtung fehlt auch bei Komorzynski der Nachweis, dass die von ihm isoliert gedachten Potenzen des Wirtschaftslebens ein von den übrigen (weggedachten) unabhängiges und existenzfähiges Ganzes bilden; solange aber dieser Nachweis nicht erbracht ist, behält die Kritik mit ihrer Behauptung recht, dass „die Eigenschaften dieses Restes doch unmittelbar von den als beseitigt gedachten Elementen abhängen, die von jenem erfahrungsmässig gar nicht getrennt werden können“ *).

In demselben Jahre, wie die Schriften Wiesers und Komorzynskis, erschien auch die Schrift Otto Effertz' „Arbeit und Boden. Kritik der politischen Ökonomie“ (Berlin 1889)**), die für diese Zeit des wiedererwachten Glaubens an die Macht der Deduktion ungemein charakteristisch ist. Rasche Verallgemeinerung von — zum Teil in burlesk-burschikoser Form vorgetragenen — Einzelfällen; der Glaube an die Möglichkeit einer allgemeinen, für „alle Gesellschaftsformationen, für die historischen und prähistorischen, für die bürgerlichen, vor- und nachbürgerlichen Gesellschaften“ geltenden Gesellschaftslehre (II, S. 3) sowie Effertz' Auffassung des Sozialismus als eines der Gegenwart gleichwertigen Untersuchungsstoffes; — diese drei Züge erinnern uns sehr lebhaft an die letzterwähnten Vertreter der „exakten“ Schule. Gleich diesen hält Effertz eine „Auseinandersetzung mit der historischen Schule“ (I, S. 344 ff.) für notwendig, da er weder „dialektisch, noch induktiv, noch historisch denken“ könne (I, S. VII). „Kann ich“ — so ruft er weiter

*) W. Lexis' Besprechung des Komorzyńskischen Buches in Schmollers „Jahrbuch f. Gesetzg., Verwaltung und Volksw. im D. R.“, Bd. XV, Leipzig 1891, S. 331.

**) Ich zitiere nach der zweiten Auflage in drei Bänden (Berlin 1897); die mir ebenfalls vorliegende I. Aufl. unterscheidet sich nur durch bedeutend geringeren Umfang — die Grundanschauungen des Verfassers sind dieselben.

aus — „auch nicht deduktiv denken, so kann ich überhaupt nicht denken.“ Anderseits ist aber Effertz „in die Mysterien der analytischen Mathematik eingeweiht“ und macht von diesen Kenntnissen Gebrauch. Aber, abgesehen von diesen formellen Übereinstimmungen, ist dem Effertzschen System der „Ponophysiokratie“ eine gewisse Originalität nicht abzusprechen. Insofern hat er recht, zu behaupten: „l'école c'est moi“ (I, S. X); nur scheint seine Erwartung, Schüler zu finden, sich als trügerisch erwiesen zu haben.

Das Originelle und Wertvolle an der Effertzschen Leistung ist nicht so sehr das System der „Ponophysiokratie“ *), wie die Fragestellung, richtiger die Absicht des Verfassers: streng objektiv zu sein **). Wenn dieser Gedanke ebenfalls nicht neu ist — und dies hat ja Effertz selber durch Zitate aus Aristoteles nachgewiesen — so ist doch die in der „Vorbemerkung“ (I, S. 1 – 32) ***) kundgegebene kühne Absicht, das Ganze der allgemeinen Gesellschaftslehre (Bd. I) sowie die Analysen der bürgerlichen (Bd. II) und sozialistischen (Bd. III) Gesellschaft ausschließlich von diesem Standpunkt aus zu behandeln, — diese Absicht ist recht beachtenswert. Er geht da von der Unterscheidung der „Begriffe“ von „Ideen“ im Aristotelischen Sinne, d. h. von der Unterscheidung des rein „theoretischen“ Denkens vom „praktischen“ Denken, der Beobachtung von den Werturteilen, aus und betont mit Recht, daß die zweite Art des Denkens sich früher sogar in den Naturwissenschaften Geltung zu verschaffen wußte. So teilte man doch die Flora in Nutz-, Zier- und Giftpflanzen, die Tiere in „gute“ und „schlechte“, die Geschwülste in „benigne“ und „maligne“ ein und es will unserm Verfasser scheinen, „als ständen die Ökonomen in ihrer Wissenschaft noch auf dem Stand-

*) Vgl. die Kritik von W. Lexis in Schmollers „Jahrbuch“ 1891, Bd. XV, S. 1303–1310.

**) Dies ist von Georg Adler in seinem Art. „Sozialismus und Kommunismus“ im „H. d. St.“, Bd. VI, S. 825, hervorgehoben worden.

***) In der ersten Auflage im „Vorwort“, S. III—XXIII.

punkt, auf dem die Bauern in der Botanik und die Wurzefrauen in der Medizin stehen“ (I, S. 29, 30). „Die absolute Unbeweisbarkeit des Guten“ habe ihn veranlaßt, die Ökonomik des Menschen als einen Teil der Biologie, „koordiniert der Ökonomik der Ameisen und Bienen“, mit der „Wurstigkeit“ des Biologen zu behandeln (I, S. 27).

Wie richtig diese Forderungen von Effertz auch formuliert werden, gelingt es ihm jedoch bei weitem nicht, ihnen gerecht zu werden. Schon im ersten Teil seines Werkes, wo er glaubt, Gesetze der „abstrakten Gesellschaft“ von „allgemeiner logischer Gültigkeit“ aufgestellt zu haben, muß ihn offenbar die Beschaffenheit des zu behandelnden Gegenstandes an der Erfüllung seiner Absicht hindern. Denn dies ganze Unterfangen beruht auf der Illusion, als gäbe es „der historischen Wahrheit entrückte“ Gesetze, wie er die seinigen aufgefaßt wissen möchte (S. 38). Vollends subjektiv muß aber der Beurteilung der sozialistischen Gesellschaft gewidmete dritte Teil gefärbt sein, da er doch hier nicht mit dem Bestehenden, wie bei der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern mit dem Seinsollenden *) zu tun hat. Zwar will er auch diese „sine ira et studio“, „gleichsam außerhalb der Gesellschaft stehend“, betrachten (III, S. 8), hält aber sein Versprechen gleich auf den ersten Seiten nicht und treibt, freilich ohne sich dessen bewußt zu sein, die reinste „Ideologie“. Statt irgendein ausgeführtes sozialistisches Experiment seiner Forschung zugrunde zu legen, untersucht er eine Reihe von Möglichkeiten auf ihre Zweckmäßigkeit und bleibt bei einem Verteilungsmodus stehen, der, seiner Ansicht nach, „nicht schon in Gedanken absurd“ **), wie alle andern, sei (III, S. 22). Danach müßte im sozialistischen Staate nicht eine Arbeitswährung, wie von so vielen Utopisten vorgeschlagen, „sondern eine Doppelwährung, eine Arbeits- und eine Bodenwährung“ bestehen.

*) Effertz untersucht nicht die sozialistischen Experimente, sondern sucht für das „ponokratische Luftschloß“ ein „reales Fundament“ zu schaffen (S. 23).

**) Von mir gesperrt.

„Ein sozialistisches Frühstück“ — meint Effertz — „wird also z. B. nicht kosten a Arbeitsminuten, sondern a Arbeitsminuten + b Bodenquadratfußmonate“ (III, S. 21).

Was bedeutet dies aber, so fragen wir, wenn Effertz eine unter vielen möglichen sozialistischen Gesellschaftsordnungen „nicht absurd“ nennt? Was bedeutet überhaupt das Wörtchen „absurd“, wenn es auf künftige, anzustrebende Ereignisse bezogen wird? Erkenntnistheoretisch unterscheidet sich dieser Fall augenscheinlich gar nicht davon, was in uns vorgeht, wenn wir aus einer Reihe von streitenden Motiven eins als das vernünftigste wählen und danach handeln, wenn wir zweckmäßig handeln, oder mit andern Worten — Werturteile bilden. Dafs Effertz vorsichtigerweise Worte, wie „gut“, „gerecht“, „zweckmäßig“ usw. nicht gebraucht, ändert offenbar an der Sache gar nichts. Das Suchen einer das Ideal der Gleichheit, oder, um mit Effertz zu sprechen, die „Indikationen der Volksbeglückter“ erfüllenden Gesellschaftsordnung ist eben eine von der Untersuchung des Naturforschers grundverschiedene Gedankenarbeit.

Objektiver verfährt Effertz bei der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft (Bd. II); er kommt aber da in der uns angehenden Frage über Definitionen und deren analytische und geometrische Illustration nicht hinaus *).

Die Lehre vom ökonomischen Gleichgewicht, der wir bisher so oft begegneten, wird am eingehendsten und sicherlich am tiefsten von dem scharfsinnigsten und besonnensten Vertreter der mathematischen Richtung, Alfred Marshall, behandelt. In seinen „Principles of Economics“ (III ed., London 1895) sucht er zwischen dem klassischen Lehrgebäude und den modernen Grenznutzentheoretikern zu vermitteln; dies geschieht jedoch in einer so originellen Weise, dafs seine „Principles“ eine durchaus eigene Physiognomie erhalten **). Was dies Werk aber vor allem

*) Vgl. z. B. das Diagramm auf S. 233 des II. Bandes und dessen Interpretation.

**) Vgl. die Besprechung des Marshallschen Werkes von E.

so vorteilhaft auszeichnet, ist das Bestreben, die mathematische Präzision der theoretischen Betrachtung mit der empirischen Kenntnis des Wirtschaftslebens zu vereinigen. Die von Marshall, trotz all dieser Vorzüge oder vielleicht eben dank denselben, erzielten negativen Ergebnisse sind umso wichtiger für die Beurteilung des erkenntnistheoretischen Wertes der Abstraktionen, mit denen sich die meisten seiner Vorgänger abgegeben haben.

Genau wie diese letzteren, untersucht auch Marshall die Wirkung bestimmter Ursachen unter der Voraussetzung deren Isolierung, d. h. daß alle anderen Dinge hinweggedacht oder konstant angesetzt werden und daß keine Störungen eintreten (S. 107). Er beschränkt sich aber nicht, wie jene, bloß auf das „Generelle“, sondern sieht sich genötigt, der Vielgestaltigkeit des wirklichen Wirtschaftslebens bereits in den Definitionen Rechnung zu tragen. Diese Notwendigkeit ergibt sich für ihn aus seiner weiten Definition des Begriffs „normal“, auf die sich bei ihm die ganze Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichts aufbaut. „Normal“ faßt Marshall als das Adjektiv von Norm = Gesetz auf; er meint, daß dieser Wortgebrauch darauf zurückzuführen sei, daß das Adjektiv „legal“ lediglich im juristischen Sinne gebraucht werde; m. a. W. die englischen Bezeichnungen „legal“ und „normal“ entsprechen nach Marshall den deutschen: „gesetzlich“ bzw. „gesetzmäßig“. Es kann sich offenbar dabei nur um wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit handeln oder, nach Marshalls Definition, um „diejenigen sozialen Gesetze, die sich auf Verhaltungsarten beziehen, in denen die Stärke der prävalenten Motive durch einen in Geld ausgedrückten Preis gemessen werden kann“ (S. 106). Es fallen mithin unter den Marshall-schen Begriff des „Normalen“ de facto alle wirklich wirtschaftlichen Handlungen; auch brauchen daher „normale“

v. Böhm-Bawerk in der „Zeitschrift für Volksw., Sozialpolitik und Verwaltung“, Wien 1898, Bd. VII, S. 400 ff., unter dem Titel: „Zur theoretischen Nationalökonomie der letzten Jahre“.

Erscheinungen in diesem Sinne „nicht immer sittlich richtig zu sein“ (S. 107)*).

Nach Analogie der physischen Welt, in der der Gleichgewichtszustand die Norm bilde, schließt Marshall, daß der Kern aller ökonomischer Probleme in der Frage nach dem Gleichgewicht der Kräfte der Nachfrage und des Angebots bestehe (S. 401). Sehr lehrreich sind die von ihm angeführten Beispiele der Ausgleichung dieser beiden Motivreihen. „Der einfachste Fall des Gleichgewichts ... von Begehr und Anstrengung liegt“ nach Marshall „vor, wenn eine Person eines ihrer Bedürfnisse durch direkte Tätigkeit befriedigt, wie z. B. wenn sie Brombeeren pflückt ... Halten schließlich ihre Spiellust und Abneigung zur Arbeit des Pflückens der Eifslust die Wage, so ist das Gleichgewicht erreicht“ (S. 408). Das andere Beispiel bezieht sich auf den modernen Marktverkehr, und zwar auf den Getreidehandel. Nimmt man an, es würden geneigt sein

zum Preise von	die Verkäufer zu verkaufen:	die Käufer zu kaufen:
37 sh	1000 Quarter	600 Quarter
36 "	700 " 700 "	
35 "	500 " 900 "	

so gleichen sich beim Preise von 36 sh das Angebot und die Nachfrage, und „der Preis von 36 sh hat demnach den Anspruch, als wahrer Gleichgewichtspreis bezeichnet zu werden“ (S. 410, 424). Hieraus folgt die Definition des „Normalpreises“ als eines durch das „stabile Gleichgewicht von Normalnachfrage und Normalangebot“ bedingten Preises (S. 417).

Worauf es Marshall nun ankomme, sei die nähere Untersuchung der letzteren zwei Begriffe. Die allgemeine hier zu befolgende Regel laute dahin, daß, je kürzer die fragliche Periode, desto mehr Beachtung der Einfluß der Nachfrage auf den Wert verdiene und je länger diese

*) Marshall's Definition adoptiert J. Shield Nicholson, Elements of Political Economy, London 1903, wo sie, S. 231 und 232, wörtlich zitiert wird.

Periode, von desto gröfserem Belang der Einflufs der Produktionskosten auf den Wert sein werde (S. 428). In beiden Fällen lasse sich aber nach Marshall ein Gleichgewichtszustand denken, wobei der Nachfragepreis dem Angebotspreise gleich sei und die produzierte Menge keine Tendenz zur Vergröfserung oder Verringerung habe; in diesem Sinne lasse es sich demnach von „Gleichgewichtspreisen“, „Gleichgewichtsmengen“ und „Stabilität des Gleichgewichts“ sprechen (S. 424). Allerdings, meint Marshall, sind die Schwingungen der Mengen und der Preise nicht ebenso rhythmisch, wie die eines freihängenden Pendels, sondern sie sind eher mit einem im Mühlgerinne an einer Schnur baumelnden Stein zu vergleichen, wobei das Wasser bald frei laufen gelassen, bald aufgehalten werde (S. 425). Denkt man an dieses Bild, so wird man auch ohne weiteres die Marshallsche Einteilung in zwei Klassen: 1. in die des normalen und 2. in die des unternormalen Gleichgewichts verstehen. „In der ersten Klasse“ — so führt Marshall aus — „ist die Zeit lang genug, damit das Angebot der zur Produktion der Ware zu verwendenden Dinge, oder m. a. W. der Produktionsfaktoren, sich der Nachfrage an passe“ (S. 440); denn „sowohl das Materialkapital der Maschinen und anderer Betriebsanlagen, als auch das immaterielle Kapital der Geschäftsgewandtheit und der Organisationsfähigkeit zeichnen sich durch die Langsamkeit ihres Wachstums und Verfalls aus“ (S. 421). Ganz anders in der zweiten Klasse, der unternormalen Gleichgewichtszustände; zwar ist auch hier der „normale Angebotspreis“ „derjenige Preis, dessen Erwartung genügend, aber nur eben genügend ist, um die Produktion der Gesamtmenge ... lohnend zu machen: in beiden Fällen sind es die Grenzkosten der Produktion, d. h. es sind Produktionskosten derjenigen Güter, die sich an der Grenze der gänzlichen Produktionseinstellung derselben befinden ... Aber die diese Grenze bestimmenden Ursachen sind je nach Länge der fraglichen Periode verschieden“ (S. 446). Während nämlich in der ersten Klasse, wie wir sahen, die Möglich-

keit vorliegt, daß die „normale Wirkung der wirtschaftlichen Kräfte sich vollständiger durchsetzt“ (S. 549), ist dies in kurzen Perioden ausgeschlossen: die allgemeinen Produktionsbedingungen bleiben mehr oder weniger unverändert, und eine aktive Rolle kommt, nach Marshall, nur der Nachfrage zu. Infolgedessen bestehe das fast universale Gesetz, daß die unternormalen Angebotspreise durch erhöhte Nachfrage gesteigert werden (S. 441).

So weit die Marshall'sche Gleichgewichtstheorie oder — was hier auf dasselbe hinausläuft — seine Theorie des „Normalen“. Wir haben diese durch Gedankenreichtum fesselnden, aber auch etwas unübersichtlichen Ausführungen des Verfassers möglichst treu in aller Kürze wiedergegeben und haben die sich von selbst aufdrängenden Bedenken unterdrückt, um den Gedankengang nicht zu unterbrechen. Übrigens beruhigt sich auch Marshall selber mit diesen seinen Feststellungen nicht, sondern streut zahlreiche, der Kritik vorarbeitende, einschränkende Bemerkungen aus. So gibt er zu, daß die Grenze zwischen den „langen“ und „kurzen“ Perioden fließend und nicht in der Natur selbst vorgezeichnet sei (S. 449). Ebensowenig will er bestreiten, daß die Theorie des stabilen Gleichgewichts der (normalen) Nachfrage und Angebots „eine gewisse Starrheit der Nachfrage — und Angebotsbedingungen“ voraussetze, „welche in der Wirklichkeit nicht vorhanden ist“ (S. 513). Endlich weist Marshall verdienstlich auch darauf hin, daß in einer so wechselvollen Welt, wie die unsrige, die Bezeichnungen: „Gesamt-“ oder „mittlere“ Produktionskosten im allgemeinen keine bestimmte Bedeutung haben und daß sie berechtigterweise gebraucht werden dürfen, „wenn wir eine Welt annehmen, in der alles in einem stationären Zustand sich befindet und seit je gewesen ist“ (S. 501). Aber aus all diesen Bemerkungen zieht Marshall nur den Schluss, „daß wirtschaftliche Probleme unvollkommen dargestellt werden, wenn sie als Probleme des statischen Gleichgewichts und nicht als solche des organischen Wachstums behandelt werden ... Die erstere Behandlung — meint er daher ab-

schließend — „ist eine notwendige Einleitung zu einer mehr philosophischen Behandlung der Gesellschaft als Organismus; sie ist aber doch nichts als eine Einleitung“ (S. 516).

Wir sehen, Marshall hebt allerlei schwache Punkte seiner Gleichgewichtstheorie hervor, denkt aber dabei an die Hauptsache — an die Definition des „Normalen“, nicht; und doch liegt die Frage sehr nahe, ob dieselbe zweckmäßig sei, zumal sie doch nichts anderes aussagt, als daß die betreffenden wirtschaftlichen Tatsachen wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen seien. Da nun aber alle wirtschaftlichen Erscheinungen dieser Bedingung genügen, so scheint diese Definition des „Normalen“ im Wirtschaftsleben zum mindesten unfruchtbar zu sein, und es ist unschwer, den Nachweis zu führen, daß der Sinn der Marshallschen Ausführungen gar nicht wesentlich geändert werden und gar nichts an Klarheit einbüßen würde, wenn dieser Begriff wegbliebe. Genau so verhält es sich mit dem Begriff des „Gleichgewichts“, für den ja Marshall selbst in der realen Welt nur geringen oder keinen Anhalt findet. Da aber, abgesehen von dem unwahrscheinlichen Fall völlig stationärer Zustände, das „Gleichgewicht“ nur annäherungsweise angenommen werden kann, so ist es klar, daß auch Marshalls weitere Unterscheidung von „normalen“ und „unternormalen“ Gleichgewichtszuständen völlig in der Luft schwebt. Angesichts der von ihm selbst zugegebenen Unbestimmbarkeit der „Länge“ oder „Kürze“ des betreffenden Zeitabschnittes, fragt es sich, was durch eine derartige Auseinanderhaltung gewonnen wird, zumal jeder beliebige Zustand unter eine von diesen zwei Gleichgewichtsarten subsumiert werden kann; m. a. W. damit wird der Willkür Tür und Tor geöffnet. Sieht man aber auch von diesen Bezeichnungen Marshalls ab, so kann der ihnen zugrunde liegenden feinen Beobachtung keineswegs die Bedeutung abgesprochen werden; zweifellos richtig ist nämlich nur die Feststellung, daß die Nachfrage weniger Zeit als das Angebot zu ihren Schwankungen beanspruche. Wie wenig

dagegen unsere Kenntnis der wirtschaftlichen Störungen durch derartige Definitionen bereichert wird, erhellt aus dem Umstände, daß neben der eingehenden Untersuchung des wirtschaftlichen Gleichgewichts die Frage der Störungen von Marshall nur gestreift wird. Wie flüchtig die einschlägigen Bemerkungen über die störenden Wirkungen der Erfindungen, der Mode und des Kredits auch sind, ist es doch bezeichnend genug, daß Marshall in ihnen sich genötigt sieht, bloß die zwar „gut gemeinten“, aber stark übertriebenen Klagen über die Wirkungen der wirtschaftlichen Störungen zurückzuweisen und das Vorhandensein von den Störungen entgegenwirkenden Faktoren im Wirtschaftsleben hervorzuheben.

Allerdings will Marshall ebensowenig, wie schon früher Fisher und später Pareto, seine Gleichgewichtslehre für etwas Abgeschlossenes ausgeben; im Gegenteil, alle drei halten ihre „statische“ Betrachtungsweise für unzulänglich und stellen die Forderung einer „organischen“ bzw. „dynamischen“ Behandlung des Problems. Eine weitere terminologische Verbesserung führt der amerikanische Soziologe Franklin Henry Giddings ein, indem er in seinen „Principles of Sociology, an Analysis of the phenomena of association and of social Organisation“ (New-York 1896) darauf hinweist, „daß uns die Gleichgewichtsgesetze lediglich als Bewegungsgesetze bekannt sind . . . „Statik“ — bemerkt ganz richtig Giddings — „ist eine Abteilung der Dynamik und ist nicht derselben koordiniert . . . Die andere Abteilung der Dynamik ist die Kinetik“ (S. 58).

Dieser Anregung ist es vielleicht zuzuschreiben, daß eine „kinetische“ Theorie in der Tat nicht ausgeblieben ist. Obwohl von einem Marshallschen Gedanken ausgehend, überschreibt nämlich W. G. Langworthy Taylor seine Abhandlung in der von seinem Landsmann empfohlenen Weise: „The kinetic Theory of Economic Crises“ *). Taylor

*) Veröffentlicht in den „University Studies“, Lincoln Nebraska, January 1904, vol. IV. Nr. 1.

will eine „provisorische“ kinetische Konstruktion einer „Theorie des Fortschritts“ liefern, als dessen „Episoden“ er die Krisen auffasst (S. 19). Die früheren „statischen“ Gleichgewichtstheorien befriedigen Taylor nicht, da sie uns keine Erklärung „der Aufeinanderfolge der Erscheinungen per se“ geben (S. 45); sie sind in seinen Augen nicht so sehr falsch als unvollständig (S. 56), denn ein kinetischer Eindruck könnte immerhin durch Aneinanderreihen der statischen Bilder in kurzen Intervallen hervorgerufen werden, was aber in den früheren Theorien nicht der Fall sei (S. 45). Das Wesen der Krisis definiert Taylor dahin, daß dieselbe „die Tür zwischen zwei ökonomischen Umgebungen“ bilde; „die Krisis ist“ — nach Taylor — „derjenige Augenblick, in dem die Anhäufung kleiner Veränderungen zuerst in vollem Umfang sich herausstellt; sie ist der höchste Moment der kinetischen Analyse“ (S. 63). Der Zusammenhang der Wirtschaftskrisen mit dem Fortschritt der Volkswirtschaft findet nach Taylor genaue Analoga in der Natur, die gleichfalls solche „revolutionäre“ Vorgänge (Stürme, die den Wechsel der Jahreszeiten kennzeichnen, Erdbeben, Vulkane usw.) aufweise. Es mag sein, meint der Verfasser, daß auch diese scheinbar störenden Erscheinungen sich als gesetzmäßig erweisen werden; „nichtsdestoweniger steht es fest, daß das Antlitz der Gesellschaft, wie das der Natur, nach einer von diesen Unterbrechungen einen völlig veränderten Anblick darbietet“ (S. 18). Diese Veränderungen der wirtschaftlichen Umgebung bestehen darin, daß teils die physischen (materiellen) Bedingungen, teils die „psychischen Konjunkturen“ Bereicherungen erfahren. Als Beispiele werden Erweiterungen des Weizenanbaus durch sukzessive Hineinziehung des amerikanischen Westens, Indiens, Russlands, Dakotas, Argentiniens usw. und anderseits Erfindungen in der Art des Bessemerprozesses namhaft gemacht. Diese Erweiterungen der physischen Umgebung und des intellektuellen Gesichtskreises, die sich durch Krisen fühlbar machen, seien offenbar im Namen des Fortschritts gutzuheissen; daher auch die Ansicht, daß Krisen

etwas Abnormes seien, als eine Verirrung der „statischen Philosophie“ der Volkswirtschaft zurückgewiesen werden müsse (S. 56). Taylor erklärt die Krisenerscheinungen für völlig normale psychische Phänomene (S. 53, 75); er führt sie nämlich auf die von Böhm-Bawerk hervorgehobene Tatsache der Unterschätzung künftiger Güter zurück (S. 57) und meint, daß in ihnen nicht eine Überproduktion von Gütern, sondern eine „Überproduktion von Versprechungen“ zutage trete (S. 77).

Es würde uns zu weit führen, wollten wir die Fülle zum Teil etwas bizarner Behauptungen des Verfassers einer eingehenden Kritik unterziehen. Sein Schematismus in der Erklärung des Fortschritts und der Krisen durch Erweiterungen der „Umgebung“ sowie seine Forderung, daß beide Analogien: die physikalische und die biologische, als eine conditio sine qua non der „kinetischen Logik“, angewandt werden, bedürfen nicht einer ausführlichen Prüfung, um Anstoß zu erregen *). Hier möge nur auf den prinzipiellen Widerspruch, der der Taylorschen Theorie anhaftet, hingewiesen werden, da er die ganze Reihe unserer bisherigen Beobachtungen in betreff der „abstrakten“ Theoretiker gewissermaßen bestätigt. Taylor verkennt nämlich einerseits die Möglichkeit eines Rückschritts in der volkswirtschaftlichen Entwicklung nicht (S. 76); anderseits aber fast er jede „Erweiterung der Umgebung“ als einen Fortschritt schlechthin auf (S. 59, 60). Nun mag es doch zum mindesten zweifelhaft erscheinen, ob man immer nach dem Vorgang Taylors kriegerische Eroberungen (Transvaal, Kuba, China usw.) mit der Erschließung Dakotas, Oklahomas, Argentiniens usf. in einem Atem als gleichartige Etappen des menschlichen Fortschritts ansprechen wird. Eine gewisse Dosis Optimismus gehört sicherlich dazu.

Endlich wollen wir feststellen, daß Taylors angeblich

*) Vgl. die Besprechung der Taylorschen Arbeit in der „Yale Review“, Febr. 1905, vol. XIII, Nr. 4, S. 446, wo an ihr auch der „elaborate use of analogies“ ausgesetzt wird.

„neue“ Methode in der Tat nicht nur als solche, sondern auch in ihrem Zusammenhang mit seiner Grundstimmung nicht viel Neues bietet. Denn sowohl ihr Wesen — die Isolierung des „Wohlstands von politischen, konstitutionellen und traditionellen“ Kategorien und Zurückführung desselben auf einfache wirtschaftliche Elemente der wirtschaftlichen Natur des Menschen (S. 15) — als auch ihre „Günstigkeit für die Doktrin des Individualismus“ (S. 9) sind für uns nichts weniger als neu. Im Gegenteil, beides bestätigt nur die allgemeine Regel, die sich aus dem Studium der in diesem Abschnitt besprochenen „abstrakten“ Theorien für uns ergibt.

Wir sahen, wie zahlreich die Berührungs punkte der modernen Vertreter der abstrakt-isolierenden Methode mit den „klassischen“ Vertretern derselben waren; wir sahen, dass sie nicht nur methodischer, sondern auch materieller Natur waren, dass nämlich in beiden Fällen die „Störungen im Wirtschaftsleben“ entweder gänzlich aus der Betrachtung eliminiert, oder bestenfalls stark unterschätzt wurden. Die Erklärung für diesen merkwürdigen Zusammenhang glaube ich darin zu finden, dass die Abstraktion ein Denkprozess ist, der nicht allein vom „Takt“ des Verfassers — wie man zu sagen pflegt — sondern in hohem Maße auch von seinem „Wunsch“ abhängt, der doch sprichwörtlich der „Vater des Gedankens“ ist. Man „abstrahiert“ eben gern von den Erscheinungen des wirklichen Lebens, die man nach der persönlichen Auffassung für „unwesentlich“ hält. Jedenfalls dürfte es kein Zufall gewesen sein, dass die dem Individualismus entgegengesetzten Denkrichtungen von diesen „Störungen“ weder formell (d. h. methodisch), noch materiell (d. h. in ihren Werturteilen) „abstrahiert“ haben. So vor allem die Sozialisten!

5. Sozialismus.

Wir haben oben die Ereignisse geschildert, die die Denker um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts vor das Dilemma: „zu viel Menschen und zu viel Waren“ gestellt hatten. Zwei Lösungen desselben sind uns schon bekannt; die eine erklärt beides für unmöglich, unwesentlich oder gar nützlich, die andere dagegen findet sich mit diesen Übelständen in der Weise ab, daß sie sie als notwendige Folgen der menschlichen Unvernunft und Laster ansieht. Beide halten aber an der Wirtschaftsordnung fest, wie sie in der großen Revolution vom tiers état errungen worden ist. Anders denken darüber die Vertreter des vierten Standes, die das Werk der Revolution durchaus nicht gutheissen wollen, da sie es als unvollendet bezeichnen; nur zu natürlich ist es daher, daß in ihren Augen die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen schuld an den genannten Störungen haben. Es wird also seitens dieser Schriftsteller weder an der Befreiung der Menschheit von diesen Widersprüchen gezweifelt, noch an die selbst-regulierende Wirkung des jetzigen wirtschaftlichen Mechanismus geglaubt, sondern es wird die Erlösung in die Zukunft, in den „Zukunftsstaat“ verlegt. Wir werden sehen, wie fast alle französische Sozialisten ihre Systeme für die „Fortsetzung“ der Revolution ausgeben; aber sogar im konservativen England rütteln die ersten Sozialisten an der bestehenden Ordnung der Dinge, und zwar in einer viel radikaleren Weise und sogar früher als in Frankreich; England war es doch beschieden, die verheerenden Wirkungen des Kapitalismus am frühesten und am intensivsten zu verspüren.

Gleich der erste englische Sozialist, William Godwin, erklärt in seiner „Enquiry concerning political Justice and its influence on general virtue and happiness“ (London 1793), er beabsichtige die Lehren und Erfahrungen der amerikanischen und französischen Revolutionen einer Neugestaltung der Politik und Ethik zu Grunde zu legen

(S. VI ff.). Sein moralphilosophisches System baut Godwin auf dem Begriff der Gleichheit aller Menschen auf, worunter er die „Eigenschaft“ versteht, „dafs in allen möglichen Fällen dieselbe Regel der Gerechtigkeit angewandt wird“ (S. 106). Die Frage, was als politische Gerechtigkeit gelten solle, beantwortet er dahin, dafs sie mit der individuellen identisch sei, da „die Gesellschaft nichts als ein Aggregat von Individuen“ sei (S. 90). Die Gesellschaft könne nämlich von dem einzelnen nicht mehr verlangen, als was ohnedies kraft der Individualethik seine Pflicht ausmache. Schon daraus, dafs sich diese beiden Gebiete der Ethik in Wirklichkeit nicht decken, entspringen Widersprüche, die zum ablehnenden Urteil Godwins Anlafs geben.

Zu demselben Ergebnis führt ihn aber noch ein anderer Gedankengang. Er geht nämlich von der Ansicht aus, dafs der Mensch keine angeborenen Anlagen und Grundsätze, also auch keine Neigung zum Schlechten habe. „Unsere Tugenden und Laster“ -- so führt er im Gegensatz zu Malthus aus — „können auf die Ereignisse zurückgeführt werden, welche die Geschichte unserer Leben ausmachen, und würden diese Ereignisse von jeglicher unsauberer Tendenz befreit werden, so würde das Laster aus der Welt geschafft werden“ (S. 18). Mit anderen Worten, der Mensch ist nach Godwin unbeschränkt vervollkommenungsfähig. „Aber die Regierung greift in das gesellschaftliche Triebwerk ein und bringt es zum Stehen. Sie gibt unseren Irrtümern Stoff und Halt. Sie kehrt die wahren Neigungen des Verstandes um, und, statt uns vor uns^{*)} die Vollkommenheit suchen zu lassen, lehrt sie uns dieselbe hinter uns zu erblicken“ (S. 31, 32). Aus diesen Prämissen kann offenbar nur ein sämtliche Einrichtungen der bestehenden Gesellschaft verurteilendes System gefolgert werden, was bei Godwin auch in einem so reichlichen Maße geschieht, dafs es kaum übertroffen werden kann.

^{*)} Von mir gesperrt.

Ein großer Teil des ganzen Werkes ist dem Nachweis gewidmet, daß der Staat, die Kirche, die Regierung, die Gesetzgebung, die Rechte, Pflichten und Versprechen auf Ignoranz, Irrtum, Unaufrichtigkeit, Betrug oder Gewalt beruhen. Alle Übel, unter denen die Gesellschaften leiden, seien nur die Folgen davon; denn „jedes Laster ist nichts als ein in Praxis umgesetzter und als Grundsatz unseres Verhaltens angenommener“ Irrtum (S. 31). Im Kapitel XV, welches „politischer Betrug“ überschrieben ist, heißt es schlechthin: „Kings and lords subsist only under favour of error and oppression“ (S. 460). Was Wunder, daß Godwin sich nach der „glücklichen Periode der Auflösung der politischen Gesellschaft“ sehnt, — nach Auflösung „dieser groben Maschine, welche die einzige ewige Ursache der Laster der Menscheit*) gewesen ist und der ... allerlei wesentliche Gebrechen anhafteten, welche allein mit ihrer gänzlichen Vernichtung beseitigt werden können“ (S. 578, 579). Ein solcher Zustand ohne jegliche öffentliche Institutionen heißt aber Anarchie, und Godwin scheut sich nicht, dies Wort gleich am Anfang (S. 10) auszusprechen.

„Was ich wünschte“ — sagt Godwin — „ist: nicht durch Gewalt ihre (d. h. der Menschen) Institutionen, sondern mit Hilfe der Vernunft ihre Vorstellungen zu ändern“ (S. 881). Seine Betrachtung des „Mode of effecting revolutions“ gipfelt in dem Satz, Godwin „schauet mit Abscheu auf alle Gewaltmittel herab“ (S. 203). Das „wahre Prinzip der sozialen Besserung“ erblickt er in der Einwirkung auf die öffentliche Meinung (S. 221); wird nämlich diese verbessert, so „fallen die Ketten“ nach Godwin „von selbst, genau wie wenn gesunde Menschen in einem Irrenhaus eingesperrt wären“ (S. 64, 221). Wie wenig dieser „Anarchismus“ mit der „Propaganda der Tat“ zu tun hat, beweist der Satz: „When the true crisis shall come, not a sword will need to be drawn, not a finger to be lifted up“ (S. 223).

*) Von mir gesperrt.

Dieser Idealzustand würde nun die Menschheit von allen ihren Geisseln, also auch von der Übervölkerung und der Überproduktion, befreien. In diesem Zustande, meint Godwin, müßte der sexuelle Akt, der heute ein Vergnügen oder eine „Vermögensangelegenheit“ *) sei, als Pflicht aufgefaßt werden (S. 852); die immer anwachsende Bevölkerung würde immer noch Platz genug auf der Erde finden (auch nach Myriaden von Jahren), die Menschen würden vielleicht unsterblich werden und die Völker infolgedessen aus Erwachsenen und nicht aus Kindern bestehen (S. 861, 871).

Ähnlich stellt sich Godwin die Lösung der anderen Frage im „wahren System des Eigentums“ vor — diesem den „Bau der politischen Gerechtigkeit vollendenden Schlufsstein“ (S. 788). „Was ist das Kriterium“ — fragt er dort — „um zu entscheiden, ob diese oder jene Substanz . . . als dein oder als mein Eigentum anzusehen ist?“ Darauf könne es nur eine Antwort geben — Gerechtigkeit, d. h. daß die Dinge demjenigen gehören, „der ihrer am meisten bedarf, oder für den deren Besitz von größtem Vorteil“ sein werde (S. 789 ff.). So weit der Vorrat reicht, habe jedermann das Recht nicht nur auf Existenz, sondern sogar auf Wohlstand (S. 791). Dies sei offenbar in der heutigen Wirtschaftsordnung mit ihrer „ruch- und prinzipienlosesten Vermögensverteilung“ (S. 803), wobei die einen im Überfluss schwelgen, die anderen in Notdurft leben (S. 791), die einen ihre „eigentliche Verbindlichkeit“ für Edelmut und Freigebigkeit halten und die anderen diese Leistung der Reichen mit Dankbarkeit als Wohltat empfangen (S. 797, 798), unmöglich; denn diese Wirtschaftsordnung werde, gleich dem „ganzen Bau der menschlichen Gesellschaft“, zum „System der engherzigsten Selbstsucht“ (S. 802). Um daher das „wahre Eigentumssystem“ zu realisieren, sei von der Gegenwart abzusehen.

*) S. 850 heißtt es: „Marriage is law and the worst of all laws“.

Zur Realisierung des wahren Eigentumssystems sei vor allem nötig, daß sich alle Mitglieder der Gesellschaft, und nicht wie jetzt $\frac{1}{20}$ derselben, an der Produktion der Lebensmittel beteiligen. Dann wäre nämlich $\frac{1}{2}$ Stunde täglich genügend, dazu Godwins Zeiten dies Bedürfnis durch eine zehnstündige Arbeit des $\frac{1}{20}$ der ganzen Bevölkerung befriedigt worden sei (S. 823). Die Arbeit würde auf diese Weise eine „angenehme Erholung“. Aber, meint Godwin, es würde in einer solchen Wirtschaftsordnung kein Platz für „Juwelen- und Luxusindustrie“ mehr geben; es gäbe auch „keine beim Räderwerk der komplizierten Regierungsmaschine beschäftigten Personen, keine Steuereinnehmer, keine Gerichtsdiener, keine Akziseeinnehmer, keine Zollbeamten, keine Schreiber und keine Sekretäre mehr“ (S. 821). Die „Sinekuren des Reichtums“ fielen weg und der erniedrigenden Abhängigkeit der niederen Klassen sowie der Unzugänglichkeit für dieselben der geistigen Beschäftigung würde ein Ende gemacht werden. Die Unternehmer im Verhältnis zu ihren Arbeitern sowohl, als auch die Kaufleute den ärmeren Konsumenten gegenüber, würden, nach Godwin, „nicht darauf bedacht sein, wieviel sie ihnen abzwingen könnten, sondern — wieviel sie rationell“, d. h. ohne deren dringenderen Bedürfnissen Abbruch zu tun, fordern dürften (S. 892). Da im „richtigen“ Eigentumssystem „der vornehmste Beruf . . . der des Menschen und vielleicht der des Landwirts sein würde“, so würde nach dessen Realisierung „niemand ein Gewerbe treiben“; auch würde es demnach niemand einfallen, über den Bedarf zu produzieren, wodurch Überproduktionen unmöglich sein würden (S. 858, 859).

Wie schwärmerisch manche Züge des Godwinschen Systems, wie kindlich sein Glaube an die Macht der Ideen und an den endlichen Sieg der „Wahrheit“, kann ihm doch genialer Weitblick nicht abgesprochen werden. Manchen von seinen Gedanken, die zunächst nur wenig Beachtung fanden, war es beschieden, in den jüngsten sozialistischen Systemen eine wichtige Rolle zu spielen. So z. B. seine

Auffassung des sozialen Ideals. Man könnte versucht sein, die Godwinschen Ausführungen für praktische Vorschläge zu halten *); jedoch widersprechen dem zahlreiche Aussagen des Verfassers. S. 380 heißt es nämlich, er habe sich vorgenommen, „lieber Mifsbräuche zu beseitigen, als weitere und genauere Vorschriften zu empfehlen, lieber zu vereinfachen als zu komplizieren“ und von dem letzten Kapitel (VIII) „Vom Eigentum“, worin das uns bekannte „wahre System“ ausgemalt wird, sagt Godwin S. 872: „... the leading doctrine of this chapter is given only as matter of probable conjecture“. Godwin ist eben hierin dem Vorbild seiner Vorgänger, vor allem dem seines Landmanns John Bellers**), nicht gefolgt und hat, statt konkrete Massnahmen in Vorschlag zu bringen, lediglich dasjenige geschildert, was, seiner Ansicht nach, als „unvermeidliches“ Ergebnis der fortschreitenden Vervollkommnung der Menschheit eintreten werde. Die Erörterung dieser Entwicklung habe nur den Zweck, die Fortschritte zu beschleunigen (S. 894). Demgemäß erscheint sein Ideal als eine ferne aber notwendige Fortsetzung der Gegenwart; so glaubt Godwin annehmen zu dürfen, dass „im Fortschreiten Europas vom barbarischen zum Kulturstand eine Tendenz zur Ausgleichung des Eigentums“ (equalization of property) bereits vorhanden sei (S. 889).

Berücksichtigt man, dass diese Sätze bereits die markanten Züge des modernen „wissenschaftlichen“ Sozialismus im Keime enthalten, so müsste man dem Urteil H. S. Foxwells beipflichten, der sich über Godwin in seiner „Geschichte der sozialistischen Ideen in England“ wie folgt äußert: „Durch die wissenschaftliche Vollständigkeit, die harte, furchtlose, wenn auch etwas kindliche Logik und die wunderbar klare Darlegung mag die „Politische

*) Vgl. z. B. Anton Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung, III. Aufl., Stuttgart und Berlin 1904, S. 44.

**) John Bellers, Proposals for raising a colledge of industry, London 1696.

Gerechtigkeit“ dem Verfasser gar wohl einen Anspruch darauf geben, als der Adam Smith der sozialistischen Spekulation betrachtet zu werden“ *). Aber, wie derselbe Kritiker betont, Godwin war „zu hoffnungslos unpraktisch und weltfremd, um jemals eine revolutionäre Bewegung zu leiten oder anzufachen“ (S. XV). Nicht einmal unter seinen nächsten Nachfolgern hat er die ihm gebührende Anerkennung gefunden. Umso weniger Anklang konnten seine Lehren im weiteren Leserkreise finden, der in der Polemik Godwin-Malthus **) für den letzteren Partei ergriffen hat.

Schon in betreff des nächsten bedeutenden englischen Sozialisten, Charles Hall, ist die Frage des Einflusses Godwins verschieden beantwortet worden ***). Dagegen dürfte feststehen, dass die Schrift Thomas Paines „Agrarian Justice opposed to agrarian Law“ (Paris und London 1797) die wichtigste Anregung Halls gewesen ist. Paine hat nämlich die Armut als etwas „dem Naturzustand Unbekanntes“ und „durch das sogenannte zivilisierte Leben“ Geschaffenes bezeichnet; dieser Gedanke wurde von Hall aufgegriffen und seinen „The Effects of Civilisation on the people in European States“ (London 1805) zu Grunde gelegt. Die gewöhnliche Folge der Zivilisation — der Reichtum führe, nach Hall, zur Ungleichheit und Unterdrückung; demgemäß sei auch das bittere Los der Arbeiter nicht ein Ausfluss von Naturgesetzen, wie es Malthus aufgefahst

*) Abgedruckt in der Collmannschen Übersetzung von W. Thompsons „Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums zu besonderer Beförderung menschlichen Glückes. Auf das neuerdings vorgeschlagene System freiwilliger Gleichheit des Besitzes angewandt“, Berlin 1903, S. XIII. Dieser Schrift Foxwells sind auch die im Text weiter folgenden Zitate aus Hall, Gray, Bray und Hodgskin, deren Originalwerke mir nicht zugänglich waren, entnommen.

**) Malthus griff Godwin in seinem „Essay on the principle of population“ (1798) an; Godwin antwortete in der Schrift: „On population. An enquiry concerning the power of increase in the numbers of mankind, being an Answer of Malthus' essay etc.“, London 1820.

***) A. Menger, a. a. O., S. 46, bejaht sie; H. S. Foxwell, a. a. O., S. XIX., vertritt die entgegengesetzte Ansicht.

wissen wollte, sondern Folge der Aneignung des Arbeitsprodukts der Armen durch die Reichen. Nur durch eine gleichmäfsigere Verteilung des Landbesitzes könne diese Ungerechtigkeit beseitigt werden *).

Tiefen Eindruck hat dagegen die „Politische Gerechtigkeit“ Godwins auf William Thompson gemacht; denn dieser nennt in seiner „Inquiry into the Principles of the Distribution of Wealth most conducive to human happiness“ (London 1824)**), neben dem von ihm so überschwenglich gepriesenen Lehrer und Freund, Bentham ***) , nur noch den Namen Godwins. Zwischen der „intellektuellen“ Lehre des letzteren, der nichts als geistige Vorgänge sehe, und den „mechanischen“ Lehren derjenigen, denen der Mensch nicht mehr als eine Maschine oder ein Nutztier gelte, will Thompson vermitteln, indem er beide Standpunkte zugleich einnimmt. Worauf es ihm ankomme, seien die wirklichen „Naturgesetze der Güterverteilung“, d. h. die Regeln, die zum größten Glück führen, zumal er den Reichtum „nicht nur in seinen Wirkungen auf den Gewerbefleiß und Reproduktion, sondern auch in seinen ethischen und politischen Folgen“ betrachten wolle (S. XXIV und 136 ff.) †). Nur diejenige Verteilung sei gutzuheissen, die „der größten Menschenzahl das größte Glück verschafft“ (S. 2).

Auf Grund dieser Bentham'schen Prinzipien der Ethik

*) Vgl. Foxwell, a. a. O., S. XXI, XXII.

**) Mir liegt die zweite von William Pare, London 1850, veranstaltete Auflage des Thompson'schen Werkes vor.

***) Thompson schlägt die Verdienste Bentham's um die Morawissenschaft höher als die Bacons um die Physik an; Thompson meint, dass „Bentham einen derartigen Fortschritt bewirkt habe, wie keiner sich je zuvor vorgestellt, geschweige denn gezeitigt hatte“, a. a. O., S. XXV.

†) Der Herausgeber der Thompson'schen „Inquiry“, William Pare, kontrastiert mit dieser Problemstellung die folgende Aussage Seniors: „It is not with happiness, but with wealth, that I am concerned, as a Political Economist; and I am not only justified in omitting, but am perhaps bound to omit, all considerations which have no influence on wealth“.

sucht nun Thompson seine „Naturgesetze“ abzuleiten. Zunächst stellt er fest, daß — da Wert, folglich auch Reichtum und Glück lediglich durch Arbeit geschaffen werden können — es auf eine gerechte Verteilung der Produkte der Arbeit ankomme (S. 17). Die Menschen seien nun auf das vom Reichtum fließende Glück gleich empfindlich und mithin auch gleich zum Glück berechtigt; bei der Verteilung der Arbeitsprodukte seien daher keinerlei Unterschiede zu machen, sowie keineswegs die Interessen der Minorität denen der Majorität zu opfern (S. 20). Die Arbeit solle also frei sein, und nicht wie heute durch Gewalt, Einschüchterung und Irrtum bestimmt werden; so lautet das erste Thompsonsche „Naturgesetz“.

Da ferner eine menschliche Handlung nur unter der Bedingung der „Adäquatheit“ deren Motive freiwillig sei (S. 23), so hängt mit dem ersten Gesetz das zweite — das der Sicherung des vollen Arbeitsertrages, oder der „Sicherheit“, wie es von Thompson selber genannt wird, aufs engste zusammen. Demgegenüber waren, nach Thompson, die Gesellschaften stets bemüht „to deceive and induce, to terrify and compel, the productive labourer to work for the smallest possible portion of the produce of his own labour“ (S. 28)*). Ein Schutz sei lediglich dem Reichtum, aber nicht dessen Schöpferin — der Arbeit gewährt worden, was ebenso absurd gewesen sei, als wenn wir Milttons „Paradise Lost“ bewunderten und gleichzeitig den Geist, der dasselbe geschaffen, verachteten“ (S. 67).

Damit endlich diese Forderung erfüllt werden könne, müsse noch einem Postulat — dem dritten „Naturgesetz der Verteilung“ genügt werden, der Freiwilligkeit des Austausches nämlich (S. 74), statt dessen in Wirklichkeit „brutale Kraft“ herrsche (S. 79). Es müsse mit anderen Worten „die Arbeit der Nation sich selbst bezahlt machen“ (S. 87).

*) Vgl. auch S. 446, wo es heißt: „es werde $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ des Wertes der Arbeit dem Arbeiter entzogen und dem Kapitalbesitzer zugeführt.“

Diese drei Regeln, deren Befolgung ein Maximum von Glück nach sich ziehen müfste, enthalten aber, wie Thompson richtig bemerkt, einen Widerspruch in sich; das Gebot der Gleichheit lasse sich nämlich mit dem der „Sicherheit“ nicht ohne weiteres vereinigen, da das Recht auf den vollen Arbeitsertrag mit Ungleichheiten verbunden sei (S. 110 ff.). Dies „grausame Dilemma“, das nach Thompson „das wichtige Problem der Ethik“ sei (S. XXVI), löst er nun dahin, daß der Widerspruch zwar beim individuellen Wettbewerb unmöglich, wohl aber im System der gegenseitigen Kooperation behoben werden könne (S. 116). Letzteres sei von Robert Owen in New Lanark realisiert worden (S. 272), wo keinerlei Unterschiede in der Arbeitszeit bestehen und wo Abzüge vom Arbeitsertrage in der Art des Mehrwerts (additional value, S. 127) unbekannt seien. Dort erhalten die Mitglieder gleiche Anteile am Produkt und zugleich ihre vollen Arbeitserträge. Mit der Realisierung der gegenseitigen Kooperation seien aber nach Thompson noch folgende wichtige Vorteile verbunden: Beseitigung des unproduktiven Konsums, Verhütung von Arbeitsverschwendungen infolge von Unkenntnis oder Mangel der Märkte *), Versorgung in Unglücksfällen, Krankheit, Alter usw., Verhinderung von Verbrechen und Gleichmachung von Angebot und Nachfrage (S. 280, 281).

Diese Zukunftsbilder dienen aber Thompson vor allem als Kontrasthintergrund seiner Kritik der bestehenden Einrichtungen, die er, gleich Godwin, und im Gegensatz zu Malthus, für die einzige Ursache der gesellschaftlichen „Unsicherheit“ und Ungerechtigkeit erklärt. Die Institutionen allein, und nicht die Schwäche der menschlichen Natur, haben sowohl an der Übervölkerung, als an den Überproduktionen schuld. Inbetreff der ersten weist Thompson darauf hin, „daß im reichen, von der Arbeit

*) Die Genossenschaften würden nach Thompson „wie Versicherungsgesellschaften“ wirken, indem sie die Pioniere auf unerforschten Gebieten vor großen Risiken schadlos halten würden“ (S. 184).

freien Teile der Bevölkerung . . . nicht diese Vernunft der Vermehrungstendenz vorherrschte, sondern daß demselben sogar fortwährend der Vorwurf gemacht wurde, seine Vernunft bis zum Laster zu übertreiben“ (S. 404). Anderseits sei an dem Elend der niederen Klassen nicht ihre „Unvernunft“ schuld, sondern lediglich „politische Machinationen“, die die Unsicherheit der Arbeiter, Raub der gegenwärtigen und Vorwegnahme der künftigen Mittel durch die Kapitalisten ermöglicht haben (S. 411). Hieraus ergibt es sich für Thompson, daß die ökonomische Lage, und nicht die geistigen Eigenschaften der Bevölkerung, die Bevölkerungsvermehrung normiere. „In demjenigen Lande“ — so führt er aus — „und in demjenigen Teil jeden Landes, wo die Leute am ärmsten und ungebildetsten sind, wo am wenigsten Gemächlichkeit genossen wird, da ist ebenfalls der Bevölkerungszuwachs am größten. . . . Keine Wahrheit der Volkswirtschaftslehre und Ethik ist sicherer, als daß die Bequemlichkeit in den Menschen Vernunft erzeugt und daß sie die Tendenz, sich über daß Maß dieses Wohlstands hinaus zu vermehren, statt anzuspornen, nur endämmt“ (S. 413).

Da die Quelle der Übervölkerung — die „unsicheren“ Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft durch das System der gegenseitigen Kooperation verstopft werden könnte, so würde damit zugleich den Überproduktionen gesteuert werden, die aus derselben Quelle fließen. In der heutigen Wirtschaftsordnung liege es nach Thompson in der Natur der Sache, daß die Nachfrage nach allen denjenigen Luxusartikeln, die vom übermäßigen Reichtum verlangt werden, launenhaft sei (S. 155); verwandelt sich aber die Wirtschaft in eine Art Eigenproduktion, wie sie von Thompson entworfen worden, so können die Schwankungen der Nachfrage keinerlei Störungen verursachen. Auch würde jeder Arbeiter zugleich Kapitalist werden und könnte daher nie arbeitslos werden, da es „nie an Konsumenten der Arbeit, d. h. an Arbeitgebern fehlen könnte.“ Kurzum „das Angebot und die Nachfrage würden gleich sein“ (S. 309).

Sind nun die bestehenden Einrichtungen die Hauptschuldigen aller Schäden der bürgerlichen Gesellschaft, so kann offenbar das Urteil nicht anders als vernichtend für dieselben lauten. „Eben weil diese Institutionen als mangelhaft, als unvereinbar mit dem wirklichen Fortschritt und Glück des Menschen“ von Thompson angesehen werden, bringt er „neue Einrichtungen in Vorschlag“ (S. 426). Wie früher Godwin, will auch Thompson die letzteren lediglich durch die Macht der Überzeugung realisieren. Es solle niemand Gewalt angetan, es solle niemand seines Eigentums beraubt werden, es sollen bloß diejenigen, die unter der gegenwärtigen Ordnung zu Schaden kommen — davon „überzeugt werden“. Zwar „bleibt die Gesellschaft im Krankheitszustand, solange eine reine Kapitalistenklasse besteht“ (S. 449); aber, sagt Thompson, ihr Bestehen würde nach Inkrafttreten der „Naturgesetze der Verteilung“ von kurzer Dauer sein, da diese Gesetze die (überbliebenen) Kapitalisten allmählich ohne Gewalt expropriieren würden“ (would deprive, S. 453)*).

Thompson erging es in dem goldenen Zeitalter der Manchesterdoktrin mit seinem Werk nicht besser, wie Godwin mit seiner „Politischen Gerechtigkeit“; so klagt der Herausgeber der II. Auflage der Thompsonschen „Inquiry“, Pare, in der Vorrede darüber, daß letztere vor 25 Jahren „totgeboren“ von der Presse gefallen sei. „Zu jener Zeit“ — fügt Pare von sich hinzu — „waren die Gemüter der Menschen für diese vorgeschriftenen Lehren noch nicht vorbereitet.“ Es scheint aber, daß auch die zweite Auflage

*) Schon das von mir gewählte Wort für Thompsons „deprive“ dürfte genügen, um die Bedeutung der Thompsonschen Schrift als eines Präzedenz der modernen sozialistischen Doktrin anzudeuten. Eine eingehendere Prüfung dieser Frage würde über das uns gesetzte Ziel hinausgehen; zu den zwei wichtigsten Urteilen über das Verhältnis Marx' zu Thompson werden wir dagegen weiter unten Stellung nehmen müssen, da wir dort, im Gegensatz zu denselben, wesentliche erkenntnistheoretische Unterschiede zwischen Marx und Thompson werden hervorzuheben suchen.

keine tiefere Wirkung ausgeübt hat. Wenigstens findet man in der englischen Literatur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine Spuren derselben; der Schwerpunkt des sozialistischen Denkens überträgt sich dagegen auf den Kontinent, so dass manche Lehren Thompsons erst auf Umwegen zu ihrem eigentlichen Leserkreise gelangten.

Immerhin kann England in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine führende Rolle in der sozialistischen Bewegung für sich in Anspruch nehmen, zumal die unermüdliche Agitation und die praktischen Versuche Robert Owens eine Zeitlang die Augen des denkenden Europas zu fesseln vermochten. Jedoch waren die eigentlich nationalökonomischen Schriften Owens, in denen er gegen die Freiheit des Wettbewerbs, gegen das Verwertungsbestreben der Kapitalien, gegen die Herabminderung der Konsumentsfähigkeit der Arbeiter und die hieraus entspringenden Störungen des Wirtschaftslebens eiferte, nach dem übereinstimmenden Urteil der Kritiker*), durchaus nicht die Ursache seiner Popularität. Er war eben überwiegend ein praktisch-organisatorisches und kein schriftstellerisches Talent. Von Bedeutung für die sozialistische Bewegung in England sind daher nicht so sehr Owens Schriften, wie seine kooperativen Experimente gewesen.

Der Grundgedanke der ersten englischen Sozialisten — die wirtschaftlichen Störungen seien Symptome des gesellschaftlichen Krankheitszustandes — kehrt bei den andern Vorkämpfern des englischen Sozialismus immer wieder. John Gray sieht die Wirtschaftskrisen als Folgen der Metallwährung an; Thomas Hodgskin führt sie auf die „künstlichen Eigentumsrechte“ zurück, die darin bestehen, „dass der Trägheit gegeben und der Fleiss beraubt wird; ähnlich äußert sich endlich John Francis Bray, der dem gegenwärtigen „age of might“, worin „kein noch so

*) Vgl.: Foxwell, a. a. O., S. LXXV; Bergmann, a. a. O., S. 435—438; Herkner, Owen, Art. im „Handw. d. Staatsw.“, II. Aufl., Bd. V, S. 1046.

hoher Haufe von Reichtum zu sehen sei, der nicht durch Raub zusammengebracht wäre“, sein „age of right“ gegenüberstellt, das zu einer völligen Harmonie im Wirtschaftsleben führen müsse *). Aber diese drei Schriftsteller haben am wenigsten das volkswirtschaftliche Denken der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflusst, obgleich sie in mancher Hinsicht ihrer Zeit bei weitem voraus waren. Denn ihre Schriften mussten viel später von neuem „entdeckt“ werden; ja sie sind noch immer große bibliographische Seltenheiten.

Viel kontinuierlicher, als in England, wo nach einer Reihe talentvoller Vertreter des sozialistischen Gedankens derselbe eine Zeitlang andern Lösungen weichen musste, entwickelt sich diese Bewegung in Frankreich. Die ersten Ansätze derselben stehen dort in einem viel engeren Zusammenhang mit den bewegenden Ideen der Revolution, als es in England der Fall war. Denn die durch die Konstitution vom Jahre 1793 gewährte Gleichheit vor dem Gesetze stellte sich sehr bald als unzulänglich heraus, um den Zweck der Gesellschaft — „le bonheur commun“ zu erfüllen. Schon Marat sprach die Befürchtung aus, diese Gleichheit würde nur einen schlechten Tausch bedeuten: „den Geburtsadel besiegen, um dem Geldadel zu unterliegen“ **); in der 1791 erfolgten Verweigerung des Wahlrechts den Unbegüterten glaubte er die Bestätigung seiner Befürchtung zu sehen und drohte den „Günstlingen des Glücks“, dass die Armen „endlich vielleicht ihrer Armut ein Ende machen würden, indem sie jenen das Überflüssige nähmen“. Und in der Tat ließen die Verkünder dieses extremen Kommunismus nicht lange auf sich warten: 1795 tritt François Noël Babeuf auf mit den Forderungen der Arbeitspflicht aller, der gesetzlichen Fixierung der

*) Vgl. Näheres bei Foxwell, a. a. O., S. XXVIII—LVIII.

**) Vgl. G. Adler, Sozialdemokratie, Art. im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. VI, S. 781.

Arbeitszeit, der Leitung der Produktion durch eine vom Volke gewählte oberste Gewalt, der Verteilung der notwendigen Arbeiten unter die Bürger, der Ausführung unangenehmer Arbeiten durch alle Bürger nacheinander und des gleichen Rechts aller auf alle Genüsse sowie der gleichen Verteilung der Güter. Trotz der grausamen Unterdrückung der Babeufschen Verschwörung, ist die kommunistische Bewegung durchaus nicht im Keime erstickt worden: die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte im Gegenteil eine fast ununterbrochene Reihe von Geheimbunden, Emeuten, Barrikadenkämpfen u. dgl. aufzuweisen, denen kommunistische, überwiegend babouvistische, Ideen zugrunde lagen*).

Die ersten literarischen Systeme des französischen Sozialismus waren bei weitem nicht so radikal, wie die praktische Betätigung desselben. Sie hielten an den Errungenschaften der Revolution fest und traten nur für Weiterführung und Vervollständigung derselben ein.

Das Werk der Revolution zu vollenden, hat Claude Henri de Rouvray Graf de Saint-Simon zu seinem Lebenszweck gemacht (XVIII, 168)**). In seinen „*Considérations sur les mesures à prendre pour terminer la Révolution*“ führt er aus, dass der Zweck der Revolution, „ein ökonomisches und liberales Regime zu organisieren, welches zum direkten und einzigen Gegenstand hätte, die größtmögliche Quelle von Wohlfahrt für die arbeitsame und produktive Klasse . . . zu erschließen“, — dass dieser Zweck nicht erreicht worden sei (XXI, 26)***). Letzteres sei durch

*) Vgl. Adler, a. a. O., S. 783—786, und dess. Babeuf, Art. im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. II, S. 122.

**) Mir liegt die Ausgabe „*Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin*“, Paris 1865—1878, vor, auf deren Bände sich die eingeklammerten römischen Zahlen im Texte beziehen.

***) Während L. v. Stein, *Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs*, Leipzig 1842, S. 169, und Karl Grün, *Die soz. Bewegung in Frankreich und Belgien*, Darmstadt 1842, S. 79 bis 82, Saint-Simon für einen Sozialisten halten, wird dies von Otto Warschauer, *Geschichte des Sozialismus und neueren Kommunismus*, I. Abt., Leipzig 1892, S. 52, von George Weill, *Saint-Simon et son*

die Anwendung der „physiko-politischen“ oder „positiven“ Methode auf moralische, politische und wirtschaftliche Probleme realisierbar. Nach Saint-Simon sind nämlich allein die Physiologen, Chemiker, Physiker und Mathematiker, nicht aber die Legisten, Metaphysiker, Literaten und Theologen berufen, Theorien aufzustellen, da ihnen allein sowohl die entsprechenden Fertigkeiten als auch die nötigen Daten zu Gebote stehen (XXII, 57). Die Moral solle demnach aufhören, himmlisch zu sein und solle dem irdischen Glück dienen, wofür es keine andern Mittel gebe, als Wissenschaften und Künste (XIX, 37, XX, 191). Dies seien auch die einzigen Mittel zur Beseitigung des in der Gesellschaft herrschenden Antagonismus (XX, 227). Man habe nur die Parteien über diejenige „Ideen- und Interessenverkettung, die sich bereits gebildet hat“, aufzuklären, ihnen ihre tatsächliche Solidarität, ihre „Freundschaft“ nahezulegen (XXIII, 31). Denn „die Industrie bildet ein Ganzes; alle Mitglieder sind durch die gemeinsamen Produktionsinteressen, durch das Bedürfnis von Arbeitssicherheit und Tauschfreiheit verbunden“ (XIX, 47) und so seien die politischen Streitigkeiten nichts als Mifsverständnisse, die Mifshandlungen — nichts als Akte der Ignoranz. Infolgedessen ist für Saint-Simon jedes soziale System „eine Tatsache, oder — ein Nichts“ (XX, 180).

Von diesem Glauben in die Allmacht der objektiven Erkenntnis beseelt, wendete sich Saint-Simon in seinen ersten Schriften ausschließlich an die Industriellen, Kaufleute u. dgl. Angehörige der besitzenden Klasse, um ihnen klar zu machen, daß ihre Opfer für die arbeitende Klasse nicht ein Gebot der Ethik blofs, sondern vor allem ihr eigener Vorteil seien, den sie nicht einsehen wollten. Sehr bald aber sollte sich der Enthusiast, wie so viele vor und nach ihm, von der Aussichtslosigkeit seines Unterfangens — die soziale Frage in ein rein wissenschaftliches Problem zu verwandeln —

œuvre, Paris 1894, S. 169, und G. Adler, Sozialismus und Kommunismus, Art. im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. VI, S. 817, in Abrede gestellt.

überzeugen. Denn es werden plötzlich bei ihm bittere Klagen über den „Egoismus“ (XXII, 98, 122, 249; XXIII, 184) und Mangel an Verständnis der eigenen Interessen (XXII, 103, 119; XXIII, 27, 64, 130) sowie über „Apathie“ der „Industriellen“ vernehmbar. „C'est à cet égoïsme“ — ruft er u. a. aus — „qu'il faut attribuer la maladie politique de notre époque . . .“ (XXIII, 184). Diese bittere Enttäuschung kommt am klarsten in Saint-Simons letzter Schrift, dem „Nouveau Christianisme“ zum Ausdruck, worin nicht mehr vom Seienden allein, sondern vor allen Dingen vom Seinsollenden die Rede ist; nicht wissenschaftliche Einsichten, sondern aus der Nächstenliebe sich ergebende Opfer sollen die sozialen Antagonismen aus der Welt schaffen; auch spricht Saint-Simon nicht mehr von den „Industriellen“ im allgemeinen, sondern schlechthin von „Arbeitern“ (XXIII, 73, 92), von derjenigen Klasse, für die die Handarbeit die einzige Erwerbsquelle sei (XXI, 124). Im Namen und im Interesse dieser Klasse solle eine Neu-belebung des Christentums vorgenommen werden.

Das durch die erwähnte erkenntnistheoretische Verirrung bedingte persönliche Lebensdrama *) Saint-Simons teilt auch sein literarisches Wirken in zwei Abschnitte, die wir durch die Stichworte: „Positivismus“ und „Mystizismus“ kennzeichnen möchten **), auf deren nähere Charakteristik wir aber hier verzichten müssen. —

Diese Wandlung in den Lehren des Meisters hat auch seine Schüler in mehrere Gruppen geteilt, deren eine die erste Entwicklungsstufe des „Positivismus“ (Auguste

*) Dem XXIII. Bande der „Œuvres“ wird von den Herausgebern eine kurze Notiz von dem Selbstmordversuch Saint-Simons vorausgeschickt, mit der Bemerkung, daß dieser Verzweiflungsakt „ein eigenartiges Gepräge“ seinen darauf verfaßten Schriften aufgedrückt habe; vgl. XXIII, S. 7.

**) Vgl. dagegen Paul Weisengrün, Die sozialwiss. Ideen Saint-Simons (Diss.), Basel 1895, S. 86—93, und Georg Adler, Sozialismus und Kommunismus, Art. im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. VI, S. 817, die die Ansicht zu vertreten scheinen, daß „im ‚Nouveau Christianisme‘ sich nicht ein neuer, sondern der ganze Saint-Simon offenbart“.

Comte)*), eine zweite dagegen die letzte (Buchez, Leroux) zur weiteren Entfaltung brachten. Verhältnismäsig am treuesten hielten an den Lehren Saint-Simons Bazard und Enfantin fest, die von dem Gedanken des Meisters: „Chacun obtient un degré d'importance et des bénéfices proportionnel à sa capacité et à sa mise“ ausgingen. Sie prägten hieraus das berühmte Losungswort: „A chacun suivant sa capacité; à chaque capacité suivant ses oeuvres“ und beurteilten nach diesem Kriterium alle wirtschaftliche Erscheinungen. Es wird von ihnen u. a. auch die Frage der Wirtschaftskrisen von diesem Standpunkte aus beleuchtet. Diese seien die Folge von Überproduktionen — diesen Störungen des Gleichgewichts von Produktion und Konsumtion, bei denen „tüchtige und arbeitsame Männer zugrunde gehen und sogar die Moral . . . leide“; denn es zeige sich, daß „für den Erfolg mehr notwendig sei, als Arbeit und Tüchtigkeit, nämlich Geschick, Schlauheit und Verschlagenheit“ **). Wenn nun Bazard und Enfantin als Theoretiker keinen tieferen Einfluß auszuüben vermochten, so trugen ihre mässlosen Übertreibungen zur endgültigen Kompromittierung des Saint-Simonismus in den Augen der Zeitgenossen bei***).

Viel nachhaltiger war die Wirkung des andern gleichzeitig mit Saint-Simon aufgetretenen und ein ähnliches Ziel, wie dieser, verfolgenden Charles Fourier†). Auch er will nämlich allein das, was ist, und nicht das, was sein soll, analysieren (I, 107). So sei es ihm möglich gewesen, „die Analogie der vier Bewegungen: der materiellen, organischen, tierischen und sozialen, oder die Analogie der Veränderungen der Materie mit der mathematischen

*) Comte hat bekanntlich eine ähnliche Entwicklung wie sein Lehrer und Freund durchgemacht.

**) Vgl. Weisengrün, a. a. O., S. 83.

***) Vgl. den Art. „Enfantin“ von G. Adler im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. III, S. 612.

†) Mir liegt die Ausgabe „Œuvres complètes de Ch. Fourier“, Paris 1841, vor.

Theorie der menschlichen und tierischen Leidenschaften“^{*)} zu entdecken (I, 18). Die „zivilierte“ Welt bilde einen circulus vitiosus, eine „soziale Hölle“, worin „Armut selbst aus dem Überfluss entspringe“ (VI, 35) allein aus dem Grunde, weil die 2500 Jahre alten politischen und ethischen Wissenschaften „nichts für das Glück der Menschheit geschafft haben“ (I, 23). Aber die Moral lehre den Menschen, „mit sich selber im Kriege zu sein, sich seinen Leidenschaften zu widersetzen, sie zu unterdrücken, zu verachten, zu glauben, dafs Gott es nicht verstanden, unsere Seelen, unsere Leidenschaften klug zu organisieren“ (VI, 25). Und doch wechsele die Pflicht mit jedem Jahrhundert und von Land zu Land, während die Natur der Leidenschaften bei allen Völkern unveränderlich gewesen sei und es auch bleiben werde. In den Leidenschaften komme der göttliche Wille zum Ausdruck, und „Dieu fit bien ce qu'il fit!“ (VI, 24 ff.). In unserer, der Natur zuwiderlaufenden „Zivilisation“ habe der Arme „keine andere Garantie als diese — füsiliert, dezimiert zu werden, wenn er in Massen erscheint, um Arbeit und Brot zu verlangen“ (VI, 436). Demgegenüber würden in der auf das „Gleichgewicht der Leidenschaften“ gegründeten Neuordnung der Dinge, die Fourier „Garantismus“ nennt, alle Schäden der „Zivilisation“ in Wegfall kommen. Es würde darin nämlich jedermann sowohl als Kapitalist, wie als Arbeiter und Vertreter des Talents bei der Verteilung des Produkts interessiert sein (und zwar müfsten Kapital, Arbeit und Talent im Verhältnis von 4 : 5 : 3 daran partizipieren), so dafs die „individuelle Habgier durch kollektive Interessen absorbiert werden könnte“ (VI, 316). Statt der heutigen Übervölkerung würde eher ein Bevölkerungsdefizit zu befürchten sein; denn in der neuen Gesellschaftsordnung würde kein Platz mehr sein für die „Falle“, die gegenwärtig den Arbeitern seitens der Politik und Moral gestellt werde, um durch billige Arbeit einige Reiche noch reicher zu machen (VI, 265, 338 ff.).

^{*)} Von mir gesperrt.

Bei der zentralen Leitung der Produktion in den „Phalans-
teren“ würde endlich auch die auf unseren „anarchischen“
Märkten periodisch eintretende „abondance dépressive“ un-
möglich werden (VI, 393). Wenn auch diese Zukunfts-
malerei einen wichtigen Bestandteil des sozialistischen
Systems Fouriers ausmacht, so sind, vom historischen Stand-
punkte aus gesehen, seine gelegentlichen Appelle an die
staatliche Gewalt von nicht minderer Bedeutung. So for-
derte er die Intervention des Staates, unter Umständen
sogar das staatliche Monopol befürwortend, zur Bekämpfung
der Accapareure (I, 363 ff.). Vor allem aber knüpfte er
große Erwartungen an das Eingreifen des Staates zwecks
Errichtung von „fermes fiscales“, als Übergangsetappe zur
Periode des „Garantismus“ (VI, 429 ff.).

Fouriers Anrufung der staatlichen Hilfe, die als ein
frühes Präzedenz des Staatssozialismus anzusehen ist,
dürfte den bedeutendsten Vertreter desselben in Frankreich,
Louis Blanc, zu seinen Plänen angeregt haben *). In
seiner zuerst 1839 erschienenen Schrift „Organisation du travail“ **) plädiert Blanc mit einem bewundernswerten
Feuereifer für den Schutz der Arbeit durch den Staat,
gegen das sie zum Elend, Ignoranz und Sittenverfall ver-
urteilende System. Es herrsche darin, nach Blanc, Un-
gerechtigkeit, da die Sicherheit, sich durch Arbeit
den Lebensunterhalt erwerben zu können, nicht aus dem
Wesen der sozialen Institutionen folge (S. 3). Blanc wolle nichts mehr, als daß das Werk von 1789 zu
Ende geführt werde (S. 154), daß die damals proklamierte
Freiheit nicht bloß als Recht, sondern auch faktisch als
die Macht bestehe, die Kräfte unter dem Schutz des Ge-
setzes zu entfalten. Da aber den Schwachen die Bildung
sowohl als auch die Arbeitsmittel fehlen, so bedürfen sie,

*) Blanc gedenkt Fouriers und seines Schülers Considérant in
einer sehr anerkennenden Weise; vgl. „Organisation du travail“, Paris
1850, S. 81.

**) Die Zitate im Text beziehen sich auf die IX. Auflage aus
dem Jahre 1850.

nach Louis Blanc, der sozialen Kraft des Staates als Stütze; letzterer verfüge ja über „die dreifache Macht: der Gesetze, der Urteile und der Bajonette“ und über finanzielle Ressourcen, die er den Armen als deren Bankier überlassen solle (S. 12—18). Der Staat solle Unternehmer auf den Gebieten des Eisenbahn-, Gruben-, Versicherungs- und Kreditwesens nicht nur, sondern auch in Handel und Industrie werden (S. 70, 120). In den in diesem Sinne zu organisierenden „ateliers sociaux“ sei zunächst, als Übergangsmafsregel, Gleichheit der Löhne oder wenigstens der Gewinnbeteiligung als Verteilungsgrundsatz anzunehmen. Diese Gleichheit sei aber nur Proportionalität und könne nur dann eintreten, wenn jedermann „nach seinen Kräften produzieren und nach seinen Bedürfnissen konsumieren“ werde (S. 72). Mit Hilfe dieser Organisation der Arbeit müßte die Gesellschaft von ihren gegenwärtigen Schäden, nämlich von der Ausbeutung, der Kreditnot und den Störungen des Geschäftsgangs, befreit werden.

Louis Blancs Schüler, F. Vidal, hegt wie dieser große Sympathien für die Fouriersche Schule. In seiner „*De la Repartition des richesses ou de la justice distributive en économie sociale*“ (Paris 1846) überschriebenen Untersuchung kritisiert er die Theorien der Ökonomisten sowohl wie die der Sozialisten und knüpft daran seine eigenen Vorschläge an, die von den Blancschen nicht wesentlich abweichen, sich aber durch größere Nüchternheit auszeichnen*). Mit (für jene Zeit) bemerkenswertem Verständnis der zeitgenössischen Literatur setzt er an Smith und dessen Schule aus, daß „sie die Wirtschaftslehre von der Moral und der Politik scheiden; sie treiben Wissenschaft der Wissenschaft halber, wie man Kunst der Kunst halber getrieben habe; sie scheinen endlich den Zweck — das Glück gänzlich außer acht zu lassen, um sich ledig-

*) Vidal erklärt seine Mäßigung dadurch, daß „wer nur die leiseste Modifikation des Bestehenden anrege, unfehlbar als Utopist gestempelt werde“ (S. 491); er wolle daher „nur kritisieren und kritisieren“ (S. 470).

lich mit dem Mittel — dem Reichtum abzugeben“ (S. 37). Die von den Ökonomisten aufgestellten natürlichen, notwendigen, unwandelbaren „Gesetze“ der Produktion, die aber trotzdem immerfort sich ändern, beruhen, nach Vidal, auf einer Konfusion. „Man verwechselt“ — so führt er aus — „das notwendige Gesetz, die Arbeit, mit der menschlichen Institution, der Arbeitsordnung“ (S. 51). Die Sozialisten, und mit ihnen Vidal, möchten dagegen die Wissenschaft der Nationalökonomie „auf den Weg des realen Fortschritts, der positiven und fruchtbaren Behauptung lenken, um aus ihr eine ethische Wissenschaft, eine wahre Wissenschaft*) zu machen“ (S. 55).

Der Normalzustand der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sei die Anarchie der Produktion, die „periodischen“ Krisen (S. 269, 296), Arbeitslosigkeit und Pauperismus **); in ihr sei die Freiheit des Feilschens für die Lohnarbeiter zur „Freiheit, vor Hunger zu sterben“ (S. 46) und die Freiheit der Konkurrenz zur Notwendigkeit, die „Konkurrenten zu unterbieten, sie zu ruinieren, zu erdrücken, um nicht selber von diesen erdrückt zu werden . . .“ (S. 301) ***) geworden. Da mithin das ganze Übel nicht so sehr den Menschen als den Sachen — den Institutionen zur Last falle, so könne die „normale Organisation“ (S. 43, 466 ff.) nicht durch einen Racheakt, sondern lediglich durch „positive“ Handlungen der Regierung geschaffen werden. Nur diese „natürliche Beschützerin“ der Schwachen vermöge die „wahre Freiheit“ zu fördern. Sie scheine aber „ihre Rolle nicht zu verstehen“; sie verstehe es nur, immer später, leider, zu spät mit Gewalt und Unterdrückung zu intervenieren. Denn sie selber sei nichts als ein Werkzeug in Händen von Fabrikanten und Kaufleuten (S. 467).

*) Von mir gesperrt.

**) „Die Maschinen verzehren nicht blofs Kohle, sie essen die Arbeiter lebendig auf und zermalmen sie mitleidslos, indem sie ihre Hände nutzlos machen . . .“ (S. 268).

***) Prägnanter drückt sich Louis Blanc, a. a. O., S. 59, aus „Il est permis à chacun de se ruiner pour ruiner autrui“.

Vidal hat, wie wir sehen, nicht viel Originelles geschaffen; er hat aber fremde Gedanken in eine so glückliche Form gekleidet, daß sie erst dank ihm der bürgerlichen Ökonomie an die Seite gestellt werden konnten. Um so wichtiger ist für uns sein Zugeständnis, daß der Sozialismus eine „ethische Wissenschaft“ sein wolle, während doch früher Saint-Simon sowohl als Fourier ihre Systeme als rein objektive Untersuchungen des Seienden aufgefaßt wissen wollten.

Von dem systematisierenden Eklektiker und nüchternen Kritiker, den wir in Vidal kennen gelernt haben, unterscheidet sich durch glänzende publizistische Bravour, größeren Hang zum Plänemachen, größere Selbständigkeit, aber auch Leichtfertigkeit, der Verfasser von „*Qu'est-ce que la propriété ou recherches sur le principe du droit et du gouvernement*“ (Paris 1840) — P. J. Proudhon. Diese von ihm gegen die Gesellschaft anhängig gemachte „actio petitoria“ — wie er seine Schrift selbst nennt (S. 31) — gipfelt in dem berühmten Urteilsspruch: „*La propriété, c'est le vol!*“ (S. 1, 2). Proudhon prüft nämlich der Reihe nach die Begründungen des Eigentumsrechts durch: das Naturrecht, die Okkupation, das Zivilgesetz, die allgemeine Einigung, die Verjährung und die Arbeit und lehnt sie alle ab. Denn „der Mensch habe alles, außer der Materie selbst, geschaffen“; es könne daher nur „Besitz und Nutzung derselben“, aber nicht ständiges Eigentum geben (S. 91). Proudhon unternimmt sogar den kühnen Beweis, daß das Eigentum „ein Widerspruch, eine Chimäre, eine Utopie“, ja, daß es überhaupt „unmöglich“ sei (S. 129). Diesem Beweis liegt folgender wunderlicher Syllogismus zugrunde: „Das Gerechte ist a fortiori nützlich, das Nützliche — a fortiori wahr; das Wahre — a fortiori möglich. Mithin ist alles, was dem Möglichen entspringe eo ipso ein Ausfluß der Wahrheit, der Nützlichkeit und Gerechtigkeit“ (S. 130). Demgemäß wird von ihm dem Eigentumsrecht, welches keine rationelle und legitime Herkunft habe und nichts als ein „Fremdenrecht“ (*droit d'aubaine*) sei, welchem

deshalb an dieser „Realität“ gebracht, auch jegliche Berechtigung abgesprochen. Der Eigentümer produziere ja nicht und vermöge demnach keine Produkte gegen die von ihm konsumierten einzutauschen; er sei also ein „Schmarotzer“, ein „Dieb“, der den Arbeiter um einen Teil seines Produkts bringe*). Infolgedessen könne der Arbeiter nur $\frac{9}{10}$ von seinem Produkt verzehren (S. 146), zumal er es nicht ganz zurückzukaufen vermag, da die Eigentümer und Unternehmer einen höheren Wert dafür verlangen (25 statt 20 Milliarden). „Arbeitet aber die ganze Gesellschaft, so produziert sie für die ganze Gesellschaft;“ wenn also lediglich ein Teil derselben konsumiert, so müsse über kurz oder lang ein Teil ihrer ruhen, was aber für die Arbeiter sowohl wie für den Eigentümer mit Zugrundegehen gleichbedeutend sei (S. 164). Während nämlich den Arbeiter dabei der Hungertod oder die Gefängniskost erwartet, stehe auch dem Unternehmer der Ruin mit „mathematischer Notwendigkeit“ bevor. Denn, während seine Werkstatt feiert, laufen die Zinsen weiter. Auch helfen ihm, nach Proudhon, die Lohnherabsetzung, Einführung von Kinder- und Frauenarbeit, Anwendung neuer Maschinen und Qualitätsverschlechterungen herzlich wenig, da die Konsumtion dabei von der Produktion je länger je stärker überholt werde (S. 164 ff.). Die Gesellschaft „verschlinge sich“ also selber, indem einerseits die Kaufkraft der Arbeiter vermindert, anderseits die Industrie stets durch Krisen bedroht werde.

In seinem „Résumé de la question sociale - Banque d'Échange“ (Paris 1849) versichert uns zwar Proudhon, dass für ihn „alle wirtschaftlichen Negationen ineinander aufgehen und sich hauptsächlich in der Negation des als Repräsentant von Werten und als Tauschmittel angesehenen

*) Im „Résumé“ auf S. 192 heißt es sub 9: „Das Eigentum besteht nicht dank eigenen Kräften; um sich zu erzeugen, zu betätigen, bedarf es einer fremden Ursache, und zwar der Gewalt und des Betrugs; mit anderen Worten, das Eigentum ist gar nicht dem Eigentum gleich, es ist eine Negation, eine Lüge, ein Nichts.“

Geldes verallgemeinern“ (S. 36). Man kann sich aber doch der Empfindung nicht verschließen, daß zwischen der ungünstigen Kritik des Eigentums von 1840 und dieser auf die „gratuité du crédit“ hinauslaufenden *) zahmen privatwirtschaftlichen Utopie von 1849 ein großer Abstand besteht. Vielleicht haben die dazwischenliegenden Ereignisse zur Märsigung des „Anarchisten“ beigetragen. Wahrscheinlicher scheint mir jedoch, daß der gereifte Schriftsteller sich nicht mehr so leicht durch eigene Dialektik hinreissen ließ und daß er die Unhaltbarkeit seines in „Qu'est-ce que la propriété“ gemachten Schlusses von der Realität eines Instituts auf dessen Berechtigung eingesehen hatte.

Letztere Annahme findet ihre Bestätigung auch in einigen programmatischen Äußerungen Proudhons in seiner „Philosophie des Elends“, die in der Zwischenzeit zwischen „Qu'est — ce que la propriété“ und der „Banque d'Échange“ erschienen ist **). Zwar wird auch dort behauptet, daß Sozialwissenschaft, wie jede Wissenschaft überhaupt, allein das Seiende zu ihrem Gegenstand habe (I, S. 11); zwar hält er auch dort den Sozialisten wie den Ökonomen entgegen, „daß die Arbeit weder organisiert werden soll, noch organisiert worden ist, sondern im Organisieren begriffen sei“ (I, S. 14); aber er sieht da schon selber ein, ohne einen Glaubenssatz, als erster Prämisse, nicht auskommen zu können. „Le premier jugement de la raison“

*) In dem im „Résumé“ abgedruckten Statut einer „Société Nationale de la Banque d'Échange“ wird der Zweck derselben wie folgt bestimmt: Die Gesellschaft habe „1. jedem Mitglied derselben, ohne zum Bargeld Zuflucht zu nehmen, alle Produkte, Waren, Dienste oder Arbeiten zu liefern; 2. später für Reorganisation der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit durch Änderung der Lage der Produzenten zu sorgen“ (S. 41). Das Geld solle durch ein uneinlösbares „soziales Papiergegeld“ (bons d'échange) mit Zwangskurs ersetzt werden (Art. 9—19). Abgesehen von einer 1%igen Kommission sollen keine Zinsen zulässig sein (Art. 22, 23).

**) Mir liegt die erste Ausgabe des „Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère“ (2 vols.), Paris 1846, vor.

— so heißtt es im Prolog — „le préambule de toute constitution politique, cherchant une sanction et un principe, est nécessairement celui-ci: Il est un Dieu; ce qui veut dire: la société est gouvernée avec conseil, préméditation, intelligence. Ce jugement, qui exclut le hasard, est donc ce qui fonde la possibilité d'une science sociale“ (I, S. XXVII).

Nach diesem aufrichtigen Bekenntnis kann es nicht mehr wundernehmen, daß Proudhons Lösungen der „wirtschaftlichen Widersprüche“ (seine „Synthesen“) durchweg derselben Quelle — seinem optimistischen Glauben entspringen. „Das Üble an der (heutigen) Gesellschaftsordnung ist das Elend“ (II, S. 401). — Dies ist Proudhons Grundgedanke, der daher auch in der Überschrift des ganzen Werkes zum Ausdruck gelangte. Sehen wir nun zu, wie bei ihm das soziale Dilemma gelöst wird. Gleich vielen seiner Vorgänger verknüpft Proudhon die Bevölkerungsfrage mit der der Produktion aufs engste. „Die Produktion“ — so führt er aus — „und die Bevölkerung sind für einander Ursache und Wirkung; die Gesellschaft entwickelt sich gleichzeitig und kraft desselben Prinzips in ihrem Reichtum sowohl wie in der Menschenzahl“; wer diese Beziehung ändern wolle, begehe den gleichen Fehler, wie wenn er den Quotienten verdoppeln wollte, während der Dividend und der Divisor sich stets im gleichen Verhältnis verändern müßten (II, S. 404). Proudhon weist mit Enträstung die Malthussche Theorie — dieses „Strafgesetzbuch der politischen Ökonomie“ (II, 443) zurück; denn es ist für ihn zweifellos, daß ein Gleichgewicht, welches allein durch Hungersnot, Pest und Kriege hergestellt werden könne, „dénonce dans la société une profonde anomalie“; jene Mittel sind nach Proudhon „nicht nur keine Gleichgewichtsfaktoren, sondern im Gegenteil Symptome einer inneren Disharmonie, einer Störung der Wirtschaft“ (II, 444). Demgegenüber glaubt Proudhon, daß „die Arbeit eine Gleichgewichts — und Üppigkeitskraft in sich berge, die den Menschen gegen alle Fälle des

Elends scheint sichern zu müssen“ (II, 419)*. Er glaubt ferner, dass „in einer organisierten Gesellschaft die Produktion wie das Quadrat der Arbeiterzahl wachse“ (II, 424). Nichts als ein Glaubenssatz ist auch die Behauptung, es sei ein „Gesetz der Notwendigkeit“, dass künftig „aux jeux d'amour nous ayons toujours moins de vaillance“ (II, 478) und dass das Keuschheitsideal nur ausgesprochen zu werden braucht, um sofort realisiert zu werden (II, 485). Keinen Zweifel endlich über die „ideologische“ Natur des Proudhonschen Sozialismus, die ihm die leidenschaftlichen Angriffe eines Marx eingebracht hat, lässt auch Proudhons Résumé übrig, welches lautet: „L'humanité atteint son équilibre par l'utile, le beau, le juste et le saint; la question . . . , Quelle influence les progrès et le goût du bien-être matériel exercent sur la moralité des peuples, est résolue avec les autres: il y a identité entre le bien-être et la vertu“ (II, S. 497).

Manche von den französischen Sozialisten, die wir kennen gelernt haben, wirkten bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein (Leroux, Proudhon) und finden auch heute talentvolle Anhänger; es lässt sich aber nicht bestreiten, dass der jüngste französische Sozialismus in beträchtlichem Masse vom deutschen beeinflusst wird. Seit 1848 geht eben die Hegemonie immer mehr zu den deutschen sozialistischen Schriftstellern über. Trotz ihrer Abhängigkeit von den englischen und französischen Denkern, haben doch diese Systeme eine so allgemeine Verbreitung erfahren und einen so weitgehenden und dauernden Einfluss ausgeübt, wie keines der genannten englischen oder französischen. Was aber dem deutschen Sozialismus eine besonders große Bedeutung verleiht, ist dessen Einfluss auf die Nationalökonomie, wie sie ex cathedra vorgetragen und in praxi angewandt wird.

*) Von mir gesperrt.

Pinkus, Das Problem des Normalen.

In letzterer Hinsicht hervorragend ist die Stellung Carl Rodbertus-Jagetzows*), der in Deutschland am meisten zur Einbürgerung des Staatssozialismus, oder, wie er sich selbst ausdrückt, des „Sozialkonservatismus“ beigetragen hat **). In seiner Beurteilung des Kapital- und Grundbesitzes, seiner Erklärung des Pauperismus und der Handelskrisen, ja sogar in seinen praktischen Vorschlägen ist Rodbertus ein Schüler der französischen Sozialisten: Louis Blancs, Vidals und vor allem Proudhons ***). Nichtsdestoweniger war er ein Jünger, der seine Meister an Denkkraft und Schärfe sogar noch übertraf, was einen seiner Bewunderer (Wagner) bewogen hat, ihn den „deutschen Ricardo“ zu nennen. Dank dieser Klarheit des Ausdrucks ist es möglich, die Grundgedanken seines Systems in wenigen Sätzen treu wiederzugeben.

Rodbertus' Hauptgedanke, der sich durch alle seine Schriften, wie ein roter Faden, windet, ist die Annahme, daß „nur in der Natur ... die Dinge und Verhältnisse ihr vernünftiges Gesetz in sich“ tragen, „in der Gesellschaft“ dagegen „verlangen sie es von den Menschen“ (II, 80). Diese „vernünftigen“ Gesetze fehlen, wie Rodbertus unzählige Male wiederholt †), unserer Gesellschaftsordnung gänzlich. „Jedenfalls“ — meint er — „geschieht dies **nicht von selbst**. Von selbst ist Fabelland, Schlaraffenland. Schon nach Naturgesetzen kommt uns Menschenkindern nichts von selbst zu gute;

*) Ich zitiere nach der II. Auflage der „Schriften von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow“, Berlin 1899.

**) Er äußert sich darüber in Bd. IV, S. 359, wie folgt: „Wenn konservativ die Konservierung des verrotteten Plunders bedeutet — nenne es sich nun liberal oder werde es illiberal genannt —, so gibt es nichts Antikonservativeres als die soziale Frage. Wenn aber konservativ bedeutet Stärkung monarchischer Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Aussöhnung der sozialen Klassen unter der Ägide und nach der Norm des strahlenden suum cuique — so gibt es nichts Konservativeres als die soziale Frage“.

***) Rodbertus zitiert Proudhon; vgl. z. Bd. in Bd. I, S. 109.

†) Bd. II, S. 71, 72, 78; Bd. IV, S. 350, 354, 359 und passim.

es gehört saure individuelle Arbeit dazu. Nach Gesellschaftsgesetzen kommt uns aber auch von selbst die Frucht der individuellen Arbeitsgemeinschaft nur höchst unvollkommen zu gute; es gehört saure Staatsarbeit dazu“ (IV, 350).

Die gegenwärtige Verteilung des Nationalprodukts nach den „natürlichen“ Gesetzen des Tauschverkehrs bringe es mit sich, dass „bei steigender Produktivität der Arbeit, der Lohn der Arbeiter ein immer kleinerer Anteil am Produkt wird (II, 72). Hieraus entspringe „das chronische Leiden der Schwierigkeit des Absatzes und des unausgesetzten Kampfes der Arbeit mit der Not. Hat sich dann das Übel in leiser, schleichender Weise etliche Jahre hingeschleppt, so brechen die Krisen aus, so steht plötzlich die Produktivität der bisherigen Gewerbe in einem so übertriebenen Mifsverhältnis zu den individuellen Anteilen, dass es bei den Arbeitern der Entbehrung und des Hungers von Monaten und bei den Kapitalisten der Vernichtung eines großen Teils ihrer Kapitalien bedarf, um nur die Heftigkeit eines solchen Anfalls zu dämpfen . . .“ (I, 61, 62). Diese beiden Übel: der Pauperismus und die Handelskrisen entstehen, nach Rodbertus, „einer und derselben Ursache“ — dem Sinken des Anteils am Nationalprodukt (II, 38) und sind mithin die soziale Frage selbst. Ist es möglich, diese Wirkungen der einen Ursache durch eine „vernünftige“ Gesetzgebung „im Zaume zu halten“ (II, 78), so könne auch die soziale Frage im Sinne Rodbertus' gelöst werden.

Und in der Tat schlägt Rodbertus eine derartige „Lösung“ vor. Es sollen die „normale Arbeitszeit“ und das „normale Tagewerk“ seitens der Behörde festgesetzt werden; als Produkt dieser beiden Größen würde sich das Maß „normale Arbeit“ ergeben, und dank demselben könnte „die Verschiedenheit der Arbeiten und der Arbeiter ausgeglichen werden“ (I, 129). Es müfste ferner nach dieser Normalarbeit nicht bloß 1. der Wert des Produkts jedes Gewerks normiert, sondern auch 2. der

Lohn in jedem Gewerk gezahlt werden (IV, 342). Allerdings würden die Arbeiter nicht ihre volle Normalarbeit gelohnt oder bescheinigt erhalten — was, nach Rodbertus, auch in keinem erdenklichen Gesellschaftszustande anders sein könnte — denn aus ihrem Produkt müfsten die Staatsbedürfnisse gedeckt und die Gehälter der Geschäftsleiter bezahlt werden (IV, 345, 346). Auf diese Weise würde die soziale Frage gelöst werden, da „auch für alle Zukunft dies Plus einer steigenden Produktivität“ nicht der Grundrente und dem Kapitalgewinn allein zuwachsen würde (IV, 351). Anderseits würden diese „vernünftigen“ Zustände mit sich bringen, daß der Umfang der einzelnen Produktionen der Größe der bestehenden Anteile entspräche. Denn nur dann, wenn dieser Bedingung genügt ist, haben, nach Rodbertus, „die Unternehmer ihre Aufgabe erfüllt und die Nationalproduktion entspricht vollständig dem durch die nationale Verteilung berechtigten Nationalbedürfnis“ (I, 53). „Also“ — wiederholt Rodbertus seinen Grundgedanken im „Normal-Arbeitstag“ — „auch bei dieser tieferen Lösung des sozialen Probléms, die durch Normalarbeit ermöglicht wird, muß die energische Hand des Staates intervenieren“ (IV, 350).

Nicht auf der unsicheren und schwankenden Grundlage der Staatsraison, sondern auf dem scheinbar felsenfesten Boden der „Naturnotwendigkeit“, baut sich das tiefste und einflussreichste aller sozialistischen Systeme — dasjenige von Karl Marx auf. Wir sprechen absichtlich nicht von „Marxismus“, wie es neuerdings üblich geworden, da wir weder die Schriften des jungen Marx *), noch die seiner Schüler, noch endlich die von Marx und Engels **),

*) Vgl. z. B. bei Wladimir Gr. Simkowitsch, Die Krisis der Sozialdemokratie, Art. in Conrads „Jahrbüchern“, Bd. 72, S. 727 bis 778; L. Woltmann, Der historische Materialismus. Darstellung und Kritik der Marxistischen Weltanschauung, Düsseldorf 1900 u. a.

**) Vgl. Ed. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899; E. v. Bergmann, a. a. O., S. 359—379; Peter von Struve, Die Marxsche

sondern die von Marx selbst, wie er in seinen reifsten Arbeiten vor uns dasteht, betrachten wollen. Jene sind dagegen nur insofern zu berücksichtigen, als sie zum Verständnis der Vorgeschichte und Weiterentwicklung der Marxschen Lehre notwendig sind. Allerdings liegt die letztere gerade in den für uns wichtigen Teilen in unfertiger Gestalt vor. Will man daher dieselbe in Form eines geschlossenen Gedankenganges darstellen, so kann dies nur mit Hilfe von Interpretation geschehen, worin aber auch die bedeutendsten Kritiker Marx', denen bereits die zwei letzten Bände des „Kapitals“ zugänglich waren, — und nur auf diese wollen wir uns hier beschränken*) — bei weitem nicht übereinstimmen.

Schon darüber, was die Grundlage des Marxschen Systems bildet, ist man nicht einig. Die einen behaupten, es beruhe ganz und gar, wie so viele andere sozialistische Systeme, auf der Arbeitswerttheorie **); andere stellen das „Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ als „Grundgesetz“ hin***); dritte endlich richten ihre Kritik auf die „materialistische“ Geschichtsauffassung, indem sie meinen, dass alle andere Theorien Marx' derselben entsprungen seien†). Die letzte Ansicht, die übrigens in der letzten

Theorie der sozialen Entwicklung, Art. in Brauns „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, 1899, Bd. 14, S. 658—704 u. a.

*) Werner Sombart hat in seinem „Beitrag zur Bibliographie des Marxismus“ im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Bd. XX, Tübingen 1905, S. 413—430, bereits 300 Nummern aufgezählt.

**) Vgl. W. Sombart, Zur Kritik des ökon. Systems von Karl Marx, Art. in Brauns „Archiv“, 1894, S. 555; Eugen v. Böhmbawerk, Zum Abschluss des Marxschen Systems, in den „Festgaben für Karl Knies zur 75. Wiederkehr seines Geburtstages“, Berlin 1896; Anton Menger, a. a. O., S. 100 ff.; Michael v. Tugan-Baranowski, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Jena 1901, S. 207 u. v. a.

***) Franz Oppenheimer, Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre, Darstellung und Kritik, Berlin 1903, S. 1, These 1.

†) Ed. Bernstein, a. a. O., S. 4; Karl Diehl, Das Verhältnis von Wert und Preis im ökon. System von Karl Marx (Festgabe für J. Conrad, Nr. 1), Jena 1898, S. 42, und dess. Besprechung des Buches

Zeit in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist, scheint allein richtig zu sein. Denn es war nicht allein „der letzte Endzweck“ des „Kapitals“, das „ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“ (*), sondern schlechthin Marx' Lebenszweck. Bereits im Jahre 1838 schrieb er in einem von Franz Mehring in „Aus dem literarischen Nachlaß von K. Marx, Fr. Engels und F. Lassalle“ (Bd. I: „Gesammelte Schriften von K. Marx und Fr. Engels vom März 1841 bis März 1844, Stuttgart 1902) abgedruckten Briefe: „Von dem Idealismus, den ich, beiläufig gesagt, mit Kantischem und Fichtischem verglichen und genährt, geriet ich dazu, im Wirklichen selbst die Idee zu suchen . . . Noch einmal wollte ich hinabtauchen in das Meer, aber mit der bestimmten Absicht, die geistige Natur ebenso notwendig, konkret und festgerundet zu finden wie die körperliche . . .“ (S. 18). In einem in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ veröffentlichten Brief aus dem Jahre 1843 an Ruge wird der „ganze Zweck“ der Jahrbücher dahin definiert, „dass die religiösen und politischen Fragen in die selbstbewusste menschliche Form gebracht werden. Unser Wahlspruch“ — so fährt Marx fort — „muſs also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analysierung des mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins . . . Es wird sich dann zeigen, dass es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit“ („A. d. lit. Nachlaß“ I, S. 382). Diese Ansichten werden durch die Bekanntschaft Marx' mit Engels (1844), welche bald einem Zusammenwirken beider Platz macht, nur noch ausgeprägter, was aus der von beiden verfassten Schrift gegen Bruno Bauer und Konsorten: „Heilige Familie“ (1845) und noch deutlicher aus der von Marx allein verfassten „Misère

von F. Oppenheimer in Conrads „Jahrbüchern“; Simkhowitsch, a. a. O., S. 753.

*) Karl Marx, Das Kapital. Kritik d. pol. Ökonomie, Bd. I, V. Aufl., Hamburg 1903, S. VIII.

de la philosophie. Réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon“ (Paris - Bruxelles 1847) erhellt. Der wichtigste Einwand (II), den Marx gegen Proudhon erhebt, ist, dass letzterer „nicht verstanden habe, dass die gesellschaftlichen Beziehungen ebenso von den Menschen erzeugt werden, wie die Leinwand, der Lein usw. . . . Die Handmühle wird ihnen die Gesellschaft mit einem Souverain geben; die Dampfmühle — die Gesellschaft mit dem industriellen Kapitalist“ (S. 99, 100). Ähnlich haben Marx und Engels in den Broschüren, die sie für den Arbeiterbildungsverein um dieselbe Zeit verfassten, die früheren sozialistischen Systeme*) einer „unbarmherzigen Kritik unterworfen, statt dessen die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzige haltbare theoretische Grundlage aufgestellt . . . ward“ **). Im Gegensatz zum „leeren gewissenlosen Spiel mit der Propaganda“ ***) eines Weitling solle man nach einer „selbstbewussten Teilnahme an dem unter unsren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozess der Gesellschaft“ streben†). Nichts inhaltlich Neues bringt das in seiner Form glänzende „Kommunistische Manifest“. Dagegen höchst bedeutungsvoll in der uns hier angehenden Hinsicht ist die Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung in der „Kritik der Politischen Ökonomie“ (I. Heft, Berlin 1859), die bekanntlich das Vorspiel zum „Kapital“

*) Vgl. auch die Äußerung Marx' über Cabet, Dezamy, Weitling, Fourier und Proudhon in dem zuletzt zitierten Brief an Ruge (von 1843); dort heißt es u. a.: „Zweierlei Fakta lassen sich nicht ableugnen. Einmal die Religion, dann die Politik sind Gegenstände, welche das Hauptinteresse des jetzigen Deutschlands bilden. An diese, wie sie auch sind, ist anzuknüpfen, nicht irgendein System wie etwa die Voyage en Icarie ihnen fertig entgegenzusetzen“ (S. 381).

**) K. Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln; Hottingen-Zürich 1885, II. Aufl., S. 317.

***) Vgl. „Neue Zeit“ 1883, S. 238, wo die Diskussion Marx' mit Weitling abgedruckt ist. Ich zitiere nach Simkhowitsch, a. a. O., S. 768c.

†) Enthüllungen, a. a. O.

bildet. „Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse“ — so heißt es da — „bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis*), worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt . . .“ (S. V).

Aus diesen Zitaten dürfte zur Genüge hervorgehen, wie prägnant das Bestreben, alles in letzter Linie auf greifbare Ursachen zurückzuführen, in den Schriften des jungen juristischen Semesters sowohl, als auch in den des gefeierten Hauptes des modernen Sozialismus zum Vorschein kommt. Vergegenwärtigt man sich diesen Werdegang des großen Mannes nicht, so mußt man auch übersehen, daß die materialistische, oder richtiger ökonomische Geschichtsauffassung es war, die ihn bestimmt alle wichtigsten Zeitströmungen auf sich wirken zu lassen, um sich sogleich von ihnen zu emanzipieren. Kant und Fichte bildeten sein „Allerheiligstes“, aber er löst sich sehr bald von ihnen los, und es müssen „neue Götter hineingesetzt werden“ (Nachlaß, S. 18). Nicht anders ergeht es Hegel und Feuerbach. Schon 1844 schreibt Marx einen Aufsatz „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, wo als nächste „Aufgabe der Philosophie die im Dienste der Geschichte steht“ bezeichnet wird: „nachdem die Heiligungsgestalt der menschlichen Selbstentfremdung entlarvt ist, die Selbstentfremdung in ihren heiligen Gestalten zu entlarven“ (Nachlaß I, S. 385). In der „Heiligen Familie“ wird Hegels Dialektik schon geradezu „umgestülpt“, und im gleichen Jahre greift er Feuerbach an. Dann kommen der Comtismus und Darwinismus an die Reihe **). Mit gleichem Kritizismus

*) Diese und alle früher gesperrte Stellen sind im Original nicht besonders hervorgehoben.

**) Vgl. hierzu die schöne Charakteristik der Marxschen Selbstkritik bei Simkhowitsch, a. a. O., S. 768b. Die Entwicklung der Marxschen Doktrin sowie deren Verhältnis zu den genannten philo-

nimmt Marx die Gedanken des französischen (St. Simon und Proudhon) und dann des englischen Sozialismus in sich auf. Aber, wie er schon 1847 die Spitze seiner Kritik gegen das Proudhonsche „Elend“ der Philosophie richtete, indem er dabei noch unbedenklich die englischen Sozialisten als seine Gewährsmänner zitierte („Misère de la Philosophie“, S. 49 und 50), so folgte bald darauf seine „unbarmherzige Kritik“ des „Gemischs von französisch-englischem Sozialismus“ („Enthüllungen“, S. 317). Sicherlich war Marx berechtigt, von seinem „Manifest“ ohne Selbstüberhebung oder „komischen Beigeschmack“ *) zu sagen, daß er darin „alle Systeme verworfen und an ihre Stelle die kritische Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung gesetzt“ habe **). Vollends selbständige fühlte sich Marx zweifellos zu der Zeit, als er an seine „Kritik der politischen Ökonomie“ und bald darauf an das „Kapital“ herantrat. Gewifs, niemand, und am allerwenigsten Marx selbst, könnte die völlige Neuheit einzelner Glieder seines Systems behaupten wollen; Ricardo und Thompson, Gray und Bray, Saint-Simon und Sismondi gebührt zweifellos die Priorität einzelner seiner Gedanken, ja sogar vieler Theorien (z. B. der Arbeits- und Mehrwerttheorie), wenn man sie aus dem System herausreißt und an sich betrachtet. Beseitigt man aus dem Kaleidoskop des Marxismus dessen ureigenes Wesen — das Prisma der ökonomischen Geschichtsauffassung, so kann man freilich nichts mehr sehen, als die am Boden liegenden Steinchen, die von den genannten

sophischen Systemen ist von L. Woltmann, a. a. O., S. 256 ff., sehr eingehend behandelt worden; aber viele von seinen Thesen, wie z. B. die, es gäbe bei Marx sechs Arten von Materialismus (S. 6), sind mit Recht angefochten worden. Vgl. die Besprechung des Woltmannschen Buches von Simkhowitsch in Conrads „Jahrbüchern“, Jena 1900, Bd. 74, S. 410—412.

*) Vgl. A. Menger, a. a. O., S. 83.

**) Karl Marx, Herr Vogt, London 1860, S. 35 ff. Ich zitiere nach Simkhowitsch, a. a. O., S. 725.

Denkern zusammengetragen waren. Dann, aber auch nur dann, kann man Mengers Ansicht beipflichten, dass Marx seine grundlegenden Theorien „zum großen Teile dem älteren Sozialismus entlehnt“ habe *), „vollständig unter dem Einfluss des älteren englischen Sozialismus“ stehe **) und sogar von seinen „Vorbildern an Tiefe und Gründlichkeit bei weitem übertroffen“ werde ***). Dann bleibt aber nur ein Schritt, um mit H. S. Foxwell zu behaupten, es sei „ein Glück für Marx“ gewesen, „dass Bray auch in Deutschland so wenig bekannt war“!†)

Es scheint aber, dass Marx auch nach Entdeckung seiner „Vorbilder“ immer noch „Glück“ hat, da die Marx-Literatur gerade in den letzten Jahren ihren großen Aufschwung aufzuweisen vermag. Nur hat sich diese nicht auf Einzelheiten allein, sondern vor allen Dingen auch auf die wahre Grundlage des Systems gerichtet. Wenn mithin bei diesen Kritikern (Stommel ††), Bernstein, Simkowitz, Woltmann, Diehl, Struve †††), Tugan-Baranowski*†) u. v. a.) über die Bedeutung der ökonomischen Geschichtsauffassung im Marxschen System und über das Verhältnis desselben zu jenen Vorläufern kaum wesentliche Meinungsdifferenzen bestehen, so dürfte die

*) Anton Menger, a. a. O., S. VI.

**) Ders., a. a. O., S. 100.

***) Ders., a. a. O., S. IV.

†) H. S. Foxwell, a. a. O., S. LIX. Auch Karl Ruhkopf, Rodbertus' Theorie von den Handelskrisen. Darstellung und Kritik (Diss.), Leipzig 1892, S. 51, schließt sich der Mengerschen Ansicht in vollem Umfange an.

††) Rudolf Stommel, Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung. Eine sozialphilosophische Untersuchung, Leipzig 1896.

†††) Peter v. Struve, Die Marxsche Theorie der sozialen Entwicklung, Art. in Brauns „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ 1899, Bd. 14, S. 658 ff.

*†) Michael v. Tugan-Baranowski, Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Lichte der nationalökonomischen Theorie, Art. im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, N. F., Bd. I, Tübingen und Leipzig 1904, S. 273 ff.

nunmehr berechtigte Fragestellung nicht: ob? sondern: wie? lauten. Darauf nun, wie Marx sein System verstanden wissen wollte, wie er die Gegenwart und Zukunft beleuchtet hat und inwiefern es ihm gelungen ist, in beiderlei Betrachtungen seiner Grundauffassung treu zu bleiben, — auf all diese Fragen haben die zuletzt genannten Kritiker verschieden geantwortet. Bei der Untersuchung des Marx-schen Gedankenganges werden wir auch zu diesen Kritikern Stellung zu nehmen versuchen, da wir dabei zugleich in allgemeinen Umrissen die „revisionistische“ Bewegung innerhalb des Marxismus werden kennen lernen.

Wie bei allen früheren Sozialisten, bildet auch bei Marx die Ansicht darüber, wie sich das gut geheifse Zukunfts-bild zur Gegenwart verhalte, den Kern des ganzen Systems; auch bildet daher die Zusammenbruchstheorie den Mittelpunkt, um den sich die Diskussion der ökonomischen Geschichtsauffassung zu drehen pflegt. Marx selbst hat sich darüber schon in der Vorrede zum ersten Bande des „Kapitals“ unzweideutig ausgesprochen. „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist“ — heifst es da — „kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern“ (S. VIII). Marx will also sein System zu einer „Physik der Gesellschaft“ *) machen; oder — mit Sombart zu sprechen — Marx' System ist als „strengster Objektivismus“ aufzufassen: es handele sich, nach Sombart, „nie bei Marx um Motivation (wie z. B. bei den Österreichern), sondern immer um Limitation, sc. der individuellen Willkür der Wirtschaftssubjekte“ **). Mit andern Worten, Marx will diejenigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens untersuchen, die ein genaues Analogon der Naturphänomene bilden; alles andere nennt er „Ideologie“ und meidet es angeblich prinzipiell. Die Frage, die sich nach einer derartigen

*) Woltmann. a. a. O., S. 398.

**) W. Sombart, a. a. O., S. 591.

programmatischen Erklärung aufdrängt, ist offenbar die, wie die „Naturnotwendigkeit“ des Zusammenbruchs der bestehenden Wirtschaftsordnung von Marx bewiesen wird.

Marx kommt darauf wiederholt zu sprechen, aber eine abgeschlossene erschöpfende Antwort gibt er nicht. Es bleibt also dem Interpretator vorbehalten, sich die einschlägigen Stellen des „Kapitals“ zusammenzusuchen. Den Ausgangspunkt bildet auch bei Marx, wie bei den meisten seiner Vorgänger, die Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Aber, im Gegensatz zu diesen, fasst er sie als „geschichtliches Resultat und Produkt eines vorhergegangenen Prozesses“ auf (III II, 414, 415). Das Wesen derselben bilden, nach Marx, ihre „antagonistischen Distributionsverhältnisse“ (III I, 226), weshalb man die kapitalistische Produktion nie darstellen dürfe „als Produktion, die zu ihrem unmittelbaren Zweck den Genufs hat“; denn dies bedeute: ihren „spezifischen Charakter“, der nichts mit der Erzeugung von Genufsmitteln für den Kapitalisten gemein habe, verkennen (III I, 225). „Wie könnte es“ — fragt weiter Marx — „sonst an Nachfrage für dieselben Waren fehlen, deren die Masse des Volks ermangelt?“ Und die Antwort lautet: „Weil nur in diesem spezifischen, kapitalistischen Zusammenhang das überschüssige Produkt eine Form erhält, worin sein Inhaber es nur dann der Konsumtion zur Verfügung stellen kann, sobald es sich für ihn in Kapital rückverwandelt“ (III I, 239).

Dieser „Antagonismus“ tritt, wie zu erwarten ist, nach Marx in allen der Gesellschaft „immanenten Naturgesetzen“ zu Tage. So ist sein Arbeitswertgesetz ein sich gewaltsam durchsetzendes Naturgesetz, „wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“ (I, 41). Die „Metamorphose der Waren“ *) stellt sich Marx als zwei innerlich unselbständige, aber voneinander in der Tat unabhängige Etappen ($W-G$ und $G-W$) vor und erblickt in dieser „äußerlichen Verselbständigung des

*) Vgl. auch Marx' Kritik der pol. Ökon., Berlin 1859, S. 65 ff.

innerlich Unselbständigen“ den „immanenten Gegensatz von Gebrauchswert und Wert“, der sich durch Krisen äußere (I, 78)*). Diese Krisen, die in der einfachen Geldwirtschaft sich lediglich als eine „Möglichkeit“ darbieten („Kritik“, S. 76), werden in der kapitalistischen Wirtschaft zur Naturnotwendigkeit. Denn „je entwickelter die kapitalistische Produktion . . . je rascher die Akkumulation . . . desto größer die relative Überproduktion von Maschinerie und anderem fixen Kapital und desto häufiger die relative Unterproduktion der pflanzlichen und tierischen Rohstoffe“ (III I, 95)**). „Überproduktion von Kapital“ — bemerkt Marx an einer anderen Stelle — „heißt daher weiter nichts als Überakkumulation von Kapital . . . Es wäre eine absolute Überproduktion, sobald das zusätzliche Kapital für den Zweck der kapitalistischen Produktion = 0. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist aber Verwertung des Kapitals“ (III I, 233). Über die Art und den Umfang der Produktion entscheide allein die Höhe der Profitrate und, wie wir wissen, nicht das Bedürfnis (III I, 231 ff., 241). Dabei erzeuge die Produktivkraft im Gesetz der fallenden Profitrate ein Hindernis, „das ihrer eigenen Entwicklung auf einem gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt“ und daher durch Krisen überwunden werden müsse. Da nun die Steigerung der Produktivkraft in der kapitalistischen Gesellschaft nur durch Erhöhung der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kapitals, d. h. durch raschere Vermehrung des konstanten als des variablen Kapitals, erzielt werden könne, so seien „Fall der Profitrate und beschleunigte Akkumulation

*) Hierauf baut Otto Bauer seine Darstellung von „Marx‘ Theorie der Wirtschaftskrisen“, Art. in der „Neuen Zeit“ 1904, Jahrg. XXIII, Nr. 5 und 6, auf.

**) Daran hat W. Sombart in seiner Krisenerklärung angeknüpft. F. Oppenheimer legt diesem Akkumulationsgesetz eine zu große Bedeutung bei, indem er durch Marx‘ Aussage: „Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (I, 609) verleitet wird, hieraus dessen „Grundgesetz“ und Hauptprämisse zu machen (a. a. O., S. 6).

insofern verschiedene Ausdrücke desselben Prozesses, als beide die Entwicklung der Produktivkraft ausdrücken“^{*)}. Eine genaue Parallele zur Überproduktion von Produktionsmitteln bilde die relative Übervölkerung: wie jene durch das Schwinden der Profitrate gekennzeichnet werde, so trete letztere ein, sobald ein bestimmter Exploitationsgrad nicht innegehalten werden könne. Letzteres sei aber stets da der Fall, wo Arbeiter durch Maschinen ersetzt werden; hieraus folgert Marx, „daß je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich entwickelt, eine immer grösere Kapitalmenge nötig ist, um dieselbe und mehr noch eine wachsende Arbeitskraft zu beschäftigen. Die steigende Produktivkraft der Arbeit erzeugt also auf kapitalistischer Grundlage mit Notwendigkeit eine permanente scheinbare Arbeiterübergabe“ (III^I, 204). Endlich auch dem Gesetz der Zentralisation der Kapitale hafte ein Widerspruch an; denn „je ein Kapitalist schlägt viele tot“ (I, 728 und dazu III^{II}, 428 ff.).

Dies sind die der kapitalistischen Gesellschaft „immanenten Widersprüche“, kraft deren auf die „Expropriation der Volksmasse“ eine neue „Entwicklungsphase“ — die „Expropriation der Expropriateure“ naturnotwendig folgen müsse. Die betreffenden Sätze des ersten Bandes des Kapitals lauten: „Was jetzt zu expropriieren, ist ... der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst ... Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt ... die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation“ (I, 728). Liest man diese Sätze, so wie sie sind, so ist man geneigt, anzunehmen, daß Marx hier eine Theorie des rein mechanischen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft aufstellt.

^{*)} Vgl. hierzu Näheres bei Bergmann, a. a. O., S. 371 ff.

In der Tat ist dies jedoch eine rednerische Wendung, die die an vielen anderen Stellen des „Kapitals“ geschilderte künftige Gestaltung der sozialen Machtverhältnisse schärfer hervorheben sollte. Was wir nämlich sonst von diesen Widersprüchen erfahren, spricht nicht dafür, daß Marx sich den Zusammenbruch automatisch im wahren Sinne des Wortes, geschweige denn als „soziales Wunder“ *) vorstellte. So hören wir von den Krisen, sie seien „immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wieder herstellen“ (III^I, 231). Ein ständiges Gleichgewicht vermögen sie jedoch nicht zu bewirken, da sie sich lediglich als „Reaktion gegen die beständige Aufhebung dieses Gleichgewichts“ betätigen. „Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori“ (I, 321); denn während der Produktionsprozeß selbst streng autoritativ und hierarchisch organisiert ist, herrscht, nach Marx, unter „den Trägern dieser Autorität“ — den Kapitalisten „regellose Willkür“ und „die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht“ (III^{II}, 418)**). M. a. W. die Störungen des Gleichgewichts hält Marx für die Regel innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft; die Krisen verwandeln sich, wie er im „Kommunistischen Manifest“ *** ausführt, in eine „gesellschaftliche Epidemie . . . Epidemie der Überproduktion“. Offenbar kann der Zusammenbruch durch den Mechanismus der Krisen allein nicht herbeigeführt

*) Vgl. Peter v. Struve, a. a. O., S. 679 ff.

**) Vgl. hiermit die Kontrastierung der geordneten Arbeitsteilung innerhalb der Produktion mit der anarchischen Konkurrenz auf dem Markte in der „Misère“, S. 130.

***) Wir dürfen uns ausnahmsweise auch auf das „Manifest“ be rufen, da Marx es selber in diesem Zusammenhang zitiert.

werden, da sie Marx nur als symptomatische Reaktionen gegen die Anarchie, nicht aber als radikale Heilmittel gegen dieselbe erscheinen lässt. Wie Tugan-Baranowski eingehender nachgewiesen hat, in abstracto lässt sich sehr wohl denken, dass diese Anarchie immer weiter obwaltet, ohne dass hieraus die neue Gesellschaftsordnung entspringen könne. „Die Menschheit wird“ — wie er ausführt — „den Sozialismus nie als ein Geschenk blinder, elementarer, ökonomischer Kräfte erhalten, sondern muss die neue Gesellschaftsordnung zielbewusst erarbeiten — und erkämpfen“ *).

Hält man sich an den Wortlaut der oben zitierten Stelle aus dem ersten Bande des „Kapitals“, so ist der Tuganschen Ansicht beizupflichten. In Wirklichkeit aber scheint dieser Einwand Marx nicht zu treffen, da Marx, gleich seinen Schülern, die ausschlaggebende Rolle bei Herbeiführung des Zusammenbruchs das Klassenbewusstsein des Proletariats spielen lässt. So heißt es z. B. in der programmatischen Vorrede zur „Kritik der politischen Ökonomie“ von der „sozialen Revolution“ **): „Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze Überbau langsamer oder rascher um. In der Be- trachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten“ (S. V) ***). Es

*) Michael v. Tugan-Baranowski im zitierten Artikel im „Archiv“ 1904, S. 306; dasselbst führt er übrigens den Marxschen Gedankengang konsequent weiter und gelangt zum Schluss, dass sein Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate falsch sei. Vgl. auch dess. Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Jena 1901, S. 1–26 und 207–231.

**) Vgl. über die Bedeutung des Wortes „Revolution“ bei Marx den vielfach zitierten Aufsatz Struves.

***) Von mir gesperrt.

fiele nicht schwer, diesen Gedanken in verschiedenen Varianten in sämtlichen Jugendschriften Marx' nachzuweisen *); sie alle stehen aber in ihrer beweisenden Kraft der unzweideutigen Erklärung im Schlussskapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ nach. „Mit der beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten“ — so sagt Marx dort — „wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (I, 728). So weit dürfte es sich mehr um einen formellen als sachlichen Unterschied handeln.

Bedeutungsvoll ist dagegen die letzte zu erörternde Frage, ob Marx' Zusammenbruchs- und Vereinigungstheorie in der Tat keine Spur von der von ihm so verschmähten „Ideologie“ mehr enthält. Hier setzt eben die erkenntnistheoretische Kritik der Marxschen Geschichtsauffassung ein, die die „Rückkehr zu Kant“ zur Parole hat und durch das epochemachende Werk von Rudolf Stammmer „Wirtschaft und Recht“ (Leipzig 1896) **) inauguriert worden

*) 1843 schreibt er in einem Briefe an Ruge, es handele sich nicht um Zurufung von neuen Kampfparolen, sondern lediglich um die Aufklärung darüber, warum die Welt eigentlich kämpft; es solle keine neue Arbeit begonnen, sondern lediglich die alte mit Bewußtsein zustande gebracht werden (das. S. 382, 383). Ganz deutlich sagt dies Marx in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ aus (das. S. 397), sowie später im „Kommun. Manifest“ (Berlin 1891, S. 17) und in der „Misère de la philosophie“, S. 116. Noch energischer betont diese Ansicht Friedrich Engels, der in dem zuerst 1845 erschienenen Buch über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ schlechthin behauptet, er glaube nicht, „daß das Volk sich mehr als eine Krise wird gefallen lassen“ (II. Aufl., Stuttgart 1892, S. 298); vgl. auch dess. Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, V. Aufl., Stuttgart 1904, S. 286 und besonders S. 300—302.

**) Vgl. auch R. Stammmer, Materialistische Geschichtsauffassung, Art. im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. V, Jena 1900, S. 725.

ist. Stammler fasst sein Urteil über die „materialistische Geschichtsauffassung“ dahin zusammen, „daß sie dieser unerbittlichen Alternative zwischen kausal begreifender Erkenntnis und zielbewußtem Wollen, jeweils ausschließend sich zu entscheiden, dadurch entrinnen wollte, daß sie den naturnotwendigen Gang der sozialen Entwicklung postulierte, dabei aber meinte, ihn begünstigen, befördern, seine Schmerzen lindern zu können. Das war ein arges quid pro quo!“ (S. 432). Denn die berühmte „Geburtshilfe“ sei in diesem Falle ebenso wenig sinnreich, wie der Entschluß, „sich mit der Erde um die Sonne zu drehen“ (S. 430) oder die Gründung einer Partei, „welche das Kommen und den Eintritt einer exakt berechneten Mondfinsternis ‚zielbewußt begünstigen‘ will“ (S. 433). Wie scharfsinnig die einschlägige Argumentation Stammlers auch ist, zwingend kann man sie jedoch nicht nennen, da er offenbar übersieht — vielleicht durch die irreführende naturalisierende Ausdrucksweise Marx’ dazu veranlaßt — daß die Marxsche Begünstigung von „naturnotwendigen“ Prozessen sich nicht auf das ganze Weltall, sondern lediglich auf greifbare irdische Vorgänge bezieht, die sehr wohl von Menschen beherrscht werden können, sobald er sie kennt*). Viel schwerer fällt der folgende Einwand Stammlers in die Wagschale: „Es muß doch jeder“ — meint Stammler — „der eine nur im allgemeinen und vag eingesehene oder als ziemlich wahrscheinlich vermutete Entwicklung begünstigt, angeben können, warum er diese Begünstigung eintreten läßt. Und dann kann er nicht sagen: — weil es doch so kommen muß“ (S. 433). Stammler und mit ihm Diehl**), der zu seinen unbedingten Anhängern zählt, scheinen also anzunehmen, daß Marx in der

*) Vgl. dazu Engels Antidürrung, S. 300, wo die Nutzbarmachung der elektrischen Kraft, die zuvor nur als vernichtende Gewalt bekannt war, zu Beleuchtungs- u. dergl. Zwecken als Beispiel angeführt wird.

**) K. Diehl begnügt sich a. a. O. mit Berufung auf die Stammlersche Kritik.

Tat nicht gesagt habe, warum er die naturnotwendige Bewegung gutheisse.

Auch Simkhowitsch*) erklärt als Marx' grofsen Fehler, „daß er ein System nicht zur Feststellung des sozialen Sollens, sondern zur Erklärung des gesellschaftlichen Seins aufstellte“, bemerkt aber, „daß sein Materialismus ... doch Platz genug gelassen hat für den Glauben, für den Glauben an die Verheifung der sozialen Revolution, die da kommen sollte.“ Darauf liefse sich vom orthodox-marxistischen Standpunkt erwidern, daß die Art und Weise, wie Marx die „Naturnotwendigkeit“ dessen, was nach Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaft eintreten werde, begründet, durchaus seinem Objektivismus nicht widerspreche.

Noch weniger kann man die Kritik Ed. Bernsteins **), wie verdienstvoll sie als Tat auch war, unterschreiben, der sich vorgenommen hat, „durch Bekämpfung der Reste utopistischer Denkweise in der sozialistischen Theorie das realistische wie das idealistische Element in der sozialistischen Bewegung gleichmäßig zu stärken“ (S. X). Marx wird von Bernstein „Dualismus“ vorgeworfen, „der darin besteht, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sein und doch eine, lange vor seiner Konzipierung, fertige These beweisen will, daß ihm ein Schema zugrunde liegt, in dem das Resultat, zu dem hin die Entwicklung führen sollte, schon von vornherein feststand ... Marx“ — sagt Bernstein weiter — „hatte die Lösung der Utopisten im wesentlichen akzeptiert, aber ihre Mittel und Beweise für unzulänglich erkannt“ (S. 177). So weit hat Bernstein vollkommen recht; vortrefflich ist auch seine Widerlegung

*) W. Gr. Simkhowitsch, Die Krisis der Sozialdemokratie, S. 736 und 737.

**) Ed. Bernstein, a. a. O., besonders S. 168 ff. (Schlußkapitel: „Endziel und Bewegung“); vgl. die Kritik des Bernsteinschen Buches bei Simkhowitsch, a. a. O., S. 775, wo auch der Vorwurf erhoben wird, Bernstein sei Stammler, der ihm doch bekannt sein mußte, nicht genügend gerecht geworden.

mancher Marxschen Voraussagen und Hypothesen durch die Tatsachen des konkreten Wirtschaftslebens (Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, Ausbleiben der prophezeiten Zentralisation der landwirtschaftlichen Betriebe u. a. m.). Aber die von Bernstein geübte erkenntnistheoretische Kritik, die wahlgemerkt seiner „Revision“ zugrunde liegt, verrät entweder eilige Arbeit, oder aber, was der Verfasser vorausgesehen hat, — daß er nicht zu den „Königen ... des sozialistischen Gedankens“ gehört (S. 188). Es ist nämlich schwer einzusehen, wie er seinen Ausspruch: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“ (S. 169), mit seiner anderen Forderung: „Zurück auf Lange“ in Einklang bringen will; denn Lange würde ebenso wenig wie Kant*) eine „Bewegung“ gutheissen, die kein Endziel hätte. Bernstein beschränkt nämlich sein „idealistisches Element“ auf die Behauptung, daß der Arbeiterklasse „eine gesunde Moral und keine Verfallsblasiertheit“ not tue (S. 187). Diese Auffassung möchte ich nicht mit Simkhowitsch (a. a. O.) auf eine Verstümmelung der Stammlerschen Gedanken, sondern eher auf den Einfluß der Brentanoschen Schule und des Buches „Sozialismus und sozialistische Gesellschaftsordnung“ von J. Wolff, zurückführen, den Bernstein ja selber zugibt (S. 173). Bezeichnenderweise verbindet nämlich Bernstein in seiner Beurteilung der Krisen (S. 66 ff.) die Ansichten Brentanos über die Wirkung der Kartelle **) mit dem Wolffschen Optimismus und sagt die Vermutung aus, daß „ein baldiges Eintreten einer allgemeinen Krise aus rein wirtschaftlichen Gründen“ nicht zu erwarten sei (S. 82) ***).

*) Das Motto des Schluskapitels lautet bezeichnenderweise: „Kant wider Cant“ (S. 168).

**) Vgl. die Darstellung der Brentanoschen Krisenlehre weiter unten.

***) Was diese Erwartung betrifft, vgl. die Schrift von L. Pohle, Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen, Göttingen 1902, S. 5 und 41.

Glücklicher in seinen Voraussagen war der Historiker der englischen Handelskrisen, Michael von Tugan-Baranowski*), aber nicht wesentlich erfolgreicher in seiner Kritik des methodischen Standpunkts seines Meisters. Seinen prinzipiellen Einwand, der offenbar den Nagel auf den Kopf trifft, formuliert Tugan dahin, Marx habe übersehen, daß „das Gebiet des Sollens . . . aufserhalb der Kompetenz der objektiven Wissenschaft“ liege, „welche den ursächlichen Zusammenhang der Erscheinungen aufdeckt“ (S. 228). Aber das hierfür angeführte Beispiel aus dem Marxschen Werke scheint das gerade Gegenteil davon, was Tugan behauptet, zu beweisen**). Denn erstens dürfte die Behauptung Tugans, „die Betrachtung des Phänomens des Profits vom Standpunkte der Arbeitswerttheorie“ könne „nur den einen Sinn haben — das Recht des Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag“ (S. 228) kaum auf allgemeine Zustimmung rechnen, da die Arbeitswerttheorie, welche ja auch zu anderen Folgerungen benutzt werden konnte und wurde, als neutral anzusehen ist; zweitens aber trifft der Einwurf, Marx' Mehrwerttheorie enthalte ein ethisches Moment, für Marx gar nicht zu, da er in der Behandlung des Mehrwerts von allen seinen Vorgängern eben darin abweicht, daß er aus der reinen Tatsache des Mehrwerts keine Waffe gegen die bestehende Wirtschaftsordnung zu schmieden sucht. Wir werden im Gegenteil sehen, daß er sogar von der „zivilisatorischen“ Rolle des Mehrwerts spricht***).

Am richtigsten ist wohl der Standpunkt der „Jungen“ unter den Marxisten von Peter von Struve in seinem Artikel „die Marxsche Theorie der sozialen Entwicklung“

*) M. v. Tugan-Baranowski, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, Jena 1901 (geschr. im J. 1900), S. 414, meinte, es könne „nichts irrtümlicher sein als die Ansicht“ Bernsteins; die nächsten Jahre nach Veröffentlichung seines Buches haben ihm sofort Recht gegeben.

**) Vgl. hierzu K. Diehl, Das Verhältnis von Wert und Preis usw., Jena 1898, S. 42

***) III II, S. 354; die Stelle zitiere ich weiter unten im Text.

(a. a. O.) präzisiert worden. „Jeder Sozialist“ — heißt es bei ihm — „geht von dem Sozialismus als dem moralisch-politischen Ideale aus; er ist ihm die regulative Idee, an welcher die einzelnen Tatsachen und Handlungen ethisch-politisch gemessen und bewertet werden.“ Struve hebt ferner hervor, dass der Marxismus, obwohl wissenschaftlich falsch, doch eine mächtige Wirkung auszuüben vermochte, die rein psychologisch bedingt war. „Der wissenschaftliche Sozialismus“ — so fährt er fort — „ist keine Reinkultur der Wissenschaft: als soziales Ideal ist er notwendig eine Verbindung von Wissenschaft und Utopie. Das Utopische an ihm stammt daher, dass die soziale Zukunft nicht einfach erschlossen, sondern erstrebt und erkämpft werden muss ... Die marxistische Krisis als ideologische Erscheinung lässt sich zum guten Teil auf die Verkennung dieser Wahrheit als auf ihren Grund zurückführen. Man wollte allzu wissenschaftlich sein ... Man vergaß, dass Sozialismus ein soziales Ideal ist und als solches immer ein göttliches Recht auf ein gut Stück Utopie besitzt ... Unwahr ist nur Utopismus, der sich als Wissenschaft gibt“ (S. 698—704). Wir haben diesem geistreichen Kritiker selbst das Wort erteilt, da wir keine bessere Formulierung des erkenntnistheoretischen Einwands gegen die Zusammenbruchstheorie uns denken können. Freilich Struves Beweisführung, soweit sie die Auslegung des Begriffs „Revolution“ im Marxschen System betrifft, ist keineswegs von Bedenken frei. Aber die kühne Vindizierung des Rechts „auf ein gut Stück Utopie“ für den Sozialismus ist ein ungemein wertvoller Beitrag zur Befreiung von gewissen quasi-realistischen Vorurteilen nicht des Sozialismus allein, sondern der Sozialwissenschaft überhaupt.

Was die Kritik der Marxschen Doktrin betrifft, so haben alle vorerwähnte Schriftsteller sich auf eine allgemeine Formulierung ihrer Bedenken beschränkt, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, dass Marx' Ausführungen, neben rein kausalen Zusammenhängen, auch teleologische Gedankengänge enthalten. In concreto auf Beispielen

hat nur Tugan-Baranowski dies zu erweisen gesucht, aber wie wir sahen, ohne Erfolg. Ein großer Zitatentum macht dagegen den Vorzug des Buches von Ludwig Woltmann: „Der historische Materialismus. Darstellung und Kritik der Marxschen Weltanschauung“ (Düsseldorf 1900) aus, worin der Marxschen Forschung gleichfalls der rein wissenschaftliche Charakter abgesprochen wird. Denn, sagt Woltmann, „einmal setzt sie das methodische Bewußtsein der Geschichtsidee voraus, dann aber auch eine Bewußtseinsform des Ideals und der Vervollkommenung, ohne welche die Vergleichung der erscheinenden Tatsachen gar nicht möglich ist. Nur vom ideellen Gesichtspunkt einer höheren Gesellschaftsordnung konnte Marx von einem Fortschritt in der sozialen Entwicklung reden, von einer ‚Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft‘ . . .“ (S. 184)*). Woltmann bleibt aber bei dieser unzweifelhaft richtigen Beobachtung nicht stehen, sondern meint sogar, die „ganze Marxsche Analyse des wissenschaftlichen Denkprozesses“ bewege sich „im Geiste des Kantischen Kritizismus“ (S. 187)**). Offenbar läßt sich mit dieser Erklärung Woltmanns kaum seine Empörung darüber vereinigen, daß Marx „die Ideale und die Ideologien zu verspotten, alles wahrhaft Große und Menschliche in der vergangenen Geschichte immer recht klein zu machen usw.“ suche (S. 408). In beiden Behauptungen hat Woltmann allem Anschein nach über das Ziel hinausgeschossen: reduziert man sie dahin, daß Marx ebenso, wie den von ihm verspotteten „Ideologen“, das Ideal der neuen Gesellschaftsordnung vorschwebte und daß er es mit allen Mitteln seiner bestickenden Dialektik zurückgedrängt und ausdrücklich

*) Vgl. auch das. S. 179, 205 ff., 367 und 411.

**) Einen ähnlichen Versuch hat Max Adler in seinem Art.: „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft“ in den „Marxstudien“, Bd. I, Wien 1904, gemacht. Vgl. die Besprechung dieser Arbeit von Paul Kampffmeyer, Zur Kritik der philosophischen Grundlagen des Marxismus, Art. in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1905, Bd. I, Nr. 3, S. 218—225.

von sich gewiesen hat, so enthält dies Urteil keinen inneren Widerspruch, welcher in der Tat Woltmann vorgeworfen worden ist. Berücksichtigt man ferner, daß diese an sich vollkommen richtige These von Woltmann teils durch Zitate aus Marx' *Jugendschriften*, teils durch den Hinweis auf die krasse Ausdrucksweise im „Kapital“ begründet wird*), so kann man sich nicht wundern, daß ihm vorgeworfen wurde, Woltmann habe den „ethischen Standpunkt“ ins Marxsche System „hineininterpretiert“ **).

Und doch braucht in der Tat die Ideologie nicht erst ins „Kapital“ hineininterpretiert zu werden; auch in diesem reifsten Werk ist die von Stammler gestellte Frage: warum die bewußte Bewegung zu begünstigen sei? vielleicht unwillkürlich (d. h. trotz aller Bemühungen Marx', streng objektiv zu denken) doch beantwortet worden. Mit diesem Nachweis, den wir in den vorerwähnten Kritiken vermissen, wollen wir unser Referat über Marx zum Abschluß bringen. Wir sahen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung als anarchisch und antagonistisch von Marx bezeichnet wurde. Nicht am wenigsten ist dies Urteil dadurch bestimmt, daß in ihr „der Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals“ werde (I, 473). Aber Marx denkt nicht daran, die „bürgerliche“ Gesellschaft aus diesem Grunde, nach berühmten Mustern, zu verurteilen; hier bewahrt er im Gegenteil seine Objektivität und behauptet, es sei eine „der zivilisatorischen Seiten des Kapitals, daß es diese Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen erzwingt, die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine

*) So z. B. in dem „Der ethische Standpunkt des ‚Kapitals‘“ überschriebenen Kapitel, a. a. O., S. 206 ff.; vgl. auch S. 373, wo es bei Woltmann heißt: „So wird ... die schonungslose Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Klassen keineswegs als vernünftig hingestellt. Sie wird vielmehr mit den schärfsten Worten moralisch gebrandmarkt.“

**) Alle diese Vorwürfe hat dem Woltmannschen Werk dessen Kritiker Simkhowitsch, a. a. O., S. 412, gemacht.

höhere Neubildung*) vorteilhafter sind als unter den früheren Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw.“ (III II, 354). Fragen wir nun, wie Marx die verschiedene „Höhe“ der einzelnen Entwicklungsstufen beurteilen und dabei keinerlei sittliche Forderungen und Ideale, als Maßstäbe wählen will **), so erhalten wir von ihm keine Antwort. Die Dialektik muß vor dieser Unmöglichkeit stehen bleiben. Blicken wir dagegen in Marx' Jugend zurück und vergleichen seine frühesten Schriften mit den zwei letzten: der „Kritik“ und dem „Kapital“, so werden wir einen Gedanken entdecken, der immer wiederkehrt; nur steht er in der Sturm- und Drangperiode als axiomatischer Glaubenssatz an der Spitze der Beweisführung, dagegen in den reifen Schriften Marx', die immer mehr Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben, wird derselbe Gedanke, gleichsam verborgen, zwischen Klammern und Gedankenstrichen ausgesprochen. Wie es schon in der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ hiefs: „Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat“ (Nachlaß I, S. 397), so wird auch in der „Heiligen Familie“, im „Kommunistischen Manifest“ und in der „Misère de la philosophie“ das Leitmotiv durchgeführt: „La condition d'affranchissement de la classe laborieuse, c'est l'abolition de toute classe“ (S. 177). In der letzteren Schrift wird Proudhon von Marx zugerufen: „pas d'antagonisme, pas de progrès“ (S. 40, 48); nun aber soll im l'état à venir der Antagonismus aufhören; wie erklärt sich dies? Offenbar nur dadurch, daß die „höhere Neubildung“ im Vergleich mit den antagonistischen Gesellschaftsformationen der Sklaverei, der Leibeigenschaft und des Kapitalismus eine neue, eine „höhere“, d. h. eine bessere Qualität nicht nur, sondern schlechthin das Endziel — das Ideal sein werde. Nur so läfst sich die berühmte Stelle aus der Vorrede zur „Kritik der politischen

*) Von mir gesperrt.

**) Vgl. hierzu A. Messer, Kants Ethik, Leipzig 1904, S. 2.

Ökonomie“ verstehen, die sonst unerklärlich bleiben müfste: „Die im Schofs der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte“ — führt Marx daselbst aus — „schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsform schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab“ (S. VI). Soviel in der „Kritik“; im „Kapital“ wird derselbe Gedankengang von neuem in Angriff genommen und, wie wir wissen, „wissenschaftlicher“ behandelt. Dies bedeutet aber bei Marx: alle Erscheinungen, also auch den Antagonismus bezw. die Harmonie des Zukunftsstaates, auf ihre letzten, d. h. ökonomischen Ursachen zurückführen. Der Klassenantagonismus und dessen Aufhebung sind ja Erscheinungen des „Überbaus“, der sich bekanntlich mit der ökonomischen Grundlage umwälzen müsse. Dies die Erklärung dafür, daß uns Marx im „Kapital“ nicht vom „Überbau“, sondern bloß von der „Grundlage“ der künftigen Gesellschaft Näheres berichtet. „Die Freiheit in diesem Gebiet“ — sagt Marx in einem letzten Kapitel des „Kapitals“ — „kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln*), unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle*) bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatsten Bedingungen vollziehen“ (III II, 355). Die „Rationalität“ würde aber nach Marx im folgenden bestehen: „Nur wo die Produktion unter wirklich vorherbestimmender Kontrolle*) der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel und dem Umfang des durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisses“ (III I, 167). Aber, bemerkt Marx an einer andern Stelle, „aller Gedanke

*) Von mir gesperrt.

an gemeinsame, übergreifende und vorstehende Kontrolle der Produktion“ ist „mit den Gesetzen der kapitalistischen Produktion unvereinbar“ und mußt in dieser „daher immer frommer Wunsch“ bleiben (III I, 96).

Wir sehen also, Marx hat sehr wohl gesagt, warum er die eine Wirtschaftsordnung „höher“ als die andere, nennt, warum also das ohnehin „Naturnotwendige“ zu „begünstigen“ sei. Die Bemerkung Stammers: „Dafs der Mensch einmal sterben mußt, gibt keinen gerechtfertigten Grund für Totschlag oder Selbstmord“ (S. 434), trifft höchstens die formelle Seite der Marxschen Leistung, nicht aber ihren wahren, inneren Gehalt. Aber nicht einmal formell ist hierfür Marx, sondern allein sein Kritiker verantwortlich zu machen. Denn Marx bedient sich in der inkriminierten Stelle des „Kapitals“ nicht dieser von Stammer angeführten Analogie, sondern der eines andern Naturvorganges, nämlich des Geburtsaktes. Wollte man daher den wahren Gedankengang Marx' in der Gestalt eines vollständigen logischen Schemas reproduzieren, dabei sich aber seines genannten Bildes bedienen, so würde man folgende Gedankenketze erhalten: 1. die Geburt wird sicher stattfinden, weil die sichtbaren Schmerzen Geburtswehen sind; 2. die Geburtswehen sind ein Übel; 3. die Geburtshilfe kann die Wehen lindern; 4. diese Linderung liegt im Interesse der künftigen Gesundheit; 5. die Gesundheit ist aber erstrebenswert; 6. die Geburtshilfe ist also gutzuheissen. Es ist unschwer nachzuweisen, daß alle Glieder dieser Kette sich bei Marx in Wirklichkeit vorfinden, obwohl er sich der Selbstdäuschung hingab, sein Räsonnement enthalte keine ethischen Prämissen. Nicht also der logische Fehler, der ihm von Stammer vorgeworfen wird *), sondern die

*) Wie bestechend die Beweisführung Stammers auch ist, ist sie aber nichts weniger als zwingend anerkannt worden: vgl. z. B. folgende Kritiken: Othmar Spann, Die Lehre Stammers vom sozialpsychologischen Standpunkt aus betrachtet, Art. in der „Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft“ 1902, S. 703; Georg Simmel, Zur Methodik der Sozialwissenschaft, Art. in Schmollers „Jahrbuch“

Illusion über die wahre Beschaffenheit des aufgestellten Systems ist der wunde Punkt des Marxismus. Wie groß die praktische Bedeutung derartiger Verwechslungen von Wissenschaft und Utopie auch sein mag *), theoretisch sind sie unhaltbar. Daher die „Krisis“ des Marxismus, der aber zahllose ähnliche Krisen vorausgegangen sind und sicherlich noch folgen werden. Denn demselben Bestreben, die „Bewegungsgesetze“ der Gesellschaft, die sie zu Glück und Gerechtigkeit führen sollen, aufzustellen, galten die Bemühungen Quesnays, Thünens, Saint-Simons usf., d. h. der besten unter den nationalökonomischen Denkern. Ob diese „Gesetze“ „arithmetisch“, „natürlich“, „physiko-politisch“, „positiv“, „naturgemäß“, oder der „kapitalistischen Produktion immanent“ und „geschichtlich bedingt“ genannt werden, bleiben sie doch immer subjektiv, d. h. von den Wertmaßstäben des sittlichen Bewußtseins abhängig.

Abschließend wollen wir bemerken, daß neben dieser prinzipiellen Unterscheidung der gesellschaftlichen Zustände in „anarchische“, oder „antagonistische“, und „rationelle“, oder harmonische, bei Marx noch eine andere Bezeichnungsweise vorkommt, die aber mit seinen von uns nachgewiesenen Werturteilen nichts gemein hat. Marx spricht nämlich häufig von „normalen“ oder „gesunden“ Zuständen, Verhältnissen, Größen; er setzt sie aber ganz konsequent dem „Durchschnitt“ gleich, der die gewöhnliche Beschaffenheit der betreffenden Erscheinung charakterisiert, ganz abgesehen davon, ob sie vom Standpunkt seines sozialen Ideals als rationell („gesund“) erscheinen, oder nicht **). So sind z. B. die Krisen eine Abweichung von dem sozialen Ideal, da sie „Lösungen der vorhandenen

1896, S. 575 ff. und besonders S. 580; P. von Struve, a. a. O., S. 667–673.

*) Vgl. hierzu G. Adler, Bedeutung der Illusionen für Politik und soziales Leben, Jena 1904, S. 17 ff.; Bernstein, a. a. O., S. 187; Struve, a. a. O., S. 700 ff.

**) Vgl. I, 72; I, 152; I, 418; I, 590; III^I, 25; III^I, 122, III^I, 161; III^I, 237; III^{II}, 26 usf.

Widersprüche“ sind; sie sind aber nach dieser Bezeichnungsweise in der kapitalistischen Gesellschaft das „Normale“.

Wir sprachen bisher, im Gegensatz zum Brauch vieler Dogmenhistoriker, von Marx allein und nicht von Marx und Engels zusammen, da die Anrufung der Äußerungen des letzteren als interpretatio authenticā des „Marxismus“ vielleicht parteipolitisch, aber nie wissenschaftlich gerechtfertigt sein kann. Wie sehr auch Friedrich Engels zwischen dem Jahre 1844 und Marx' Todesjahr als alter ego des letzteren auftrat, wäre es bei einer gewissen Akribie nicht schwer, auch in diesem Zeitalter ihres Zusammenwirkens manche Unterschiede ihrer Gesinnungen zu entdecken. Sicherlich aber vor und noch mehr nach dieser Zeit musste sich die Individualität Engels' geltend machen. In der uns interessierenden Hinsicht ist besonders die Wandlung von Belang, die in den Anschauungen Engels' in seinen letzten Lebensjahren eingetreten ist und die ihn zum ersten „Revisonisten“ stempelt. Denn er sah sich genötigt, verschiedene Zugeständnisse zu machen, die im Konzert der „Orthodoxen“ (Kautsky, Liebknecht, Bebel, H. M. Hyndman*) u. a.) wie eine Dissonanz klingen. So z. B. Engels' im „Sozialistischen Akademiker“ (1895) abgedruckter Brief aus dem Jahre 1890, worin es heißt: „Dafs von den Jüngern zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise verschulden müssen. Wir hatten den Gegnern gegenüber das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen“ (S. 353)**).

Auf die Darstellung der Lehren der Marxisten können wir nicht weiter eingehen; auch müssen wir auf die Wieder-

*) Vgl. H. M. Hyndmann, Commercial crises of the 19th Century, London 1902, S. 1—15 und S. 163—174.

**) Vgl. Woltmann, a. a. O., S. 2 und S. 210 ff., wo „Engels' Anteil an der Theorie des historischen Materialismus“ eingehend gewürdigt wird.

gabe der Lassalleschen Ansichten verzichten. Theoretisch bieten sie alle weniger Originelles*), als in der praktischen Politik, die aber aus naheliegenden Gründen nicht in unsere Betrachtungen hineinzuziehen ist.

Nur einem von ihnen wollen wir etwas mehr Beachtung angedeihen lassen, — nämlich dem uns bereits als Marx-Kritiker bekannten Tugan-Baranowski, da er sich durch seine historischen Vorarbeiten ein bleibendes Verdienst erworben; wenn auch seine theoretischen Folgerungen nicht durchweg auf Zustimmung rechnen können, so vermögen sie jedoch, als die einzige so groß angelegte und so gut fundierte neo-marxistische Krisentheorie, die vollzogene Reform des Marxismus in concreto zu illustrieren. In seinen „Studien“ geht Tugan von den uns geläufigen Betrachtungen Marx' über den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und zwar von dem fundamentalen Widerspruch derselben, aus. Letzterer herrsche nach Tugan „zwischen der Produktion als einem Mittel, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, und der Produktion als einem technischen Momente bei der Schaffung des Kapitals, d. h. als Selbstzweck“ (S. 27). Nach Tugans Ausführungen in seinem uns ebenfalls bekannten Aufsatz „Der Zusammenbruch usw.“ bestehe dieser Widerspruch darin, „daß die kapitalistische Wirtschaft aus dem arbeitenden Menschen, welcher ein Selbstzweck ist, ein blosses wirtschaftliches Mittel macht“ (S. 304). Darin erblickt der Verfasser, gleich Marx, das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft und die Quelle, aus der Überproduktionen mit Notwendigkeit entspringen; denn, meint er, das was in früheren antagonistischen Wirtschaftsweisen (Sklaverei und Feudalwirtschaft) möglich war, muß sich in eine Notwendigkeit dort verwandeln, wo „die Leiter der Produktion — die Besitzer der Produktionsmittel nicht un-

*) Sogar Lassalle war, trotz seiner gediegenen philosophischen und juristischen Vorbildung, nicht über die Nutzbarmachung Blanscher und Marxscher Ideen für seine agitatorische und polemische Tätigkeit hinausgegangen.

mittelbar an der Produktion teilnehmen und die unmittelbaren Produzenten keine Produktionsmittel besitzen und demnach keine Kontrolle über die Produktion haben“ („Studien“, S. 28). So weit wird nichts wesentlich Neues dem, was Marx über die „Anarchie“ und den „Antagonismus“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesagt hatte, hinzugefügt. Aber Tugan kontrastiert die letztere ausdrücklich mit harmonischen Wirtschaftsweisen, zu denen er 1. die Eigenproduktion, 2. die auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruhende Tauschwirtschaft der kleinen selbständigen Produzenten und 3. die sozialistische Produktion rechnet („Zusammenbruch usw.“, S. 281); bei Marx haben wir dieselbe Kontrastierung ermittelt, wir konnten sie aber nur mit Not herausschälen. Tugan-Baranowski charakterisiert, im Gegensatz zu Marx, die harmonischen Wirtschaftsweisen recht ausführlich; nur in ihnen seien jegliche Störungen unmöglich, denn — und das ist das punctum saliens der Tuganschen Theorie — nur in ihnen könne der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß proportionell vor sich gehen. Den Beweis führt Tugan mit Hilfe von schematischen Berechnungen (nach Art der von Marx im zweiten Bande des „Kapitals“ entworfenen), die, nach des Verfassers Zeugnis, häufig mifs- oder gar nicht verstanden worden sind. Da nun letzteres nicht allein durch die „mathematische“, sondern auch durch die unübersichtliche*) Gestalt der Tuganschen Schemata verursacht zu sein

*) Abgesehen von manchen störenden Druck- u. a. Fehlern ist das Verständnis der Tuganschen Schemata nicht unwesentlich dadurch erschwert, daß er den absoluten Zahlen Indices (p , a und r) anhängt, was meines Wissens auch in den mathematischen Werken nicht üblich ist. Außerdem wählt der Verfasser ganz unnütz große Zahlen, wodurch die Schemata so umständlich aussehen; da es in ihnen aber allein auf das Verhältnis der einzelnen Summanden ankommt und die Zahlen willkürlich sind, so habe ich der Einfachheit halber in meiner Tabelle die Eins gleich 180 Millionen der Tuganschen Schemata gesetzt.

scheint, so gebe ich zwei von denselben in etwas vereinfachter Form wieder. Die Bezeichnungen der Rubriken sind dieselben wie im Original: p bedeutet den Wert der Produktionsmittel, a den der Arbeitslöhne und r den des Mehrwerts (Rente); in der *I* Linie sehen wir die Produktion der Produktionsmittel, in der *II* die der Konsumtionsmittel der Arbeiter und in der *III* die der Konsumtionsmittel der Kapitalisten.

Schema A.

Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals auf der gleichbleibenden Stufenleiter (das gesamte Mehrprodukt geht in den Konsum der Kapitalisten ein)				
	p	a	r	$p + a + r$
<i>I</i>	4	2	2	8
<i>II</i>	2	1	1	4
<i>III</i>	2	1	1	4
<i>I + II + III</i>	8	4	4	16

Schema B.

Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals auf der erweiterten Stufenfenleiter (Akkumulation des Kapitals)																
	das erste Jahr				das zweite Jahr				das dritte Jahr				p	a	r	$p + a + r$
	p	a	r	$p + a + r$	p	a	r	$p + a + r$	p	a	r	$p + a + r$				
<i>I</i>	$14/3$	$7/3$	$7/3$	$28/3$	$49/9$	$49/18$	$49/18$	$98/9$	$343/54$	$343/108$	$343/108$	$343/27$				
<i>II</i>	$7/3$	$7/6$	$7/6$	$14/3$	$49/18$	$49/36$	$49/36$	$49/9$	$343/108$	$343/216$	$343/216$	$343/54$				
<i>III</i>	1	$1/2$	$1/3$	2	$7/6$	$7/12$	$7/12$	$7/3$	$49/36$	$49/72$	$49/72$	$49/18$				
<i>I + II + III</i>	8	4	4	16	$28/3$	$28/6$	$28/6$	$56/3$	$98/9$	$98/18$	$98/18$	$196/9$				

Ein Blick auf das Schema *A* genügt, um zu sehen, daß darin $p=2a=2r$ ist; man sieht aber auch sofort, daß dieselbe Proportion auch im Schema *B* eingehalten wird, wo das Mehrprodukt nicht von den Kapitalisten verzehrt, sondern zur Produktion von Produktionsmitteln auf immer weiterer Stufenleiter verwendet wird. Solange dies der Fall ist, — und darauf läuft der Tugansche Beweis hinaus — könnte auch bei kapitalistischer Akkumulation von einer Überproduktion nicht die Rede sein. Dasjenige also, was die Harmonisten in der Gegenwart zu sehen glaubten, wird von Tugan-Baranowski in den „harmonischen“ Zukunftsstaat verlegt, und insofern hat er recht, seine Theorie als eine Synthese der Marxschen mit der Say-Mill-Ricardoschen Krisentheorie anzusehen („Studien“, S. 27). Allerdings war in Tugans Hauptwerk diese Synthese ebensowenig, wie bei Marx, zu Ende gedacht; denn dort heißt es: „Die Organisation der Volkswirtschaft muß ebenso planmäßig, von einem einheitlichen Gedanken durchdrungen, und im Interesse ihres Subjekts, der Gesellschaft, aufgebaut werden, wie planmäßig, zielbewußt und im Interesse ihres Subjekts, des Individuums, die Privatwirtschaft heute aufgebaut ist. Solche Wirtschaftsorganisation heißt aber Sozialismus“ („Studien“, S. 254). Und es scheint, daß das „muß“ noch etwas vom Marxschen „Determinismus“ in sich enthielt. Dagegen unzweideutig wird der teleologische Charakter dieser Theorie in der späteren Arbeit Tugans — dem Aufsatz „Der Zusammenbruch usw.“ betont, wo der Sozialismus nicht als Tatsache, sondern als Postulat hingestellt wird (S. 306).

Während Tugan-Baranowski den Kern der optimistischen Krisenlehre für „unbestreitbar“ erklärt, knüpfen andere Schriftsteller an die Grundgedanken der pessimistischen Richtung (Malthus-Sismondi) mehr oder weniger bewußt an*) und suchen dieselben mit den Lehren des mo-

*) Vgl. H. Herkner, Krisen, Art. im „H. d. St.“, II. Aufl., Bd. V, S. 426, wo auf diesen Zusammenhang verdienstvoll hingewiesen wird.

dernen Sozialismus zu versöhnen. Hier wären in erster Linie die Engländer John M. Robertson, dessen Buch den bezeichnenden Titel: „Fallacy of Saving. A study of Economics“ (London 1892) führt, und John A. Hobson zu nennen. Wir wollen uns hier nur auf die Wiedergabe des Grundgedankens des letzteren Verfassers beschränken, den er in seinen beiden Schriften: „The Evolution of modern capitalism: a study of machine production“ (London 1894, S. 167 ff.) und „The Problem of the Unemployed“ (London 1896, S. 56 ff.) vertritt; denn durch Kontrastierung desselben mit der Tuganschen Theorie werden wir sehen können, wie der alte theoretische Gegensatz auf einem grundverschiedenen Boden wieder auflebt. In der Vorrede zu dem letztgenannten Werke beruft sich Hobson direkt auf Lauderales und Malthus' Analyse der Überproduktion, mit denen er diese Störung auf Mangel an effektiver Nachfrage zurückführt; ja für ihn ist die Geschäftsstockung mit der Arbeitslosigkeit identisch (S. VIII, IX). „Es verfügen“ nämlich nach Hobson „diejenigen über Konsumtionsvermögen, welche nicht zu konsumieren wünschen. Was wünschen nun diese Leute?“ — fragt Hobson, um gleich Robertson zu antworten: „Sie wollen sparen“ (S. 74). Aus diesen Ersparnissen aber, die eigentlich nach Ansicht beider Verfasser konsumiert werden sollten, werden Kapitalien zur Anlegung „überflüssiger“, weil keinem Bedürfnis entsprechender, Unternehmungen geschöpft. Letztere seien aber nicht in der Lage, ihre Produkte abzusetzen; Arbeit und Kapital vor allem der schwächeren Repräsentanten der betreffenden Industrie, müssen brachgelegt werden, solange das „richtige ökonomische Verhältnis zwischen der Menge des Kapitals und dem Umfange der Konsumtion“ nicht bestehe (S. 94—96) *). Sehen wir nun zu, was Tugan-Baranowski gegen diese Auffassung einzuwenden hat. „Hobson nimmt an“ — führt

*) Vgl. die Darstellung und Kritik der Krisentheorie Hobsons bei M. von Tugan-Baranowski, Studien usw., S. 186 ff.

Tugan aus — „dafs die Enthaltung der Kapitalisten vom Konsum der Baumwollwaren zur Errichtung neuer Baumwollfabriken führt. . . . Sind aber die Kapitalisten etwas klüger, als wofür Hobson sie hält, so werden sie keine neuen Baumwollfabriken, sondern vorwiegend neue Maschinenfabriken, Bergwerke, Steinkohlengruben usw. errichten. Die Produkte aller dieser Unternehmungen werden das nächste Jahr keineswegs brach liegen, sondern durch die erweiterte Produktion des nächsten Jahres verbraucht werden. Also ist die Bildung des überschüssigen Produktes bei der Kapitalakkumulation blofs eine Folge einer mangelnden Proportionalität in der Einteilung der gesellschaftlichen Produktion. . . . Die ganze Analyse Hobsons erweist sich folglich als grundfalsch. Das überschüssige Produkt kann“ — so faßt Tugan sein Urteil zusammen — „in der proportional eingeteilten Volkswirtschaft nicht entstehen, wie rasch sich das Kapital auch akkumulieren mag“ (S. 191, 192). Noch prägnanter drückt Tugan diesen seinen Gedanken in seinem Artikel „Zusammenbruch“ aus, wo es heißt, daß unter der zuletzt gedachten Bedingung „kein Rückgang der gesellschaftlichen Konsumtion an sich im stande ist, ein überschüssiges Produkt zu erzeugen“; denn „die erweiterte Produktion von Eisen und Kohle jedes folgenden Jahres wird die zugenommene Masse der im abgelaufenen Jahre hergestellten Produkte verbrauchen und so ad infinitum, bis der Vorrat an nötigen Mineralien erschöpft wird“ (S. 290). Dies solle das Schema *B* beweisen, wo, der Hobsonschen Lehre zum Trotz, das Mehrprodukt aufgespart werde, ohne daß sich unabsetzbare Überschüsse bilden. Aber nach Tugan-Baranowski haftet der antagonistischen kapitalistischen Produktionsweise ein anderes Gebrechen — die Unproportionalität nämlich an. Die Krisen sind also Folgen nicht der Akkumulation an sich, wie bei Hobson, sondern der kapitalistischen Akkumulation.

Zu einer mit der marxistischen im wesentlichen übereinstimmenden Beurteilung der kapitalistischen Wirtschafts-

ordnung gelangt in seinen „Untersuchungen über das Kapital, seine Natur und Funktion. Ein Beitrag zur Analyse der Volkswirtschaft“ (Tübingen 1890) Otto Wittelshöfer, der aber auf einer völlig originellen methodischen Grundlage fußt. Er denkt sich die gesellschaftliche Wirtschaft, „zuerst lediglich bestimmt von menschlicher Leistungsfähigkeit und menschlichem Bedarfe, sodann beim Hinzutritt der Kapitalbildung . . . , immer noch unter Eliminierung aller rechtlicher Momente.“ Er lässt diese letzteren dann hinzukommen, zunächst als Abgrenzung der Einzelwirtschaften, dann als Eigentum an Kapitalgütern, endlich als „subjektives Kapital“, welches sich von der „objektiven“ Gestaltung emanzipiert und schließlich dieselbe beherrscht*). Mit Hilfe dieses Verfahrens, glaubt Wittelshöfer, kann allein eine richtige Beurteilung der treibenden Kräfte des wirtschaftlichen Organismus, eine Unterscheidung des Unabänderlichen vom Vorübergehenden, des Gesunden vom Krankhaften, des untrennbar Verwachsenen von den zu entfernenden Wucherungen gewonnen werden“, und zwar all dies vom rein ökonomischen, und nicht ethischen Gesichtspunkte betrachtet (S. VI—VIII). Bei seiner Analyse geht Wittelshöfer davon aus, dass der „einzigste Wirtschaftszweck“ in der „möglichst reichen materiellen Lebenserfüllung der Gesellschaft“ zu erblicken sei (S. 257). Diese werde indes in einer Wirtschaftsordnung, wie die gegenwärtige, worin die subjektive wirtschaftliche Bewegung (das Unternehmerprinzip) dominiere, vereitelt. „Indem nämlich die Unternehmerklasse dasjenige Produktionsergebnis, welches die Lebensfristung der abgeholzten Arbeiter übersteigt, absorbiert, wird ein Teil der zur Gemeinschaft ver-

*) Auf S. 131 wird die „objektive“ und die „subjektive wirtschaftliche Bewegung“ definiert: die erstere „begreift in sich das gesellschaftliche wirtschaftliche Leben und die aus der Produktion und Konsumtion, dann aus der Erzeugung und Vernichtung von Vorprodukten sich ergebende tatsächliche wirtschaftliche Gestaltung“; die letztere „umfasst das Vermögen der Individuen und die aus den Transaktionen mit demselben sich ergebenden Veränderungen“.

einigten Individuen wirtschaftlich in die Lage versetzt, nur in karger Weise einen Anteil am Gesamtprodukte zu empfangen . . . So entstehen durch diese Art der Verteilung die Störungen, welche wir unter den Namen Elend und Luxus begreifen“ (S. 230). Neben dieser „ersten und intensivsten wirtschaftlichen Störung“ (S. 223), seien noch andere Störungen zu unterscheiden, „welche entweder die herrschenden und die beherrschten Klassen gleichzeitig treffen, oder auf einzelne Individuen aus einer der beiden Klassen einwirken“ (S. 235). Es werde sich nämlich „in der Regel . . . ergeben, daß die Vorproduktenerzeugung höher ist als die Vorproduktenvernichtung, daß also mehr Arbeit geleistet, als zur Erhöhung der Konsumtion verwendet wird“ (S. 234). So sind für Wittelshöfer „Elend, Luxus und Überkapitalisierung . . . die wichtigsten Ergebnisse des Unternehmerprinzips in der Volkswirtschaft“ (S. 235), da die Unternehmer „nur nach Gewinndifferenzen zu trachten, nicht aber den Produktionserfolg für die Gemeinschaft ins Auge zu fassen haben“ (S. 255). Diese „Arbeitsverschwendungen“, die „in der objektiven Gestaltung nur geringen Schaden zu stiften imstande ist“, müsse in einer wirtschaftlichen Organisation, in der „das Privateigentum mit dem Unternehmer- und Lohnprinzip wirksam ist, zu den heftigsten wirtschaftlichen Störungen führen“ (S. 236); dabei werden dieselben, nach Wittelshöfer, „fort und fort und in immer heftigerem Ausmaße wiederkehren“ (S. 255). Da nun diese und andere *) Erscheinungen, nach Wittelshöfer, „nicht etwa zufällige oder zeitweise eintretende Wirkungen des Systems (sind), sondern . . . ihm organisch anhaftan“ (S. 259), so kann sein Urteil über die kapitalistische Wirtschaft nur sehr pessimistisch lauten. „Wir mögen“ — sagt er am Schluß seines Werkes — „uns gegenwärtig schon in diesem Entwicklungsstadium der

*) Wittelshöfer zählt die Schattenseiten der kapitalistischen Gesellschaft in seinem zwei Seiten langen Resumee auf (S. 257—259), das zum Teil bei Bergmann, a. a. O., S. 420 und 421, abgedruckt ist.

kapitalistischen Wirtschaft befinden“, das charakterisiert sei durch die „Hast nach einem die Güter verschleudernden Exporte, nach Einschränkungen der Produktion im Wege der Kartelle, Auswanderung der Bevölkerung, Schaffung von Kolonien und ähnlichen Masseregeln, welche, indem sie der betreffenden Gemeinschaft Kraft und Produkte entziehen, Heilung bringen sollen“ (S. 261). Die „Anlagen“ in öffentlichen Schulden nennt Wittelshöfer einen Ausweg, der häufig „nur die Reversseite einer gemeinwirtschaftlichen Verschwendug . . . darstelle“, die für die nichtkapitalisierenden Klassen „die gefährlichste und verderblichste“ sei (S. 262). Wie zutreffend und fesselnd diese Kritik der bestehenden Ordnung auch ist, sie ist aber nichts weniger als objektiv und von ethischen Gesichtspunkten frei. Wie Bergmann*) richtig hervorhebt, ist die harmonische „Gesamtwirtschaft“ Wittelshöfers „kein bestimmtes Stadium in der Entwicklung der Volkswirtschaft“, d. h. kein objektiv zu erfassender Gegenstand, mit dem die kapitalistische Wirtschaft verglichen werden könnte, „sondern lediglich eine geistvolle und geschickte Zusammenfassung der von gewissen, auch ethischen Gesichtspunkten aus an die Volkswirtschaft gestellten Forderungen“.

Wir haben bisher die Ansichten der wichtigsten Systeme des Sozialismus darzulegen versucht, die im wesentlichen vom Gegensatz von Kapital und Arbeit ausgehen, d. h. von demjenigen Gegensatz, der in der Industrie zuerst und am stärksten fühlbar geworden ist. Diesen „Industriesozialisten“ wollen wir nun ganz kurz die Lehren der „Agrarsozialisten“ anreihen **). Diese beschränken sich freilich auf die

*) Bergmann, a. a. O., S. 420.

**) Ich ziehe diese zwei bereits eingebürgerten Bezeichnungen den von Oppenheimer, a. a. O., vorgeschlagenen Neologismen: „Industrie- und Geozentrismus“ vor, die m. E. grofse Aussicht darauf haben, einem sozialwissenschaftlichen Antibarbarus dereinst zum Opfer zu werden.

agrarischen Fragen nicht, verlegen aber dahin den Schwerpunkt ihrer Betrachtungen. Wenn z. B. einem Marx das ganze wirtschaftliche Getriebe, also auch die Landwirtschaft, den in der Industrie (nach manchen Kritikern — der englischen Baumwollindustrie) beobachteten „Gesetzen“ unterworfen zu sein schien, so löste sich für Henry George*) das „Problem“ dahin auf, „daß die Bodenspekulation die wahre Ursache industriellen Niederganges“ sei (S. 280). Also sind die Krisen für George ebenso, wie für die meisten Sozialisten früheren Datums, Symptome des sozialen Übels. Aber, während jene auf rein objektiver Grundlage die „Unmöglichkeit“, „Vergänglichkeit“ u. dgl. m. feststellen wollten, beruft sich George auf das ethische Ideal. „Aus dem nationalökonomischen ins ethische Gebiet übertragen“, zeigen seine Ausführungen, wie er es selber sagt — „ein Unrecht als die Quelle der Übel, die sich mit dem materiellen Fortschritt vermehren“ (S. 352). Dasselbe tut er gegen den von ihm energisch bekämpften Malthusianismus dar: „Daß mitten in der höchsten Zivilisation Menschen vor Hunger sterben, findet nicht in der Kargheit der Natur, sondern im Unrecht des Menschen seine Ursache“ (S. 353). Da nun die „Aneignung des Bodens, auf dem und von dem wir alle leben müssen, durch wenige Leute“ auf einem gegen die natürlichen und göttlichen Gesetze verstößenden Gewaltakt beruhe, so könne dies Unrecht auch durch Gewalt beseitigt werden (S. 354). Dies ist eben das „Heilmittel“, dessen „Gerechtigkeit“ George im VII. Buch seines Werkes zu beweisen sucht.

Von George angeregt und mit ihm in der Angabe der letzten Ursache des sozialen Übels übereinstimmend, fasft auch Michael Flürsheim**) sein Urteil über das

*) Henry George, *Progress and poverty, an inquiry into the causes of industrial depressions and of increase of want with increase of wealth: the remedy*, San Francisco 1879; ich zitiere nach der Übersetzung von David Haek, Leipzig 1891; das V. Buch ist betitelt: „Das Problem ist gelöst.“ S. 275—309.

**) Michael Flürsheim, *Der einzige Rettungsweg*, Dresden und Leipzig 1890.

Grundeigentum dahin zusammen, „daß dieses unheilvolle, uns aus einer verfaulten alten Zivilisation überkommene Monopol die ganze Schuld an unseren Zuständen trägt. Im Grund und Boden wurzelt die Kraft von Antaus Mammon“ (S. 571). Denn für Flürsheim ist „die private Aneignung der Grundrente die Mutter des Kapitalzinses“ (S. 106), und dieser „indirekten Wirkung“ des von George gegeifselten Übelstandes schreibt er die Schuld der „Absatzkrise“ zu; wie bei George, so ist auch bei Flürsheim die „soziale Not“ mit der „Absatzkrise“ identisch (S. IV). Auf den Zins nämlich, der „kein Naturerzeugnis, sondern nur ein infolge gewisser gesellschaftlicher Ursachen erlangbarer Tribut“ ist (S. 27), führt Flürsheim die Unterkonsumtion der tributpflichtigen Arbeiter und den Ruin der allein das Risiko tragenden Schuldner — mithin die wirtschaftlichen Störungen überhaupt — zurück (S. V, 32 ff.). Wenn heute der Zins und Zinseszins eine Macht sind, gegen welche die Arbeit nicht ankämpfen könne (S. 563), so werden sie „nach der Rückgabe des Bodens an die Gemeinschaft“ — wie Flürsheim behauptet — „zur Gefahrprämie herabsinken, die immer kleiner wird, nachdem mit dem Zins die Ursachen der heutigen Erwerbskrise beseitigt sind“ (S. 570). Bei Verurteilung des Privateigentums beruft sich auch Flürsheim auf das „Naturrecht“*), das historische, das wirtschaftliche oder das ethische Recht“*); er nennt dessen Beseitigung ein „Gebot der Menschlichkeit, sowie der praktischen Staatskunst, welche eine friedliche Entwicklung unserer Zustände verlangt“ (S. 159).

Auch von Theodor Hertzka**) wird „nicht bloß jedermanns Anspruch auf Boden, sondern sogar auf gleich ertragreichen Boden“ befürwortet (S. 83). So sollen alle Länder, die nach dem Vorgange „Freilands“ das „Regime der wirtschaftlichen Gleichherrschung“ realisieren wollen,

*) Von mir gesperrt.

**) Theodor Hertzka, Freiland. Ein sozialpolitisches Zukunftsbild, II. Aufl., Dresden und Leipzig 1890.

mit der Aufhebung des Privateigentums beginnen (S. 316 ff.). Erst dadurch werde nämlich der „fundamentalsten Voraussetzung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit“ *) — dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag genügt; denn sonst erzeuge der Arbeiter stets nur einen Teil des Produkts. Das Wesen des Hertzkaschen Zukunftsbildes besteht in folgendem: „Genau besehen ist ganz Freiland eine einzige Produktionsgenossenschaft, deren einzelne Mitglieder unabhängig voneinander sind in allen Dingen, in einem Punkte jedoch zusammenhängen, im Ertrage ihrer Arbeit nämlich.“ Dank der freiländischen Statistik sei der Bedarf und dessen Einfluß auf die Preise, die Rentabilität eines jeden Produktionszweiges und einzelnen Betriebes sowie die Lage des Arbeitsmarkts „aus sorgfältiger Beobachtung früherer Jahre genau bekannt“, so daß namhafte Irrtümer nur im Falle elementarer Katastrophen möglich seien. Auch seien „die durch die anarchische Gestaltung der ausbeuterischen Produktionsverhältnisse so häufig eintretenden Preis schwankungen der Welthandelsgüter“ zwar nicht ohne Einwirkung auf die freiländische Wirtschaft; aber „eine tiefgehende Erschütterung . . . vermögen auch diese . . . Ereignisse nicht herbeizuführen . . . In unnütze, störende Bewegung mag sie gebracht werden, aber die natürliche Schwerkraft stellt sofort das Gleichmaß aller Verhältnisse wieder her“ (S. 214). Auf diese Weise sei in Freiland „der Lehrsatz der sog. klassischen Ökonomie, daß ein allgemeines Zuviel an Produkten unmöglich sei, allerdings zur Wahrheit geworden“ (S. 212, 213)*). Daß diese „Ordnung der Freiheit und Gerechtigkeit“ auch die anderen Gebrechen der gegenwärtigen Gesellschaft (Pauperismus, Verbrechen, Alkoholismus usw.) nicht kennt, versteht sich von selbst. Für dieses „Zukunftsbild“ nun, das „den natürlichen und allgemein anerkannten Triebfedern menschlicher Handlungsweise“ entspreche und „ganz und gar unvermeidlich“ sei, willt der

*) Von mir gesperrt.

Verfasser auf innere Wahrhaftigkeit sowohl als auf objektive Wahrheit Anspruch machen. Deshalb möchte er nicht mit den „Morus, Fourier, Cabet und wie sie alle heißen mögen, in einen Topf geworfen werden“ (S. 330). Uns sind derartige Ansprüche auf Wissenschaftlichkeit nicht neu; wir wollen daher hier den wiederholt geführten Beweis, dass dieselben trügerisch sein müssen, unterlassen und nur auf die von uns gesperrten Worte Hertzkas hinweisen. Sie sind für einen vom Liberalismus zum Sozialismus bekehrten Schriftsteller ungemein charakteristisch und bestätigen nur unsere These, dass sie in beiden Fällen gleichen Ursprungs sind, dass sie nämlich nicht auf einer objektiven Beobachtung, sondern lediglich auf der Objektivierung von Inhalten des ethischen Bewusstseins einmal in die Gegenwart, das andere Mal — in die Zukunft, beruhen.

Dasselbe trifft auch für den „Sozialliberalismus“ Franz Oppenheimers*) zu, der dies ausdrücklich hervorhebt, indem er sagt: „Der Sozialismus ist ein Ziel ... Jenes Ziel ist aber auch nahezu dasjenige des Alt-Liberalismus der Physiokraten und Adam Smith“ (S. 134, 135). Dies erklärt uns, warum der Verfasser sein „geozentrisches“ System lieber als „liberal“ bezeichnen möchte, obwohl dasselbe seinem Inhalt nach durchaus hierher und nicht in einen früheren Abschnitt unserer Darstellung gehört. Denn in der Tat ist die Oppenheimer'sche Lehre nichts anderes als eine marxistisch konstruierte agrarsozialistische Doktrin. Er geht nämlich von dem Axiom der „Linie des geringsten Widerstandes“ bei der Betrachtung der Volkswirtschaft aus (S. 104) und findet den höchsten „wirtschaftlichen und sozialen Druck“ — auf dem Lande. Auch für ihn ist das Großgrundbesitz „ein Institut, das den Bebauern

*) Franz Oppenheimer, Siedlungsgenossenschaft, Berlin 1896; dess. Großgrundbesitz und soziale Frage, Berlin 1898 und dess. Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre. Darstellung und Kritik, Berlin 1903. Da der Verfasser seine früheren Ausführungen in der zuletzt genannten Schrift rekapituliert, so nehmen wir in unseren Zitaten nur auf dieselbe Bezug.

des Bodens ein Fixum, dem Inhaber des juristischen Eigentumstitels aber den gesamten oder doch fast den gesamten Wertzuwachs . . . zuweist; denn der Landarbeiter steht“ — nach Oppenheimer — „im festen Lohn und der Pächter wird von Epoche zu Epoche um den Rentenzuwachs gesteigert“ (S. 105, 106). Dieser an sich „physiologische“ Vorgang des Druckausgleichs wird aber, wie Oppenheimer behauptet, in der „kapitalistischen“, d. h. massenhaftes Großgrundeigentum enthaltenden, Volkswirtschaft „pathologisch“, was in der Terminologie unseres Verfassers „nur Steigerung normaler Vorgänge“ bedeutet (S. 113). Diese krankhafte Ausstofsung des aus der Feudalzeit übrig gebliebenen „Fremdkörpers“ nennt Oppenheimer „Kapitalismus“ (S. 139). Hieraus entspringt die von Marx fälschlich aus den Verhältnissen der städtischen Industrie abgeleitete Tatsache der Bildung der proletarischen „Reservearmee“ (S. 106 ff.). Indem somit Oppenheimer an der Hand eigener und fremder Forschungen *) die Einseitigkeit Marx' sieht, der bekanntlich der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes nicht genügend Rechnung getragen hat, fällt er in das andere Extrem und konstruiert eine dem Wortlaut nach marxistische **), agrarische Zusammenbruchstheorie. Wie Marx, scheut auch Oppenheimer nicht, eine „Prognose unserer Gesellschaftsentwicklung“ zu geben (S. 130). Es müsse danach die heutige Grundeigentumsverteilung „hoffnungslos“ (S. 130) und „automatisch“ (S. 136) verschwinden; der zu erwartende Zustand der Gesellschaft sei dem heutigen „immer noch sehr übilen Zustande“ bei weitem überlegen, denn er näherte sich „dem Ideal einer rationellen Gesellschaftsgestaltung mindestens so weit . . . wie eine skeptische Betrachtung des menschlichen Charakters irgend

*) Besonders der bedeutsamen Schrift von E. David: Sozialismus und Landwirtschaft, Bd. I: Die Betriebsfrage, Berlin 1903, wo u. a. S. 608 das „Endziel“ analog wie bei Oppenheimer definiert wird.

**) Oppenheimer gibt z. B. auf S. 140 eine „Version der berühmten Marxschen Prophezeiung“, indem er schlechthin für „Kapitalismus“ — „Privatgrundeigentum“ usw. einsetzt.

erhoffen lässt“ (S. 135). Wenn aber der Verfasser zugibt, sein Sozialliberalismus sei dennoch nur ein Ideal (S. 134), mithin ein Postulat des „Naturrechts“ (S. 138), so widerspricht dies der Möglichkeit eines automatischen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft. Die im „Schlußwort“ (S. 142 ff.) entwickelte „Klassentheorie“ scheint ebenfalls nicht für die letztere Annahme zu sprechen *).

Eine Sonderstellung innerhalb der sozialistischen Literatur nimmt der „Kursus der National- und Sozialökonomie“ **) von Eugen Dühring ein, der eine große Originalität mit einer gewissen Bizarrie verbindet und vielleicht daher verhältnismäßig wenig Einfluß ausgeübt hat. Und doch enthalten einige Kapitel, wie z. B. das „Normalität und Krisen“ überschriebene, manche neue Gesichtspunkte. So erörtert er darin sehr eingehend den „Gegensatz des regelrechten Verlaufs und der Störung“; derselbe habe „als wissenschaftliche Unterscheidung keineswegs denselben Sinn, den wir mit ihm nach Maßgabe der praktischen Interessen verbinden . . . Es würde eine schlechte Art sein, die Mechanik der Volkswirtschaft***) zu enträteln, wenn man von vornherein die Störungen und Krisen so betrachten wollte, als wenn sie durch eine vermeidliche Willkür und nicht aus den gleichartigen Prinzipien, die den guten und schlimmen Erscheinungen gemeinsam sind, in die Welt kämen“. Mit vollem Recht, gibt Dühring zu, werden die gesellschaftlichen Vorgänge in harmonische und disharmonische vom Wirtschaftspolitiker geschieden und

*) Vgl. über Oppenheimer die Besprechungen: von K. Diehl in Conrads „Jahrbüchern“, Bd. 82, Jena 1904, S. 710—712, Hermann U. Kantorowicz, Zur Theorie des Sozialliberalismus, in Schmollers „Jahrbuch“ 1904, S. 673 ff., und die Polemik L. Eschwege — F. Oppenheimer in der „Zukunft“, Berlin 1904, Nr. 48, S. 341 ff.

**) Eugen Dühring, Kursus der National- und Sozialökonomie einschließlich der Hauptpunkte der Finanzpolitik, Berlin 1873; mir liegt nur diese I. Aufl. vor.

***) Von mir gesperrt.

die ersteren als „Richtmafs“ gewählt. „Sobald aber die Geschichte“ — so fährt Dühring fort — „und überhaupt der Inbegriff der Tatsachen ... in seinem ursächlichen Zusammenhang erkannt werden soll, darf man nicht zwei Ordnungen der Dinge einführen und von der einen absehen wollen. Hier sind niemals zwei Möglichkeiten vorhanden, sondern es ist ein einziges Reich von Vorgängen, welches in allen seinen Gestaltungen und Misgestaltungen begriffen werden muß“, da im gesellschaftlichen wie im menschlichen Organismus „Gesundheit und Krankheit nur verschiedene Erscheinungsformen eines einheitlichen, in allen Richtungen gesetzmäßigen und notwendigen Lebensprozesses sind (S. 224, 225).

Will man diese Gedanken nicht mifsverstehen und gleichzeitig zusehen, inwiefern es Dühring gelungen, sie zu realisieren, so hat man sie in Zusammenhang mit seinem System zu bringen *). Nachdem wir von einer „Mechanik der Volkswirtschaft“ gehört haben, werden wir an einer anderen Stelle nicht gering durch die Erklärung Dührings überrascht, „daß die Geschichte sehr oft Lagen schaffe, die nichts weniger als rationell sind“, und daß sie sich mit Gebilden abzufinden habe, „die an sich selbst unvollkommen sind und überdies aller Gleichgewichtsbedingungen ermangeln“ (S. 396, 397). Derartige Urteile fällt Dühring, indem er durchweg die „gegebenen Zustände“ mit einer „vollständigen Verwirklichung des Sozialitätsprinzips“ (S. 277) kontrastiert. Alles was der letzteren nahe komme, bezeichnet er als „natürlich“; die herrschenden Zustände dagegen sind für ihn die „Umkehrung der natür-

*) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, V. Aufl., Stuttgart 1904, S. 306 und 307, meint, Dühring habe die Krisen bloß als „gelegentliche Abweichungen von der Normalität“ aufgefaßt. Demgegenüber weist Bergmann, a. a. O., S. 332, auf die zitierten Sätze Dührings hin. Beide haben recht, aber nur zum Teil, indem beide nicht die Frage aufgeworfen haben, ob Dühring seiner Definition der „Normalität“ im ganzen „Kursus“ treu bleibt.

lichen Schätzungsart“ (S. 273)*). Im Schlufsabsatz des dem „sozialitären“ Prinzip gewidmeten Abschnitts (V) fasst Dühring sein Urteil über dasselbe dahin zusammen, daß „es . . . ein gerechterer Zustand der Eigentums- und Besitzverfassung“ sei, „welcher die Schäden und die Unsicherheit der heutigen Zustände heilen soll“ (S. 402). Das Eintreten dieses Zustandes denkt sich Dühring wie folgt: „Von den unterdrückenden Ungleichheiten und von allen Übeln, in welche die Völker durch die Logik der Gewalt geraten müfsten, werden sie sich vermöge einer anderen Art von Notwendigkeit, nämlich vermöge derjenigen Kräfte, welche im Dienst des gesteigerten Bewußtseins**) stehen, auch wieder befreien und so zu Organisationen gelangen, in denen die Gegenseitigkeit der Arbeit nicht nur zur zweckmäfsigsten Teilung der Funktionen, sondern auch zur ebenmäfsigsten Verteilung der Früchte“ führe (S. 270).

Sehen wir nun zu, was für eine Rolle der Begriff des „Normalen“ in Dührings Krisentheorie spielt. „Die Gleichheit der Produktion mit der Konsumtion“ — sagt er eingangs — „ist die normale Grundvoraussetzung, und alle Abweichungen hiervon müssen als Störungen betrachtet werden“ (S. 226). Dühring stuft die verschiedenen Produktionsgattungen einmal nach der Abhängigkeit höherer Produktionszweige von den niederen und zweitens nach der Dringlichkeit der von ihnen zu befriedigenden Bedürfnisse ab und behauptet, daß das „normale Ineinandergreifen von Produktion und Konsumtion“ von dieser Rangordnung abhänge. „Der Markt“ — so heißt es weiter — „dessen die natürliche und stufenmäßig zu entwickelnde Arbeitsorganisation zu ihrer Ausdehnung bedarf, ist zu einem großen Teil in der gehörigen Überschufsbildung der untersten Produktionsgebiete zu suchen“ (S. 231). Finden nun in schlechten Zeiten Verschiebungen zugunsten niedrigerer Produktionsgattungen statt, so ist diese „Störung

*) Ähnlich auch auf S. 232, 272, 274, 287 usw.

**) Von mir gesperrt.

des durchschnittlichen Verhältnisses“ auf die „regelmäßige Entwicklung“ zurückzuführen. Mithin ist es nach Dühring die „normale Konstitution“ der Gesellschaft an sich, die zu Störungen Anlaß geben könne, ganz abgesehen davon, wie sie zu beurteilen ist.

Haftet aber der normalen Konstitution ein Fehler an, so werde erst recht „die schwerste und am längsten andauernde Störung vorhanden sein müssen“ (S. 233). Als Beispiele solcher Fehler der „volkswirtschaftlichen Verfassungsform“ führt Dühring 1. „die übermäßige Vertretung der nicht bloß nichtarbeitenden, sondern auch in anderen Beziehungen unnützen oder gar schädlichen Gesellschaftselemente“ und 2. den „falschen und zum Teil recht plumpen Luxus“ an (S. 234). Wo aber der Fehler in der volkswirtschaftlichen Verfassungsform liege, da seien es nicht periodische Krisen, sondern andauernd abnorme Zustände, mit denen man zu tun habe. Letztere müssen daher die gegebene gesellschaftliche Konstitution unhaltbar machen. Aber auch in betreff der periodischen Krisen, die Dühring von jenen „Kreislaufstörungen“ unterscheidet, gelangt er zur Überzeugung, dass „die uns als normal geltende Einrichtung des volkswirtschaftlichen Getriebes die Schuld“ daran habe, „dass die letzte Ursache der Möglichkeit solcher Krisen ein organisches Gebrechen sein müsse, und dass die Quelle, aus welcher die Wiederholungen entspringen, von den einzelnen Ereignissen unterschieden werden müsse“ (S. 236)*).

*) Ich übergehe die Kausalerklärungen Dührings, da sie nichts wesentlich Neues enthalten; so hält er die „bloße Unternehmungskonkurrenz“ für zureichenden Erklärungsgrund der „untergeordneten und partiellen Krisen“ (S. 237); das Wesen der Agrar-, Industrie-, Handels-, Bank-, Zirkulations- u. dergl. Krisen erblickt er in der „Entfernung der Zustände vom Gleichgewicht des Angebots und der Nachfrage“ um mehr als „einen gewissen mittleren Spielraum“ und weist auf deren Möglichkeit sowohl infolge von Überfluss, als auch Mangel auf seiten der Produktion oder der Nachfrage hin, wobei er jedoch auf das „Zurückbleiben der Volkskonsumtion“ besonderen Nachdruck legt (S. 241).

Sind nun die von Dühring als „normal“ bezeichneten Zustände von Fehlern und Gebrechen behaftet, so fragt es sich, wo er dann die Grenze zwischen dem Normalen und Abnormen ziehen werde. Ebensowenig ist einzusehen, wie er eine „von der Enge des unmittelbaren Gesichtskreises freie“ Unterscheidung dieser Begriffe durchzuführen gedenkt, zumal er selbst zugibt, „daß die einzige Möglichkeit, letzte natürliche Gründe der Gerechtigkeit anzugeben, ihren Ausgangspunkt in einem Empfindungsurteil nehmen müsse“ (S. 303). Vollends zweifelhaft scheint seine Behauptung zu sein, daß wir mit Hilfe dieser Unterscheidung „immerhin selbst die volkswirtschaftlichen Ideale ... beurteilen“ könnten (S. 225)*). Wie in diesem Falle nämlich, so auch in manchen anderen, erweist sich die Umkehrung der Dühringschen These als richtig: offenbar messen wir unsere Vorstellungen vom wirtschaftlich „Normalen“ und „Abnormen“ an unserem Ideal und nicht umgekehrt, wie es Dühring gehandhabt wissen möchte. —

6. Deutsche Nationalökonomie.

Wir gehen nunmehr zur Durchmusterung derjenigen Lehren über, die — weil im Lande des „kategorischen Imperativs“ entstanden — füglich mit obigem Sammelnamen bezeichnet werden können. Da wir hier aber von der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit zu berichten haben und daher mehr andeuten, als ausführen dürfen, so wäre es zwecklos, die einzelnen Schattierungen schärfer voneinander zu scheiden, als es innerhalb einer Skizze möglich ist. Es lag uns eben nicht so sehr daran, hier auch nur annähernd vollständig und erschöpfend zu sein, als den gemeinsamen Kern herauszuschälen und dessen Keime so weit wie nur möglich rückwärts zu verfolgen. Nicht dasjenige aber, was die „ethische“, „historische“, „realistische“ und „staatssozialistische“ Richtungen voneinander trennt,

*) Von mir gesperrt.

sondern dasjenige, was ihnen ein gemeinsames Gepräge aufdrückt, nämlich die nationalen Traditionen der idealistischen Philosophie, des Polizeistaates, der Kameralistik und nicht am wenigsten der Traditionen und Einrichtungen der deutschen philosophischen Fakultäten, — kurz die geistige Atmosphäre, in der der deutsche „Katheder-sozialismus“ aufgewachsen ist, soll uns im folgenden interessieren. Wir massen uns auch nicht das Urteil darüber an, ob die „historische“ Schule einen Fort- oder Rück-schritt des nationalökonomischen Denkens bedeutet*) und wie die etwaigen Verdienste unter die zwei Generationen derselben: die ältere „polyhistorische“ und die jüngere „monographische“ zu verteilen sind**). Der einzige Grund hierfür ist der, dass unsere Fragestellung hier nicht anders lauten darf, als in den fünf früheren Abschnitten, wo wir doch lediglich untersucht haben, ob in den betreffenden Lehren Werturteile enthalten seien und inwiefern sich die Schöpfer derselben dieses Umstandes bewusst waren. Wie im parlamentarischen Parteileben die Anzahl der Fraktionen größer zu sein pflegt, als die Zahl der pro und contra in den Debatten über große wirtschaftliche Probleme, so gehen auch die Ansichten der deutschen Nationalökonomien in Einzelfragen zwar weit auseinander, aber in der Beurteilung der wichtigsten Erscheinungen der Gegenwart und Zukunft finden sie sich doch um ein Banner zusammen, auf

*) Vgl. hierzu Carl Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere, Leipzig 1883, S. XIX und bes. S. 187—231; Gustav Schmoller, Die Schriften von K. Menger und W. Dilthey zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften (1883), abgedr. in dess. Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig 1888, S. 275 ff.; Carl Menger, Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien 1884; Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Leipzig 1902, Bd. II, S. 188.

**) Vgl. Georg von Below, Zur Würdigung der historischen Schule der Nationalökonomie, acht Artikel in der „Zeitschr. f. Sozial-wissenschaft“, Jahrg. VII, 1904, Seiten: 145, 221, 304, 367, 451, 654, 710 und 787.

welches die gegnerische Hand einen meines Erachtens passenderen Namen geschrieben hat, als die, die sie selber vorgeschlagen haben. Ein gewisses Entgegenkommen den sozialistischen Doktrinen gegenüber wird eben durch das Schimpfwort „Kathedersozialismus“ besser gekennzeichnet, als durch die andern Bezeichnungen, die immer nur eine Seite des Gegenstandes beleuchten. Dieser Gemeinsamkeit der Werturteile waren sich übrigens die ersten Dogmenhistoriker dieser Schule, die zugleich deren eminente Vertreter sind, völlig bewusst, wie die folgenden Äußerungen beweisen. „Die Anlage zur philosophischen Erkenntnis“ — meinte Kries schon im Jahre 1853 — „der Trieb zur organischen Systematik . . . , die Vielseitigkeit der Bildung, die Neigung und die Fähigkeit, sich das Fremde zu amalgamieren . . . , die Humanität, der Trieb für alles, was Macht hat im Leben, sittliche Grundlagen zu gewinnen, der historische Sinn . . . , nicht bloß der Sinn des Engländer für die Observanz —, die Wirksamkeit aller dieser Eigentümlichkeiten in unserem Volkscharakter finden wir auch in der Entwicklung der Theorie der politischen Ökonomie“, welche „durch die Aufnahme sittlicher und politischer Momente“ über die Gesichtsweite Smiths hinaus erweitert worden sei*). Wenn in dieser Charakteristik der deutschen Eigenart in der Nationalökonomie die kameralistische Tradition übergangen wurde, so dürfte dies mit der vor fünfzig Jahren üblichen Geringschätzung derselben zusammenhängen. Um so wichtiger aber ist der Nachdruck, mit dem Kries von dem Einfluß der Philosophie auf das deutsche nationalökonomische Denken spricht. Hierin begegnet er sich mit Schmoller, bei dem es heißt, die Philosophie habe „nicht zum wenigsten dazu beigetragen, Deutschland vor den Extremen zu bewahren, in denen sich Frankreich und England bewegten, eine gesunde Moralität zu erhalten, eine gleichmäßige

*) Karl Kries, Die Politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte. Neue, durch abgesonderte Zusätze vermehrte Auflage der „Pol. Ökon. vom Standp. d. gesch. Methode“, Braunschweig 1883, S. 329, 330.

Kulturentwicklung hervorzurufen, in und mit der jene auf sittlicher Basis beruhende Staatswissenschaft praktisch und theoretisch erwachsen ist, die alles Gute des Sozialismus in sich aufnahm . . .“ Diese Worte hat Schmoller 1864—65 in einer Fichte gewidmeten „Studie aus dem Gebiete der Ethik und der Nationalökonomie“^{*)} niedergeschrieben.

Aus diesen Gründen wollen wir hier unsere Darstellung mit diesem Philosophen beginnen. Zwar wird Johann Gottlieb Fichte gewöhnlich als „erster sozialistischer Schriftsteller Deutschlands“ bezeichnet; wir ziehen jedoch vor, dessen Lehren mit denen Roschers, Hildebrands und Schmollers, als mit denen eines Marx in Zusammenhang zu bringen. Dafs in einem Zeitalter des nahezu unbeschränkten Vorherrschens der klassischen Doktrin^{**)} gerade ein Philosoph es war, der sich gegen diese „die Pflichten und Rechte des Staats zu eng beschränkende“ Lehre auflehnte, dürfte nach den vorangeschickten Bemerkungen nicht befremden. Kein Zufall ist es auch, dafs das Buch I des Fichteschen „Geschlossenen Handelsstaates“, dem wir obige Worte entnommen haben^{***)} und in dem Fichte untersuchen will, „was in Ansehung des Handelsverkehrs im Vernunftstaate Rechtens sei“, — kein Wunder, sagen wir, ist es, dafs dies

^{*)} Gustav Schmoller, Zur Literaturgeschichte usw., Leipzig 1888, S. 80.

^{**)} Wie wenig Interesse man um diese Zeit in Deutschland dem sozialistischen Denken entgegenbrachte, beweist der Umstand, dafs alle grösere öffentliche Bibliotheken die Hauptwerke des englischen Sozialismus teils gar nicht besitzen, teils bedeutend später angeschafft haben. Allerdings ist die Ansicht, alle deutsche Nationalökonomien anfangs des 19. Jahrh. hätten sich auf „Verwässerungen“ der englischen Doktrin beschränkt, übertrieben. Wir werden in Sartorius und Lotz Bewunderer Smiths kennen lernen, die jedoch ihre Selbstständigkeit bewahrt haben.

^{***)} Johann Gottlieb Fichte, Der geschlossene Handelsstaat, Leipzig (Reclam), S. 15. Beachtenswert ist die der Schrift vorangeschickte Widmung: „Seiner Exzellenz . . . Herrn von Struensee“, aus der hervorgeht, dafs sich Fichte keinen Illusionen über die „Ausführbarkeit“ seiner Vorschläge hingab.

Buch die Überschrift „Philosophie“ erhalten hat. Nachdem da gleich eingangs der Unterschied des „Vernunftstaates“ vom „wirklichen“ mit einer sogar heute häufig zu vermissenden Klarheit dargelegt wurde, dürfte die Absicht des Verfassers zu keinen Zweifeln Anlaß geben.

Die Bestimmung des Staates sei nach Fichte: „jedem erst das Seinige zu geben, ihn in sein Eigentum erst einzusetzen, und sodann erst, ihn dabei zu schützen“ (S. 15), wobei die ethischen Postulate (der „Philosophie“) zu erfüllen seien, „daß das Vorhandene unter alle gleich verteilt werde“ (S. 19) und „daß alle ohngefähr gleich angenehm leben können“ (S. 18). Dies sei aber allein im „Vernunftstaate“, wo das „Gleichgewicht des Gewerbes“ bestehet, möglich. Nur darin sei nämlich der Wohlstand der Nation zu erreichen — „nicht einiger Individuen, deren höchster Wohlstand oft das auffallendste Zeichen und der wahre Grund ist von dem höchsten Übelbefinden der Nation . . .“ (S. 38, 39). Diese Forderungen liegen bekanntlich den weiteren zugrunde, daß im Vernunftstaate von Staats wegen „die drei Hauptstände . . . auf eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern eingeschränkt; daß jedem Bürger sein verhältnismäßiger Anteil . . . zugesichert; daß . . . der Wert aller Dinge gegeneinander und ihr Preis gegen Geld festgesetzt . . .; daß endlich, damit dieses alles möglich sei, aller unmittelbare Handel mit dem Auslande unmöglich gemacht“ werde (S. 55). Der Hauptgedanke Fichtes ist aber, daß der Staat den einzelnen Erwerbsklassen die „Sicherheit geben“, „die Gewähr leisten“ solle (S. 61), indem er ihnen das „ausschließende Eigentumsrecht“ einräume. Ohne diesen Verzicht des einen auf das Eigentum des andern, so z. B. der Nicht-Ackerbauer, der Fabrikanten, der Kaufleute auf das Eigentum des Ackerbauers wären die ersten „in jeder Rücksicht frei, sowohl vom Gesetze, als dem Rechte entblößt, ohne Regel, wie ohne Garantie, halbe Wilde im Schoße der Gesellschaft“ (S. 61). Was man gegenwärtig „Gewinn“ zu nennen pflege, sei nach Fichte nichts als Raub und Übervorteilung der-

jenigen, „welche hinwiederum sie bevorteilen und berauben werden, sobald sie die Stärkeren sind“ (S. 62)*)

Kennt man nun die Grundlinien des Fichteschen „Vernunftstaates“, so kann man sein Urteil über die „Zeitgeschichte“ ohne weiteres voraussehen. Im zweiten Buche seines „Geschlossenen Handelsstaates“ kommt er auf dieselbe zu sprechen und weist auf das mangelnde Gleichgewicht, auf Absatzstockungen, auf „Überfüllung“, ja auf die „Anarchie“ des Marktverkehrs schlechtweg hin (S. 67 ff., 89). Der „Nichdenker“ gehe unbewußt von der Voraussetzung aus, daß nur der wirkliche Zustand sei und nur dieser sein könne. „Seine unheilbare Krankheit“ — sagt Fichte — „ist die, das Zufällige für notwendig zu halten“ (S. 63).

Schon diese wenigen Sätze, die um das Jahr 1800 niedergeschrieben worden sind, zeigen uns, um wieviel der Philosoph seinen Zeitgenossen voraus war, zumal der damals noch wenig entwickelte Verkehr Deutschlands kaum zu derartigen Betrachtungen Anlaß geben konnte. Fichte ging vielmehr von seinem apriorischen „Vernunftstaate“ aus, in dem alle die „höheren Zwecke“ realisiert seien, die die Regierung „stets im Auge behalten“ solle (S. 109). Dieser Schüler Kants war sich also dessen bewußt, daß seinem Urteil über die „von aller Ordnung und Sitte freie“ Wirklichkeit nicht ein objektiver Maßstab, sondern sein sittliches Ideal zugrunde lag. So nimmt also Fichte erkenntnistheoretisch denjenigen Standpunkt ein, auf den die uns bereits bekannte neukantische Richtung zurückzukommen strebt. Nichts wäre

*) Vgl. Ernst Busch, Ursprung und Wesen der wirtschaftlichen Krisis, mit Angabe der Mittel zu ihrer Beseitigung, Leipzig 1892, wo es S. 25 heißt, daß gegenwärtig der Dienst der Vermittlung zwischen Produzent und Konsument „weit über Preis bezahlt werden“ müsse; denn — so führt Busch weiter aus — „solange nicht auch die richtige Qualität gewährleistet wird, ist die Gewährleistung der richtigen Quantität vollständig gegenstandslos, ist und bleibt der ganze Gütertausch ein Beträgen und Übervorteilen“ usw. usw. (S. 26). Auf S. 42 wird das „Geschäft“ schlechtweg als „Betrug“ erklärt.

mithin verkehrter, als Fichtes „praktische Vorschläge“ als utopistisch abtun zu wollen; denn gleich in der Einleitung zum „Geschlossenen Handelsstaat“ hat er sehr wohl das Ideale vom Wirklichen zu unterscheiden gewufst. Schmoller erblickt daher mit Recht den grofsartigen Zug im Fichteschen System darin, „dafs er, indem er mit unerbittlicher Strenge die Unsittlichkeiten im heutigen Wirtschaftsverkehr rügt, zugleich in den Grundzügen seines Systems durchaus Aufgaben zeichnet, die wirklich für jeden Nationalökonomen das wahre Ideal der richtigen Ökonomie des Güter- und Völkerverkehrs sein müssen“ (*).

Wenn Fichte allein sich so rückhaltlos gegen das laisser faire-Prinzip ausgesprochen hat, so war er doch nicht der einzige Bekämpfer desselben in Deutschland. Denn auch unter den Smithianern, die um jene Zeit wohl die Majorität der Nationalökonomien ausmachten, übten manche an diesem Grundsatz des Smithschen Systems Kritik. So. z. B. der Göttinger Professor Georg Sartorius in seinen „Abhandlungen, die Elemente des National-Reichtums und die Staatswirtschaft betreffend“ (Göttingen 1806), der „bei aller Verehrung der grofsen Verdienste des Britten, die Freiheit seines eigenen Urteils nicht eingebüfst hatte, und in manchen Punkten nicht einstimmig dachte“ (Vorrede, S. IV). Zu diesen Punkten gehöre vor allem der Grundsatz der Smithschen Lehre: „dafs jeder, indem er seinem Privatvorteile nachjage, den Vorteil des Ganzen befördern müsse“ (S. 208). Demgegenüber weist Sartorius auf die Gegensätzlichkeit der privatwirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten und der Interessen des Volksganzen, der Interessen der Produzenten und Konsumenten, des Grofs- und des Kleinbetriebs hin. Er hebt ferner die Gefahren seitens der künstlichen und natürlichen Monopole im Handel und Grundbesitz hervor und meint daher, dafs jene Behauptung, der Eigennutz der einzelnen sei „in allen Fällen hinreichend, um den National-

*) Gustav Schmoller, Zur Literaturgeschichte usw., Leipzig 1888, S. 72.

wohlstand zur größtmöglichen Vollkommenheit zu bringen, ... durchaus unhaltbar“ sei (S. 218). Diese Ausführungen legt Sartorius seiner für jene Zeit bemerkenswerten 320 Seiten starken Abhandlung über die „Mitwirkung der obersten Gewalt im Staate zur Beförderung des National-Reichtums“ zugrunde.

Noch entschiedener vertritt diesen Standpunkt Johann Friedrich Eusebius Lotz, dessen „Handbuch der Staatswirtschaftslehre“ (Erlangen 1821 — 22)*) den Zweck verfolgte, die „bis jetzt mehr nur der Schule“ angehörenden „Ideen des Industriesystems in die wirkliche Welt einzuführen“ (Vorrede, S. VIII). Gleich Sartorius sich zum Smithschen Anhang zählend, will sich jedoch Lotz ebenso wenig, wie jener, mit dem Smithschen Harmonismus einverstanden erklären. „Der menschliche Eigennutz und die Verfolgung des individuellen Interesse“ — so führt er aus — „welche sich im Verkehr stets mit möglichster Ungebundenheit bewegen, und die Unmöglichkeit, diesen Eigennutz und jenes Interesse so zu bekämpfen, daß denselben alle ordnungswidrigen Strebungen ganz unmöglich gemacht werden — beides erzeugt sehr oft Anomalien**), bei welchen, bei der Verteilung jenes reinen Einkommens, bald der eine Teil begünstigt wird, bald der andere. . . . Wenn nun aber einmal Anomalien nicht zu vermeiden sind, so fragt es sich nur, wie weit sie getrieben werden können, ohne die Betriebsamkeit ganz zu zerrüttten“ (S. 509).

Die Beantwortung der von selbst hierauf auftauchenden Frage, was „normal“ zu nennen sei, bleibt uns Lotz keineswegs schuldig; er geht sehr ausführlich darauf ein und führt wiederholt mit aller Strenge den Unterschied des „unbedingten“, „angemessenen“, „gebührenden“ oder „richtigen“ Verhältnisses von dem wirklichen vom Verkehr bedingten Verhältnis (S. 450, 509). Ersteres bestehe darin, „daß jedem Arbeiter und Kapital- oder Grund- und Boden-

*) Mir liegt die zweite Auflage (Erlangen 1837) vor.

**) Von mir gesperrt.

besitzer das werde, was ihm nach dem Verhältnis seiner Mitwirkung zur Herstellung der Gesamtmasse gebührt“; dies sei aber „nichts weiter, als der Gravitationspunkt, dem sich seine Quote stets anzunähern“ suche (S. 446). Da dies auch „die allgemeine Regel für die Verteilung aller Erzeugnisse“, „die Norm für die Verteilung des Gewinnes“ und das „den angemessenen Preis für die Arbeit, die Kapitalbenutzung und den Gebrauch des Grundes und Bodens“ bestimmende Prinzip sei, so müssen die im konkreten Wirtschaftsleben vorkommenden Abweichungen „Hemmung und Störung in dem regelmäfsigen Fortgange“ der Betriebsamkeit hervorrufen. „Da nun“ — fährt Lotz fort — „dieser regelmäfsige Fortgang das eigentliche Moment ist, von dem alles menschliche Einkommen und der Gütererwerb und Besitz aller, ebenso wie eines jeden einzelnen abhängt, so ist es wohl offenbar, dafs folgeweise auch der Betrag des Gesamteinkommens aller von der mehreren oder minderen Realität und Anerkennung dieser Anspruchstitel in steter Abhängigkeit sein und bleiben müsse“ (S. 446). Daher hält es Lotz für dringend notwendig, diese Titel einer möglichst genauen Prüfung zu unterwerfen, und mit möglichster Umsicht auszumitteln, was hiernach jedem einzelnen . . . an diesen Erzeugnissen eigentlich gebührt“ *) (S. 445).

Während Sartorius und Lotz sich nur zu gewissen Einschränkungen der liberalen Doktrin veranlaßt sahen, verwirft sie in ihrem vollen Umfange der Fürsprecher der Reaktion und Metternichsche Protégé, Adam H. Müller. In seinen „Elementen der Staatskunst“ **) will er „die Idee des vollen, ganzen und lebendigen Staates der Kritik unterwerfen“ (I, Vorrede). Da nun der Staat einen Organismus bilde (II, S. 158), der sich sowohl im normalen (I, S. XVII),

*) Von mir gesperrt.

**) Adam H. Müller, Die Elemente der Staatskunst. Öffentliche Vorlesungen vor Sr. Durchlaucht dem Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar und einer Versammlung von Staatsmännern und Diplomaten, im Winter von 1808 auf 1809, zu Dresden gehalten; 3 Teile, Berlin 1809.

als im Krankheitszustand *) befinden könne, so falle der Regierung die Aufgabe des Arztes zu. Letzterer habe mithin nicht nur mit dem Rechte, sondern auch mit der Sitte zu tun (I, S. 46), weshalb auch die „gangbaren politischen Systeme“ **), welche im Staate „eine blofse Manufaktur, Meierei, Assekuranz-Anstalt, oder mercantilistische Sozietät“ sehen, zurückzuweisen seien. Für Müller ist der Staat „die innige Verbindung der gesamten physischen und geistigen Bedürfnisse . . . , des gesamten inneren und äufseren Lebens einer Nation, zu einem lebenden . . . Ganzen“ (I, 51). Das staatsökonomische Geschäft bestehe darin, „dafs man die Gewerbe innerhalb des Staates lebendig balanciert“ (III, S. 122). Da nun Wohlfeilheit sowohl wie Teuerung „unnatürlich“ sein können (III, S. 117), so werde das „ökonomische Gleichgewicht“ nur bei „richtigen Preisen“ der Waren erreicht (III, S. 132); letzteres stelle sich aber nicht von selbst ein, da „das Bedürfnis aller Waren“ nicht „gleich dringend und gleich unmittelbar sei“ (III, S. 85). Da nun anderseits das geistige Kapital Müller „in kleine Privat-Kapitälchen zerbröckelt“ erscheint (III, S. 52), so sieht er die „gegenwärtige Lage der Sachen“ als „zerrüttet“ an (III, S. 72). „Der Kommerz“ — so führt er aus — „der mit kalkulatorischer Sicherheit und Bestimmtheit prahlte, ist zu einem Lotteriespiel geworden, und der kaufmännische Glückswechsel, der durch keine geistige allumfassende Idee, durch kein wahres unveränderliches Landeigentum, und durch keine vollständige, seelenvolle, gründliche Arbeit mehr balanciert wird, ist über alle Zustände und Besitztümer des Lebens gekommen“ (III, S. 52).

*) Die Kriege, Kalamitäten, Stürme erklärt aber der Verfasser als durchaus naturgemäß; vgl. Bd. I, S. 5—13.

**) Hätte Ad. Smith „die furchtbare Teilung deutscher Arbeit und deutschen Lebens gesehen und erlebt“, so hätte er — meint Müller — „die revolutionäre, levellistische Richtung seines Werkes zuerst verdammt“; vgl. Bd. III, S. 80.

Die Art und Weise, wie nach Müller der „gegenwärtigen Zerrüttung“ abzuhelfen sei, kommt im wesentlichen auf die „Vindizierung“ der idealen Institutionen des Mittelalters hinaus *). Dadurch wollte er, wie er es selber sagt, „gegen die Einseitigkeit“ seiner Zeit „vollständig und kräftig reagiert haben“ (III, S. 169); es läge ihm dagegen fern, den Zustand des Mittelalters oder die Neuzeit für „einen ewigen Normal-Zustand“ auszugeben (III, S. 168). Was zunächst not tue, sei eine stramme „Erziehung“ durch Gesetze und Zölle (I, S. VII und III, S. 79); eine vollständige Ausbildung einzelner Erdstriche „damit eine vollständige Haushaltung dabei herauskomme“ (III, S. 114), Schaffung des „geistigen Kapitals von Nationalgefühlen“ (III, S. 68) und des „nationalen und staatsbürgerlichen Charakters“ (III, S. 171). „Das einzige Mittel“ — so heißt es an einer anderen Stelle — „ist . . . nach der Nationalkraft zu streben und so der vaterländischen Produktion eine vaterländische Garantie zu geben, ein vaterländisches Band in Einheit und in Freiheit zu setzen“ (II, S. 259). Dabei solle aber — so fasst Müller den Grundgedanken seines Systems zusammen — „nicht ein allgemeines, abstraktes Recht, sondern das bestimmte Recht . . . ausgebildet werden; . . . nicht eine — Gott weiß welche — neue Zeit soll hereingewürfelt werden in das Land, sondern die alte, uralte Zeit soll fort dauern, angefrischt und belebt werden durch uns Neue und Junge“ (III, S. 292)**).

Wir sehen schon aus diesen allgemeinen Umrissen der Müllerschen „Romantik“, wie sein System häufig genannt

*) Im Mittelalter sei alles so schön „balanciert“ gewesen. Nach dem mittelalterlichen Ideal werden auch die Forderungen: der Versöhnung der kirchlichen und der weltlichen Gewalten (der „uralten Vereinigung des Staates und der Religion“), der Vereinigung „des Weltmarktes und der Weltkirche“ u. dergl. m. zugeschnitten; vgl.: I, S. 149; II, S. 8 und 93; III, S. 56, 166 und 278.

**) Vgl. auch Bd. I, S. 211, wo es heißt: „. . . die Gesetze . . . sollen von uns als solche lebendige Repräsentanten derer, die selbst nicht kommen können, weil sie schon in ihren Gräbern ruhen, anerkannt und respektiert werden.“

wird, dasfs er vieles davon vorweggenommen, was später dank List zur Parole der deutschen Nationalökonomie werden sollte. So die „Völkerpädagogik“, die Gegenüberstellung der ethischen und nationalen Momente der individualistischen und „weltbürgerlichen Tendenz“ Smiths und die Hervorhebung der zeitlichen und örtlichen Bedingtheit der wirtschaftlichen Vorgänge im Gegensatz zur Abstraktheit der Smithschen Lehre — kurz, in dieser allgemeinen Fassung, fast alle Grundgedanken des „Nationalen Systems“ von Friedrich List*). Die Originalität des letzteren wird dadurch nicht im mindesten in Abrede gestellt, da List zu denselben Schlüssen auf einem von dem Müllerschen diametral entgegengesetzten Wege gelangte. Wenn nämlich Müller das Mittelalter als das Vorbild eines „natürlichen Gleichgewichts“ vorschwebt, so idealisiert List die moderne Handels- und Industrieentwicklung Englands und besonders Amerikas. Die Handels- und Industriegeschichte Amerikas erklärt er für „so lehrreich, wie keine andere“, da dies „Kolonistenvolk fast unter unseren Augen aus dem Zustand totaler Abhängigkeit von der Mutternation und der Getrenntheit in mehrere unter sich in keinerlei politischer Verbindung stehende Kolonieprovinzen sich in den Zustand einer vereinigten, wohlorganisierten, freien, mächtigen, gewerb fleißigen, reichen und unabhängigen Nation emporgehoben hat“ (S. 92). Besonders auffallend ist diese Idealisierung in Lists Schilderung der Zustände in Massachusetts: „Von Elend, Roheit und Lastern“ — heißtt es dort — „unter der Manufakturbevölkerung weißt man hier nichts . . .“ (S. 95). Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten sind nach List im Begriffe, eine „normalmäfsige Nation“ (wie England) zu werden, und die nordamerikanischen Verhältnisse werden von ihm verall-

*) Mir liegt die Ausgabe: Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie, VII. Aufl., mit einer historischen und kritischen Einleitung von K. Th. Eheberg, Stuttgart 1883, vor; vgl. über die Frage der Originalität Lists diese Einleitung, S. 144—183.

gemeinert und seinem „natürlichen“ *) System zu Grunde gelegt. Zwar schickt er seiner „Theorie“ (Buch II) die „Geschichte“ (Buch I) der Italiener, der Hansen, der Niederländer, der Engländer, der Spanier und Portugiesen, der Franzosen, der Deutschen, der Russen und last not least — der Nordamerikaner voran, — offenbar zu dem Ende, daß erstere als direkte Schlussfolgerung aus der letzteren erscheint. Man kann sich aber dem Eindruck nicht verschließen, daß diese „Geschichte“ von List erst nachträglich herangezogen, wenn nicht zum Teil zurechtgemacht worden ist**).

Sei dem wie immer, der Beurteilung der „Geschichte“ der genannten Völker sowie dem „Nationalen System“ überhaupt liegt Lists „natürliches“ Entwicklungsschema zugrunde, worin er folgende „Grade“ unterscheidet: „wilder Zustand, Hirtenstand, Agrikulturstand, Agrikulturmanufakturstand, Agrikulturmanufakturhandelsstand“ (S. 11). Da nun diese Entwicklung für List mit Fortschritt gleichbedeutend ist, so sind die einzelnen „Grade“ derselben „unendlich minder vollkommen“, als die auf sie folgenden (S. 157). „Die Nationalökonomie erscheint“ demgemäß List „als diejenige Wissenschaft, welche . . . lehrt, auf welche Weise jede einzelne Nation auf diejenige Stufe der ökonomischen Ausbildung gehoben werden kann, auf welcher die Einigung mit anderen gleich gebildeten Nationen, folglich die Handelsfreiheit, ihr möglich

*) List hatte ursprünglich die Absicht, so das ganze Werk zu überschreiben, da er diesen Titel sogar in gewisser Beziehung für passender als den gewählten ansah, zumal „alle vorangegangene Systeme als nicht aus der Natur der Dinge geschöpft, als den Lehren der Geschichte widersprechend“ ihm unnatürlich erschienen; er kam aber von dieser Absicht ab, da er fürchtete, daß sein System mit dem physiokratischen in einen Topf geworfen werden könnte; vgl. Vorrede, S. XXXIII.

**) Vgl. Eheberg, a. a. O., S. 245; Knie, a. a. O., S. 285; B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt a. M. 1848, S. 73.

und nützlich sein wird“ (S. 116). Inzwischen aber bilde die „Nationalität“, als „Mittelglied zwischen Individualität und Menschheit“ die Grundlage des Systems (S. XXXIII); denn, fragt List, „welchen Wert . . . haben alle unsere Bestrebungen, seien wir Regierende oder Regierte, vom Adel — oder vom Bürgerstand, Gelehrte, Soldaten oder Zivilisten, Manufakturisten, Agrikulturisten oder Kaufleute, ohne Nationalität und ohne Garantie für die Fortdauer unserer Nationalität“ (S. 343). Einzig und allein diese „nationale Garantie“ könne die „Kapitalisten und Techniker“ vor Kapitalverlust und Brotlosigkeit schützen. Denn „wo die Arbeiter und Techniker erst gebildet werden müssen, wo die Maschinenfabrikation und die Transportanstalten erst im Werden sind, wo den Fabrikanten nicht einmal der Inlandsmarkt gesichert ist . . ., wo der Kredit der Fabrikanten im glücklichsten Fall auf das Notdürftigste beschränkt“, wo mit anderen Worten die inländischen Produzenten der auswärtigen Konkurrenz gegenüber noch machtlos sind, da könne die freie Konkurrenz, der „natürliche Lauf der Dinge“ nur Schaden anrichten (S. 251). Die „Philosophie“, die unter solchen Umständen die Forderung der Universalunion aufstellt, sei „ein anderes hellenisches Ross“, welches die schwächeren Nationen verleite, die „eigenen Schutzmauern mit . . . eigenen Händen niedzureißen“; wer also diese Theorie anwendet, laufe die Gefahr, „ein gedrucktes Rezept befolgend, an einem Druckfehler“ zu sterben (S. 2, 3). Daher fordert List, gleich Müller, für jede Nation: „Garantien für ihre Selbständigkeit und Fortdauer, besondere Maßregeln zu Förderung ihrer Fortschritte in Kultur, Wohlstand und Macht und zu Ausbildung ihrer gesellschaftlichen Zustände als eines nach allen Teilen vollständig und harmonisch entwickelten, in sich selbst vollkommenen und unabhängigen politischen Körpers“ (S. 3). Das Gleichgewicht oder die „Harmonie der produktiven Kräfte“ erblickt List im „richtigen Verhältnis“ der Tätigkeit aller Individuen zueinander und erklärt demgemäß eine reine Agrikulturnation

für „ein Individuum, dem in seiner materiellen Produktion ein Arm fehlt“ (S. 142).

An der Hand amerikanischer Erfahrungen sucht ferner List nachzuweisen, dass, sobald eine vom „normalmäfsigen“ Zustand noch entfernte Nation in freien Wettbewerb mit England trat, sie gewaltigen Störungen ausgesetzt war*). Die Konkurrenz habe den Vereinigten Staaten nichts als „Konvulsion und Ruin“ gebracht (S. 2) — so heifst es gleich am Anfang des „Systems“; in einem weiteren Kapitel (IX) werden schon ganz allgemein die Handelskrisen auf das „Mifsverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr“ zurückgeführt. List vergleicht die von den reichen Manufakturstaaten eingeführten und zum großen Teil kreditierten Waren mit „Vorschüssen auf die künftige Ernte“, welche der Agrikulturstaat mit seinen Ernten zu bezahlen habe. Tritt nun eine Missernte ein und „werden dabei immer noch die Märkte mit fremden Manufakturwaren überführt, so entsteht durch das Mifsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den Produkten und Manufakturwaren die Handelskrise“ (S. 101). Eine nicht geringe Gefahr, führt ferner List aus, liege in den „Geschenken“ Englands an Agrikulturstaaten, in dessen Krediterteilungen und Einfuhren zu Schleuderpreisen, sobald der Verkehr vollkommen frei sei. Zwar seien dazu die englischen Geschäftsleute durch die auf ihrem eigenen Markte von Zeit zu Zeit eintretenden gluts genötigt; sie verstehen es aber, nach List, durch Erhöhung der Preise sich auf Kosten dieser Nationen schadlos zu halten. Indes werden „durch solche Konjunkturen die ganze Manufakturkraft, das Kreditsystem, ja der Ackerbau und überhaupt die ganze Ökonomie der mit England in freier Konkurrenz stehenden Nationen in ihrer Basis erschüttert“ (S. 132). All' dies laufe darauf hinaus, dass das Gleichgewicht der Ein- und Ausfuhren gestört,

*) Ich gebe die Listschen auf die Störungen sich beziehenden Ausführungen etwas eingehender wieder, da sie sogar in dem vortrefflichen Werke Bergmanns mit keinem Worte erwähnt worden sind.

mithin die Mehreinfuhr nicht in Produkten, sondern bar bezahlt werde; dadurch entstehe eine Teuerung des Geldes und der Kredit werde schwankend, was in letzter Linie die Kündigung von Geldanleihen und ein Mifsverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Ländereien nach sich ziehe. Da aber, meint List, darauf eine Entwertung des Grundbesitzes folgt, der mit Geldschulden belastet ist, so werden dabei sogar solche Landwirte ruiniert, deren Jahresproduktion die Konsumtion übersteigt. Eine wie große Bedeutung List diesen Agrarkrisen*), auf deren Erörterung er sich beschränkte, beimafs, erhellt daraus, daß er dieselben Gedanken in dem „Die Manufakturkraft und die Zirkulationsinstrumente“ überschriebenen Kapitel (XXIII) wiederholt, um die „unter die alten Märchen“ gerechnete Lehre von der Handelsbilanz von neuem aufzustellen (S. 244).

Es ist von großem Interesse, wie dieselben wirtschaftlichen Erscheinungen, die von den Freihändlern als Störungen des „natürlichen“ Laufs der Dinge hingestellt wurden, im Listschen System dieselbe formelle Erklärung bekommen, obwohl sie einmal als Argument für die liberale, das andere Mal dagegen — für die protektionistische Wirtschaftspolitik benutzt werden. Die Definition des „Natürlichen“ ist eben in beiden Fällen nicht gleich.

Das „Nationale System“ ist zwar erst 1841 erschienen; nichtsdestoweniger reicht der Einfluß Listscher Ideen weit zurück; wie aus seinen zwei Eingaben an den Bund aus den Jahren 1819 und 1820**) hervorgeht, faßte er schon zu jener Zeit seine agitatorische Aufgabe recht ernst auf. Diese war auch seine Hauptleistung, während theore-

*) Der Grund hierfür ist wohl der, daß das agitatorische und mithin auch theoretische Interesse Lists sich hauptsächlich auf „Agrikulturen“ erstreckte, deren wirtschaftliches Gedeihen er gegen die Übermacht Englands in Schutz zu nehmen trachtete; vgl. S. 206 und passim.

**) Vgl. Gesammelte Schriften von Fr. List, herausgegeben von Häufser, Bd. II, S. 20 ff.

tische Arbeiten sein lebelang mehr oder weniger zufällige Niederschläge jener Tätigkeit waren. Diese zwei Jahrzehnte, auf die sich Lists Agitation erstreckte, waren aber noch an anderen Anregungen reich. So ist hier des Einflusses der historischen Juristenschule zu gedenken, sowie auf die Fortschritte der Sprachwissenschaft hinzuweisen, da diese Disziplinen zuerst den Gedanken, daß auch die Erscheinungen des geistigen Lebens eine organische Entwicklung aufweisen, verwertet haben. Nicht minder hoch anzuschlagen ist auch der von Carl Menger hervorgehobene Einfluß der „Bestrebungen“ deutscher Historiker, welche gegen Schluss des vorigen (18.) und in den ersten vier Dezennien unseres (19.) Jahrhunderts an einigen deutschen Universitäten, zumal in Göttingen und Tübingen, den damaligen Universitätseinrichtungen zufolge Geschichte und daneben Politik lehrten, und demgemäß eine naheliegende Veranlassung fanden, ihre historischen Kenntnisse für die Wissenschaft der Politik und ihre Kenntnisse in dieser letzteren umgekehrt für ihre historischen Studien zu werten“ (*); Menger nennt dabei folgende Gelehrte: Spittler, H. Luden, Pölitz, H. B. v. Weber, Wächter, Dahlmann, Gervinus und W. Roscher. Zu gleicher Zeit sickerten nach Deutschland aus Frankreich und der Schweiz (**)) durch den Wall der Reaktion manche sozialistische Ideen durch. Noch tieferen Eindruck mochten vielleicht die vielgelesenen Schriften Sismondis, den Roscher zu den „gemäßsigten Sozialisten“ zählte (***)), gemacht haben, zumal sie sich mit den Ansichten der deutschen Kameralisten in manchen Punkten berührten.

*) Carl Menger, Untersuchungen usw., S. 208 ff. In betreff Roschers weist Menger, S. 220 f., darauf hin, daß auch er ursprünglich ganz und gar auf dem Boden der Göttinger historischen Schule der „Politiker“ fußte.

**) In den zitierten Werken von Hildebrand und Knies sowie in W. Roschers Grundriss z. Vorlesungen üb. d. Staatswissenschaft, nach gesch. Meth., Göttingen 1843, sind die englischen Sozialisten nicht erwähnt.

***) W. Roscher, Grundriss usw., Göttingen 1843. S. 149.

So stand z. B. der Hauptvertreter der kameralistischen Tradition, Karl Heinrich Rau, eine Zeitlang unter seinem Einfluß. Obwohl bereits 1826 zur Smithschen Schule übergetreten*), nahm doch Rau im Jahre 1821 in der Fehde Say-Malthus noch mehr für den letzteren Partei, wobei er sich wiederholt zu den Ideen Sismondis bekannte**). Gleich diesem wies Rau auf die Wichtigkeit der Unterschiede in der Einkommensbildung für die Überproduktionsfrage hin; denn, so heißt es bei ihm, „nur die wirklich verkauften, oder von den Erzeugern selbst verbrauchten Waren sind es, die das Einkommen der Gewerbetreibenden ausmachen, die . . . zugleich die Erzeugung neuer Vorräte möglich und vorteilhaft machen. In dem gewöhnlichen, ungestörten Fortgange des Gewerbewesens fällt zwar“ — nach Rau — „die hervorgebrachte mit der begehrten und abgesetzten Warenmenge zusammen; aber unsere stürmischen Zeiten haben nur zu oft Beispiele von dem Zurückbleiben der letzteren hinter der ersteren dargeboten. . . . Nachfrage und Absatz hängen . . . von der Lust und dem Vermögen zu kaufen ab, und dieses wieder grosenteils von der Art, wie das gesamte Volkseinkommen sich unter die verschiedenen Stände der Gesellschaft verteilt“. Im Gegensatz zur Smithschen Schule behauptet daher Rau, „man dürfe durchaus nicht darauf rechnen, daß die hervorgebrachte Menge von jeder Gattung Waren sich bald und leicht in ein richtiges Ebenmaß setzen könne“ (S. 207). Die in derselben Schule vorherrschende von James Mill eingeführte „Vorstellung von zwei Hälften“ der

*) In den „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre“ (Heidelberg 1826), S. 257 ff. Nur auf diese späteren Schriften Raus paßt die Bemerkung Schmollers, Rau stelle „die Ehe zwischen der Kameralistik und dem englischen nationalökonomischen Liberalismus dar“ („Untersuchungen usw.“, Leipzig 1888, S. 149).

**) Vgl. Karl Heinrich Rau, Malthus und Say über die Ursachen der jetzigen Handelsstockung. Aus dem Englischen und Französischen mit einem Anhange, Hamburg 1821, S. 201 ff.; daselbst werden von Rau zitiert: Sismondis „Nouveaux principes“.

ganzen Warenmenge, die gegeneinander einzutauschen seien, verwirft Rau als „ganz willkürlich“ (S. 213). Für die Say-Millsche Überproduktionstheorie hat er also nicht viel übrig.

„Welche Lage der Volkswirtschaft überhaupt wünschenswert“*) sei — darüber läfst Rau keinen Zweifel obwalten: „Was in den Gewerben erzeugt wird, das muß Begehr finden und verzehrt werden; es muß überall Auskommen, bei vielen reichliches, verbreitet sein, nirgends Stillstand der Nahrungswege; es muß von Jahr zu Jahr mehr werbend angelegt, also nicht das ganze reine Einkommen ohne Ersatz verzehrt, noch weniger ein Erwerbstamm angegriffen werden“ (S. 233). Zur „Erklärung der jetzigen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands“ übergehend, bemerkt Rau zunächst, daß „in jedem Lande . . . eine besondere Gestaltung der allgemeinen Ursachen angenommen werden“ müsse (S. 265); es müsse demgemäß auch die Erklärung und die Angabe der Heilmittel für verschiedene Länder verschieden ausfallen. Rau weist ferner auf die Vermehrung der Armut infolge der „schnellen Abwechslungen von Blüte und Welken verschiedener Gewerbe“ als auf einen Beweis der Wahrheit hin, daß der Übergang von einem Gewerbe in ein anderes nicht so leicht und schnell zu bewerkstelligen sei, wie es seitens der Smithschen Schule behauptet wurde (S. 208, 293). Endlich gibt Rau auch für Deutschland eine Übervölkerung, d. h. ein „Mifsverhältnis der Erwerbswege mit der Menschenmenge“ zu und da er, bei der politischen Zersplitterung Deutschlands von der eigenen Kraft des „siechen Körpers“ (S. 294, 299) keine „Genesung“ erhofft, so plädiert er für die staatliche Intervention. Zwar verkennt er die Schädlichkeit der früheren „Vielgeschäftigkeit der Regierungen“ nicht; er meint aber, es sei „an der Zeit, durch weisliche, aus tätiger Liebe zum Gemeinwohl hervorgegangene Maßregeln zu zeigen, daß sich den Gewerben helfen lasse, ohne sie mit Verordnungen einzuschnüren“ (S. 295).

* Von mir gesperrt.

Während aber Raus berühmtes „Lehrbuch“ schon geringere Spuren des Sismondischen Einflusses verrät, tritt der letztere noch 1848 bei Theodor von Bernhardi ganz deutlich hervor. In seinem „Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden“ (St. Petersburg 1848), bekämpft er den „kindlichen Optimismus“ und die „gemütliche Unbefangenheit“ von J. B. Say, Mill und Mac Culloch. Gleich Malthus und Sismondi*) wendet Bernhardi sein Augenmerk der Frage des Verhältnisses der Bevölkerung zur Güterproduktion zu, wobei für ihn den Kern der Übergangs- und Überproduktionsfragen das Wohl und Wehe der Arbeiter bilden**). Den Arbeitern werde, nach Bernhardi „der Lohn nach dem Bedürfnis bemessen, so daß er seinem sachlichen Inhalt nach derselbe“ bleibe; „steigende Energie der Arbeit“ — so fährt er fort — „. . . hilft ihnen zu gar nichts und steigert keineswegs ihren Lohn, oder ihr Vermögen zu kaufen; sie sind dabei nicht beteiligt“ (S. 346); denn nicht das Dasein der lebendigen Agenten der Produktion, nur der Gewinn des Unternehmers wird reicher“ (S. 347). Bernhardi weist sogar auf die Möglichkeit von Rückschritten in dem Lohneinkommen der Arbeiter infolge deren Abhängigkeit von fremden Märkten infolge des Wettbewerbes der Gewerksgenossen hin. „Wo aber“ — meint weiter Bernhardi — „eine ungünstige Verteilung***“ des Stammvermögens waltet, und die besitzenden Klassen wenig zahlreich sind, scheint uns . . . die Möglichkeit einer Überfüllung des Marktes sowohl, als der natürlichen Folge einer teilweisen Unsicherheit desselben, gegeben; und wie unter dem Einfluß der erwähnten Umstände auch die Verteilung des Einkommens eine steigend ungünstige wird und infolgedessen ein immer wachsender

*) Vgl. S. 353 ff. und S. 359 ff.

**) Vgl. die immer noch lesenswerte Zurückweisung der „Philosophy of manufactures“ von Ure bei Bernhardi, a. a. O., S. 362, 363.

***) Bei Bergmann, a. a. O., S. 184, ist diese Stelle irrtümlich wie folgt: „Wo aber eine ungünstige Verwaltung usw.“ zitiert.

Teil aller . . . Kapitale“ auf den Konsum der besitzenden Klassen angewiesen wird, „muß . . . diese Möglichkeit immer bestimmter und bedeutender hervortreten, immer näher rücken“ (S. 353). Nach diesen Ausführungen kommt Bernhardi nochmals auf Say zurück und gelangt zum Schlufs, daß seine „Lehren, so tief und so originell sie auch sein mögen (Äußerung Mac Cullochs), uns keineswegs abhalten dürfen, das was wirklich da ist, was sich z. B. in dem wirtschaftlichen Leben Englands tatsächlich offenbart, auch wohl für möglich zu halten“ (S. 358). Bezuglich dessen, wie dem Übel abzuhelfen sei, macht zwar Bernhardi keine positiven Vorschläge, äußert sich aber dahin, daß allein „eine veränderte Verteilung des National-Einkommens und Vermögens, die dem Markt im Innern einen anderen Charakter und eine gleichgewichtige Haltung gäbe“ in Betracht kommen könnte (S. 359).

Wir sehen, wie viele deutsche Nationalökonomien gegen das Smithsche System Sturm liefen und wie zahlreich die Breschen waren, die in ihm im dritten und vierten Dezenium geschlagen wurden. Es galt noch, einen entscheidenden Vorstoß zu machen, um die alte Feste des Manchestertums zum Fall zu bringen; dies ist das ungeteilte Verdienst Wilhelm Roschers gewesen, der von Knies sowohl wie von Schmoller als der eigentliche Begründer der „historischen“ Schule gefeiert wird*). Die Grundzüge seines Programms hat Roscher schon 1842 in seiner Kritik des Listschen „Nationalen Systems“ **) angedeutet. Er meint da, man habe sich fast ausschließlich mit der Physiologie der Gesellschaft, d. h. der „Staatswirtschaft“ beschäftigt, und die Psychologie der Gesellschaft (die „eigentliche Politik“) vernachlässigt; man solle daher letzteres nachholen. „Die gewaltigen Fortschritte, welche die historische Forschung in den letzten Jahrzehnten gemacht hat“ — heißt es schon

*) Knies, a. a. O., S. 33 und Schmoller, a. a. O., S. 150.

**) Abgedr. in „Göttinger Gelehrten Anzeigen“ 1842, Stück 118—121, Seite 1177 ff.

in dieser Kritik — „fordern dringend, auch in der Staatswirtschaft berücksichtigt zu werden“. Eine solche Verbindung habe sich Roscher „zur Aufgabe seines Lebens gemacht“ (S. 1180). Die geschichtlichen Ausführungen Lists werden streng aber gerecht beurteilt und es wird ferner mit Nachdruck hervorgehoben, daß „ein großer Teil derjenigen Sätze des Listschen Systems, denen er beipflichte, von Roscher selber bereits vor dem Erscheinen des letzteren „in seinen Vorlesungen gelehrt worden“ sei (S. 1180, 1205). Wie wenig die „Gelehrten Anzeigen“ der passende Ort für eine derartige Auslassung pro domo auch waren, Unwahres scheint sie nicht zu enthalten. Denn schon im nächsten (1843) Jahre gibt der junge Göttinger Extraordinarius seinen „Grundrifs zu Vorlesungen über die Staatswirtschaft“ heraus, welcher seinen Zuhörern das „Diktat“ ersetzen sollte. Die nachhaltige Wirkung des in demselben in aphoristischer Form entworfenen Programms erklärt sich dadurch, daß dem trocknen Diktat sich der lebende Vortrag gesellte.

In der Vorrede zum „Grundrifs“ definiert Roscher die Aufgabe der historischen Methode dahin, sie solle „für die Staatswirtschaft etwas Ähnliches erreichen, was die Savigny-Eichhornsche Methode für die Jurisprudenz erreicht“ habe; er gibt aber zu, daß dies Verfahren mit dem von Malthus und Rau verwendeten eine gewisse Verwandtschaft habe (S. V). Im Büchlein selbst geht der Verfasser von dem Gegensatz der „philosophischen“, von den Zufälligkeiten des Raumes und der Zeit absehenden, und der „historischen“, auf die Entwicklungsgesetze der Wirtschaft hinzielenden Methode aus. Während die erstere „philosophische Staatsideale“ rein subjektiven Charakters aufstelle, habe die historische Methode „die objektive Wahrheit“ (*), worin sie nach Roscher der des Naturforschers ähnlich sei (S. 1, 2). Nun aber, hebt Roscher mit Nachdruck hervor, sind „die Begriffe des Heilsamen und Recht-

*) Von mir gesperrt.

mäfsigen in bezug auf den Staat vielfach *) nur relativ, je nachdem die Bedürfnisse und Rechtsideen des Zeitalters wechseln“ (S. IV, 144). Die Betonung der Relativität dieser Urteile würde einen großen methodischen Fortschritt bedeuten, wenn — abgesehen von der im Worte: „vielfach“ enthaltenen Einschränkung — der Verfasser seine eigene Vorschrift beherzigt hätte. Er behauptet aber unmittelbar darauf, die noch „nicht gereiften Institute“ von den „dem Sinken angehörigen“ unterscheiden zu können, je nachdem dieselben vor oder nach der „Blütezeit“ bestehen (S. 144). Hier, wie in zahlreichen späteren Schriften, schwiebt Roscher die Analogie der Völkergeschichte mit dem Leben des Individuums vor. Wie die drei bzw. vier Altersstufen der Nation objektiv festzustellen seien, sagt uns freilich Roscher nicht, weil er es eben nicht zu sagen vermag **). Ebenso fraglich ist es, ob es Roscher gelingen würde, den Punkt anzugeben, „wo jedes neue oder verstärkte Bedürfnis anfängt, Resultat und Ursache, nicht der höheren Bildung, sondern der Verbildung zu werden“ (S. 25).

Wenn über die Beschaffenheit dieser Ausführungen Roschers Zweifel bestehen können, ob er sie zu den von ihm postulierten „objektiven Wahrheiten“ rechnet, so scheint doch letzteres mit seiner Theorie des „Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion“ und dessen Störungen — der Produktionskrisen (S. 23, 85), sicherlich der Fall zu sein. Die im „Grundriss“ enthaltenen fragmentarischen Bemerkungen über dies Thema werden in einer Reihe von Roschers späteren Schriften ***) erweitert, aber nicht wesent-

*) Von mir gesperrt.

**) Vgl. Knies, a. a. O., S. 373, wo die Frage aufgeworfen wird: „Was ist Blüte, Manneskraft in der Volkswirtschaft, wenn sie im Gegensatz zu vordringendem Aufstreben, zur hoffnungsreichen Aussicht auf eine noch bevorstehende Entfaltung stehen soll?“

***) Wilhelm Roscher, Die Produktionskrisen mit besonderer Rücksicht auf die letzten Jahrzehnte, Art. in „Die Gegenwart“ 1849; dess. Ansichten der Volkswirtschaft aus geschichtlichem Standpunkte, Leipzig und Heidelberg 1861, S. 279 ff. und dess. System der Volkswirtschaft, Bd. I: Grundlagen der Nationalökonomie. (Ein Hand-

lich vertieft. Der Unterschied besteht nur darin, daß im „Grundrifs“ die Produktionskrisen als „Schattenseiten der hochgestiegenen Arbeitsteilung“ (S. 85) bezeichnet werden, während in den „Ansichten der Volkswirtschaft“ dieselben schon als „pathologische“ Erscheinungen den „physiologischen“ gegenübergestellt werden. Das Gleichgewicht wird im letzteren Werk als die wirtschaftliche Gesundheit, die Störungen desselben als „Krankheiten“ (S. 289) aufgefaßt. In ganz natürlicher Reihenfolge schließt sich dort ein dritter, „Therapeutisches“ überschriebener, Abschnitt an, worin, ganz wie im „Grundrifs“ (S. 86), dem Staate nicht viel zugemutet wird: die nur selten als selbständige Therapie mögliche „Künstliche Hilfe des Staates“ habe sich im wesentlichen auf die Unterstützung des natürlichen Heilungsprozesses zu beschränken (S. 363). Wir sehen, wie die im „Grundrifs“ Roscher vorschwebende Analogie im Laufe der Zeit immer deutlichere Konturen erhält.

Bei der enormen Popularität, der sich Roschers „System“ erfreute, mußte die von ihm gerne angewandte biologische Analogie sehr stark um sich greifen. Wir wollen im folgenden nur einige charakteristische Beispiele aus der Krisenliteratur anführen, um zu zeigen, wie schädlich der Autoritätsglaube sein kann; wir werden nämlich sehen, daß die Vorfrage, ob die bewußte Analogie zulässig sei, von Roscher nicht aufgeworfen worden ist und daß viele seiner Nachfolger dieselbe Analogie kritiklos gebrauchten, ohne daran Anstoß zu nehmen, daß sie mit demselben Wort zwei entgegengesetzte Begriffe bezeichneten.

In erster Linie ist hier die so vielzitierte „Geschichte der Handelskrisen“ (Frankfurt a. M. 1858)*) von Max Wirth zu nennen, worin die „Krisen der Umlaufsmittel“ von den „Krisen des Kapitals“ unterschieden und letztere

und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende) XXII. Aufl., Stuttgart 1897, S. 73 ff. und 640 ff.

*) Mir liegt die IV. Aufl. vom Jahre 1890 vor.

„in akute Krankheiten der Produktion“), der Börsenspekulation“ usw. und „in eigentliche Handelskrisen und Stockungen im Umsatz der Waren und Bodenprodukte eingeteilt“ werden. Die zerstörende Wirkung der Krisen müsse nach Wirth „als ein heilsamer Läuterungs- und Ausgleichungsprozeß betrachtet werden, welcher das reine Metall von der Schlacke sondert und die fieberhafte Lage des Marktes in einen normalen Gesundheitszustand zurückführt“ (S. 16).

Etwas anders wendet die biologische Analogie Wilhelm Öchelhäuser in seiner Schrift „Die wirtschaftliche Krise“ (Berlin 1876) an. Zwar stellt auch er dem Zustand der Krise den „normalgesunden Zustand der Volkswirtschaft“ gegenüber (S. 5) und charakterisiert den Zustand „der höchsten Erzeugung und gleichmäßigen Verteilung der Güter“ dahin, daß darin „Werte und Preise sich decken“ (S. 7); er meint aber, im Gegensatz zur sonst „populären Auffassung“, daß „der denkbar günstigste wirtschaftliche Zustand, in welchem alle Privatinteressen der Produzenten und Konsumenten harmonisch in dem Gesamtinteresse der Allgemeinheit aufgehen, nur ein solcher sein kann, in welchem weder außergewöhnlich hohe noch niedrige, sondern normale Durchschnittspreise herrschen, die dem Käufer wie Verkäufer gleichen Gewinn lassen. Sie sind das wahre Symptom der Gesundheit wirtschaftlicher Verhältnisse“ (S. 6). Die Begriffe des „natürlichen Wertes“ und der durch denselben bestimmten „normalen“ Preise fasst Öchelhäuser im Sinne der Smith-Ricardoschen Schule auf und hebt mit Nachdruck hervor, daß „nicht ein allgemeines Steigen oder Fallen,

*) Vgl. auch Edward D. Jones, Economic Crises, New York 1900, wo es S. 1 heißt: „The crisis . . . is an acute malady to which business appears to be increasingly subject“ und Bernhard Rost, Über das Wesen und die Ursachen unserer heutigen Wirtschaftskrisis, Jena 1905, S. 2, wo die Krisen auch als „akute Krankheiten des Wirtschaftsorganismus“ definiert werden.

sondern das Mifsverhältnis, in welches die früher normalen Preise, Gewinne, Löhne zueinander geraten“ das Wesen der Krisen ausmache (S. 11). Nach dieser Definition „stehen also Hause- und Baissekrisen nicht einander gegenüber, wie Nutzen und Schaden, wie glänzende Zeiten und Kalamitäten, sondern sie bilden nur zwei Phasen derselben kritischen Vorgangs“ (S. 24). Eigentliche „Krankheitserscheinungen“ sieht der Verfasser in den Hausevorgängen (S. 20); in den schlechten Zeiten dagegen vollziehe sich materiell und moralisch der Heilungsprozeß“ (S. 26). Wenn diese Auffassung zweifellos manches Originelle in sich enthält, so läfst die ursächliche Erklärung Öchelhäusers, wonach, neben der Aktiengesetzgebung und der Banknotenpolitik, „die sozialen Bewegungen der Neuzeit“ die Krisen verschuldet hätten, recht tief blicken.

Treuer wird die Roschersche Analogie in Karl Wasserrabs Preisschrift „Preise und Krisen. Volkswirtschaftliches aus unseren Tagen“ (Stuttgart 1889) befolgt. Sie wird hier als „sehr passend“ bezeichnet, und die Ansicht ausgesprochen, daß man dank diesem „durch glückliche Intuition gewonnenen Vergleich“ sich der Erkenntnis von Begriff und Wesen der Krisen am meisten nähern könne (S. 41). Wasserrab geht sogar weiter als Roscher, indem er zwecks Vertiefung in den Gegenstand eine Definition der Krankheit aus den „Vorlesungen über allgemeine Pathologie“ von Cohnheim abschreibt.

Am klarsten ist doch die Gegensätzlichkeit der Auffassungen durch die Debatten des „Vereins für Socialpolitik“ während dessen Tagung in Hamburg (1903) zu Tage gefördert worden, wo bekanntlich die „Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.“ auf der Tagesordnung standen. Während die überwiegende Mehrheit der Redner*) von „Gesundheits- und Krankheitszuständen“ des

*) Vgl. „Verhandlungen der Generalversammlung in Hamburg; 14., 15. und 16. September 1903, auf Grund der stenogr. Niederschrift herausg. vom Ständigen Ausschufs, in „Schriften des Vereins für Socialpolitik“, Bd. CXIII, S. 199, 203, 225, 268 und passim.

gesellschaftlichen Körpers, von Heilmitteln u. dgl. m. sprach, vertraten R. E. May, Robert Liefmann und Werner Sombart die entgegengesetzte Ansicht. So meinte der erste, „daß der Störenfried des wirtschaftlichen Gleichgewicht nicht die Baisse, sondern die Hause ist, — daß das Naturgemäße die Baisse ist“ (S. 251). Ähnlich äußerte sich dort und in einem späteren Aufsatz „Über den Einfluß des internationalen Kapitalienverkehrs auf die Krisen“ (*), Robert Liefmann, der sich dahin aussprach, „daß die sog. Zeit der Stagnation eigentlich der normale Zustand der Volkswirtschaft und nationalökonomisch nicht so ungünstig zu beurteilen ist“, wie es die hohen Gewinne vermissenden Unternehmer zu tun pflegen (S. 262). Sombart endlich schloß sich diesen Rednern an, indem er die Depression als den „normalen Zustand der Volkswirtschaft bezeichnete“ (S. 301).

An diese Verhandlungen des Hamburger Kongresses knüpft Magnus Biermer in seinem Vortrag „Die letzte deutsche Wirtschaftskrisis und ihre Ursachen“ (**)) an und stellt ganz richtig fest, „daß man darüber nicht einig ist, was man unter einer Wirtschaftskrisis zu verstehen hat. Hier gibt es“ — meint Biermer — „nicht einmal eine sogen. herrschende Meinung“ (S. 9). Aber, statt das von Roscher und den genannten Teilnehmern des Hamburger Kongresses Versäumte nachzuholen, d. h. statt die bewußte Analogie überhaupt in Zweifel zu ziehen, behauptet Biermer im Gegenteil, „gegen den Vergleich der Krisen mit Krankheiten“ sei „nichts einzuwenden“. Denn, führt er weiter aus, „man braucht auch sonst in ganz treffender Weise medizinische Ausdrücke für Erscheinungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Das Eigentümliche bei dem vorliegenden Vergleiche ist“ — nach Biermer — „nur, daß man bei der Krisis im pathologischen Sinne die Genesung

*) Abgedr. in Conrads „Jahrbücher“, Februar 1904, S. 179.

**) Magnus Biermer, Sammlung nationalökonomischer Aufsätze und Vorträge in zwangloser Reihenfolge herausgegeben, Gießen 1905, Bd. I, Heft 4.

des Patienten, sobald er den Höhepunkt des Fiebers überwunden hat, erwartet, während der volkswirtschaftliche Organismus in der Krise erst akut krank wird.“ Biermer führt weiter eine Reihe übereinstimmender Merkmale an und bemerkt zum Schluss: „Bei einer weiteren Fortsetzung dieses Vergleichs stößt man aber auf Schwierigkeiten. Der Vergleich wird hinkend“ (S. 9). Offenbar widersprechen die zuletzt zitierten Worte der einige Zeilen höher geäußerten Ansicht, die biologische Analogie werde in „ganz treffender Weise“ auch sonst verwendet und es sei im vorliegenden Falle „nichts“ gegen sie „einzuwenden“. Biermer scheint aber auch zu übersehen, daß man nicht einmal darüber einig ist, ob die Krisen Krankheits- oder Gesundheitszustände sind; er selbst nimmt ersteres an, als ob dies ganz und gar selbstverständlich wäre.

Zur höchsten Ausbildung*) gelangte bekanntlich die biologische Analogie bei Albert E. Fr. Schäffle, dessen literarische Tätigkeit sich über ein halbes Jahrhundert erstreckt und einen merkwürdigen Gedankenreichtum aufweist. Aus diesen Gründen sowie wegen zweimaligen Umschwungs in seinen Anschauungen**) ist an eine Wiedergabe derselben an dieser Stelle nicht zu denken. Wir wollen vielmehr nur zusehen, ob es Schäffle gelungen ist, die Berechtigung dieses in seinem Lebenswerk eine so große Rolle spielenden methodischen Hilfsmittels darzutun. Hatte er sein ganzes Leben lang diese Frage gemieden, so, scheint es mir, mußte er ihr in seiner letzten Arbeit, in der er auf dem Beispiel der Agrarkrisis die Nichtigkeit der Einwände der Verächter seiner Soziologie nachzuweisen suchte, etwas näher treten. Und in der Tat, dieser Frage galten eben die letzten Zeilen, die der greise Gelehrte zu Papier gebracht hat.

*) Ich sehe hier von den soziologischen Schriften P. von Lilienfelds, Herbert Spencers, René Worms' und L. Gumplovicz', die ebenfalls auf der biologischen Analogie fußen, aus naheliegenden Gründen ab.

**) Vgl. hierzu G. Schmoller, Zur Literaturgeschichte usw., S. 218.

Ehe wir aber diese Ausführungen Schäffles wiedergeben, wollen wir eine kurze Charakteristik seiner Krisentheorien bringen, da in ihnen deutlich seine wiederholten Meinungsänderungen Ausdruck gefunden haben. In seiner frühesten nationalökonomischen Schrift „Die Nationalökonomie oder allgemeine Wirtschaftslehre“ (Leipzig 1861 ff.)*) führt er die Krisen auf die „Mifsachtung des kategorischen Imperativs des natürlichen Tauschwerts“ oder auf „plötzliche Verschiebungen“ desselben zurück. Der „natürliche“ Tauschwert wird hier von Schäffle definiert als derjenige „Satz der im Angebot vertretenen Reihe individueller Kostenwertgrößen und der in der Nachfrage vertretenen Reihe individueller Gebrauchswertgrößen, welcher bei normaler wirtschaftlicher Konkurrenz aller Tauschinteressenten die Angebots- und die Nachfragemassen in ein allseitig wirtschaftliches Gleichgewicht versetzt“ (S. 194). Das gestörte Gleichgewicht werde in „starken Schwingungen zwischen Übersteuerung und Verflauung der Preise“ wiederhergestellt, wobei das Faule vernichtet, das Lebensunfähige zerstört und nur das Starke und Solide erhalten werde (S. 203). Was aber Schäffle unter Gleichgewicht versteht, wird hier nicht näher ausgeführt. Die ganze Theorie deckt sich im grofsen und ganzen mit denen von Roscher und Wirth. Eine grundverschiedene Beleuchtung erfährt die Theorie des „natürlichen“ Tauschwerts im sozialistisch angehauchten „Bau und Leben des sozialen Körpers“ (Tübingen 1878)**). Dort weist Schäffle darauf hin, dafs in der bestehenden Wirtschaftsordnung der Preis nicht nach Maßgabe des Kosten- und

*) Mir liegt die III. Aufl. vor, die den folgenden Titel erhalten hat: „Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft. Ein Lehr- und Handbuch der ganzen politischen Ökonomie, einschl. der Volkswirtschaftspolitik und Staatswirtschaft“, Tübingen 1873.

**) Ich zitiere nach dem III. Bande der I. Aufl., deren voller Titel lautet: „Bau und Leben des soz. Körpers. Enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit bes. Rücksicht auf die Volkswirtschaft als sozialen Stoffwechsel“, Tübingen 1875—78.

Gebrauchswerts der ganzen auf dem Markt erscheinenden Produktenmasse, sondern nach den Sonderkosten des letzten noch absatzfähigen Produkts bestimmt werde. Hieraus entstehen nach Schäffle alle „Grundschäden“ der kapitalistischen Organisation, vor allem aber „die empörende Tatsache, daß bei Überfüllung der Warenlager Not und bei allgemeiner Not Beschäftigungslosigkeit herrscht“. Denn dadurch werde „der Komplex der Gleichgewichtsbedingungen nach allen Seiten dem Zufall preisgegeben und jetzt unübersehbar“ (S. 445). Die notwendige Folge hiervon sei die „Steigerung“ der Produktions-, Bedarfs- und Absatzschwankungen weit über das zur Gleichgewichtserhaltung erforderliche Maß hinaus, infolgedessen unnötig Produktions-, Absatz-, Haushalts- und Entwicklungskrisen“ (S. 438). Auch die letzte wichtige, schon durch den Titel des Buches „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ (Tübingen 1885) gekennzeichnete Wendung vom Sozialismus zur Sozialreform spiegelt sich in Schäffles Krisenlehre ab. Auch der Zukunftsstaat wird nicht von den Gleichgewichtsstörungen frei erklärt; denn die Schwankungen der Konjunktur werden, im Gegensatz zum „Bau und Leben“, nicht allein auf die Unvollkommenheit des Kapitalismus, sondern auch auf Naturzusammenhänge zurückgeführt. Vor allem aber wird die Möglichkeit einer Krisenverhütung und -Versicherung nicht allein für den Zukunftsstaat, sondern auch für die bestehende Wirtschaftsordnung vindiziert*).

So sehen wir, wie Schäffle mit Änderung der sozialen Weltanschauung jedesmal auch das wirtschaftliche Gleichgewicht anders definierte. Ihm ist dies auch nicht entgangen, sobald er sich darauf, was normal bezw. abnorm zu nennen sei, besonnen hatte. Dies geschah, wie gesagt, in seinen zum Teil posthumen „Neuen Beiträgen zur Grundlegung der Soziologie“ **), deren siebenter Hauptabschnitt den

*) Vgl. die eingehende Darstellung und Kritik bei Bergmann, a. a. O., S. 393 ff.

**) In der „Zeitschrift für die gesamte Staatsw.“, 60. Jahrgang, Tübingen 1904, Heft I, S. 201 ff.

„Störungen der Gesellschaft und ihrer Bekämpfung“ gewidmet ist. Er bekennt da zuerst, dass er die „Patho-Soziologie“ und die „Therapo-Soziologie“ in seinen früheren Schriften „absichtlich zurückgedrängt“ habe. Dieselben sollten in diesem (VII.) Hauptabschnitt der „Neuen Beiträge“ behandelt werden, da diese der Erörterung der Agrarfrage zugrunde gelegt werden sollten, was der Beantwortung der Fragen gleichkomme, „ob die Landwirtschaft gestört oder verbildet ist oder nicht, ob nicht krankhafte ‚Komplikationen‘ — Interpendenzen — mit aufserwirtschaftlichen Störungen und Verbildungen vorliegen, namentlich aber, ob das ‚Kurieren‘ der Agrarier ‚nach ihrer Art‘ nicht wirkliche Störungen erzeugen muss, indem es angeblich zu bekämpfen sucht.“ Hier könnte man also eine Untersuchung des objektiven Inhalts der Begriffe der gesellschaftlichen Gesundheit und Krankheit von Schäffle erwarten. Schäffle denkt aber nicht daran. Da er eben den Nachweis führen will, dass seine biologische Analogie nie real gewesen sei, so nimmt er sich in den „Neuen Beiträgen“ vor, „alle biologische Analogien und hiermit den Ausdruck Krankheit“ zu vermeiden. Aber schon zwei Seiten weiter vergifst Schäffle sein Vorhaben und spricht von einem „an sich gesunden Volke“ (S. 204). Freilich dies könnte nur in dem ersten Konzept übersehen werden; aber gerade weil diese flüchtigen Aufzeichnungen in ihrer ungefeilten Gestalt übermittelt worden sind, tritt die Bedeutung der biologischen Analogie für den Schäffleschen Ideengang um so klarer zu Tage. Dafs sie für ihn nicht schlechthin eine „Krücke“ war, die er nach Belieben wegzwerfen vermochte, beweist seine Klassifikation der „Störungen“, die an die medizinische doch täuschend erinnert. „Neben die Funktionsstörungen“ — sagt Schäffle — „werden auch Verbildungen aller Art, Organisationsfehler, Deformationen, Entartungen ins Auge zu fassen sein. Sie sind teils plötzlich, akut, teils von lange her, chronisch, teils Krisen, teils Katastrophen“ (S. 202). So hat uns auch der bedeutendste Vertreter der organischen Analogie in der Nationalökonomie die prinzipielle Frage

nicht beantwortet. Wir werden im folgenden Kapitel sehen, daß es anders auch nicht sein konnte.

Mit der Schäffleschen Krisentheorie berühren sich die Ausführungen von Wilhelm Neurath *), in denen das Krisenproblem eine Zentralstelle einnimmt **). Als Hauptursache des Phänomens, daß in unserer Volkswirtschaft die steigende Produktivität sich von einem gewissen Punkte an in sinkende oder verschwindende Rentabilität verwandelt“, betrachtet Neurath „einerseits die Art, wie wir im geschäftlichen Leben den Gesamtwert einer ganzen Gütermasse bestimmen, und anderseits die Art, wie wir die Unternehmungen oder Geschäfte für die ihnen zur Bewirtschaftung übertragenen Anlage- und Betriebsmittel mit Zahlungspflichten belasten“ (S. 244). Die heutige vom Grenznutzen abhängende Wertbildung wird von Neurath mit einer „richtigen“, „wahren“, „natürlichen“ Wertbildung kontrastiert, bei der der Gesamtwert eines ganzen Gütervorrats durch Hinzukommen weiterer Güter immer weiter wachse und nicht, wie gegenwärtig, in seinem ganzen Umfang sich verändern, ja sogar abnehmen könne (S. 246). Das zweite krisenbildende Moment sieht Neurath im Zinsnehmen und eo ipso in der Vorwegnahme künftiger Erfolge; dies sei ein „Phantom“, welches die „ganze Lebensentfaltung“ der Volkswirtschaft hemme. Denn, meint Neurath, „von Natur aus gehört nicht zu den Bedingungen gesunder Produktion und Wirtschaft, daß sie aus Wert mehr Wert, aus Geld mehr Geld erziele“ (S. 208 ff.). Zur Realisierung seines mit Begeisterung verfochtenen sozialen Ideals, oder, wie er es selber ausdrückt, „zur Erlösung von den uns am schwersten drückenden sozialökonomischen Übeln“ vermögen, nach

*) Wilhelm Neurath, *Gemeinverständliche nationalökonomische Vorträge. Geschichtliche und letzte eigene Forschungen*, herausg. von Prof. E. O. von Lippmann, Braunschweig 1902. Ich wähle dieses Werk zu meinen Zitaten, da hier der Verfasser seine Gedanken in gedrängter Form ausdrückt.

**) Für das Krisenproblem kommen besonders die Vorträge IX, X, XI und XII in Betracht.

Neurath, allein die Kommanditierung und Kartellierung der Betriebe zu führen (S. 357, 358).

Mit Neurath wollen wir die Reihe derjeninen Schriftsteller abschließen, die durch gewaltsame Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden der Nationalökonomie „objektive Wahrheit“ abzuzwingen hofften. Allerdings waren Schäffle und Neurath durchaus nicht so einseitig, wie dies aus unsfern kurzen Charakteristiken hervorgehen könnte, da beide auch die sittlichen Momente, neben den „natürlichen“, betont haben. Den Hauptnachdruck legten sie aber auf die „naturwissenschaftliche“ Seite des Wirtschaftslebens; darauf und nicht auf das von ihnen Mitberücksichtigte kommt es jedoch an. Denn mitberücksichtigt ist die ethische Seite sogar von manchen Smithianern. So sagt z. B. Friedrich Bened. Wilh. von Hermann in seinen „Staatswirtschaftlichen Untersuchungen“ (München 1832)*): „Von dieser Regel der Feststellung und gegenseitigen quantitativen Kontrolle und Abrechnung über Vorteile und Lasten der Mitglieder einer Wirtschaftsverbindung lassen sich vier Ausnahmen**) anführen: Liebe, religiöse und sittliche Bindung, sowie Tätigkeit des Geistes und Gemeinsinn“ (S. 44 ff.).

Die ausgesprochen „ethische“ Richtung setzt fast gleichzeitig mit der durch Roschers „Grundriss“ angebahnten ein. Im Jahre 1844 wird der erste Band der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ von Mohl, Knaus, Volz, Fallati, Hoffmann und Schütz herausgegeben, dessen erstes Heft den programmatischen Aufsatz von Schütz über „Das sittliche Moment in der Volkswirtschaft“ enthält (S. 132 ff.). Schütz weist darauf hin, dass die Volkswirtschaft „das Produkt zweier Faktoren, der Natur und des menschlichen Geistes“ sei. Demgemäß bestehé die Aufgabe der Wissenschaft nicht nur in der Aufdeckung von

*) Ich zitiere nach der nach dem Tod des Verfassers erschienenen, von Helferich und Mayr, München 1870, herausgegebenen zweiten Auflage.

**) Von mir gesperrt.

„Naturgesetzen“, sondern auch darin — „zu zeigen, nicht blofs wie das regelmässige Handeln der Menschen in wirtschaftlichen Dingen beschaffen ist, wie die eine oder die andere Handlungsweise zum Wohle oder zum Verderben führt, sondern auch wie das wirtschaftliche Handeln beschaffen sein soll?“ (S. 136). Für die wirtschaftliche Tätigkeit wird daher ein „höherer Zweck“ postuliert (S. 139), welcher eine „Restriktion“ des „ökonomischen Gesetzes“ des kleinsten Mittels bilden könnte (S. 141). Schütz weist auf die Macht der Grundbesitzer — und Kapitalistenklasse hin, die den „niederen Klassen“ eine Verbesserung ihrer Lage häufig unmöglich mache (S. 148, 154), und erklärt es als „sittliche Pflicht der höheren Stände“ sowie als Aufgabe der „ordnenden Macht der Gesetzgebung“, — diese Hemmnisse zu beseitigen (S. 149). Eine nicht un wesentliche Bedingung der Hebung der Lage der Arbeiter erblickt Schütz in der besseren Ausgestaltung des Verhältnisses des „Fabrikherrn zu seinen Arbeitern“, wozu vor allem nötig sei, „daß der Arbeiter nicht blofs als Produktionswerkzeug, als Teil einer seelenlosen Maschine, sondern als Mensch, als menschlich berechtigtes Wesen von dem Unternehmer, von der Gesellschaft aufgefaßt“ werde (S. 155).

Wie bedeutsam diese Ausführungen Schütz' für seine Zeit auch waren, waren sie doch blofs Anregungen, die sich der zweite Mitbegründer der „historischen“ Schule, Bruno Hildebrand, zu Nutzen gemacht hat, indem er den Roscherschen Gesichtskreis in seiner „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“ (Frankfurt a. M. 1848) erweiterte. Die von Roscher hervorgehobenen Gesichtspunkte: der zeitlichen und örtlichen Bedingtheit der wirtschaftlichen Erscheinungen (S. 29), der Relativität „der abstrakten Begriffe und subjektiven Ideale“ (S. 326) u. s. f. werden nämlich um den einen vermehrt, daß die Nationalökonomie „keine Naturlehre der menschlichen Selbstsucht sein kann, sondern eine ethische Wissenschaft sein muß“ (S. 274). Es sei das „Verdienst der sozialen Wirtschaftstheorien“, die Nationalökonomie zu

'dieser Einsicht genötigt zu haben*). Hildebrand will dabei nichts von einer Scheidung der Nationalökonomie in einen theoretischen, dem Eigennutz gewidmeten, und einen praktischen, den Gemeinsinn berücksichtigenden Teil wissen. „Denn“ — meint er — „Eigennutz und Gemeinsinn können nicht als zwei geschiedene Mächte in zwei getrennten Welten, sondern müssen in der Wirklichkeit immer in sehr verschiedenem und wechselndem Grade je nach der Moralität und Bildung eines Volkes mit und durcheinander wirken“ (S. 33). Diese Auffassung war es, die Hildebrand veranlaßt hat, den Pauperismus zum Mittelpunkt der nationalökonomischen Betrachtung zu machen (S. 3). So wird es auch erklärlich, daß Hildebrand die englische Arbeiterbewegung als eine „naturgemäßse Reaktion“ und als „natürliche Heilkraft des englischen Staatskörpers“ im Kampfe mit den „nationalen Gebrechen“, zu denen er unter anderem auch die Handelskrisen zählt, ansieht (S. 231).

Wenn nach Hildebrand ein gewisser Stillstand der von ihm und Schütz angebahnten Richtung eingetreten war, so dürfte dies die Folge der in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Ernüchterung („Positivismus“) gewesen sein, weshalb auch die mehr „naturwissenschaftlich“ klingenden Lehren eines Roscher ungeteilten Beifall fanden. Es bedurfte erst eines Friedrich Albert Lange, um dem sozialethischen Ideal zu seinem Rechte zu verhelfen. In der berühmten „Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart“ (Iserlohn 1875)**) bekämpft er u. a. mit viel Feuer und Geist den „ethischen Materialismus“ (II, S. 453 ff.), wobei er seine Spitze zunächst gegen die „Dogmatik des

*) Vgl. oben die Darstellung der Vidalschen Lehre.

**) Die erste in Iserlohn 1866 erschienene Auflage der „Geschichte“ lag mir nicht vor. Auf Belege aus anderen Schriften Langes, vor allem aus seiner „Arbeiterfrage“ (Duisburg 1865), glaube ich verzichten zu dürfen, da sie genügend bekannt sind und an erkenntnis-theoretischem Interesse seinem Fundamentalwerk bei weitem nachstehen.

Egoismus“ in der Nationalökonomie richtet. Dabei hebt Lange die bezeichnende Tatsache hervor, „dafs zwei so hochbegabte und edle Männer und dabei doch so total verschiedene NATUREN, wie Straufs und Überweg, mit ihrem Materialismus die Rechtfertigung des modernen Industrialismus verbinden“ (S. 536). Lange hält daher für unentbehrlich, daß man der Beurteilung der herrschenden Zustände ein ethisches Ideal zu Grunde legt. Sein eigenes Urteil über die „Arbeitsepoke“, wie er unser Zeitalter nennt, lautet dahin, daß „die stets vermehrte Tätigkeit direkt auf nichts weniger . . . als auf die Förderung des Gemeinwohls abziele“ (S. 457). Am meisten liegen ihm freilich die Interessen der „Sklaven der Industrie“ am Herzen, zumal er „den Wert der irdischen Güter an der Skala der Mortalitätstabellen“ misst und findet, „dafs selbst die Sorgen gekrönter Häupter bei weitem nicht so nachteilig auf das Wohlbefinden wirken, als Hunger, Kälte und schlecht gelüftete Wohnungen“ (S. 458). Den Optimismus derjenigen, die „angesichts der schreiendsten Mifsstände . . . eine Art prästabiliertter Harmonie (träumen), vermöge welcher das günstigste Resultat für die Gesamtheit herauskommt, wenn jeder rücksichtslos seine eigenen Interessen verfolgt,“ — diesen Optimismus führt Lange auf das „Sünderbewußtsein aller Apologeten“ zurück (S. 460). Einem auf Eigennutz begründeten „labilen“ Gleichgewicht, wie es gegenwärtig herrsche, stellt Lange das „stabile“ Gleichgewicht einer „Republik“ gegenüber, in welcher jeder einzelne vorwiegend die Interessen der Gesamtheit im Auge hätte“ (S. 473, 474) und erklärt vom Standpunkte dieses Ideals die herrschenden Zustände für „ungesund“ (S. 456). Die sich hieraus ergebende „Alternative“: der sozialen Revolution oder einer „finstern Stagnation“ könne nicht mit Hilfe von „Kanonen, die gegen Sozialisten und Demokraten aufgefahren werden“ überwunden werden; denn „einzig und allein in der rechtzeitigen Überwindung des Materialismus liege das Hilfsmittel. „Ideen und Opfer“ — so schließt Lange seinen Gedankengang ab —

„können unsere Kultur noch retten und den Weg durch die verwüstende Revolution in einen Weg segensreicher Reformen verwandeln“ (S. 538). Lange folgert, wie wir sehen, sein Urteil über die herrschenden Zustände direkt aus seinem sozialetischen Ideal.

Zwischen diesen Gedanken und den Bestrebungen des „kleinen Kreises Sozialpolitiker, Gelehrter und Patrioten“, die sich 1872 bei der Gründung des „Vereins für Socialpolitik“ in Eisenach zusammenfanden, „um für die Sozialreform in der Öffentlichkeit zu wirken, um die öffentliche Meinung, die Regierungen, die Parteien in diesem Sinne für seine Überzeugungen, für die soziale Versöhnung, für die Sozialreform zu gewinnen“ *), — zwischen jenen Gedanken eines großen Idealisten und diesen Bestrebungen, sagen wir, bestand ein inniger Zusammenhang. Beide Erscheinungen waren Früchte des durch große Zeiteignisse aufgeweckten Bewußtseins, daß die durch die Opfer der Gesamtheit erworbenen neuen Rechte auch neue Pflichten derselben Gesamtheit gegenüber nach sich ziehen. Beiden wohnt ein optimistischer Geist, wie er durch große Taten erzeugt wird, inne, der eben der Anrufung der staatlichen Gewalt seitens der „Kathedersozialisten“ einen ganz anderen Sinn, als im Sismondischen System verleiht. Das neue Lösungswort wird bald darauf zum Allgemeingut; alle akademische Lehrer Deutschlands und viele des Auslands scharen sich um den „Verein“; die Nationalökonomie wird in den wichtigsten Systemen — mit dem von Gustav Cohn **) voran — nicht mehr als eine „Größen-

*) Worte aus der Ansprache G. Schmöllers bei Eröffnung der Generalversammlung des Vereins vom 14. September 1903; vgl. „Schriften des Vereins für Socialp.“, Bd. CXIII, Leipzig 1904, S. 1; vgl. auch Schmöller's Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Offenes Sendschreiben an Prof. H. v. Treitschke, Art. in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“, Jena 1874 und 1875, {Bde. XXIII und XXIV (auch bes. erschienen: Jena 1875).

**) Vgl. Gustav Cohn, System der Nationalökonomie. Ein

lehre“ (Hermann), sondern als eine ethische Wissenschaft hingestellt *).

Wir sehen, dass der Einfluss Roschers einerseits und Hildebrands anderseits bis in die jüngste Vergangenheit hineinreicht, obwohl der erstere kein theoretischer, sondern vielmehr ein „polyhistorischer“ Kopf gewesen ist und der andere lediglich angedeutet hatte, worin die Reform des angekündigten aber ausgebliebenen zweiten Bandes seines Hauptwerkes bestehen sollte. Es scheint aber, dass für rein theoretische und methodologische Betrachtungen jene Zeit noch nicht reif genug war; oder aber man war von praktischen Zeitfragen viel zu sehr in Anspruch genommen, um sich auf die Art des nationalökonomischen Denkens selbst zu besinnen. Wenigstens das Schicksal des darauf hinzielenden Werkes des tiefsten unter den Begründern der „historischen“ Schule legt ein beredtes Zeugnis davon ab.

Karl Knies, dessen Standpunkt auch heute bei weitem nicht als überwunden gelten kann, hat seine „Politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode“ bereits im Jahre 1853 veröffentlicht; aber, wie er in der Vorrede zur zweiten (mir vorliegenden) Auflage von 1883 **) mit vollem Recht hervorhebt, ist sein lange totgeschwiegenes Werk erst nach dreissig Jahren aktuell ge-

Lesebuch für Studierende, Bd. I: Grundlegung, Stuttgart 1885, S. 356 ff.

*) J. Conrad, Grundrifs zum Studium der polit. Ökon., I. Teil: Nationalökonomie, III. Aufl., Jena 1900, S. 23 und 395; Gustav von Schönberg, Die Volkswirtschaft, Art. in seinem „Handbuch der Polit. Ökonomie“, IV. Aufl., Bd. I: Volkswirtschaftslehre, Tübingen 1896, S. 65; Adolph Wagner, Grundlegung der polit. Ökonomie, III. Aufl., 1. Teil: Grundlagen der Volkswirtschaft, I. Halbband, Leipzig 1892, S. 53; Gustav Schmoller, Grundrifs der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1901—1904, S. 48 ff.; vgl. auch Béla Földes, Individualprinzip, Sozialprinzip und sozialethisches Problem. Dogmengeschichtliches und Theoretisches, Art. in Conrads „Jahrbüchern“, Juli 1904, S. 1—48.

**) Den vollen Titel vgl. oben.

worden. Offenbar lag dies nicht an dem Autor, sondern an den Lesern, denen er stark voraus war. Knies' Eigenart können wir am besten charakterisieren, wenn wir seine Methode als realistisch bezeichnen. Wenn zweifellos in erster Linie die ihm von Natur eigene Schärfe des Denkens den größten Anteil an der Ausbildung derselben haben dürfte, so hat auch die ihm zuteil gewordene Schulung nicht wenig dazu beigetragen. Wir meinen die dogmengeschichtliche Arbeit über Theorie und Praxis der Statistik *), die Knies 1850 herausgegeben und der er einen klaren Blick für wirtschaftliche Dinge verdankte. Nicht umsonst zitiert er da die noch heute beherzigenswerte Aussage Herbins „On doit regarder comme une des principales causes des erreurs en Économie politique l'oubli, dans lequel est resté l'étude de la statistique“ (S. 146).

In der „Politischen Ökonomie“ hat Knies nicht nur die Gedanken Roschers, Hildebrands und ihrer nächsten Anhänger systematisch bearbeitet, sondern auch einer erkenntnistheoretischen Kritik unterworfen und ihre wahren methodischen Grundlagen deutlich zum Bewußtsein zu bringen gesucht. Die „naturwissenschaftliche“ Auffassung der Nationalökonomie wird von ihm völlig verworfen, indem er die Bezeichnungen: „Naturlehre“, „Naturgesetze der Volkswirtschaft“ u. s. f. für rein bildlich und daher für die Nationalökonomie in ihrem ursprünglichen Sinne als gänzlich belanglos erklärt (S. 38). Eingehend widerlegt Knies ferner die „Fiktionen“ des „Vollendetem und Unvollendetem“ (S. 366), der „höheren und niedrigeren Stufen“ (S. 367, 373), sowie die Hinweise auf „Verirrungen und Abwege“ (S. 399) im Wirtschaftsleben. Diese Angriffe richten sich zum guten Teil gegen Rau**); sie gelten aber List sowohl,

*) Karl Gustav Adolph Knies, Die Statistik als selbständige Wissenschaft. Zur Lösung des Wirrsals in der Theorie und Praxis dieser Wissenschaft. Zugleich ein Beitrag zu einer kritischen Geschichte der Statistik seit Achenwall, Kassel 1850.

**) K. H. Rau hat in seinen „Ansichten der Volkswirtschaft“ (1820) folgende Entwicklungsstufen der Hauptgewerbe unterschieden:

wie dem Hauptschuldigen — Roscher, die am meisten in dieser Hinsicht gesündigt hatten. Die verschiedene Bewertung der einzelnen Gestaltungen des Wirtschaftslebens sieht Knies als durchaus relativ an, zumal sie durch die „Rücksicht auf den durch zwischenliegende Jahrhunderte herbeigeführten Unterschied des allgemeinen Charakters“ bestimmt werde (S. 367). Denn, meint Knies, keine Institution oder Maßnahme ist „an sich gut oder schlecht“, „gerecht“, „naturgemäß“, „absolut vernünftig“, oder „durch die Natur der Sache gegeben und bestimmt“ (S. 307 ff., 316, 333, 339, 356, 368, 412). All dies seien „ethische Begriffe“, für die keine objektiv geltende (wie etwa die mathematische)*) Formel aufgestellt werden könne; denn ihnen allen liege das „individuelle Interesse“ zugrunde, das „die einzelnen zu einer Tätigkeit für ihr ökonomisches Eigenwohl“ antreibe und daher ihnen als „naturgemäß“ erscheinen müsse (S. 316). „Auch die ‚normale‘ Volkswirtschaft ist“ — nach Knies — „ein Unding**“) . . . mag man sie in irgend einer vergangenen Zeit suchen . . . oder mag man ein solches Ideal . . . erst noch herbeiführen oder ausdenken wollen; denn“ heißtt es bei Knies weiter — „alle volkswirtschaftlichen Zustände fallen in den Raum und in die Zeit und können von einem Kausalzusammenhange mit Zeit und Raum nicht losgelöst werden“ (S. 400). Am entschiedensten ist endlich der Kniest'sche Relativismus da, wo er der Roscherschen Kreislauftheorie entgegentritt. Knies tut gegen letzteren dar, daß die „Gesetze der Volksentwicklungen“ nicht mit denen der Naturwissenschaften in eine Linie zu

1. Geschlossenheit des Nahrungswesens, 2. vorherrschender Anbau von Lebensmitteln zur Ausfuhr, 3. Ausfuhr von Holz, Metallen usw., 4. vorherrschende Gewerke und Ausfuhr von Kunstwaren, 5. vorherrschender auswärtiger Handel.

*) Vgl. auch Carl Knies, *Der Kredit*, II. Hälfte, Berlin 1879, S. 125 ff., wo die Thünensche Formel \sqrt{ap} für den „naturgemäßen“ Lohn kritisiert wird.

**) Von mir gesperrt.

stellen seien, da, während in der Natur eine Identität der Erscheinungen obwalte, „bei einer Vergleichung volkswirtschaftlicher Verhältnisse und Vorgänge . . . nur eine Analogie . . . in Frage“ stehe (S. 479). Diese Analogie sei aber nicht real und demnach sei in den Gesellschaftswissenschaften der „bekannte Satz, daß es nichts Neues unter der Sonne gebe . . . dahin zu korrigieren, daß immer alles neu sei“ (S. 392).

Ein unvergängliches Verdienst des Kniesschen Werkes ist es ferner, daß es den sittlich-politischen Charakter der Nationalökonomie nicht nur allgemein behauptet, sondern auch näher dahin präzisiert, daß „wir . . . in dem Erscheinungsgebiet des Wirtschaftslebens neben der Kausalität der naturgesetzlichen Vorgänge die Kausalität der sittlich freien Zwecke*) des Menschen weder verleugnen noch unberücksichtigt lassen dürfen“ (S. 440). Anderseits nennt der große Realist die „Befragung der Geschichte“ (*), den eigensten Beruf des Nationalökonomen (S. 162) und weist auf die Unersetzbarkeit der Statistik*) hin (S. 470), weshalb ihm all die Vorstellungen vom wirtschaftlichen Gleichgewicht und von der „Harmonie der produktiven Beschäftigungen und Erwerbszweige“ (Rau) „rätselhaft“ und „romantisch“ erscheinen müssen (S. 367). Wir könnten demnach von Knies 1. eine in dem soeben definierten Sinne realistische, d. h. geschichtlich-statistische Untersuchung der wirtschaftlichen Wirklichkeit, und 2. eine bewußt subjektive Aufstellung sozialethischer Ideale erwarten. Aber beide Erwartungen sind von Knies in seinen Werken nicht erfüllt worden.

Sein „Geld und Kredit“ ist nichts weniger, als eine objektive, d. h. rein geschichtliche und statistische Erforschung der Wirklichkeit. Knies verfährt da hauptsächlich deduktiv und mischt auch häufig teleologische Be trachtungen bei.

*) Von mir gesperrt.

Sehen wir aber nun zu, wie Knies das Seinsollende behandelt wissen will. „Neben der Frage nach dem Woher“ müsse die Theorie, seiner Ansicht nach, „auch die Frage nach dem Wohin ins Auge fassen“ (S. 485), wobei „wir auf die Frage: was soll sein? von und auf Grundlagen des positiv Gegebenen und mit Mitteln, deren reelles Vorhandensein die Erfahrung bekräftigt, auf Ziele hinweisen können, die wir, wie die bereits gewonnenen Formen der Gegenwart als Punkte in einer stetig sich bewegenden Entwicklung ansehen“ (S. 42). Hier scheint Knies die bei ihm gewohnte Schärfe verlassen zu haben; er übersieht allem Anschein nach, dass die Auffassung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft — oder in seiner Ausdrucksweise: des „Woher“ und des „Wohin“ — als „Punkte in einer stetig sich bewegenden Entwicklung“ nur dann zulässig ist, wenn dem „Wohin“ der Sinn: „Was muß sein?“ beigelegt wird. Bedeutet dagegen das „Wohin“: „Was soll sein?“ so ist die Kniessche Auffassung falsch. Im ersten Falle handelt es sich offenbar um eine divinatorische Fortsetzung des Seienden, während im andern — eine teleologische Betrachtung vorliegt. Dass Knies diese im Sinne hatte, scheint aus den soeben zitierten Sätzen mit hinreichender Sicherheit hervorzugehen, da er dort von „Zielen“ und von dem, „was soll sein?“ spricht.

Wie Knies auf diesen Gedanken kam, läfst sich nicht mit Bestimmtheit aussagen; folgende Erklärung scheint mir jedoch plausibel zu sein. Am Schlusse des Werkes hebt Knies hervor, dass die Untersuchung der „sein sollenden Beachtung des wirtschaftlichen Wohles Anderer“ weder über die Grenzen der „allgemeinen“, oder „theoretischen“, Volkswirtschaftslehre hinausgehe, noch sich auf ein „Prinzip nicht wirtschaftlichen Verfahrens“ aufbaue (S. 251). Knies spricht hier offenbar etwas umständlich den bekannten Gedanken aus, dass die theoretische Nationalökonomie sich keinen homo oeconomicus konstruieren dürfe *), sondern den

*) Vgl. Knies' Definitionen auf S. 436 und 437.

Menschen mit seinen egoistischen sowohl als auch altruistischen Trieben zu behandeln habe. Hier liegt der Fehlschluss nahe, die theoretische Nationalökonomie könne das ganze Gebiet des Seinsollenden umfassen. Indes liegt auf der Hand, daß zwischen der Vergangenheit und der Zukunft ein wesentlicher Unterschied besteht: das Gewordene erscheint stets, d. h. gleichviel ob aus eigen-nützigen oder altruistischen Motiven hervorgegangen, als eine abgeschlossene Kausalreihe, während für die Zukunft nur der wirklich naturnotwendige Kausalnexus (Einfluß der Ernte, der Jahreszeiten u. dgl.) theoretisch erörtert werden kann. Dasjenige aber, was in der Zukunft aus Gründen ethischer Natur sein soll, hängt ja nach Knies' eigener Auffassung (S. 440) von der freien Willensbestimmung der Menschen ab und ist daher dem Gewordenen inkommensurabel.

Wir sind auf diesen ungenau gedachten oder falsch formulierten*) Punkt etwas ausführlicher eingegangen, weil wir demselben Trugschlusses in einer Anwendung auf die uns näher gehedende Theorie der wirtschaftlichen Störungen noch häufiger begegnen werden. So z. B. bei Lujo Brentano, von dessen Schriften nur die eine „Über die Ursachen der heutigen sozialen Not: Ein Beitrag zur Morphologie der Volkswirtschaft“ (Leipzig 1889) uns hier beschäftigen soll, da in ihr sein erkenntnistheoretischer Standpunkt genügend klar hervorgehoben worden ist. Zwar

*) Unglückliche Formulierung ist überhaupt der wunde Punkt aller Schriften Knies'. So z. B. meint er S. 139: „Mancherlei (?) wirtschaftliche Vorkommnisse“ seien „sittlich indifferent“, ohne zu sagen, ob sie objektiv oder subjektiv „indifferent“ seien. Unklar und allem Anschein nach inkonsistent sind auch folgende Stellen, aus denen gefolgert werden kann, daß Knies unter „normal“ zwei verschiedene Dinge verstanden hatte. So sagt er S. 237: „Die Selbstliebe ist eine normale und sittliche Erscheinung in allen Menschen; die Selbstsucht ... ist ein Abnormes ...“; S. 400: „Die ‚normale‘ Volkswirtschaft ist ein Unding“ und S. 436 endlich: „... Das freie Schaffen und Walten der Privattätigkeiten in dem Verkehr mit dem Auslande (ist) als das Normale und als die Regel anzusehen.“

äufsert er darin die Absicht, dem Programme Roschers treu zu bleiben. Aber dies mag eine in einer Antrittsrede nur zu erklärende Courtoisie gegen den Vorgänger gewesen sein; denn in dem uns hier angehenden Punkte scheint er Knies viel näher als Roscher zu stehen. Der Grundgedanke der genannten Schrift ist nämlich der, „dafs es nicht erst der Kontrastierung mit gewissen Idealen bedarf, um uns die Missstände, die uns umgeben, zum Bewußtsein zu bringen“ (S. 4)*). Indem nun Brentano die durch „die Abhängigkeit aller Wirtschaften vom Weltmarkt“ bedingte „Unsicherheit im Wirtschaftsleben“ als die „erste und letzte Ursache“ der Absatzstockungen (S. 28) ermittelt und in den Kartellen eine „Schutzvorrichtung“ gegen dieselben (S. 23) entdeckt, glaubt er seiner Aufgabe als Theoretiker gerecht geworden zu sein. Denn, seiner Ansicht nach, besteht die letztere nicht darin, „das Leben zu meistern, sondern nur, es zu beobachten, um ihm seine Entwicklungsprinzipien abzulauschen, damit man es diesen entsprechend zu leiten vermöge“ **). Es scheint aber außer Zweifel zu stehen, dass Brentano sehr wohl weiß, warum die erwähnte „Neuorganisation“, der entsprechend die Volkswirtschaft zu leiten sei, „praktikabel“ ist, und dass es wohl auch Gründe geben müsse, die den Verfasser veranlassen, die Kartelle nicht zu bekämpfen. Beides zusammen dürfte aber dasjenige zur Voraussetzung haben, wogegen Brentano eingangs Verwahrung einlegt — die „Kontrastierung mit gewissen Idealen“ nämlich, oder — um das beliebte Wort zu gebrauchen — mit dem, was sein soll.

Von einem ähnlichen Standpunkte, wie Brentano, ging auch der als Begründer der jüngeren historischen Schule gefeierte Gustav Schmoller in seiner 1864—65 verfaßten „Studie aus dem Gebiete der Ethik und der National-

*) Ähnlich klingt die von R. Stommel, Wirtschaft und Recht, S. 639, gerügte These Massows: „Der Weg, den die soziale Reform zu gehen hat, ist nicht die Erörterung theoretischer Probleme, sondern die von unten herauf beginnende Heilung der vorhandenen Schäden.“

**) Vgl. oben, S. 164, die Darstellung der Lehre Bernsteins.

ökonomie“ (über Fichte) aus*). „Die Ethik“ — heißt es dort — „ist die Wissenschaft von dem menschlichen Handeln, allerdings mit der ausgesprochenen Absicht, nicht bloß das Geschehene zu untersuchen, sondern Gebote für das Handeln zu gewinnen“ (S. 30). Da nun „die spätere Ausbildung einzelner selbständiger Wissenschaften für spezielle Lebensgebiete, mithin auch der Nationalökonomie“ „mehr von dem Standpunkt des Geschehens, als von dem des Sollens“ vor sich gehe, so entstehe die Frage, ob eine getrennte und besondere Wissenschaft des Sollens gegenüber der, die das Geschehen untersucht“ überhaupt existiere. „Nach unserer Ansicht“ — lautet die Antwort Schmollers — „gründet sich das Sollen stets auf ein Geschehen“ (S. 34). Es sei daher die Ethik als Wissenschaft schlechthin auf Psychologie und Geschichte zu gründen (S. 35). Demgemäß's verwirft Schmoller das Vorgehen Schäßfles, der „zu oft, statt ein Entstehen zu erklären, der Gegenwart ein ‚Sollen‘ zurufen“ wolle (S. 231). Noch prägnanter hat sich dieser Gedanke in Schmollers Polemik mit Carl Menger zugespielt; da heißt es geradezu, daß für jedermann, der die Fragen der praktischen Nationalökonomie lediglich „nach Ursachen und Folgen darlegt“, auch „die methodologischen Unterschiede in der Behandlung der theoretischen und praktischen Nationalökonomie nur graduell, keine fundamentalen“ seien (S. 285). In Schmollers „Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ (Leipzig 1901—1904) werden die Aufgaben der „strengeren“ Wissenschaft gleichsam endgültig dahin präzisiert, sie wolle nicht mehr in erster Linie ein „Sollen“ lehren und Anweisungen für das praktische Leben geben, sondern lediglich „begreifen und zu unumstößlichen Wahrheiten über den Zusammenhang der Dinge kommen“; sie solle daher nichts als „1. richtig beobachten, 2. gut definieren und klassifizieren, 3. typische Formen finden und kausal erklären“ (S. 100).

*) Abgedr. in G. Schmollers *Zur Literaturgeschichte usw.*, Leipzig 1888; die im Text folgenden Seitenzahlen beziehen sich, wofern nichts anderes angegeben, auf diese Schrift Schmollers.

Aber, erklärt Schmoller in seinem programmatischen Aufsatz „Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft“ *) er habe „seit Jahren in der öffentlichen Diskussion wie in den volkswirtschaftlichen Schriften darauf geachtet, wann und wie die Frage der Gerechtigkeit bei volkswirtschaftlichen Dingen mit hereingezogen werde“ und habe gefunden, „dafs es unwillkürlich fast überall geschehe“ (S. 20). „Ein schlechthin Gerechtes“ — so führt er weiter aus — „finden wir in der Wirklichkeit so wenig oder so selten**) als das schlechthin Gute; — das Gerechte ist“ — nach Schmoller — „immer eine Idealvorstellung, der sich die Wirklichkeit nähern, die sie nie erreichen wird“ (S. 22). Wenn auch die von uns gesperrte Einschränkung beanstandet werden kann, so wird diese kleine Ungenauigkeit durch die Bemerkung gutgemacht, dafs „die letzte Entscheidung im Gemütsleben, im innersten Zentrum des menschlichen Seelenlebens“ liege (S. 32). Im gleichen Sinne definiert Schmoller im „Grundrifs“ den Begriff des „Normalen“ dahin, das wirtschaftliche Handeln sei „zwar nach seiner Naturseite ein . . . sittlich indifferentes, aber nach seinem Zusammenhang**) mit den ganzen seelischen Kräften**) und der Gesellschaft**) ein sittlich normales oder anormales, d. h. ein dem sittlichen Urteil unterliegendes und dadurch beeinflusstes“. Diese sittlichen Kräfte seien es, „welche die Triebe zu Tugenden, die Menschen zu Charakteren, die Gesellschaften zu harmonisch und geordnet wirkenden Gesamtkräften machen“ (S. 60).

Hält man sich nun an diese Definitionen der wissenschaftlichen „Strenge“ und des „Normalen“, so lassen offenbar

*) Im „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche“, Jahrg. V, Leipzig 1881; ich wähle diesen Aufsatz unter den zahlreichen Schriften von seiner Feder, da derselbe nebst der daselbst abgedr. Erklärung des Herausgebers „Über Zweck und Ziele des Jahrbuchs“ bei Übernahme der Redaktion veröffentlicht worden ist und daher wohl das wissenschaftliche und politische Credo des Verfassers enthalten dürfte.

**) Von mir gesperrt.

die Aussagen über „normale Bedürfnisse“ (S. 25), „normale Bedürfnissteigerung“ (S. 26), „gesunde psychische Kräfte des Volkslebens“ (S. 64), „gesunde Entwicklung der Nation“ (S. 122), über „ungesunde Preisbildung“ (S. 573) usf. darauf schließen, daß Schmoller nicht durchweg auf wissenschaftliche „Strenge“ in dem von ihm gemeinten Sinne Anspruch erhebt. Dagegen ließe sich freilich nicht das Geringste einwenden, da jedem Verfasser selbstverständlich das Recht zusteht, seine Themen beliebig zu wählen. Nur mußt er unbedingt seinen Kriterien der wissenschaftlichen Objektivität, falls er überhaupt solche aufgestellt hat, durchweg treu bleiben und vor allem die objektiven und subjektiven Partien seines Gedankenganges, wenn auch nicht äußerlich, so wenigstens innerlich — im eigenen Bewußtsein voneinander zu scheiden wissen. Sonst sind Widersprüche unvermeidlich und es kann sehr wohl passieren, daß der Verfasser gerade dort, wo er sich am objektivsten wähnt, eben subjektiv urteilt.

Ein derartiges Schauspiel scheint Schmollers ausführliche Untersuchung der „Schwankungen und Krisen der Volkswirtschaft“ (S. 923 ff.) zu bieten. Nachdem er nämlich selbst vor „rohen“ physikalischen und biologischen Analogien gewarnt (S. 106), könnte man erwarten, daß er sie gerade dort, wo sie am gefährlichsten sind, — nämlich bei Beurteilung der Störungen im Wirtschaftsleben, meiden würde. Indes spricht er wiederholt im Bilde. Gleich Roscher will er die „Anatomie“ und „Physiologie der Säfte“ des sozialen Körpers unterscheiden (S. 64) von der Lehre über die „Ausstoßung des Unvollkommenen“, das in der Gesellschaft zeitweise ebenso aufzugeben sei, wie „körperlich und geistig schwache Individuen“ (S. 68). Als solche pathologische*) Erscheinungen sieht aber Schmoller nicht allein „verkommene Aristokratien, verkümmerte Mittelstände, tief gesunkene Schichten des Proletariats“, sondern auch die Opfer der Krisen, an. „Die Krise“ — führt er aus — „merzt die

*) Schmoller gebraucht dies Wort nicht.

unsoliden und schlecht geleiteten Geschäfte vor allem aus: die Arbeitslosigkeit trifft hauptsächlich doch die schlechteren Arbeiter“ (S. 948). Eine realistische Beobachtung ist dies offenbar nicht; denn streng ließe sich eine derartige Untersuchung nicht durchführen; aber es ist unschwer, den Gegenbeweis zu führen. Was wir an Krisen in der letzten Zeit erlebt haben, scheint doch eher darauf zu deuten, daß in diesen mit in erster Linie teure Arbeiter arbeitslos werden; diese können aber sowohl ganz unqualifizierte, als hochqualifizierte (Maschinenbau, Kunstgewerbe usw.) Kräfte sein; wie Jastrow nachgewiesen hat, werden die weiblichen Kräfte nie mehr gesucht, als in Krisenjahren. Sei dem wie immer; Schmollers Krisentheorie ist ebenso subjektiv gefärbt*), wie die Roschersche, mit der sie überhaupt grofse Ähnlichkeit aufweist. Wie die letztere, knüpft auch die Schmollersche an die Analogie der Volkswirtschaft mit dem menschlichen Organismus an. „Jeder volkswirtschaftliche Körper . . .“ — heißt es bei Schmoller — „muß Stockungen, Schwankungen, Übergangszeiten, Blüte- und Rückgangsepochen haben, denn er ist, wie alles organische Leben dem Wachstum, dem Leben und Sterben unterworfen“ (S. 946).

Und überhaupt vermag Schmoller nicht, für seine „falschen“ Preisbildungen (S. 924), „irrationellen“ Gewinne und Verluste (S. 932), „falschen“ Kurse (S. 933), „normal und anormal“ hohen Preise (S. 936), auf denen sich die ganze Lehre aufbaut, objektive Kriteria anzugeben. Nur verfährt er viel aufrichtiger, als viele seiner Vorgänger und nicht zuletzt Roscher. Während diese ihre sozialethischen Ideale gern verheimlichen, sagt uns Schmoller, sein Ideal des Verkehrsmechanismus und der Preisbildung bestehe darin, „daß ein vollendetes Geld- und Münzwesen besteht, daß der Geldwert stabil bleibt, daß der Kredit nur Würdigen

*) Wie immer in solchen Fällen, ist es nicht schwer, diesem Urteil ein diametral entgegengesetztes gegenüberzustellen; während die „historische“ Schule die Krisen als einen Gesundungsvorgang hinstellt, behaupten z. B. die Saint-Simonisten u. v. a., daß in ihnen gerade tüchtige Elemente zugrunde gehen. Vgl. oben S. 136.

und Ehrlichen zuteil wird, nur der richtigen Produktion, der richtigen Preisbildung dient, daß auf dem Markte nur ehrliche Händler und Vermittler kaufen und verkaufen, daß alle Preisänderungen der tatsächlichen Veränderung von Angebot und Nachfrage entsprechen“ (S. 931). Was für Bedeutung dies Ideal für seine Krisentheorie hat, geht aus seiner Behauptung hervor, „fast alle Schäden wären beseitigt, wenn die Preise sich stets normal, dem wirklichen Bedarf entsprechend bewegten, wenn sie nicht erst zu hoch stiegen, dann zu plötzlich sinken und zuletzt zu lange lethargisch tief blieben.“ Denn „jede bessere Organisation bezweckt“ — nach Schmoller — „richtigere Preisbildung, jede Milderung der zu großen Preiswechsel mildert zugleich die Schäden der Krisen. Ein richtiger, billiger, gerechter Wert“ — so lautet Schmollers Schlufsurteil — „ist stets auch der beste Regulator des wirtschaftlichen Lebens“ (S. 951).

Wir sehen also, die ganze Schmollersche Krisentheorie gipfelt in einem Werturteil, und zwar in einem optimistischen, das mit seiner ganzen Weltauffassung aufs engste zusammenhängt. Wir wollen uns hier damit begnügen, den Zusammenhang seiner optimistischen Beurteilung der Wirkungen der Krisen mit seiner Auffassung des sozialen Fortschritts aufzudecken. Letzterer bestand nach Schmoller seit Jahrhunderten darin, „Herrscharts- und Ausbeutungsverhältnisse langsam aber sicher in Verhältnisse sittlicher Wechselwirkung zu verwandeln“ *). Schmoller zweifelt auch nicht daran, daß „aller künftige Fortschritt darin bestehen“ werde und daß „jede folgende Epoche der Menschheit . . . ein höheres Maß von Gerechtigkeit“ haben werde **).

Wir haben in unserer Skizze über die deutsche Nationalökonomie nur die wichtigsten Namen erwähnen können; wie in früheren Abschnitten, so auch hier konnten nur diejenigen Autoren berücksichtigt werden, die entweder durch Origina-

*) G. Schmoller, Zur Literaturgeschichte usw., S. 271.

**) G. Schmoller, das. und dess., Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft, Art. a. a. O., S. 54 und 51.

lität ihrer Gedanken oder durch Abgeschlossenheit ihres Systems, oder endlich durch ihren Einfluß auf das national-ökonomische Denken eine bleibende Stelle in der Geschichte unseres Problems in Anspruch nehmen können. Wenn wir daher unsere dogmengeschichtliche Übersicht mit einem „Schüler“ Schmollers zum Abschluß bringen wollen, so geschieht dies allein aus dem Grunde, weil ihm in mancher Hinsicht eine ganz besondere Bedeutung zukommt. In Werner Sombart begegnen sich nämlich die „kathedersozialistische“ Linke mit der marxistischen Rechten. Er selbst präzisiert seine Stellung zur „historischen Schule“ dahin, daß zwar seine Theorie „in jeder Faser von historischem Geiste durchtränkt“ sei, daß aber „das Konstruktive in der Anordnung des Stoffs, . . . das radikale Postulat einheitlicher Erklärung aus letzten Ursachen, . . . der Aufbau aller historischen Erscheinungen zu einem sozialen System“ ihn von Schmoller und den Seinen trenne; und, fügt Sombart hinzu, er könnte das, was ihn von Schmoller trennt, mit dem einen Namen: „Karl Marx“ bezeichnen *). Diese Charakteristik ist insofern zutreffend, als der Verfasser in der Tat eine Versöhnung der Empirie mit der Theorie anstrebt (I, S. X), wie diese durch Schmoller bzw. Marx repräsentiert werden. Diesen beiden Lehrern Sombarts ist, glaube ich, zum Teil auch der Umstand zu verdanken, daß er — im Gegensatz zu Stammler — das kausale und nicht das teleologische Prinzip als einheitliches Erklärungsprinzip gewählt hat. Zwar führt Sombart die Wahl des jeweils zweckmäßigeren Erklärungsprinzips auf die Beschaffenheit der zu untersuchenden sozialen Erscheinungen zurück **); aber die Auffassung, daß die Marktvorgänge des modernen „verkehrs-wirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems“ sich „nach

*) Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Leipzig 1902, Bd. I, S. XXIX.

**) So meint Sombart, daß der Polizeistaat und die sozialistische Gesellschaft das teleologische Erklärungsprinzip rechtfertigen, während die kapitalistische Wirtschaftsordnung allein mit Hilfe des Kausalprinzips erklärt werden könne.

Analogie von Naturerscheinungen“ abspielen und danach auch erklärt werden müssen, diese Auffassung, glauben wir, ist dem Einfluß Marx’ und Schmollers *) zuzuschreiben, denen sie eben gemein ist.

Wie es dem auch sein mag, Sombart will in seiner „historischen Psychologie“ die gesellschaftlichen Erscheinungen auf ihre „letzten Ursachen zurückführen“, was für ihn mit einer „einheitlich geordneten Erklärung aus den das Wirtschaftsleben einer bestimmten Epoche prävalent beherrschenden Motivreihen der führenden Wirtschaftssubjekte“ gleichbedeutend ist (I, S. XXI). Als „prävalente Motivreihen der führenden Wirtschaftssubjekte“ sieht Sombart bei letzteren nur diejenigen Zweckreihen an, „die wir als die konstant wirksamen und damit ausschlaggebenden zu erkennen glauben“ (I, S. XXII). Das ist es nun, was Sombart als das „Normale“ im Gesellschaftsleben, als die Regel anspricht und dem „Abnormalen“, d. h. der Ausnahme, gegenüberstellt, welche Unterscheidung er aber nicht nur berechtigt, sondern für den sozialen Theoretiker schlechthin obligatorisch heifst. Neben dem „typischen Verlauf des wirtschaftlichen Prozesses“ will Sombart nicht „Abnormitäten“ allein, sondern auch „Sonderbildungen“ unterschieden wissen, welche mit dem typischen Verlauf „homogen“ oder „heterogen“ (Hemmisse!) sein können. „Wo aber“ — bemerkt der Verfasser selbst — „im einzelnen Falle eine Abnormität, wo eine Sonderbildung anzuerkennen ist, bleibt allein dem Takt des untersuchenden Theoretikers überlassen“ (S. XXIII). Wenn er als Beispiel einer „Abnormität“ einen seine Waren unentgeltlich verteilenden Kapitalisten und als das einer „Sonderbildung“ — die „nichtkapitalistischen“ Gebilde innerhalb der Landwirtschaft anführt, so macht er hiermit keineswegs Anspruch auf „Exaktheit“ oder „Objektivität“ seiner Untersuchung. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern fordert Som-

*) Vgl. G. Schmoller, Grundrifs, S. 108.

bart nämlich nur, „dafs ein wissenschaftliches System als solches schön sei“ (S. XXX). Die Feststellung also, dafs die „Verwertung des Kapitals“ das „prävalente“ Motiv der Kapitalisten, als führender Wirtschaftssubjekte, sowie die andere, — dafs Maßnahmen zur Hebung des Handwerks dem Kapitalismus, mithin auch dem wirtschaftlichen Fortschritt „heterogen“ seien, — diese Feststellungen können offenbar nur auf ihre „Schönheit“, d. h. ihr Harmonieren mit dem System geprüft werden. Sie sind also in ultima analysi Werturteile.

Sehen wir nun zu, wie im Rahmen dieses Systems die wirtschaftlichen Störungen beurteilt werden. Im „Modernen Kapitalismus“ wird dies Thema nur ganz flüchtig behandelt: Sombart begnügt sich dort (II, S. 8) mit der vorläufigen Unterscheidung der „Perioden der Expansion und der Kontraktion“, welche er auf die „vermehrte (resp. vermindernde) Edelmetallproduktion oder anderweitige partielle Vermehrung (resp. Verminde rung) der Edelmetalle oder ihrer Surrogate“ zurückführt. Im nächsten Jahre (1903) tritt Sombart als Leiter der Krisenquete des „Vereins für Socialpolitik“, mit deren Ergebnissen er selbst nicht besonders zufrieden war*), sowie als Hauptreferent auf dem bewussten Hamburger Kongress auf. In seinem Referat vertrat er die im „Modernen Kapitalismus“ entworfene Theorie, wobei er auf entschiedenen Widerspruch der Teilnehmer des Kongresses**) sowie auch sonstiger Kritiker***) stieß. „Die

*) Vgl. „Schriften des Vereins f. Socialp.“, Bd. CV, Leipzig 1903, S. XI, wo Sombart bekennt, „dafs auch minderwertige Beiträge Aufnahme gefunden haben.“

**) Vgl. die Äußerungen Herknerts, Gotheins, Wiedenfelds, Spiethoffs, Mays und Jastrows in den „Verhandlungen“ a. a. O.

***) Vgl. W. Lexis in der „Deutschen Literaturzeitung“ 1903, Sp. 1310 ff.; Karl Helfferich, Das Geld, Leipzig 1903, S. 523—527, wo es heißt, „dafs der Einflus des Geldes sowohl auf die Besserung der Preise als auch auf die Schwankungen der Diskontsätze gänzlich hinter der Einwirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und Bewegungen zurückbleibt“; M. Biermer, a. a. O., S. 35.

meisten der Herren Kritiker“ so fasste er seine Eindrücke im Schlufwort zusammen — „die auf meine Ausführungen eingegangen sind, haben mit dem Kompliment begonnen, daß es sehr schön gewesen sei, was ich Ihnen vorgeführt, aber es stimme nicht“ (S. 297). Diese Erfahrungen haben Sombart bewogen, seine Auffassung „in einer Reihe wissenschaftlicher Aufsätze“ zu fundieren (S. 303).

Gleich der erste derselben, der „Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen“ *) überschrieben ist, stellt unseren Verfasser vor die Frage nach dem „Normalen“, die er in direkten Zusammenhang mit dem Krisenproblem setzt. Nach dem, was wir aus seinem „Kapitalismus“ über das „Normale“ wissen, kann uns nicht überraschen, daß Sombart hier sein Forschungsgebiet auf die typische Erscheinung, d. h. die „Kapitalkrisen“, einschränkt. Weder die „Krisen als persönliche Schuldtsache“, noch die „Krisen als Naturtatsache“ gehören hierher, sondern lediglich die „Krisen als gesellschaftliche Tatsache“; aus den letzteren scheidet er noch „privatwirtschaftliche“ und „Finanzkrisen“ aus und wendet sich den „volkswirtschaftlichen Krisen“ allein zu, worunter er, wie gesagt, ausschließlich „Kapitalkrisen“ versteht. Denn „die einfache Absatzkrise (die andere Unterart der volkswirtschaftlichen Krisen) ergreift ebenso leicht bäuerlich oder handwerksmäßig organisierte Wirtschaften, wie kapitalistische Unternehmungen“ (S. 12), während jene „aus dem Kapitalverhältnis selbst“ entspringen (S. 13). Nachdem nun Sombart dies Schema aufgestellt und kurz begründet hat, warum er in den Kapitalkrisen als solchen „zweifellos würdige Objekte theoretischer Behandlung“ findet, kommt er plötzlich zu dem unerwarteten Schluss, es sei verfehlt, „den Komplex von Erscheinungen, den wir mit dem Begriff der Krise zusammenfassen, zum Gegenstand einer gesonderten Be-

*) Im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ N. F. des „Archiv für soz. Gesetzg. u. Stat.“, Bd. XIX (der N. F., Bd. I), Heft 1, Tübingen und Leipzig 1904.

trachtung zu machen“ (S. 18). Denn erstens ist es seiner Ansicht nach „falsch, die Lehre von den Krisen als eine Art von ‚Pathologie‘ des Wirtschaftsorganismus“ der ‚Physiologie‘ oder ‚Anatomie‘ gegenüberzustellen . . . einen solchen ‚normalen‘ Zustand ohne Krise gibt es nicht.“ Er wisst nicht, was „pathologischer“ sei: „die fieberhafte Überspannung aller produktiven Kräfte während der Hause oder die Erschlaffung während der Baisse. Es ist eben das ‚Normale‘ — so schließt Sombart — „dass auf den Rausch der Katzenjammer folgt.“ Hier wird, wie wir sehen, mit der Roscherschen Vorstellung endgültig gebrochen. „Aber“ — führt Sombart zweitens aus — „wenn wir uns ganz frei machen von den Vorstellungen eines ‚normalen‘ Verlaufs des Wirtschaftslebens und seinem Gegenteil, erscheint es unzweckmäßig, das Problem der Krisen zum Gegenstande einer besonderen Theorie zu machen. Dazu ist der Begriff viel zu unbestimmt und unbestimmbar“ (S. 19). Sombart führt ferner eine Reihe von Symptomen der Krisen an und folgert aus dem Umstände, dass sie auch in einer „krisenlosen“ Zeit konstatiiert werden können, die obige Behauptung, es sei zweckmässiger, „die Untersuchung, statt auf das zu enge und zu unbestimmte Krisenproblem auf das allgemeine und doch bestimmtere Problem der Bewegungsformen der kapitalistischen Wirtschaft“ zu lenken. Die Krisentheorie müsse demnach „zu einer Theorie der Konjunkturen erweitert werden“ (S. 20, 21)*).

Diese eigentlich kühne Wendung verdiente ausführlicher wiedergegeben zu werden, da sie uns nicht bloß den hochbegabten Forscher in seiner ganzen Eigenart beleuchtet, sondern sich als logisch notwendiges Ergebnis der subjektiven, auf Werturteile aufgebauten Krisenforschung erweist. Zwar ist diese subjektive

*) Was die drei von Sombart, a. a. O., S. 21, in Vorschlag gebrachten neuen Theorien: der wirtschaftlichen Depression, des wirtschaftlichen Aufschwungs und der wirtschaftlichen Reaktion anbetrifft, so hat man vorläufig nur abzuwarten, was für Unterscheidungsmerkmale vom Verfasser angegeben werden.

Beurteilung der wirtschaftlichen Erscheinungen eine, wie wir jetzt wohl zusammenfassend sagen dürfen, universale Eigenschaft aller Schulen; Sombart schrieb aber unter den unmittelbaren Eindrücken der deutschen Krisentheorien. Wir sahen doch, wie die letzteren ethische u. dergl. Werturteile der „strengen“ Tatsachenforschung beimischten, wie die biologische Analogie die Spuren dieser „Einschmuggelung“ verwischte und wie dadurch die Forschung zum guten Teil unbewußt subjektiven Charakter annahm. Nichts anderes vermochten wir in dem Sombartschen System zu entdecken. Sombart verzweifelt an der herkömmlichen Krisentheorie, da er glaubt, daß die Freimachung von den Vorstellungen des „Normalen“ und „Abnormalen“ das Überbordwerfen des Krisenproblems als solchen und die Ersetzung desselben durch die Konjunkturenlehre notwendig nach sich ziehe. Daß das „Normale“ an sich ein Unding ist, hat uns schon Knies gesagt; ob aber die Krise an sich auch „unbestimmt und unbestimmbar“, d. h. ebenfalls ein Unding ist, dafür bleibt uns Sombart den Beweis schuldig. Er müßte beweisen, daß der Begriff der Krise von dem des „Normalen“ nicht losgelöst werden kann oder daß er auch dann „unbestimmt und unbestimmbar“ bleiben würde. Eine gesonderte eingehende Analyse des Problems des Normalen und des Krisenproblems, wie wir sie im folgenden versuchen wollen, könnte allein diesen Beweis liefern. So lange aber dieser Beweis fehlt, ist die der ganzen bisherigen Krisenforschung hohnsprechende Behauptung nichts — als eine Behauptung.

Zweites Kapitel.

Das Problem des Normalen.

*Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.
„Faust“ I.*

Wir haben eine lange Reihe von Denkern vor uns vorüberziehen lassen und haben ihnen allen dieselbe Frage vorgelegt: wie sie der volkswirtschaftlichen Wirklichkeit gegenüberstehen. Die Antworten lauteten aufserordentlich verschieden. Die einen sprachen von guten und schlechten Zeiten, von Aufschwungs- und Niedergangsjahren, von Krisen und krisenfreien Zeitabschnitten, von Expansions- oder Hauseperioden und Kontraktions-, Baisse- oder Depressionsperioden. Andere, und deren Zahl war recht beträchtlich, klagten über krankhafte, fieberhafte, abnorme, verbildete usw. Erscheinungen des Wirtschaftslebens. Bei dritten sahen wir das Bestreben, die gerechten, rationellen, vernünftigen, richtigen, natürlichen u. s. f. Werte, Preise und Löhne zu bestimmen. Noch andere suchten den Zustand der Harmonie, der Proportionalität, der Stabilität oder des Fortschritts, der Gesetzmässigkeit und des Gleichgewichts ganz allgemein oder nur für gewisse Gebiete des Wirtschaftslebens zu schildern. Fast alle diese Autoren, und mit ihnen die grofse Menge der Volkswirtschaftspolitiker, haben sich endlich darüber geäufsert, was von der wirtschaftlichen Wirklichkeit lebensfähig oder im Absterben begriffen, was als notwendiges Opfer des Fortschritts oder aber als unter-

stützungswürdiges Element anzusehen sei. Sind nun alle diese Feststellungen neue Begriffe und Erkenntnisse, die die Summe unseres Wissens von der wirtschaftlichen Wirklichkeit vermehren, oder aber — um das Wort des Dichters zu gebrauchen — nur „Worte“, die das Fehlen der Begriffe zu verdecken haben? Sind sie in der Tat oder heißen sie nur „objektiv“?

Die Antwort, deren Einzelheiten wir bereits im vorigen Kapitel vorweggenommen haben, wird in unserer Analyse des Normalen überhaupt liegen. Wir wählen diesen Sammelnamen für all jene soeben aufgezählten Vorstellungen, indem wir uns dessen Zweideutigkeit nicht nur nicht verhehlen, sondern gerade willkommen heißen. Denn, wie alle jene Bezeichnungen, wird auch dies Wort im übertragenen Sinne gebraucht; aber — und das ist kein zu unterschätzender Umstand — dieser Begriff dürfte, im Gegensatz zu den anderen, ursprünglich im sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch entstanden sein und erst später die andere in die Naturwissenschaften übertragene Bedeutung angenommen haben. Wir sind also einmal in der Lage, die Rolle von Darlehnsgebern den Naturwissenschaften gegenüber zu spielen und können den wahren Inhalt des Begriffes definieren, ohne uns auf fremde Wissenschaftsgebiete begeben zu müssen, um zu erfahren, was unter „Harmonie“, „Gleichgewicht“ oder „Gesundheit“ zu verstehen ist. Außerdem haben wir noch den Vorteil, dass durch die Erörterung des Begriffs des Normalen und der durch dessen Zweideutigkeit verursachten Verwirrung nur der jedermann geläufige Spezialfall — die Unterscheidung der beiden Bedeutungen des Wortes „Gesetz“ verallgemeinert wird.

Erörterungen über das Wesen des Normalen sind, wie wir sahen, von den meisten Nationalökonomien für unnötig gehalten worden. Man operierte mit diesem Begriff bei verschiedenen Gelegenheiten wie mit etwas Feststehendem, ohne zu merken, dass er dabei seinen Sinn änderte. So kommt es, dass sogar diejenigen Schriftsteller, die, wie Dühring, Knies, Marshall u. a., manche treffende Bemerkung

über das Normale gemacht haben, der hier herrschenden Verwirrung nicht Herr zu werden vermochten.

Nicht wesentlich besser steht die Sache auf dem eigentlichen Gebiet derartiger methodologischer Untersuchungen — der Soziologie. Zwar liegen in derselben zwei eingehende Forschungen über unser Problem vor; aber die diametrale Gegensätzlichkeit der darin erzielten Ergebnisse scheint darauf hinzuweisen, daß auch in der Soziologie die Frage durchaus nicht als selbstverständlich angesehen wird.

Den ersten Versuch im großen Stile, das Normale im Gesellschaftsleben streng zu definieren, hat Émile Durkheim in seinen „Règles de la méthode sociologique“ (Paris 1889) *) gemacht. Mit großem Scharfsinn und kühner Dialektik sucht er da zu beweisen, daß das Normale mit dem Durchschnittlichen schlechthin identisch sei. Dieser Gedanke ist freilich nicht neu, da wir ihm bereits in der klassischen Nationalökonomie begegneten; auch Quetelet mit seinem Anhang legte ihn der Konstruktion des „homme moyen“ zugrunde; in der abstrakten Schule haben wir ebenfalls Vertreter desselben gefunden. Neu ist aber bei Durkheim allein die Vertiefung in das Problem und die Art der Begründung. Seine erste und grundlegende Regel: „Die sozialen Tatsachen (seien) als Sachen aufzufassen“ (S. 20) kennzeichnet den Verfasser bereits als äußersten Objektivisten; auch weist Durkheim darauf hin, daß in der Ethik und in der Nationalökonomie, wie sie gegenwärtig getrieben werden, nicht die wissenschaftliche Forschung, sondern teleologische Be trachtungen überwiegen, was sie zu Kunstlehren mache (S. 32, 33). Streift man nun, meint Durkheim, alle Vorkenntnisse ab (S. 40) und beschränkt sich lediglich auf die Untersuchung der durch äußerlich erkennbare Merkmale charakterisierten Erscheinungsgruppen (S. 45), so verwandelt sich die Soziologie aus einer subjektiven in eine

*) Mir liegt die zweite Auflage (Paris 1901) vor.

objektive Wissenschaft (S. 37). Mit diesem methodischen Werkzeug ausgerüstet tritt nun Durkheim an die Analyse des Normalen und des Pathologischen in der Gesellschaft heran (Kap. III). Da fragt er zunächst nach dem „objektiven Kriterium, das in den Tatsachen selbst liege, welches uns gestatten würde, die Gesundheit von der Krankheit in verschiedenen sozialen Erscheinungsreihen wissenschaftlich zu unterscheiden“ (S. 61). Die üblichen Merkmale: den Schmerz, den Grad der Anpassung an die Umgebung u. s. f. verwirft er sowohl, als auch die aprioristische Annahme einer Norm, als deren Verletzungen die Krankheitserscheinungen aufgefunden werden könnten; denn diese Kriterien seien zufällig, unstetig und subjektiv — für seine Zwecke also unbrauchbar. Er selbst geht von der Unterscheidung der in einer Gattung gewöhnlichen und Ausnahme bildenden Formen aus und behauptet, daß sowohl der Physiologe wie der Soziologe bloß die Funktionen des „Durchschnittsorganismus“ zu studieren haben. „Einigt man sich“ — so fährt Durkheim fort — „als mittleren Typus das schematische Wesen zu bezeichnen, das man bildet, indem man die häufigsten Merkmale . . . in eine Art abstrakter Individualität zusammenfaßt, so kann man sagen, daß der normale Typus mit dem mittleren Typus zusammenfällt, und daß jede Abweichung von diesem Eichmaß der Gesundheit eine Krankheitserscheinung ist“ (S. 70). Es könne mithin von Gesundheit oder Krankheit in abstracto niemals, wohl aber in bezug auf eine bestimmte Gattung die Rede sein (S. 71). Zwar sind nach Durkheim die am meisten verbreiteten Formen im großen und ganzen auch die vorteilhaftesten; aber nicht alles, was nützlich ist, könne normal genannt werden, da z. B. die Arznei wohl nützlich, nicht jedoch normal sei (S. 73—79). Der Verfasser ist so sehr von der Richtigkeit seiner Definition des Normalen überzeugt, daß ihn sogar die sich ihm mit Notwendigkeit ergebende Folgerung — das Verbrechen sei ein notwendiger, integrierender Teil jeder gesunden Gesellschaft — nicht stutzig macht; er überwindet, im Gegenteil, sehr

leicht seine Überraschung (S. 83) und führt bald darauf aus, das Verbrechen sei geradezu nützlich, indem es das ethische Bewußtsein im gleichen Maße, wie der Idealismus, stärke (S. 88). Auf dies Ergebnis bereitet uns allerdings der Verfasser schon in der Vorrede vor, wo es u. a. heißt, es sei Sache des Gelehrten, sich vor den Forschungsresultaten nicht zu fürchten und nicht mal vor einem Paradox zu weichen, wenn es von den Tatsachen diktiert ist (S. V).

Trotz dieser Ermutigung hat sich doch die Kritik des Durkheimschen Buches nicht mit diesem Paradox abzufinden vermocht. So hat Gabriel Tarde in seinem Aufsatz über „Kriminalität und gesellschaftliche Gesundheit“ *) das Durkheimsche Raisonnement in Zweifel gezogen und eine eigene Definition aufgestellt. Er fragte Durkheim, ob dieser auch Unbildung, Ignoranz, Dumheit normal nenne, welche zweifellos häufig genug vorkommen, um im Durchschnitt fühlbar zu werden. Der Durkheimschen Definition stellt er die eigene gegenüber, die dasjenige, was sich im Kampfe ums Leben und in der Vereinigung für das Leben am besten bewährt, normal nennt (S. 152). Den Fehler Durkheims, den Tarde als „unbeabsichtigte Metaphysik“ bezeichnet (S. 161), erklärt er ganz richtig dadurch, daß jener die Vorstellung der Finalität aus der Sozialwissenschaft gänzlich auszuschalten trachte, während nach Tarde die teleologischen Betrachtungen im Vordergrund derselben stehen müßten (S. 153). Das Abnorme definiert Tarde für das organische, das geistige und das soziale Wesen in gleicher Weise als dasjenige, was dessen „systematische Harmonie stört . . . , was die Einigkeit der Zwecksetzungen und die Einigkeit der Urteile . . . verhindert“. Nach dem Vorgange J. S. Mills identifiziert Tarde das Normale mit dem Idealen und betont, im ausdrücklichen Gegensatz zu Durkheim, „daß der ganze Mensch mit seinem Herz, seiner Seele, seiner Einbildungskraft sogar, und nicht mit der

*) In „Revue philosophique“, Febr. 1895; ich zitiere nach dem Abdruck in G. Tarde's *Études de psychologie sociale*, Paris 1898.

Vernunft allein, denken solle“ (S. 155). Denn die Veränderungen der Intensität sowie der Richtung dieser „innerlichen Energie“ werden nach Tarde nicht durch ein Theorem, ein physikalisches, physiologisches oder soziologisches Gesetz, sondern durch einen neuen Gegenstand der Liebe oder des Hasses, der Anbetung oder des Abscheus hervorgerufen (S. 157). „Indem man von der Wissenschaft“ — so lautet eine treffende Schlussbemerkung Tardes — „mehr forderte, als sie geben kann, indem man ihr Rechte einräumte, die über ihren ohnehin weiten Bereich hinausgingen, hat man zur Annahme ihres angeblichen Bankrotts Anlaß gegeben“ (S. 158).

Von diesem subjektiven Standpunkte aus war Tarde auch gewifs berechtigt, in seiner kurz vor seinem Tode verfaßten „Psychologie économique“ (Paris 1902) von „gerechten“, „natürlichen“ oder „normalen“ Werten, Preisen und Gewinnen zu sprechen (Bd. II, S. 38 ff., 46, 54, 67, 82). Auf derselben Grundlage hat er auch seine Krisentheorie *) aufgebaut. Danach seien die Fälle, in denen die von den Käufern zum Ankauf eines Artikels bestimmte Geldsumme von der von den Produzenten desselben erwarteten unempfindlich abweicht, „normal“; werden dagegen die Abweichungen empfindlich, so liege eine Krise vor (II, S. 7). Soweit ist Tarde konsequent; wenn er sich aber gegen die übliche Auffassung der Krisen als „vorübergehender Anomalien, ohne jeden Zusammenhang mit den stummen, ständigen und allgemeinen Kämpfen, . . . die den Normalzustand“ der Gesellschaft bilden, auflehnt, so merkt er nicht, daß er hier das Wort „normal“ im objektiven Sinne gebraucht und mithin seinen eigenen früheren Ausführungen widerspricht. Den Physiologen, sagt ferner Tarde, ist es wohl bekannt, daß man die Krankheiten nicht anders, als im Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand erklären könne; so seien auch

*) Ich ziehe es vor, diese Krisentheorie im Zusammenhang mit Tardes Erklärung des gesellschaftlich Normalen wiederzugeben, zumal er auch in seiner „Psychologie économique“ mehr Soziologe als Nationalökonom gewesen ist.

die Entstehungsgründe der Überproduktionen, und zwar die verschiedenen Antagonismen, „in dem normalsten Wirtschaftsleben vorhanden“ (II, S. 128); der Unterschied liege nur in der Intensität dieser „contradiction des croyances“ *). Der Rhythmus des Wirtschaftslebens sei eher als eine „normale und konstante Rotation“, denn als eine „krankhafte und vorübergehende Oszillation“ aufzufassen (II, S. 193 und 202). Wie in dem intermittenden Fieber das Bestreben des Lebens zu erblicken sei, in den Normalzustand zurückzukehren, so könne auch das periodische Eintreten von Krisen als „eine die Aufhebung der Störungsursachen und eine Reorganisation der industriellen Produktion anstrebbende Arbeit der sozialen Logik angesehen werden“ (II, S. 194). Endlich glaubt Tardé in der Bemerkung C. Juglars, die Perioden der Schwankungen des Wirtschaftslebens wären in der Vergangenheit viel unregelmäßiger, als gegenwärtig, eine Bestätigung seiner optimistischen Beurteilung der Krisen zu finden (II, S. 195); denn, bemerkt Tardé zum Schluss, „die Krisen könnten weder lange periodisch sein, ohne allgemein vorausgesehen zu werden, noch — vorausgesehen, ohne verhindert zu werden, d. h. ohne aufzuhören, periodisch zu sein“ (II, S. 203). So sehen wir, wie inkonsequent Tardé selber die Grundsätze des Subjektivismus durchführt, die er so treffend Durkheim gegenüber vertritt **).

*) Vgl. auch Bd. II, S. 125 und 191—203. Tardé ist die deutsche nationalökonomische Literatur größtenteils unbekannt geblieben; sonst würde er doch wissen müssen, dass diese Ansicht schon von Dühring ein Menschenalter früher ausgesprochen worden ist.

**) Tardé ist überhaupt kein konsequenter Denker gewesen; so hat er 1896 in der „Revue philosophique“ (Juni) die „Idee des sozialen Organismus“ als diskreditiert und unfruchtbare erklärt; in der im Jahre 1902 verfassten „Psychologie économique“ macht er aber selber ausgiebigen Gebrauch von derselben. Aber in jenem Aufsatz handelte es sich ihm darum, ein gegnerisches soziologisches System, wie im Falle Durkheim, zu kritisieren, hier dagegen um Darstellung des eigenen, wobei er jedes Mittel, also auch die heruntergemachte biologische Analogie, willkommen hiefs; vgl. „Etudes de psych. soc.“, Paris 1898, S. 120 ff., wo jener Artikel zum Abdruck gelangte.

Wir haben diese beiden Theorien des Normalen herausgegriffen, da sie in ihrer extremen Fassung gute Beispiele zweier entgegengesetzter Weltauffassungen abgeben können*). Die eine, von Durkheim vertretene, hat die Welt der Naturphänomene zu ihrem Ausgangspunkte; sie geht von der einfachen Überlegung aus, dass, wo ein Typus vorliegt, die positiven und negativen Abweichungen von demselben gleich wahrscheinlich seien und dass, wie bei Ziehungen aus einer Urne mit bestimmter Anzahl weißer und schwarzer Kugeln, bei hinreichend großer Zahl der Versuche, dieselben sich ausgleichen müssen. In diesem Sinne spricht der Naturwissenschaftler von normaler Körpergröße, normalem Hirngewicht usw. Solange also wahre Naturerscheinungen, der Mensch als Säugetier mit inbegriffen, den Gegenstand der Beobachtungen bilden, hat der Mittelwert aus denselben nicht nur einen vernünftigen, sondern auch realen Sinn. Nun aber ist der Mensch das Objekt naturwissenschaftlicher sowohl wie soziologischer Betrachtung; beide Reihen von Erscheinungen werden dabei mittels der Statistik in quantitativer Form wahrgenommen. Offenbar liegt die Versuchung nahe, dasjenige Verfahren, das sich im Reiche der Naturphänomene bewährt hat, auch auf die sittlichen Erscheinungen zu übertragen. Nirgends ist wohl dieser Analogieschluss klarer an den Tag gelegt worden, als in der berühmten Untersuchung A. Quetelets „Über den Menschen und die Entwicklung seiner Fähigkeiten, oder Versuch einer Physik der Gesellschaft“ (1835)**). Er geht da von der „Entwicklung des Menschen in Beziehung auf seine körperlichen Fähigkeiten“ (S. 21 ff.) aus, bespricht im zweiten Buch die „Entwicklung der Größe des Körpers, seines Gewichts, seiner Kraft usw.“ (S. 327 ff.), schildert dann ganz analog die „Entwicklung der sittlichen und geistigen Fähigkeiten des Menschen“ (Buch III, S. 408 ff.), um zuletzt

*) Eine dogmengeschichtliche Untersuchung der soziologischen Theorien lag mir offenbar fern.

**) Mir liegt die deutsche Ausgabe von V. A. Riecke, Stuttgart 1838, vor.

zu den „Eigenschaften des mittleren Menschen und des gesellschaftlichen Systems“ (Buch IV, S. 558 ff.) überzugehen. Nun ist aber diese Verallgemeinerung des in den Naturwissenschaften berechtigten Verfahrens auf die sozialen Erscheinungen nicht nur eine *petitio principii*, sondern schlechthin ein Mifsverständnis. Denn, während in den Naturwissenschaften das Bestehen des Normalen, d. h. der Gesetzmäßigkeit, mit Hilfe objektiver mathematischer Kriterien konstatiert werden kann*), versagen dieselben in bezug auf die eigentlichen Sozialphänomene vollständig. Ein solches objektives Kriterium bietet uns die Dispersionstheorie von W. Lexis, der die wahrscheinliche Abweichung (R) mit dem wahrscheinlichen Fehler (r) vergleicht und als Bedingung des „Maximums der Stabilität“ der statistischen Reihe die Gleichung $R = r$ aufstellt**). Trifft nun diese Bedingung zu, so nennt Lexis die betreffende Reihe „typisch“ und deren Dispersion „normal“ oder „normalzufällig“. Demnach kann von normalen Erscheinungen im naturwissenschaftlichen Sinne nur dann die Rede sein, wenn sich die Einzelfälle um den Mittelwert so gruppieren, wie die Einzelversuche, denen eine apriorische Wahrscheinlichkeit zugrunde liegt und deren Verlauf dem Zufall überlassen ist. Wenn daher Sigwart***) bemerkt, auch bei den Definitionen „normaler“ Naturphänomene klinge „immer ein teleologischer Gedanke mit durch,“ so ist dies m. E. nur insofern richtig, als wir uns in der Tat den typischen Verlauf normaler Naturerscheinungen so vorzustellen pflegen, als ob die Natur ein bestimmtes Ziel im Auge hätte†). Unbeschadet dessen bleibt die Grenze zwischen der naturwissenschaftlichen und

*) Vgl. hierüber W. Lexis, *Abhandlungen zur Theorie der Bevölkerungs- und Moralstatistik*, Jena 1903, S. 182 ff. und 233 ff.

**) W. Lexis, a. a. O., S. 176 und 183.

***) Christoph Sigwart, *Logik*, III. Aufl., Tübingen 1904, Bd. II, S. 683.

†) Vgl. z. B. die Definition des „Normalalters“ bei W. Lexis, a. a. O., S. 87 ff. und 111.

der teleologischen Gesetzmäsigkeit bestehen; zwar erscheinen uns beide als Zwecksetzung, aber in dem einen Fall geht der Zweck von außen — vom Objekt aus, in dem anderen dagegen von uns — vom Subjekt. Die metaphysische Frage nach der Berechtigung dieser Unterscheidung von Objekt und Subjekt gehört nicht hierher; uns genügt, dass nach dem Stand der Forschung die vom objektiven Naturgesetz beherrschte und die durch unsere subjektiven Normen regierte Sphäre voneinander geschieden werden können und müssen*).

Wir sehen also, dass beide Erklärungen des Normalen, die Durkheimsche sowohl wie die Tardesche, monistisch sind; während nämlich ersterer den naturwissenschaftlichen Begriff auch in der sittlichen Welt gelten lassen will, begreift Tarde dieselbe Einseitigkeit, vom anderen Pol, dem des sittlichen Telos, ausgehend. Beide Soziologen haben also jeder teilweise recht; für die Sphären von Erscheinungen, von denen ihre Definitionen abstrahiert worden sind, sind sie zweifelsohne richtig. Wenn wir diese halben Wahrheiten addieren, so erhalten wir die ganze Definition des Normalen, die diesen Begriff, als Adjektiv, einmal vom Naturgesetz, das andere Mal von der Norm ableitet. Das Normale in der Natur denken wir uns also als wirklich existierend, während das gesellschaftlich Normale an sich schon von Knies richtig als „Unding“ bezeichnet wurde. Ersteres ist mithin eine „Relativität“ des Denkens, wie es Simmel treffend bezeichnet, während das gesellschaftlich Normale eine Relativität des Wollens ist**). Das Denken

*) Vgl. hierzu W. Lexis, a. a. O., S. 248; R. Stommel, Wirtschaft und Recht, Leipzig 1896, wo es S. 483 heißt, „dass die grundlegende unbedingte Einheit und damit Gesetzmäsigkeit der sozialen Bewegungen nicht die Einheit der Naturerkennnis, sondern die Einheit der sozialen Ziele sein muss“, und S. 599: „Die Gesetzmäsigkeit des sozialen Lebens ist die Beobachtung und Befolgung des Endzweckes der menschlichen Gesellschaft.“

**) Vgl. Georg Simmel, Zur Methode der Sozialwissenschaft, Artikel in Schmollers „Jahrbuch“ 1896, S. 528, und desselben Philosophie des Geldes, Leipzig 1900, S. 77; letztere Stelle lautet, die

besitzt aber, wie Simmel ausführt, in der Erfahrung ein Kontrollmittel, das dem Gebiet des Willens fehle; daher müssen alle Versuche, wie etwa der in Stammers „Wirtschaft und Recht“, die objektive Richtigkeit des Wollens (S. 596) oder die theoretische „Richtigkeit“ des Rechts (S. 185)*) darzutun, fehlschlagen. Die sozialen Normen sind subjektiven Ursprungs und bleiben immer subjektiv, wie sehr auch — um wieder ein Wort des feinen Denkers zu zitieren — die „merkwürdige Kraft des menschlichen Geistes, seine eigenen Inhalte sich als Normen gegenüberzustellen“, dieselben objektiviert, gleichsam in die äußere Welt projiziert**).

Nicht so leicht, wie in der Soziologie, wo die Frage des Normalen direkt erörtert wird, hatten wir es in der Nationalökonomie, wo dieselbe, wie gesagt, meistenteils als erledigt oder selbstverständlich aufgefasst wurde. Wir hatten also die Aufgabe, den wahren Kern der einzelnen Lehren herauszuschälen, was angesichts deren angeblichen „Strenge“, „Wissenschaftlichkeit“, „Objektivität“ oder „Exaktheit“ zuweilen nur mit Not geschehen konnte. An sich, d. h. im eigentlichen Verstande, sind ja die Begriffe der Gesundheit, Harmonie, Proportionalität, Höhe, des Gleichgewichts u. s. f. und vollends mathematische Formeln (wie $V = ap$) und Zahlen (wie die Fouriers) ganz und gar objektiv. Nun sind aber diese Begriffe, Formeln und Zahlen im übertragenen Sinne mit der ausgesprochenen Absicht gebraucht worden, dass sie auch dem Urteil über die wirtschaftlichen Erscheinungen eine objektive Geltung verschaffen. Dass alle Schulen nach derartigen, von der subjektiven Willkür unabhängigen, starren Dogmen strebten und dass sie alle dabei mehr oder weniger willkürlich verfuhrten, glauben wir

Normen seien „nichts als die Arten und Formen der Relativität selbst, die sich zwischen den Einzelheiten der Wirklichkeit, sie gestaltend, entwickeln“.

*) Vgl. auch R. Stammmer, Die Lehre vom richtigen Recht, Berlin 1902.

**) Georg Simmel, Philosophie des Geldes, Leipzig 1900, S. 14.
Pinkus, Das Problem des Normalen.

im ersten Kapitel nachgewiesen zu haben. Wir sahen nämlich, wie die abstrakten Theorien sich gewisse Erscheinungen des Wirtschaftslebens hinweggedacht hatten, wonach sich ihnen „exakte“ Gesetze und Formeln ergaben, die für eine Welt „ohne Störungen“ gelten sollten; was Wunder, daß sie uns keine oder nur dürftige Erklärungen für die wirklich im Wirtschaftsleben vorkommenden Störungen zu geben vermochten. Viel bestechender scheinen die „naturwissenschaftlichen“ Bezeichnungen zu sein, da sie uns durch die Alltagssprache und -Erfahrung nahegelegt werden. Was kann, so scheint es, natürlicher sein, als der Vergleich des Völkerschicksals mit dem Leben des Individuums? Noch Roscher hat diese alte Metapher gebraucht und viele seiner Schüler bis auf den heutigen Tag ihm dieselbe nachgeschrieben. Und doch hat bereits Josiah Tucker dagegen Einspruch erhoben: „It is taken for granted“ — so heißt es bei ihm — „that as all Animals, by having the seeds of Decay within themselves, must die sooner or later, therefore political or commercial Institutions are subject to the like Fate . . . Now this remains to be proved; for the Parallel doth not hold in all Respects; and tho' it be true that the Body Politic may come to an End, as well as the Body Natural, there is no physical Necessity that it must“ (*). Ähnlich bekämpfte diese Metapher David Ricardo: „Man from youth grows to manhood, then decays and dies; but this is not the progresf of nations. When arrived to a state of the greatest vigour, their further advance may indeed be arrested, but their natural tendency is to continue, for ages to sustain undiminished their wealth and their population“ (**). Nicht besser ist die Vorstellung der wirtschaftlichen „Gesundheit“ und „Krankheit“ fundiert. Wir sahen, wie dieselben Zustände von den einen „krank“, von anderen dagegen „gesund“ er-

*) Josiah Tucker, Four Tracts on political and commercial subjects, II ed., Gloucester 1774, S. 55.

**) David Ricardo, Works, London 1846, S. 160.

klärt werden, wobei die einen und die anderen von ihrem Standpunkte aus recht hatten. Am zähesten hält sich in verschiedenen Schulen zugleich die Vorstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, obwohl sie auf eine Tautologie (wie bei Say), auf eine Fiktion (wie bei James Mill) oder bestenfalls auf einen Zirkel hinausläuft. Denn spricht man z. B. von „normalen“ Preisen in Fällen, in denen Produktion und Konsumtion oder Angebot und Nachfrage sich die Wage halten, so vergifst man, daß diese letzteren Größen von der Höhe der Preise abhängig sind. So hiefs es z. B., die Kartelle seien die einzigen Organe, die berufen sind, das durch Überproduktion gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. In der Kohlenkartell-Enquête sowie in der des „Vereins für Socialpolitik“ hat man aber schon auf Grund der gemachten Erfahrungen diese „normierende“ Wirkung der Kartelle in Zweifel gezogen. Man hat ja nicht nur über ihre Preispolitik Klagen geführt, die die inländische Konsumtion zugunsten des Auslandes herabgedrückt hätte, sondern auch die „Stilllegung der Zechen“ an die grofse Glocke gehängt. Es scheint eben, daß man von der Ansicht über die allein heilbringende Tätigkeit der Kartelle abgekommen ist und wieder mehr zu der Auffassung neigt, daß diese auch des staatlichen Mitwirkens zur Herstellung des „Gleichgewichts“, wie es die Allgemeinheit versteht, bedürfen. Wir sehen also, daß diesen scheinbar „naturwissenschaftlichen“ Vorstellungen keine Realität im wirklichen Wirtschaftsleben entspricht: es gibt darin, vom objektiven Standpunkt aus betrachtet, weder Wachstum, noch Gesundheit oder Krankheit, noch endlich Gleichgewicht oder Störungen desselben. Ebenso-wenig kann offenbar von objektiv gerechten, harmonischen, guten, fortschrittlichen usw. Erscheinungen die Rede sein, denn diese Urteile sind schlechthin Wertungen, die wir auf Grund unserer subjektiven Normen, unserer Ideale u. dergl. m. vorzunehmen pflegen. Sie haften also den wirtschaftlichen Erscheinungen nicht an, sondern werden von uns auf sie proiziert. Die naturwissenschaftlichen Analogien, die wir

soeben besprochen haben, unterscheiden sich von diesen Werturteilen nur durch die Form; sie sind nichts als verkappte Werturteile, als Krücken, mit deren Hilfe man sich über die Unbestimmtheit oder gar Leere, die nach Be seitigung der ethischen Prämissen in dem angeblich „objektiven“ Raisonnement entstehen müfste, hinwegzusetzen pflegte. Kurz, sie sind nur „Worte“.

Die sittlichen Maßstäbe werden durch unsere Lust- und Unlustgefühle, durch Temperament, durch Zeitstimmungen — kurz durch lauter subjektive, von unserem Intellekt fast unabhängige, ihn dagegen stark beeinflussende, Agentien bestimmt. Sie entstehen teils bewußt durch Erziehung, Lektüre usw., teils bleiben sie „unter der Schwelle des Bewußtseins“. Jedenfalls treten sie, im Gegenteil zu sonstigen psychischen Erscheinungen, so unmittelbar auf, sind je nach Art und Gröfse der sittlichen Gemeinschaft so „selbstverständlich“, daß sie stets als Prämissen angewandt werden, ohne daß wir sie ausdrücklich formulieren *). Wir sahen, daß die sittlichen Wertmaßstäbe, und nicht die methodologischen Grundsätze, wie man häufig anzunehmen pflegt, die gemeinsame Grundlage der Lehren der einzelnen Schulen bilden. Vielmehr ergab es sich uns, daß auch reine Denkprozesse, wie der der Abstraktion, von sittlichen Werturteilen bestimmt werden: was wesentlich, „prävalent“ u. s. f. ist — das entscheidet nicht unser Intellekt allein, sondern auch in nicht unbeträchtlichem Maße unser Gefühl und „Takt“. Nun zerfallen aber, wie wir gesehen haben, die Autoren in zwei große Gruppen, von denen die einen aufrichtig die ethischen Ideale (der Gerechtigkeit, der Gleichheit usw.) anrufen, die anderen dagegen ihre Urteile als rein wissenschaftliche Erkenntnisse aufgefafft wissen möchten. Sie verspotten zum teil jene „Ideologen“ und wollen, im Gegensatz zum Subjektivismus derselben, ihre Thesen zwingend („arithmetisch“, „positiv“, „exakt“, „objektiv“, „naturwissen-

*) Vgl. A. Messer, Kants Ethik. Eine Einführung in ihre Hauptprobleme und Beiträge zu deren Lösung. Leipzig 1904. S. 3.

schaftlich“) beweisen. Dies Bestreben ist durehauß nicht erst mit unserer Wissenschaft aufgekommen; es ist fast ebenso alt, wie das politische Denken überhaupt. Jedesmal, wo man das eigene Urteil dem Bann der subjektiven Willkür entreissen wollte, sah man sich nach solchen „objektiven“ Kriterien um. Man berief sich auf die göttliche Vorsehung (Cumberland), auf die natürliche Ordnung der Dinge (Hugo Grotius, Rousseau, Quesnay) oder endlich auf die Evidenz der mathematischen oder rein logischen Deduktion (Hobbes, Petty, Condorcet, Quesnay, Thünen, die „Exakten“).

Immer und immer wieder suchte man das Seiende vom Seinsollenden zu trennen und war immer wieder dem Wahn verfallen, letzteres auf Grund des ersteren „wissenschaftlich“ nachgewiesen zu haben, freilich meistenteils ohne sich davon Rechenschaft zu geben, daß man den Boden des Seienden verlassen hatte. Und es waren gerade die Besten von jeder Schule, bei denen wir diese Illusion zu konstatieren hatten. Was sie alle voneinander und gar von den „Ideologen“ unterscheidet, ist nicht so sehr die erkenntnistheoretische Beschaffenheit ihrer Lehren, wie die Form, in der diese ihren literarischen Ausdruck gefunden haben. Dies ist eine Tatsache, der man, wie es scheint, nicht genügend Rechnung getragen hat. Indem man einer unkritischen Überlieferung, die auf jene „Objektivisten“ zurückgeht, huldigte, bezeichnete man nämlich gewisse Formen als wissenschaftlich, gleichsam „vollgültig“, andere dagegen als halb- oder gar unwissenschaftlich, „utopistisch“. Das Kriterium bestand dabei darin, daß alle sich auf ein „Endziel“ stützenden Ausführungen zu der letzten nicht „vollgültigen“ Sorte gehören. Und doch übersah man nur allzu häufig, daß sogar das Prototyp der „Utopien“, nämlich das tiefe Werk „De optimo reip. statu deque noua insula Utopia libellus uere aureus, nec minus salutaris quam festiuus“*) von Thomas Morus nicht gar so „utopistisch“

*) Mir liegt die Ausgabe in 8° von 1518 vor; vgl. auch die

war, wie mancher Schematiker es gern hinstellen möchte. Denn gerade Morus hat seiner Schrift ein kleines Nachwort angehängt, das folgendermaßen lautet: „Quod utinam aliquando contingere interea quemadmodum haud possum omnibus assentiri quae dicta sunt . . . ita facile confiteor permulta esse in Utopiensi republica, quae in nostris ciuitatibus optarim uerius, quam sperarim“ (S. 161), und in diesem Nachwort hat er angedeutet, daß er sich über das Verhältnis seiner „Utopie“ zur Wirklichkeit keinen Illusionen hingab. Es will mich fast bedünnen, daß nicht wenige der „wissenschaftlichsten“ und „exaktesten“ Autoren bis auf Marx und Schmoller diesem „Utopisten“ in der Einschätzung der Beschaffenheit ihrer Beweisführung nachstehen. Denn alle Genres sind nach dem Wort eines geistreichen Franzosen gleichberechtigt mit Ausnahme des „genre ennuyeux“. „Ennuyeux“ sind aber in unserem Falle nur diejenigen Autoren, bei denen das Seiende und Seinsollende wirr durcheinander läuft, ohne daß sie selber darüber im klaren sind, wann das eine und wann das andere das Thema ihrer Ausführungen bildet. Es ist ein leerer Wahn, wenn man das Seinsollende aus unserem Bewußtsein völlig wegstreichen oder es in Seiendes umsetzen, oder davon ableiten will. Ein „Endziel“, ein Ideal, eine Norm sind gleichsam optische Gläser, die mit unserem geistigen Auge verwachsen sind und die uns die wirtschaftliche Welt in rosigen oder düsteren Farben, in vergrößerter oder verkleinerter Gestalt sehen lassen, die endlich den einen das Erstrebenswerte dicht in der Nähe, den anderen dagegen — in die Ferne entrückt zeigen. Da nun diese „Gläser“ jedes Mal, wo es sich um die Beurteilung der wirtschaftlichen Erscheinungen handelt, nicht abgelegt werden können, ohne durch andere ersetzt zu werden, so müssen die „Icarusflüge“ — um mit Gustav Cohn zu sprechen — „die immer wieder von starken Persönlichkeiten, lebhaften

deutsche Übersetzung von E. M. Oettinger u. d. T.: „Th. Morus und sein berühmtes Werk Utopia“, Leipzig 1846, S. 201.

Temperamenten, neuen Begabungen versucht werden, . . . zufolge der Natur des Stoffes nur immer wieder so enden, wie die früheren Versuche*), die wir im vorigen Kapitel kennen gelernt haben.

Der Unterschied des wissenschaftlichen vom ungeordneten, ungeschulten Denken besteht danach allein in der Besinnung des ersteren auf die Angemessenheit dieser oder jener gedanklichen Kategorien für den zu behandelnden Stoff und nicht in der Bevorzugung der einen derselben, etwa der kausalen vor der teleologischen**). Wir haben das Problem des wirtschaftlich Normalen als ein in die teleologische Kategorie gehörendes erkannt. Folgt hieraus, dass es als solches aus der Wissenschaft gestrichen werden soll? Offenbar nicht; es darf aber nie und nimmer implicite oder explicite dort vorkommen, wo es sich um das Erkennen und Erklären der wirtschaftlichen Wirklichkeit und nicht um deren Beurteilung handelt. Ob das Krisenproblem ohne letztere nicht denkbar ist, wollen wir im folgenden noch kurz erörtern.

*) Gustav Cohn, Über den wissenschaftlichen Charakter der Nationalökonomie, Artikel im „Archiv f. Sozialwiss. und Sozialpol.“, Bd. XX (N. F., Bd. II), Heft 3, Tübingen 1905, S. 476; vgl. dazu Max Weber, Die „Objektivität“ der sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Erkenntnis, Artikel daselbst, Tübingen 1904, S. 22—87, besonders S. 25.

**) Vgl. August Oncken, Geschichte der Nationalökonomie, Leipzig 1902, S. 11, und besonders S. 400, wo es heißt: „Der Verzicht auf einen höheren Maßstab, womit man die Dinge misst, bedeutet einen Verzicht auf jedwedes wissenschaftliche Urteil überhaupt“.

Drittes Kapitel.

Theorie der wirtschaftlichen Störungen.

Unsere bisherige Untersuchung bezog sich auf das wirtschaftlich „Normale“ im allgemeinen und gipfelte in dem Satze, dass dieses nur im subjektiven Sinne aufgefasst werden darf und dass es dann nichts als ein Werturteil ist. Daraus zogen wir den Schluss, dass dieser und verwandte Begriffe ein für allemal aus der objektiven Forschung zu streichen seien, nicht etwa wegen der häufig behaupteten Inferiorität des teleologischen Denkens, sondern einfach aus dem Grunde, weil sie dort, aber auch nur dort, nicht am Platze seien. Nun gilt es, die aus der Dogmengeschichte gewonnenen Einsichten praktisch zu verwerten, und zwar wollen wir zusehen, ob eine Theorie der wirtschaftlichen Störungen auf objektiver Grundlage möglich ist oder, was auf dasselbe hinausläuft, ob diese ganze Theorie von jeglichem Werturteil unabhängig gedacht werden kann.

Um darzutun, dass diese Fragestellung ein Spezialfall der in der vorliegenden Arbeit behandelten allgemeinen Frage ist, greifen wir nochmals auf unser erstes Kapitel zurück. Wir sahen da immer wieder, wie eng die allgemeinen Werturteile der meisten Verfasser mit ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Störungen zusammenhängen. Wer, wie die „Merkantilisten“, nur von der Reglementierung des Wirtschaftslebens durch den „Staatsmann“ eine Ordnung erwartete, dem musste die wenig oder ganz ungeregelte

Wirklichkeit gestört erscheinen. Wer die Schranken des Wirtschaftslebens verurteilte, dem waren dieselben staatsmännischen Normen „unnatürlich“ (Physiokraten, Ad. Smith). Wer eine prästabilierte Harmonie annehmen zu dürfen glaubte, dem waren die stärkeren und schwächeren Schwankungen der Konjunktur nichts als vorübergehende Abweichungen vom stabilen Gleichgewichtszustand, die sich von selbst auszugleichen streben (Say, Mill, Bastiat, abstrakte Schulen). Wer dagegen pessimistischer die Wirklichkeit beurteilte, der sah die Störungen dieses Gleichgewichts als notwendige Folgen der menschlichen Unvernunft und als Strafen an, die seitens der Natur über die ihren Gesetzen zuwiderhandelnden Individuen verhängt werden (Malthus). Die letztere Ansicht wird von Sozialisten bekämpft, welche die Störungen als Folgen der Unvollkommenheit sozialer Einrichtungen ansprechen, indem sie die ersteren als Vorboten des „naturnotwendigen“ oder zu erkämpfenden Untergangs der letzteren erklären. Gegen die revolutionäre Theorie tun andere Autoren dar, die Gesellschaft sei ein Organismus, dessen Änderungen nicht gewaltsam, sondern allmählich vor sich gehen werden, wobei stets vorausgesetzt wird, dass diese Evolution mit dem Fortschritt gleichbedeutend sei. Manche von diesen Autoren erklären die wirtschaftlichen Störungen für Krankheiten des sozialen Organismus, andere dagegen für die selbstheilende Wirkung desselben, für seine Tätigkeit, fremdartige Körper auszustofsen u. s. f. Neuerdings endlich gewann immer mehr die Überzeugung Boden, dass die Störungen ebenso „normal“ wie die störungsfreien Zustände seien, ja sogar, dass die Depression der heutige Normalzustand, die Hause dagegen die eigentliche Krankheit sei (May, Liefmann, Sombart). Aus diesen Beispielen dürfte es zur Genüge erhellten, dass

1. hier quot capita tot sensus, d. h. dass jede Schule ihre eigene Theorie aufgestellt hat, und dass
2. die Unterschiede der einzelnen Theorien nicht durch zufällige Momente, sondern durch die grundlegenden Doktrinen der betreffenden Schule bedingt waren.

Man ging im großen und ganzen stets von der Vorstellung des Normalen, als Gegensatz von den in Wirklichkeit vorkommenden Störungen, aus und nahm auf diese Weise immer wieder das eigene **Werturteil**, ein subjektives Element also, **bereits in die Definition der Störungen auf**. Nur zu natürlich war es daher, daß alle nach diesem Schema konstruierten Theorien subjektiv ausfallen mußten, und daß die Bestrebungen, auf dieser Grundlage feststehende Ergebnisse zu erzielen, von vornherein aussichtslos waren. Die Reaktion konnte nicht ausbleiben. Es erging der nationalökonomischen Forschung in unserem Falle nicht anders als der Wissenschaft überhaupt jedesmal, wo man an sie mit der Forderung herantrat, sie solle sittliche Probleme in objektiver Weise lösen und wo ihre Machtlosigkeit in dieser Beziehung zu ihrer „Bankrotterklärung“ im allgemeinen Anlaß gab. So möchte ich die Konklusion der Sombartschen „Systematik“ aufgefaßt wissen; denn Sombart scheint die andere Möglichkeit übersehen zu haben, die in der Befreiung der **Definition der Störungen von den subjektiven Zutaten** und in der **Hinausschiebung** der teleologischen Betrachtung auf ein späteres Stadium besteht.

Soll die Krisenlehre *) diesen Anforderungen genügen, so darf sie sich offenbar allein der statistischen und historischen Hilfsmittel bedienen. Eine annähernde Objektivität ist aber nur dann von ihr zu erwarten, wenn sie sich zunächst auf quantitative Merkmale gründet. Es muß daher eine Definition der Störungen aufgestellt werden, welche

1. eine eindeutige statistische Konstatierung der zu untersuchenden Erscheinung, die zur Isolierung der letzteren berechtigt, möglich macht, und welche

*) Ich gebrauche diesen Ausdruck der Kürze halber statt der weitläufigen Bezeichnung: „Theorie der Störungen im Wirtschaftsleben“; auch werde ich aus Rücksicht auf den eingebürgerten Sprachgebrauch von „Krisen“, im Gegensatz zu „Depressionen“, im Sinne von kurz bezw. lang währenden Störungen sprechen, ohne mit ihnen die bewußtesten qualitativen Vorstellungen zu verknüpfen.

2. den historischen Beobachtungen der wirtschaftlichen Vorgänge Rechnung trägt.

Wir werden mit anderen Worten die Störungen als solche rein formell definierbaren Größen unterscheiden bezeichnen, denen im Wirtschaftsleben regelmäßig gewisse typische Vorgänge entsprechen. Die Ergebnisse der historischen Forschung wollen wir nur kurz rekapitulieren und uns auf die Erörterung der statistischen Aufgaben allein beschränken, die wir wie folgt formulieren können: a) Unterscheidung der Störungen von sonstigen Schwankungen und b) Vergleichung der ersteren mit den letzteren.

Man denke sich der Einfachheit halber einige wirtschaftsstatistische Reihen graphisch dargestellt; es lassen sich dann innerhalb der Zickzacklinien folgende drei Kategorien von Schwankungen unterscheiden:

1. geringfügige und unregelmäßige Schwankungen, die in allen diesen Erscheinungsreihen keine dauernde Übereinstimmung aufweisen und von unserem Standpunkte aus füglich als zufällig bezeichnet werden können, da sie mit den individuellen Bedingungen des betreffenden Gebietes (z. B. der Ausfuhr, des Geldumlaufs, des Börsenverkehrs) zusammenhängen und lediglich für die Detailforschung von Interesse sein können;
2. periodisch wiederkehrende Schwankungen von verschiedener Größe, die mit periodisch wiederkehrenden Zeitereignissen zusammenhängen; als Beispiele könnten die Inanspruchnahme der Barreserven der Banken durch die Bedürfnisse der Getreideproduzenten und durch Dividendenzahlungen zu bestimmten Zeiten, die Anschwellung des Güter- und Personenverkehrs vor gewissen Feiertagen und in der „Saison“, die Abflauung dieses Verkehrs sowie des Waren- und Arbeitsmarktes in gewissen anderen Monaten u. dgl. angeführt werden;
3. Schwankungen von durchweg bedeutender Stärke, die in vielen oder gar allen Erscheinungs-

reihen zu gleicher Zeit und stets im gleichen oder stets im entgegengesetzten Sinne eintreten, bei denen also regelmässig Maxima mit Maximis oder regelmässig Maxima mit Minimis zusammentreffen.

Diese letzte Art wollen wir Störungen (d. h. Krisen und Depressionen) im Anschluss an den eingebürgerten Sprachgebrauch nennen; wir beschränken uns im folgenden auf die Analyse dieser Art Schwankungen, wobei es zunächst auf die Feststellung deren wesentlicher Merkmale ankommt, die sie von den zwei anderen Arten unterscheiden.

Keine Schwierigkeit bieten die periodischen Schwankungen, deren Ermittlung zu den wenigen feststehenden Erfolgen der Krisenforschung gehört. Bereits J evons *) und C. Juglar **) haben auf sie hingewiesen, und sowohl die Theorie als auch die Praxis der Banken haben ihnen Rechnung getragen. Auf sie passt das Wort Tardes, daß, was periodisch ist, auch vorausgesehen und in Rechnung gezogen werden könne. Ganz anders steht es mit den wirtschaftlichen Störungen, von denen ebenfalls behauptet wurde, sie seien periodisch; aber diese Ansicht kann heute so gut wie überwunden genannt werden, da die Ereignisse selbst sie Lügen gestraft haben. Werden nämlich in die Chronologie der Störungen keine fingierten Krisenjahre hineingeschmuggelt und keine wahren hinweggedacht***), so zeigt dieselbe das gerade Gegenteil von Periodizität: die Intervalle sind nicht bloß 10- und 11jährig, sondern auch 3-, 5-, 13- usw. -jährig gewesen.

*) W. Stanley Jevons, Investigations usw., S. 160 (Jevons trug seine Beobachtungen über die „autumnal pressure“ bereits 1866 vor).

**) C. Juglar, Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux États-Unis, II éd., Paris 1889, S. 235.

***) Wir streifen nur dieses über unsere Fragestellung hinausgehende Problem, da sich dasselbe ohnehin einer gewissen Beliebtheit in der Literatur erfreute und daher häufig eingehender behandelt wurde. Das Beste hat auch hier E. v. Bergmann, a. a. O., S. 235, geleistet, der den „Lehren von der Periodizität der Krisen“ ein besonderes Kapitel (V) widmet. Sogar C. Juglar nimmt a. a. O., S. 162 und

Nicht so leicht, aber doch mit nicht geringerer Sicherheit lassen sich die wirtschaftlichen Störungen von den „zufälligen“ Schwankungen, wie wir sie genannt haben, unterscheiden. Denn die Gröfse der Schwankungen allein kann, wie es ohne weiteres einleuchten dürfte, kein sicheres Kriterium abgeben. Es lässt sich nämlich sehr wohl denken, dass die individuellen Veränderungen der betreffenden Erscheinungsreihe sehr beträchtliche Schwankungen der statistischen Zahlen nach sich ziehen, ohne dass eine Störung im Wirtschaftsleben entsteht. Dies können ja Umstände sein, die nicht einmal eine spezielle Störung hervorzurufen brauchen, wie z. B. eine von der Börse längst vorausgesehene Erschöpfung der Mine oder Grube, „Fusionierungs-, Vertrustungs- oder Verstaatlichungsgerüchte u. dergl. mehr. In allen solchen Fällen können Schwankungen der Aktienkurse, der Betriebs- und Produktionsstatistik vorkommen, die einen krisenartigen Charakter haben, und doch ohne jede erhebliche Einwirkung auf das ganze Wirtschaftsleben bleiben. Hieraus ergibt sich erstens, dass die Wirtschaftsstatistik ohne Wirtschaftsgeschichte blind ist, und zweitens, dass aus einer statistischen Reihe überhaupt keinerlei Schlüsse möglich sind. Objektiv vermag also eine Krisis nur auf Grund der **Übereinstimmung** aller wichtigsten wirtschaftsstatistischen Daten konstatiert zu werden. Kann eine solche Übereinstimmung regelmäßig ermittelt werden, so liegt genügender Grund zur Ausscheidung dieser Erscheinungskomplexe aus der grofsen Masse sonstiger Schwankungen, die sich als bald übereinstimmende, bald entgegengerichtete Maxima- und Minimapunkte der genannten Zickzacklinien charakterisieren lassen. Von dieser Überlegung sind übrigens alle Schriftsteller ausgegangen, die das Krisenproblem statistisch behandelt haben.

passim, keine regelmäßige Periodizität, sondern blofs eine rhythmische Aufeinanderfolge von Hause, Krisis und Liquidation an. Vgl. auch Edward D. Jones, Economic crises, New York 1900, S. 132—152.

So hat Clément Juglar in seinem grofs angelegten statistisch-historischen Werk „Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux États-Unis“ (II éd., Paris 1889) die Bankbilanzen Frankreichs, Englands und Nordamerikas mit anderen wirtschaftsstatistischen Daten verglichen und hat gefunden, dass die „Maxima und Minima, denen man nach einer Reihe von Hause- oder Baissejahren begegnet, in denselben Zeitpunkt fallen oder innerhalb eines Jahres zusammentreffen“ (S. 203). Am auffallendsten ist dieser Zusammenhang in der von Juglar gezeichneten graphischen Darstellung des Portefeuilles und der Barbestände der Bank von Frankreich: erreicht die Linie des ersten ihr Maximum, so sinkt die der letzteren stets am tiefsten und eine Krisis liegt, nach Juglar, vor (S. 247). Dank diesem vergleichenden Verfahren gelingt es ihm, die Krisenjahre genau zu bezeichnen; in Frankreich waren es demnach: 1804, 1810, 1813, 1818, 1826, 1830, 1836, 1839, 1847, 1857, 1864 und 1882; in England: 1803, 1810, 1815, 1818, 1826, 1830, 1837, 1839, 1847, 1857, 1864, 1866, 1873 und 1882; in Amerika endlich: 1814, 1818, 1826, 1837, 1839, 1848, 1857, 1873 und 1884.

Die Methode Juglars wird durch die von Pareto als erste „dynamische“ Untersuchung*) gefeierte Abhandlung von Pierre des Essars über die „Geschwindigkeit des Geldumlaufs“ **) bestätigt und vervollständigt. Des Essars legt seiner Berechnung die Kontokurrenten der Banken Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Portugals, Spaniens, Italiens, Griechenlands, Russlands und einiger Privatbanken zugrunde. Er bezeichnet mit m die Gesamtheit der der betreffenden Bank gemachten Einzahlungen und m' — die von

*) V. Pareto, Cours, S. 295, und desselben Anwendungen der Mathematik auf Nationalökonomie, Artikel in der „Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften mit Einschluss ihrer Einwendungen“, Bd. III, Leipzig 1900—1904, S. 1119.

**) Im „Journal de la Société de Statistique de Paris“, April 1895, Nr. 4, Paris 1895.

ihr ausgezahlten Summen, wonach der gesamte Kapitalumsatz der Bank gleich $\frac{m+m'}{2}$ gesetzt wird. Ist nun S der mittlere Saldo und V seine „Geschwindigkeit“, so besteht nach Des Essars die Gleichung $VS = \frac{m+m'}{2}$, woraus sich $V = \frac{m+m'}{2S}$ ergibt. Dies V hat Des Essars für die Banque de France und die italienische Nationalbank graphisch dargestellt (S. 150, 151) und hat eine merkwürdige Übereinstimmung mit den Juglarschen Kurven in 25 Fällen (für die Dauer von 85 Jahren) erhalten. Es erhellt aus den Kurven Des Essars', dass dieselben immer ein Maximum im Augenblick der Krise und ein Minimum im Augenblick der Liquidation erreichen (S. 148). Diese Übereinstimmung ist um so überraschender, als Juglar in etwas roher Weise die Statistik handhabt (er vergleicht meistenteils schlecht hin die absoluten Zahlen) und Des Essars einseitig die Bankstatistik bevorzugt.

Vielseitiger, obwohl, wie wir sehen werden, auch nicht ganz einwandsfrei, ist das Verfahren Michael von Tugan-Baranowskis im historisch-statistischen Teile seines uns bereits bekannten Werkes über „Handelskrisen in England“. Tugan zieht nämlich die Statistik der Ausfuhr, der Bankrotte, der Eisenpreise, des Barvorrats der Bank von England, der Gründungen von Aktiengesellschaften, die Umsätze des Clearing-Hauses u. m. a. für die Zeit von 1825 bis 1899 heran. Die 25jährigen Durchschnitte dieser statistischen Reihen setzt er gleich Null und trägt auf seinen Diagrammen (S. 68, 122, 150) die prozentuellen Abweichungen als Ordinaten auf. Infolge der eigenartigen Empfindlichkeit der Tuganschen Konstruktion, die die Schwankungen gewissermaßen akzentuiert, werden die Zacken seiner Linien ganz besonders scharf und die Übereinstimmung der größten Schwankungen noch evidenter, als bei Juglar und Des Essars.

Dem verdienstvollen Arbeitsmarktstatistiker J. Jastrow verdanken wir ein weiteres methodisches Hilfsmittel zur genauen Diagnose des Beginns und des Aufhörens der Störungen. In seiner Zeitschrift „Arbeitsmarkt“ hat er zum erstenmal in Deutschland mit großem Erfolg die Statistik der Arbeitsnachweise und Krankenkassen bearbeitet, die er mit arbeitsstatistischen Daten aus anderen Quellen verglich. Am vollständigsten ist wohl in seinem Sinne die Arbeitsmarktstatistik in dem unter seiner Leitung herausgegebenen Bande der „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ über die „Krisis auf dem Arbeitsmarkte“ *) bearbeitet worden. Dort werden die Zahlen der Arbeitsnachweise, der Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalten, der Berufsgenossenschaften, der Gewerbeinspektion, der Gewerkschaften, der Binnenwanderungen, der Auswanderung, der Armenpflege u. m. a. aneinandergereiht. Das größte Gewicht wird da allerdings auf die Statistik der Arbeitsnachweise gelegt, der gegenüber die anderen Daten mehr als Kontrollmittel und Ergänzungen aufgefaßt werden. Jastrow tabuliert die Verhältniszahlen der Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen auf Grund der monatlichen Ausweise der Arbeitsnachweisstellen in der Weise, daß die auf jeden Monat der zu vergleichenden Jahre fallenden Zahlen untereinanderstehen. Es genügt, auf die Tabelle 1 (S. 1), die sich auf die Arbeitsgesuche überhaupt bezieht und besonders auf die Häufigkeit der männlichen Arbeitsgesuche angebende Tabelle 3 (S. 6) einen Blick zu werfen, um den Anfangs- und den Endpunkt der letzten Krise festzustellen. Nach Jastrows treffenden Bemerkungen liegt eine Krise nämlich dann vor, wenn eine Reihe von Monatszahlen des betreffenden Jahres größer ist als die entsprechenden Zahlen des Vorjahres (S. 7).

*) Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. CIX [Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.; Bd. V: Die Krisis auf dem Arbeitsmarkte. Mit Beiträgen von J. Jastrow, A. Heinecke, R. Calwer, K. Singer, L. Cohn, Landsberg, W. Bloch]. Leipzig 1903.

In der wiederholt zitierten Enquête des „Vereins für Socialpolitik“, deren fünften Band die Jastrowsche Untersuchung bildet, ging man vollkommen richtig davon aus, daß nur die Zusammenstellung des auf alle drei Hauptgebiete des Wirtschaftslebens (Zirkulation, Produktion, Arbeitsmarkt) bezüglichen tatsächlichen Materialien ein exaktes Bild der Störungen bieten könne (Bd. CV, S. V.). Wenn das erzielte Ergebnis keinen einheitlichen Eindruck macht*) und wenn anderseits allein bestimmte Teile des Sammelwerks in den Verhandlungen des „Vereins“ sowohl, wie in der sonstigen Kritik Beifall gefunden haben, so erklärt sich dies wohl dadurch, daß die meisten Beiträge gerade in methodischer Hinsicht viel zu wünschen übrig lassen. Denn außer dem genannten Bande Jastrows hat nur noch der von Helfferich verfaßte Abschnitt über den Geldmarkt (1895—1902) im CX. Bande das Bestreben nach methodischer Strenge an den Tag gelegt**). Helfferich zeigt darin u. a., daß in der Zeit der Hochkonjunktur (von der Mitte 1895 bis zur Mitte 1900) die monatlichen Durchschnitte des Marktdiskontsatzes durchweg höher waren, als diejenigen des gleichen Monats im Vorjahr, und daß von August 1900 bis gegen Ende 1902 „die einzelnen Monatsdurchschnitte des Diskontsatzes ausnahmslos niedriger als die entsprechenden des Vorjahres“ gewesen sind.

Am energischsten hat den oben formulierten Grundsatz Franz Eulenburg in seiner Abhandlung „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Symptome und Ursachen“**) vertreten. Er weist zunächst auf den Mangel brauchbarer Darstellungen früherer Krisen hin, den er nicht bloß auf Mangel an Interesse für die rein theoretische Untersuchung, sondern auch auf den „unseligen Hang, sofort den Maßstab

*) Vgl. das Vorwort W. Sombarts, Bd. CV, S. XI, und das Schlusswort des Vorsitzenden E. v. Philippovich in Bd. CXIII.

**) Vgl. Karl Helfferich, Der deutsche Geldmarkt 1895—1902, a. a. O., S. 3—80, besonders die Tabelle auf S. 39. (Es ist da der Druckfehler: „1901“ zu verbessern.)

***) In Conrads „Jahrbüchern“, Bd. 79, Jena 1902, S. 305—388.
Pinkus, Das Problem des Normalen.

,ethischer“ Beurteilung anzulegen und daraufhin ab irato reformieren zu wollen“ zurückführt (S. 307). Statt nach den „Arcana der Wirtschaftsreform“ zunächst zu suchen, wie es die meisten Krisentheoretiker getan hätten, bescheide sich unser Verfasser „mit der Untersuchung dessen, was ist und warum es so ist“ (S. 308). Auf dieser vollständig einwandfreien erkenntnistheoretischen Grundlage, die er nur leider zu flüchtig behandelt hat, fußend, will Eulenburg den Intensitätsgrad der Krise aus der Konkursstatistik, den Bankausweisen, der Betriebs- und Arbeitsmarktstatistik bestimmen. Zur Ermittlung der Ursachen der Krise zieht er die Statistik der Goldproduktion und der Preise, des auswärtigen Handels, der Kapitalinvestierung und Produktionsausdehnung!, des Geldmarktes u. a. heran. Dabei entwirft er ein neues preisstatistisches Verfahren, welchem wir im Zusammenhang mit anderen Methoden zur „Messung“ der Krisen noch unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen.

Wir sehen also, es fehlt keineswegs an Mitteln, die auf den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens gleichzeitig eintretenden grofsen Schwankungen, d. h. die wirtschaftlichen Störungen, zu konstatieren. Nur muß man, wir wiederholen es, die Definition der Störungen von jedwedem Werturteil befreien und auch sich anderseits die statistische Aufgabe nicht zu leicht machen. Denn werden die Störungen als etwas „Abnormes“ aufgefaßt und werden anderseits aus statistischen Daten einzelner Gebiete des Wirtschaftslebens übereilte Schlüsse gezogen, so entsteht notwendig ein so wirres Durcheinander von Definitionen, wie es Cohn hervorgehoben hat*). Dann liegt aber auch der Sombartsche Schluß nahe, der Begriff der „Krise“ sei infolge der Unbestimmbarkeit des Normalen, „unbestimmt“ und „unbestimbar“. Wir haben demgegenüber dargetan, daß es

*) Gustav Cohn, Über das Wesen der Krisen in der Volkswirtschaft, in den „Nachrichten der K. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen“, Phil.-histor. Klasse, Göttingen 1897, Heft 2, S. 1—7; auch im „System“ abgedruckt.

schon rein formell möglich ist, die Störungen so zu definieren, daß sie von den „zufälligen“ Schwankungen der „krisenfreien“ Jahre unterschieden werden können. Es ist aber auch unrichtig, zu behaupten, daß die „Symptome“ der Störungen sämtlich auch im ungestörten Verlauf der Dinge vorkommen, daß also kein qualitativer Unterschied objektiv festzustellen sei*). Denn ein solcher besteht zweifellos; nur darf er nicht in der „abnormen“ Niedrigkeit der Preise, „unnatürlichen“ Kleinheit der Gewinne, „unproportionierten“ Gestaltung der Produktion, und wie die schönen Worte sonst heißen, gesucht werden. Das Wesen der wirtschaftlichen Störungen besteht, vom objektiven Standpunkte aus betrachtet, in dem **Fehlschlagen der Kalkulation** ganzer Gruppen von Wirtschaftssubjekten (Tarde).

Die Kalkulation ist bekanntlich derjenige Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit der Individuen, der am geheimsten gehalten zu werden pflegt. Für den Statistiker, dem die wahren Daten in der Regel verschlossen bleiben, kann es sich also nur um eine Annäherung handeln. Letztere ist aber nicht so schlecht, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die Chancenberechnungen der Wirtschaftssubjekte sind ja Schlüsse von der Vergangenheit auf die Zukunft; zwar spielt dabei häufig die Kenntnis künftiger Ereignisse auch mit, bildet aber bei weitem nicht die Regel; die Regel ist vielmehr die, daß man auf Grund der Erfahrungen vergangener Jahre Dispositionen für die Zukunft trifft. Man rechnet dabei also mit dem Durchschnitt der letzten Jahre und schließt offenbar die Grundgröfse der Kalkulation in Grenzen ein, die den Schwankungen der vergangenen Jahre entsprechen. Beide zuletzt genannten Gröfse sind aber dem Statistiker zugänglich: die Grundgröfse kann durch den genannten Durchschnitt, die Grenzen

*) Die objektive Feststellung dieser Merkmale fällt offenbar der geschichtlichen Forschung zu, deren Ergebnisse wir im folgenden kurz resümieren.

der erwarteten Schwankungen durch die mittlere Abweichung von diesem Durchschnitt angenähert werden. Auf diese Weise wird eine objektive Grundlage *) gewonnen, ohne die keine Rechnung überhaupt möglich wäre. Der Unterschied von der subjektiven Auffassung, die ebenfalls von einer solchen Grundlage ausging, ist mithin der, daß wir diesen Durchschnitt bewußt als eine Annäherung der im konkreten wirtschaftlichen Handeln realiter existierenden Gröfse einführen. Die wirtschaftlichen Störungen erscheinen dann nicht als Abweichungen von irgend einem „Normalniveau“, einer „prästabilierten Harmonie“ oder einem „Gleichgewichtszustand“, denen, wie wir wissen, im konkreten wirtschaftlichen Leben nichts entspricht. Werden nun die in der Kalkulation zum Ausdruck gelangenden Erwartungen ganzer Gruppen von Wirtschaftssubjekten nicht erfüllt, so entsteht die „Epidemie der Zahlungseinstellungen“, auf die fast alle Krisentheoretiker hingewiesen haben. Indes nicht die Zahl der Konkurse allein macht die wirtschaftliche Störung aus, sondern vor allem deren Qualität. Die Zahl allein kann sich sehr wohl als trügerisch erweisen; denn bei sehr großen Passiven und besonders wenn die Gläubiger nicht allzu zahlreich sind, kommen allerlei Abmachungen, „Sanierungen“ usw. leichter als bei kleinen Schuldenmassen, und meistens ganz ohne Vermittlung des Konkursrichters zustande. Sieht man von reinen Spekulationskrisen ab, so kann man als Merkmal der wirtschaftlichen Störungen die besonders starke Zunahme der Zahl der unverschuldeten Bankrotte bezeichnen. Die Schuldfrage, die überhaupt schwer feststellbar ist und trotzdem von vielen modernen Statistiken nicht unbeantwortet gelassen wird, könnte bei

*) Es ist interessant festzustellen, daß das Bestreben, einen derartigen „Nullpunkt“ für die Krisentheorie zu gewinnen, fast in jeder Krisenlehre mehr oder weniger deutlich zum Durchbruch gelangte. Faßt man aber die Störungen als Abweichungen von einer subjektiven Norm auf, so ist die Willkür bei der Feststellung des Ausgangspunktes nur zu erklären.

einer weiteren Ausbildung der Konkursstatistik ebenfalls zu greifbaren Resultaten in der von uns angedeuteten Richtung führen. Die grosse Zahl unverschuldeter Bankrotte in Krisenjahren ist auf die dann zur Geltung gelangende Solidarität der Wirtschaftssubjekte zurückzuführen, die in krisenfreien Jahren latent oder unbewusst besteht. Hierauf wurde in der Krisenliteratur auch häufig hingewiesen, indem man nämlich die intime Verquickung und Verkettung ganzer Reihen von Interessenten durch das Kreditsystem betonte, das dieselben wie die Bergkraxler aneinander binde und dadurch auf den Absturz eines von ihnen den Absturz aller andern folgen lasse. Wie treffend das Bild auch sein mag, die Frage der Solidarität wird dadurch nicht erschöpft. Die wirtschaftlichen Störungen erzeugen auch Solidaritäten anderer Art, die nichts oder nicht direkt mit dem Kreditsystem zu tun haben. Man denke nur an den Antagonismus der Produzenten untereinander, der durch „Überproduktionen“ in Interessengemeinschaft übergeführt wird; an den Antagonismus der Produzenten und Konsumenten, der in Krisenjahren einer Abhängigkeit der Interessen der ersten von der Kaufkraft der letzteren Platz macht; man denke endlich an die Fälle von „Unterproduktionen“ („Baumwollhunger“ 1864; die Kohlennot 1904/05), in denen die konkurrierenden oder sonst wie entfremdeten Konsumenten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sich zusammenfinden.

Wir haben mithin eine Reihe quantitativer und qualitativer Merkmale der wirtschaftlichen Störungen aufgezählt, die sie von allen anderen Schwankungen unterscheiden und die sämtlich objektiv feststellbar sind. Nicht auf die Empfindungen und Lust- oder Unlustgefühle, die mit diesen Erscheinungen vom privatwirtschaftlichen Standpunkte verbunden zu werden pflegen, sondern auf die volkswirtschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge kommt es der objektiven Krisenlehre allein an. Während letztere vor allem nach dem Wesen der zu untersuchenden Erscheinung fragt, interessiert sich das betroffene Subjekt

und mit ihm die subjektiv gefärbte Forschung in erster Linie für die „Ursachen der Krisen und die Mittel zu ihrer Beseitigung“, wie die Titel zahlloser Broschüren lauten. Dies scheint anderseits ein Beweis davon zu sein, dass die Krisentheorie noch in den Kinderschuhen steckt, zumal die Anfänger immer bei der Hand sind, die fraglichen Erscheinungen zu erklären, bevor sie über ihr Wesen im klaren sind. Die Bevorzugung dieser Seite der Frage dürfte es verschuldet haben, dass man es fertig brachte, das Wesen und die Hauptursache der Krisen miteinander zu vermengen*), obwohl schon Boisguillebert davor gewarnt hatte**). Als ein erkenntnistheoretischer Fortschritt ist es daher zu begrüßen, wenn manche Autoren sich gegen das bloße Aufzählen von „Ursachen“ und „Heilmitteln“ auflehnen, falls man über dieselben nichts mehr zu sagen wisse. So ist von Jevons ***) und neuerdings von Jones †) und Herkner diese Erklärungssucht stark bemängelt worden. H. Herkner weist auf die amerikanische Depressionsenquete vom Jahre 1886 hin, die nicht weniger als 180 „Ursachen“ an den Tag gefördert hat, und bemerkt dazu, es sei nicht schwer, überhaupt Ursachen der Krisen anzugeben; das Schwierige sei aber, die „Wichtigkeitskoeffizienten der einzelnen in Erwägung zu ziehenden Ursachen genau zu bestimmen“ ††). Dieser Gedanke ist jedoch, soviel mir bekannt, weder von Herkner selbst, noch von irgend einem anderen Schriftsteller realisiert worden.

*) C. Juglar, a. a. O., S. 14 und 33, definiert das Wesen und die Hauptursache der Krisen identisch als „l'arrêt de la hausse des prix“.

**) Boisguillebert, a. a. O., S. 14, führt aus: „mais c'étoit apporter pour cause du desordre, le desordre même“.

***) W. St. Jevons, Investigations.

†) Edward D. Jones, a. a. O., S. 13 u. 14. Pierre Vialles macht sich diese Bemerkung wie so manches andere in seinem Buche „La consommation et les crises économiques“ (Paris 1903, S. 10) zu eigen, ohne jedoch die nötigen Anführungsstriche zu gebrauchen.

††) H. Herkner, Krisen, Artikel im „Handw. d. Staatsw.“, II. Aufl., Bd. V, S. 422.

Die Frage, wie man die Wichtigkeit der einzelnen krisenbildenden Faktoren bestimmen kann, ist offenbar mit der zweiten von uns oben genannten Aufgabe der statistischen Behandlung der wirtschaftlichen Störungen identisch. Denn nur im Wege der Vergleichung der Störungsjahre mit den krisenfreien Jahren kann man zu Koëffizienten, wie etwa die von Herkner verlangten gelangen. Allein diese Aufgabe ist nicht ebenso einfach, wie die erste. Die verschiedenen statistischen Reihen müssen ja erst vergleichbar gemacht werden, wozu noch allerlei Voraussetzungen und Umrechnungen nötig sind. Dabei ist selbstverständlich jegliche Willkür nach Möglichkeit zu vermeiden, sonst entspricht das Ergebnis der Umrechnung der statistischen Daten der Wirklichkeit nicht. Wie wenig letzterer Forderung seitens der bisherigen Krisentheoretiker, die sich statistischer Verfahren bedienten, genügt worden ist, wollen wir in einer kurzen Übersicht der uns bekannten Methoden darzulegen versuchen.

Einen historisch ebenso interessanten wie unzulänglichen Versuch der „Berechnung der Krisen“ hat Ph. Geyer in seiner Studie „Banken und Krisen“ (Leipzig 1865) angestellt. Geyer geht da von dem Satze aus, „dafs die Masse der zirkulierenden Noten immer gleich sein müsse der Menge des müßig liegenden Metallgeldes“ (S. 20). Wird nun diese Norm nicht eingehalten, d. h. „tritt mehr künstliches Kapital in Tätigkeit . . . , als natürliches müßig liegt“, so entstehe nach Geyer eine Überproduktion und mit ihr die Krisis (S. 33). Offenbar ist Geyers Bestimmung des „Normalstandes“ durch seine Auffassung des „natürlichen“ und „künstlichen“ Kapitals bedingt, und ist daher die ganze „Berechnung der Krisen“ nicht ernst zu nehmen.

Aber auch die anderen Verfahren, welche die Krisenliteratur aufweist, stellen sich dem von Herkner angedeuteten Schritt als nicht gewachsen heraus. So operiert C. Juglar mit absoluten Zahlen, mit denen sich offenbar nicht viel anfangen läßt. Des Essars und Jastrow benutzen zwar Verhältniszahlen, aber die von ihnen angewandten

Verfahren entsprechen ihren speziellen Forschungsgegenständen und lassen kaum eine Verallgemeinerung zu. Ein Maß dafür, inwiefern die Wirtschaftssubjekte in ihren Erwartungen enttäuscht worden sind, kann offenbar nur ein Verfahren liefern, das sich auf alle wirtschaftsstatistischen Daten gleichmäßig anwenden lässt.

Es könnte scheinen, daß letztere Bedingung von den Indexzahlen *) erfüllt wird, da sie erstens einen so wichtigen Bestandteil des Wirtschaftslebens, wie die Preisbildung, zu messen gestatten und ferner auch auf andere Gebiete der Wirtschaftsstatistik unschwer übertragen werden könnten. Einen derartigen Versuch sehen wir in Hector Denis' „*La dépression économique et sociale et l'histoire des prix*“ (Ixelles-Bruxelles 1895). Er hat nämlich die Preise von 28 belgischen Exportartikeln für den Zeitraum von 1850 bis 1893 untersucht, wobei die Summe dieser Preise in der Standardperiode 1867–1877 **) (welche 6183 betrug) von ihm gleich 100 gesetzt wurde (S. 151, 410). Das Hauptergebnis dieser Untersuchung Denis' lautet dahin, daß die allgemeine andauernde Baisse der Preise seit 1873 das wichtigste Symptom der wirtschaftlichen Depression gewesen sei (S. 378). Allein Denis bleibt uns den Beweis schuldig, daß die verglichenen Preise aus so weit auseinanderliegenden Zeitaltern wirklich vergleichbar sind. Ebenso gut könnte man z. B. die Standardperiode des „*Economist*“ (1845–1850) wählen und behaupten, daß auch diese als Grundlage zur Vergleichung der gegenwärtigen Preise und zu Rückschlüssen auf die wirtschaftlichen Störungen dienen könne. In der Tat aber scheint das gerade Gegenteil der Fall zu sein. Denn die Organisation

*) Vgl. über die „Index numbers“ den gleichnamigen Artikel von F. Y. Edgeworth in Palgraves „Dictionary of Pol. Econ.“, London 1900, vol. II, S. 384, der bei seiner Kürze doch recht inhaltsvoll ist, und R. Zuckerkandl, Preis, Artikel im „Handw. d. Staatsw.“, Bd. VI, S. 196 ff.

**) Dieselbe Standardperiode liegt bekanntlich den Sauerbeck-schen Tabellen zugrunde.

der Produktion sowohl, als auch die technischen Hilfsmittel derselben haben seit 40 Jahren so wesentliche Veränderungen erlitten, daß die Preise mit der Verbilligung der Produktion gleichen Schritt halten könnten, ohne die Gewinne der Unternehmer und die Löhne herabzudrücken; nur in diesem letzteren Falle könnte ja von einer Depression die Rede sein.

Aus demselben Grunde scheint mir die Tugansche Methode für unseren Zweck ungeeignet. Denn seine 25-jährigen Durchschnitte, die er gleich Null setzt, werden vom Verfasser ebensowenig wie jene Standardperioden motiviert. Für seine Wahl spricht nicht einmal die in jenen preisstatistischen Untersuchungen übliche Überlegung, daß die Jahre der Standardperiode sich in bestimmar Weise um das Krisenjahr gruppieren und daß sie also gleichmäßig den Verhältnissen der Hause- wie den der Baissezeiten Rechnung trägt. Denn die 25-jährigen Perioden, die Tugan-Baranowski seiner Berechnung der Abweichungen zugrunde legt, sind schlechthin durch die chronologische Reihenfolge bestimmt; sie umfassen die Krisenjahre sowohl wie die krisenfreien Jahre und entsprechen daher nicht im mindesten der Kalkulation, die, wie gesagt, im wesentlichen mit den gemachten Erfahrungen, nicht aber mit künftigen Erfindungen u. dergl. zu rechnen pflegt. Außerdem ist die Art des Zeichnens der Diagramme ebenfalls nicht ganz einwandfrei; die graphische Darstellung der Abweichungen ohne das volle Bild der Grundgrößen verleiht den Abweichungen den Anschein ungewöhnlicher Stärke *).

*) Darauf hat der Vorsitzende der „Freien ökonomischen Gesellschaft“ in St. Petersburg, Prof. Chodski, bei der Besprechung des Vortrages Tugan-Baranowskis über die „Statistischen Ergebnisse der industriellen Entwicklung Russlands“, in dem dieser dieselbe Methode angewandt hatte, hingewiesen; vgl. die „Schriften der Freien Ökon. Gesellsch.“ (russ.), St. Petersburg 1898, S. 102, und den von Chodski zitierten G. v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre, Bd. I: Theoretische Statistik, Freiburg i. Br. und Leipzig 1895, S. 107.

Die Schwächen der Indexzahlmethode hat Eulenburg in seiner oben erwähnten Arbeit als Grund dafür angegeben, warum er eine neue Methode benutzt habe; daß diese allein in der Preisstatistik anwendbar ist, scheint Eulenburg kein Nachteil zu sein, da er den Preis in der privatwirtschaftlichen Betriebsweise, wie sie heute vorherrscht, für den „Regulator der Produktion und des ganzen Wirtschaftslebens“ erklärt (S. 340). Wir erteilen Eulenburg selbst das Wort, da er sich über die Art, wie er die handelsstatistischen Daten umrechnet, sehr gedrängt äußert. „Es wurden“ — so führt er aus — „für die hauptsächlichsten Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, einmal die Gewichtsziffern (G) und sodann die Wertziffern (W) gegenübergestellt. Beide Reihen wurden dann nach Art der Indexnumber (also $G_1 - G_2$, bezw. $W_1 - W_2$) fortgeschrieben und aus deren gegenseitigen Differenz ließ sich dann unschwer die Zu- oder Abnahme der Preise ermitteln.

Also nach der Formel $d (P_{1-2}) = \frac{100 (G_1 W_2 - G_2 W_1)}{G_2 W_1}$.

Wir haben auf diese Weise miteinander verglichen ... die Preise von 1891—95, sodann die von 1897—1900, und zwar sowohl nach Warengruppen als auch nach den hauptsächlichen Warenarten. Der Vorteil der Methode besteht darin, daß eine sehr große Reihe von Waren betroffen sind ... sowohl Rohstoffe als auch die Fabrikate derselben Industrien ... Sodann ist es möglich, auch die relative Wichtigkeit der Waren in Anschlag zu bringen; und endlich sind die Preisnotierungen unter sich gleichmäßiger und von den mehr zufälligen Schwankungen unabhängig“ (S. 341, 342). In einer interessanten Tabelle (S. 343) stellt Eulenburg die Ergebnisse seiner Berechnungen, betr. die „Änderungen der Preise auf Grund der Ausfuhrziffern der deutschen Handelsstatistik“ zusammen. Er setzt darin das Gewicht und den Wert der ausgeführten Waren für die Jahre 1891 bezw. 1897 gleich 100 und berechnet die Zu- bzw. Abnahme der Preise in den Jahren 1895 bezw. 1900. Die von ihm erhaltenen Koëffizienten sind für 1891/95:

— 14,7 und für 1897/1900: + 7,7. Um nun zu sehen, ob die Eulenburgsche Methode für unseren Zweck dienlich sein kann, müssen wir seine Koöffizienten darauf prüfen, ob sie uns Rückschlüsse auf den Grad der Erfüllung oder Nichterfüllung der jeweiligen Erwartungen der betreffenden Gruppe der Wirtschaftssubjekte gestatten. Darin ist zweifellos Eulenburg beizupflichten, daß seine Methode der einfachen Indexzahlberechnung gegenüber einen wesentlichen Fortschritt darstellt; denn seine Koöffizienten geben uns ein ungleich treueres, weil den in jedem „industriellen Zyklus“ (S. 386) eintretenden Veränderungen der Produktionsbedingungen Rechnung tragendes Bild des wirklichen Wirtschaftslebens. Allein es steckt noch in diesem Verfahren ein gut Stück Willkür; bei der Bestimmung des Ausgangspunktes der Berechnung läfst sich Eulenburg nämlich mehr oder weniger vom Zufall oder sonstigen unwesentlichen Rücksichten leiten. Es liegt ja auf der Hand, daß die von ihm gewählten Jahre 1891 und 1897 (deren Zahlen er = 100 setzt) sich durch keine äußerlich, d. h. objektiv erkennbaren Merkmale vor den anderen Jahren auszeichnen, und daß dieser Wahl also kein festes Prinzip zugrunde liegt, das eine eindeutige Bestimmung des Ausgangsjahres in jedem vorgelegten Falle gestatten könnte.

Wir sehen also, auch die am weitesten ausgebildeten statistischen Methoden, die wir in der Literatur vorgefunden haben, vermögen nicht das Herknersche Postulat einer wissenschaftlichen Krisentheorie zu erfüllen. Die genannten Verfahren sind aber trotzdem nicht zu unterschätzende Bausteine, die von jeder objektiven Krisentheorie sicherlich in der einen oder anderen Weise verwendet werden müssen. Wir fangen unsere Arbeit also da an, wo jene Autoren stehen bleiben und setzen auf Grund des oben Ausgeführten voraus, daß das Vorliegen einer Störung in jedem einzelnen Falle eindeutig konstatiert werden kann.

Auf diese Weise wird es möglich, die vorgelegten statistischen Reihen in so viele Teile zu zerlegen, als Störungsjahre ermittelt worden sind. Die zwischen den

Störungsjahren liegenden Zeiträume bilden besondere Wirtschaftsperioden oder — um das beliebte Wort zu gebrauchen — „industrielle Zyklen“. Diese Definition ist durchaus nicht rein formeller Natur; denn die wirtschaftlichen Störungen sind in der Tat Marksteine der wirtschaftlichen Entwicklung. Nach jeder Krise pflegten ja stets wichtige Veränderungen im Wirtschaftsleben einzutreten. Die Kurse und Preise erreichten ihre Minima; die Intensität und Beschaffenheit der Konkurrenz erlitt starke Verschiebungen; die Kreditverhältnisse wurden einer strengen Revision unterzogen; die Kaufkraft und Zahl der Konsumenten wurden vermindert oder verschoben. Es galt also jedesmal, sich den neuen Bedingungen des Marktes anzupassen oder — unterzugehen. Die Not ist nicht nur die beste Erfinderin, sondern auch die beste Waffe gegen den Conservatismus und den alten Schlendrian; sie modernisierte fast in allen Depressionszeiten die Betriebe in technischer wie in organisatorischer Hinsicht und trug dadurch zu Ersparnissen an Produktionskosten und mithin zu einem neuen Aufschwung bei. Um nur einige Beispiele aus dem letzten „Zyklus“ anzuführen, will ich an die Erfindung des Auerlichts und an die Vervollkommenungen in der elektrischen Industrie sowie im Transportwesen einerseits, an die Kartellierungen und Bankenkonzentration andererseits erinnern, um die sich die Debatte in Hamburg wiederholt gedreht hat. Endlich hört man in den Depressionszeiten immer wieder von Einschränkungen des Personals, intensiverer Benutzung weiblicher Kräfte, Einschiebung von Nachschichten und anderen ähnlichen Maßnahmen, die auf die Verminderung der Verwaltungs- und Betriebsunkosten hinauslaufen. Kurz — die Physiognomie jeder Wirtschaftsperiode sieht anders aus als die der voraufgegangenen; und diesen Veränderungen trägt die kaufmännische Kalkulation Rechnung, — ja sie ist umso besser, je getreuer sie sich ihnen anzupassen weiß. Nichts ist daher verkehrter, als bei der statistischen Untersuchung der Störungen im Wirtschaftsleben diese Tatsachen unberücksichtigt zu lassen; leider

war dies, wie wir sahen, fast durchweg der Fall, und diesem Umstand dürfte zum guten Teil die Unfruchtbarkeit der meisten uns bekannten statistischen Krisenforschungen zuschreiben sein.

Demgegenüber suchen wir in dem Wirtschaftsleben selbst, und zwar für jede Wirtschaftsperiode einzeln, die Grundlage für unsere Berechnung, statt — wie es sonst üblich war — eine einzige Standardperiode oder gar ein einziges Jahr mehr oder weniger willkürlich herauszugreifen und der Berechnung zugrunde zu legen. Es kann dabei nicht genügend betont werden, daß die Wirtschaftssubjekte ihre Tätigkeit nach dem Durchschnitt der verstrichenen Jahre einzurichten pflegen und daß diese Kalkulation offenbar allein die soeben postulierte reale Basis der Berechnung sein kann. Wir bringen eine Annäherung an die Kalkulation dadurch zustande, daß wir, wie oben ausgeführt, für jede einzelne Wirtschaftsperiode den Durchschnitt der gegebenen statistischen Reihe nehmen. Der Durchschnitt wird aus den störungsfreien Jahren gebildet, wobei die Störungsjahre ausgeschlossen werden, da ich sie nicht etwa für „schlecht“ oder „abnorm“ halte, sondern einfach — weil ich sie als anders ansehe. So isoliere ich in der weiter folgenden Tabelle, worin zwei von Tugan-Baranowski zusammengestellte*) Reihen behandelt werden, die Jahre 1837 und 1848; es entstehen dadurch zwei je ein Jahrzehnt umfassende Wirtschaftsperioden, und zwar 1827—1836 und 1838—1847. Die durchschnittlichen Werte der Ausfuhr berechnen sich alsdann für diese Perioden zu 40,42 bzw. 54,13 Millionen £ und die durchschnittlichen Preise des britischen Eisens zu 70,8 bzw. 59,4 Sh.

*) Ich habe mich für diese von dem russischen Gelehrten benutzten Daten entschlossen, weil sie in seinem vielfach zitierten Werke über die „Geschichte der Handelskrisen in England“ eine gründliche geschichtliche Einfassung erhalten haben, die für andere Daten erst zu geben wäre. Letzteres ginge aber über den Plan meiner vorliegenden Schrift hinaus.

Beispiele der Berechnung der Konjunktur- und Störungskoeffizienten.

Jahr	Wert der Ausfuhr der Produkte des Vereinigten Königreiches. in Millionen £	Konjunktur- ziffern in den einzelnen Jahren		Abweichungen durchschnittl. in den einzelnen Jahren		Konjunktur- ziffern in den einzelnen Jahren		Abweichungen durchschnittl. in den einzelnen Jahren		Konjunktur- ziffern in den einzelnen Jahren		Abweichungen durchschnittl. in den einzelnen Jahren	
		Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre	Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre	Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre	Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre	Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre	Absolut	Durchschnitt der krisenfreien Jahre
1827	37,2			- 3,22		- 0,76	- 0,10	86	+ 15,2	+ 1,86	- 0,73		
1828	36,8			- 3,62		- 0,86	- 0,23	80	+ 9,2	+ 1,13	- 0,98		
1829	35,8			- 4,62		- 1,09	+ 0,59	72	+ 1,2	+ 0,15	- 0,74		
1830	38,3			- 2,12		- 0,50	+ 0,26	66	- 4,8	- 0,59	- 0,37		
1831	37,2			- 3,22	4,23	- 0,76	- 0,26	62	- 7,8	- 0,96	- 0,24		
1832	36,5			- 3,92		- 0,93	- 0,17	61	- 9,8	- 1,20	+ 0,49		
1833	40,5			- 0,42		- 0,10	+ 0,83	65	- 5,8	- 0,71	0,00		
1834	41,6			+ 1,18		+ 0,28	+ 0,38	65	- 5,8	- 0,71	0,00		
1835	47,4			+ 6,98		+ 1,65	+ 1,37	64	- 6,8	- 0,83	- 0,12		
1836	53,4			+ 12,98		+ 3,07	+ 2,42	86	+ 15,2	+ 1,86	+ 2,69		
1837	42,1			+ 2,32		+ 0,55	- 2,52	74	+ 3,9	- 0,39	- 2,19		
1838	50,1			- 4,03		- 1,07	- 1,62	77	+ 17,6	+ 2,12	+ 2,51		
1839	53,2			- 0,93		- 0,25	+ 0,82	77	+ 17,6	+ 2,12	0,00		
1840	51,4			- 2,73		- 0,73	- 0,48	63	+ 3,6	+ 0,43	- 1,69		
1841	51,6			- 2,53		- 0,67	+ 0,06	61	+ 1,6	+ 0,19	- 0,36		
1842	47,4			- 6,73		- 1,79	- 1,12	51	- 8,4	- 1,01	- 1,20		
1843	52,3			- 1,83	3,76	- 0,49	+ 1,30	43	- 16,4	- 1,97	- 0,96		
1844	58,6			+ 4,47		+ 1,19	+ 1,68	43	- 16,4	- 0,97	0,00		
1845	60,1			+ 5,97		+ 1,59	+ 0,40	59	- 0,4	- 0,05	+ 1,92		
1846	57,8			+ 3,67		+ 0,98	- 0,61	60	+ 0,6	+ 0,07	- 0,02		
1847	58,8			+ 4,67		+ 1,24	+ 0,26	60	+ 0,6	+ 0,07	- 0,00		
1848	52,9			- 1,23		- 0,33	- 1,57	47	- 12,4	+ 1,49	- 1,56		

Es leuchtet aber ferner ohne weiteres ein, daß auch bei bester Kalkulation nicht auf volle Bewahrheitung der Erwartungen gerechnet werden kann; vielmehr sind mäßige Abweichungen nach oben oder nach unten stets vorauszusehen. Diese Schwankungen lassen sich am besten durch die Differenzen zwischen den in den einzelnen Jahren (auch den Krisenjahren) wirklich beobachteten Größen und dem betreffenden Durchschnitt charakterisieren. Dank den bei den Abweichungen angebrachten Vorzeichen kommt das Auf und Ab des Wirtschaftslebens zum Vorschein.

Die Gunst und Ungunst der Verhältnisse besteht bekanntlich nicht darin, daß das Erwartete genau eintritt, sondern daß die Wirklichkeit sich nicht allzuweit von der Kalkulation entfernt, d. h. daß die Abweichungen mäßig sind. Die Kalkulation hat also, streng genommen, nicht mit einem festen Niveau (sage, der Preise), sondern mit einem Intervall zu rechnen. Die Erwartung ist in Grenzen einzuschließen, innerhalb deren sich die Wirklichkeit voraussichtlich bewegen wird. Bleibt man nun auf dem Boden unserer Hypothese, so ist folgerichtig die Annahme zu machen, daß auch das Urteil über die voraussichtlichen Grenzen der Abweichungen (nach unten bzw. nach oben) sich auf dem während der krisenfreien Jahre Gewohnten gründet. Es liegt mithin nahe, diese Grenzen durch die durchschnittliche Abweichung*) anzunähern; es sind in unserer Tabelle die Zahlen 4,23 und 3,76 bzw. 8,16 und 8,32 für die in Betracht kommenden Wirtschaftsperioden.

Vergleichen wir nunmehr die individuellen Abweichungen der einzelnen Jahre, und zwar auch die der Störungsjahre,

*) Bei der Berechnung der durchschnittlichen Abweichung wird das arithmetische Mittel aus den absoluten Beträgen der Abweichungen (d. h. ohne Rücksicht auf deren Vorzeichen) genommen; denn bei Berücksichtigung des Vorzeichens würde die Summe der Abweichungen gleich Null sein. — Den Begriff der durchschnittlichen Abweichung habe ich nach Analogie des ähnlichen Begriffs der Bevölkerungsstatistik, allein offenbar auf Grund ganz anderer Voraussetzungen, gebildet.

mit der durchschnittlichen, indem wir die ersten durch die letztere dividieren, so erhalten wir abstrakte Zahlen, die uns ein zwar rohes, aber immerhin brauchbares Maß dafür geben, inwiefern sich die in den Kalkulationen ausgedrückten Erwartungen erfüllt oder nicht erfüllt haben. Die Vorzeichen dieser Konjunktur-Koëffizienten, wie wir diese Zahlen nach Analogie des Herkner-schen Ausdrucks nennen wollen, geben uns an die allgemeine Tendenz der statistischen Reihe. Der letzte Schritt unserer Berechnung besteht in der Bildung der Differenzen zwischen dem Konjunktur Koëffizienten jedes einzelnen Jahres und dem des folgenden Jahres; wir wollen sie Störungs-Koëffizienten nennen, um damit nochmals zu betonen, daß wir das Wesen der Störungen in dem Überschreiten des in der Kalkulation erwarteten Masses der Schwankungen erblicken.

Die soeben dargelegte Methode bietet uns eine Reihe von Vorteilen, die ich hier kurz aufzählen möchte. Zunächst gestattet sie, dem allgemeinen Charakter jeder vorgelegten Reihe Rechnung zu tragen und doch in den Koëffizienten allein die Stärke der Abweichungen, ohne jede individuelle Zutat der betreffenden Reihe, zum Ausdruck zu bringen. Dies ist bei Benutzung von absoluten Zahlen allein gänzlich unmöglich, da aus den Veränderungen derselben nicht ohne weiteres hervorgeht, was die allgemeine Tendenz und was eine Störung ist. Die Typen der bewußten Zickzacklinie können ja recht verschieden sein. Erstens kann die Linie eine allgemein aufsteigende Tendenz haben, wie z. B. die der deutschen Ausfuhr, der Bevölkerungszahl usw.; zweitens kann die Reihe die entgegengesetzte Tendenz des Fallens bekunden, wofür die deutsche Schafzucht, die Zahl der Brauereibetriebe und eine Zeitlang die deutsche Auswanderung gute Beispiele abgeben könnten; es läßt sich drittens ein im allgemeinen stationärer Zustand denken, wie z. B. der der Bevölkerung in Frankreich, des Rubelkurses (bis neuerdings) u. dgl. m.; nicht selten kommen endlich Kombinationen der vorherigen vor. Wie aber jede

beliebige statistische Reihe auch beschaffen sein mag, kann sie vermittels unserer Methode in eine mit jeder anderen Reihe vergleichbare Form gebracht werden.

Ja überhaupt haben meine Koëffizienten, als abstrakte Zahlen, an sich keine Bedeutung. Sie gewinnen erst Sinn, wenn sie miteinander verglichen werden. Die Vergleichung der Störungskoëffizienten einer gegebenen Reihe gibt uns die Evolution derselben als eines krisenbildenden Moments. Wir sind dadurch in der Lage, die Bedeutung der betreffenden Erscheinungsreihe in verschiedenen Störungen zu bestimmen; werden z. B. der Außenhandel, die Börsenspekulation, die Bauspekulation oder das Kreditwesen als Hauptschuldige der Krisen überhaupt bezeichnet, so gibt uns unsere Methode ein Mittel in die Hand, die Schuldfrage in jedem einzelnen Falle genauer, als es sonst zu geschehen pflegt, zu beantworten. Durch Vergleichung der Koëffizienten mehrerer statistischer Reihen untereinander wird es möglich, den verschiedenen krisenbildenden Momenten einer bestimmten Störung „Gewichte“ zu erteilen, oder — um mit Herkner zu sprechen — ihre „Wichtigkeitskoëffizienten“ zu bestimmen. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Schätzung der verschiedenen „Ursachen“ der Störungen das Ursachenregister bedeutend abkürzen müßte, da eben alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens, deren Störungs-Koëffizienten, im Vergleich mit denen anderer Erscheinungen, sehr gering ausfielen, nicht als Ursachen bezeichnet werden dürften.

Wenn wir bisher bemüht waren, aus unserer objektiven Theorie der Störungen im Wirtschaftsleben jegliche Wertschätzung auszuschalten, so war dies durchaus nicht im Sinne einer Hintersetzung oder Geringschätzung des subjektiven, teleologischen Moments gemeint. Es handelte sich lediglich um eine Hinausschiebung des letzteren so weit wie nur möglich, d. h. bis dahin, wo die Grenzen der objektiven Betrachtung reichen. Nichts lag uns demnach

ferner, als die Notwendigkeit und Berechtigung einer Beurteilung der wirtschaftlichen Störungen, gleich allen anderen Erscheinungen des Wirtschaftslebens, vom subjektiven Standpunkte aus, zu bestreiten. Das einzige, worauf es uns ankam, war der Nachweis, daß auch das „objektive“ Denken von subjektiven Elementen durchsetzt war, und daß diese unbewußte Subjektivität zu dem Schluß führen mußte, die objektive Erforschung der Störungen im Wirtschaftsleben sei ein Ding der Unmöglichkeit. Ist nun das Gegenteil bewiesen und die bescheidene Aufgabe der statistischen Forschung erledigt, so hat meines Erachtens das wirtschaftspolitische Denken einzusetzen und, auf der festen Grundlage jener fassend, die teleologischen Gesichtspunkte nur stärker zu betonen. Dies muß aber ausdrücklich ausgesprochen werden, und nicht in verkappter Form das angeblich objektive Denken durchkreuzen. Umgekehrt aber, die Ergebnisse der objektiven Forschung dürften nie dem Wirtschaftspolitiker fremd bleiben. Er könnte sie sich meines Erachtens in der Weise zunutzen machen, daß er die von ihm geforderten Opfer nach Maßgabe dieser Ergebnisse in Rechnung setzte. Wäre z. B. von der „Krisis“ des Handwerks oder der „Not“ der Landwirtschaft die Rede, so würde ihn die präzisere Bestimmung der relativen Tragweite der betreffenden krisenbildenden Momente instand setzen, auch die wirkliche Größe der Opfer abzuschätzen, die durch die in Frage kommenden wirtschaftlichen Umwälzungsprozesse oder gesetzgeberischen Eingriffe bedingt werden. Dabei wären freilich nicht allein wirtschaftsstatistische, sondern mit in erster Linie bevölkerungs- und moralstatistische Daten *) in Betracht zu ziehen, die, wohlgeremt, in derselben Weise wie jene, zu behandeln wären.

Zum Schluß wollen wir noch auf die rein theoretische Bedeutung der Störungen hinweisen, die, trotz des großen Interesses fast aller Nationalökonomien für das Krisenproblem,

*) Vgl. hierzu: C. Juglar, a. a. O., S. 548 ff.; H. Denis, a. a. O., S. 149 ff., und M. v. Tugan-Baranowski, a. a. O., S. 257—406.

doch nicht genügend gewürdigt worden zu sein scheint*). Sie sind, wie wir bereits betont haben, anders beschaffen, als die sonstigen Schwankungen des Wirtschaftslebens. Dieser Unterschied besteht u. a. darin, daß der Eigennutz, den die abstrakten Lehren als allgemeines Gesetz wirtschaftlichen Handelns überhaupt hinstellen möchten, in den Störungen wirklich die anderen Motive verdrängt. Wo die wirtschaftliche Existenz bedroht ist, da gibt es eben keinen Platz für etwas anderes, als Wirtschaftlichkeit. Ob aber hieraus, d. h. aus der natürlichen Isolierung desjenigen, was von den „Exakten“ künstlich und häufig in unberechtigter Weise isoliert wird, neue Aussichten für die deduktive Theorie sich ergeben könnten — das läßt sich in wenigen Worten nicht entscheiden.

Auch die Ausblicke auf andere mögliche Nutzanwendungen der in den zwei ersten Kapiteln gewonnenen Einsichten muß ich mir hier versagen. Meine Sache war es allein, zu zeigen, wie sehr auch die angeblich objektivsten „reinen“ Theorien durch subjektive Zutaten getrübt sind, wie man meines Erachtens ohne diese Zutaten auskommen und wie man dadurch die Krisenlehre auf die feste Bahn sachlich-statistischer Behandlung einlenken könnte.

*) Vgl. aber Richard Ehrenberg, J. H. v. Thünen, Artikel im „Thünen-Archiv“, Jena 1905, Bd. I, Heft 1, S. 22, wo es heißt: „Gerade in diesen Abweichungen liegt... das wichtigste Material der exakt-vergleichenden Methode... Je weiter eine Erscheinung vom Durchschnitte abweicht, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß in ihr eine einzelne Tatsache zum reinsten Ausdruck gelangt, um so leichter läßt sich also diese Einzeltatsache von anderen Tatsachen sondern.“ —

Namenregister.

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten.)

- | | |
|--|---|
| <p>Adler, Georg 107, 132—136, 172.
Adler, Max 167.
Argenson, René Louis Voyer d' 19.
Aristoteles 107.
Arkwright 47.
Auspitz, Rudolf 72.
Auspitz, R. u. Lieben, Richard 93, 94.</p> <p>Babeuf, François Noël 132.
Barbon, Nicholas 13.
Bastiat, Frédéric 38, 265.
Baudeau 23.
Bauer, Bruno 150.
Bauer, Otto 157.
Bauer, Stephan 20, 23, 72.
Bazard, St. Amand 136.
Bebel, August 173.
Bellers, John 124.
Below, Georg von 193.
Bentham, J. 126.
Bergmann, E. von XIV, XV, 5, 8, 9, 11, 29, 37, 40, 52, 53, 56, 60, 131, 148, 158, 181, 182, 189, 211, 219, 268.
Bernhardi, Theodor von 211.
Bernstein, Eduard 148, 154, 163, 172, 235.
Biermer, Magnus 218, 243.
Blanc, Louis 138, 146, 174.
Böhm-Bawerk, E. von 98, 110, 117, 149.
Boehmert, W. 84, 88, 89.
Boisguillebert, Pierre le Pesant de 12, 17, 21.
Bray, John Francis 131, 153, 154.
Brentano, Ludwig Joseph 76, 85, 164, 234.
Brindley 47.</p> | <p>Buchez 136.
Busch, Ernst 197.
Büscher, Johann Georg 6.</p> <p>Cabet 151.
Carey 11.
Cartwright 47.
Chalmers, Thomas XII, 63, 70.
Chevalier, Michel 71.
Chodzki 281.
Cohn, Gustav 2, 62, 76, 228, 262, 263, 274.
Colbert 1, 16.
Comte, Auguste 136.
Condorcet 261.
Conrad, Johannes 229.
Considérant 138.
Considerations upon the East-India Trade (anonym) 15.
Cossa, L. XIII, 1, 72.
Cournot, Augustin 72, 75.
Crompton 47.
Cromwell 1.
Cumberland 12, 261.</p> <p>Dahlmann 208.
Daire, Eugène 27.
Denis, Hector 280, 290.
Dezamy 151.
Diehl, Karl 66, 149, 154, 162, 165.
Dilthey, W. 193.
Dühring, Eugen 162, 188, 248.
Dupont de Nemours, Pierre Samuel 25.
Durkheim, Emile 249, 253.
Dussard, Hippolyte 27.</p> <p>Edgeworth, F. Y. 280.
Effertz, Otto 106, 118.</p> |
|--|---|

- Eheberg, K. Th. 203, 204.
 Ehrenberg, Richard 76, 79, 291.
 Eichhorn 213.
 Eisenhart 62.
 Elster, L. 61, 62, 63.
 Enfantin 136.
 Engels, Friedrich 148, 150, 151,
 161, 162, 173, 189.
 Essars, Pierre des 270, 279.
 Eulenburg, Franz 273, 282.
- Falck, G. von 85.
 Fallati 224.
 Fénélon 16.
 Ferrier, F. L. A. 9.
 Feuerbach 152.
 Fichte, Johann Gottlieb 48, 142,
 195, 236.
 Fisher, Irving 94, 96.
 Flürsheim, Michael 183.
 Földes; Béla (Weiss) 72, 229.
 Fontaneau, E. 92.
 Fourier, Charles 136, 151.
 Foxwell, H. S. 124—126, 131,
 132, 154.
- Ganilh, Charles 9.
 George, Henry 183.
 Gervinus 208.
 Geyer, Ph. 279.
 Giddings, Franklin Henry 115.
 Godwin, W. 48, 49, 119.
 Gossen, Hermann Heinrich 74,
 75.
 Gothein 243.
 Gray, John 131, 153.
 Grotius, Hugo 261.
 Grün, Karl 133.
 Grünberg, C. 76.
 Gumplowicz, L. 219.
- Hall, Charles 125.
 Hargreaves 47.
 Hegel 152.
 Helfferich 85.
 Helfferich, Karl 243, 273.
 Herbin 230.
 Herkner, H. 131, 177, 243, 278,
 283.
 Hermann, Friedrich Bened.
 Wilh. von 72, 224, 229.
 Hildebrand, Bruno 62, 195, 204,
 208, 225, 229, 230.
 Hobbes, Thomas 3, 12, 261.
 Hobson, John A. 178.
- Hodgskin, Thomas 131.
 Hoffmann 224.
 Hume, David 29.
 Hyndman, H. M. 173.
- Ingram, J. K. XIII, 1, 11, 47, 62, 76.
- Jastrow, J. 239, 243, 272, 279.
 Jeovons, William Stanley 70, 88,
 89, 95, 96, 268, 278.
 Jones, Edward D. 216, 269, 278.
 Juglar, Clément 253, 268, 270,
 278, 279, 290.
- Kampffmeyer, Paul 167.
 Kant, Immanuel 152, 161, 164, 197.
 Kautsky, Karl 173.
 Klemme, Max 30.
 Knaus 224.
 Knies, Carl 62, 88, 194, 204, 208,
 212, 214, 229, 235, 246, 248, 256.
 Komorozynski, Johann von 78,
 84, 104.
- Lacroix, Emeric de 12.
 Lange, Friedrich Albert 164, 226.
 Lassalle, Ferdinand 150, 174.
 Lauderdale, J. M. Graf von 8,
 178.
 Launhardt, Wilhelm 84, 92.
 Leroux, P. 136.
 Leroy-Beaulieu, Paul 42.
 Leser, Em. XIII, 1, 2, 4, 12, 13,
 15, 30, 33.
 Lexitis, W. 26, 106, 107, 243, 255,
 256.
 Lieben, Richard s. Auspitz.
 Liebknecht 173.
 Liefmann, Robert 218, 265.
 Lifschitz, F. 76, 79.
 Lilienfeld, P. von 219.
 Lippert 62.
 List, Friedrich 203, 230.
 Lotz, Johann Friedrich Eusebius
 195, 199.
 Louvois 16.
 Luden, H. 208.
- Mac Culloch 70, 211, 212.
 Malthus, Thomas Robert XII,
 36, 47, 54, 59, 63, 65, 70, 71, 118,
 144, 177, 178, 183, 209, 211, 213,
 265.
 Malyne 13.
 Mandeville, B. de 1, 4.

- Mangoldt, Hans Carl Emil von 88.
 Marat 132.
 Marshall, Alfred 109, 115, 248.
 Marx, Karl XIII, 148, 183, 187, 195, 241, 242.
 Massow 235.
 May, R. E. 218, 243, 265.
 Mayr, G. von 281.
 Mehring, Franz 150.
 Menger, Anton 124, 125, 149, 154.
 Menger, Carl 98, 99, 102, 193, 208, 235.
 Mesmon, M. G. H. de Romance Marquis de 22.
 Messer, A. 169, 260.
 Mill, James 37, 39, 42, 44, 54, 65, 69, 177, 209, 211, 265.
 Mill, John Stuart 69, 71, 76, 251.
 Mirabeau, Victor Riquetti Marquis de 23, 27.
 Misselden 13.
 Mohl, R. von 234.
 Molinari, Gustave de 40.
 Montaigne 2, 12.
 Moore, H. L. 84.
 Morus, Thomas 2, 261.
 Müller, Adam 48, 200.
 Mun 13.
- Neumann, F. J. 62.
 Neurath, Wilhelm 223, 224.
 Nicholson, J. Shield 111.
 Nitti, Fr. 47.
 North, Dudley 13.
- Öchelhäuser, Wilhelm 216.
 Oldenberg, K. 43, 45.
 Oncken, A. XIII, 1, 2, 3, 12, 17, 19, 20, 26, 27, 263.
 Oppenheimer, Franz 149, 157, 186.
 Owen, Robert 128, 131.
- Paine, Thomas 125.
 Pare, William 126, 130.
 Pareto, Vilfredo 42, 96, 270.
 Passow, Richard 76.
 Passy, Frédéric 40.
 Petty, William 13, 14, 20, 261.
 Philippovich, E. von 76, 273.
 Pölitz 208.
 Pohle, Ludwig 43, 44.
 Proudhon, P. J. 141, 146, 151.
- Quesnay, François 11, 19, 28, 33, 34, 36, 71, 261.
 Quetelet, A. 254.
- Rau, Karl Heinrich 36, 209, 213, 230, 232.
 Ricardo, David 65, 72, 100, 153, 177, 258.
 Robertson, John M. 178.
 Rodbertus-Jagetzow, Carl 146.
 Roebuck 47.
 Roscher, Wilhelm XIII, 41, 62, 76, 195, 208, 212, 217, 219, 225, 226, 229, 230, 231, 235, 238, 239, 243.
 Rossi, Pellegrino 70.
 Rost, Bernhard 216.
 Rousseau, J.-J. 261.
 Ruge 150.
 Ruhkopf, Karl 154.
- Saint-Chamans, Vicomte de 10.
 Saint-Pierre, Abbé de 19.
 Saint-Simon, Claude Henri de Rouvray Graf de 133, 153.
 Saint-Simon, Duc de 16.
 Sartorius, Georg 195, 198.
 Sauerbeck 280.
 Savigny 213.
 Sax, Emil 98, 100.
 Say, J.-B. 36, 54, 65, 66, 69, 177, 209, 211, 212, 265.
 Schäffle, Albert E. Fr. 219, 223, 224, 235.
 Scheel, H. von 62.
 Schiele, G. W. 85.
 Schmoller, Gustav 76, 100, 193, 195, 198, 209, 212, 220, 228, 229, 235, 241, 242.
 Schöberg, Gustav von 86, 229.
 Schumacher, H. 79, 85.
 Schütz 224.
 Senior 126.
 Sigwart, Christoph 255.
 Simkhowitsch, Wladimir Gr. 148—154, 163, 168.
 Simmel, Georg 171, 256, 257.
 Sismondi, Jean Charles Léonard Simonde de XII, 36, 54, 65, 153, 177, 208, 209, 211, 228.
 Smith, Adam 8, 10, 11, 17, 28, 31, 38, 40, 47, 49, 50, 54, 66, 70, 72, 75, 78, 100, 194, 195, 198, 199, 201, 203, 209, 212, 265.
 Sombart, Werner XII, 149, 155, 157, 193, 218, 241, 265, 273, 274.

- Spann, Othmar 171.
 Spencer, Herbert 219.
 Spiethoff, Arthur 43, 243.
 Spittler 208.
 S[tafford] W[illiam] 1, 2, 4.
 Stammer, Rudolf 154, 161, 168,
 171, 235, 241, 256, 257.
 Stein, Lorenz von 183.
 Steuart, Sir James 4.
 Straufs 227.
 Struve, Peter von 148, 154, 159,
 160, 165, 172.
- Tarde, Gabriel 251, 268, 275.
 Taylor, W. G. Langworthy 115.
 Temple, William 2.
 Thompson, William 125, 126, 153.
 Thünen, Johann Heinrich von 75,
 118, 261.
 Tucker, Josiah 28, 258.
 Tugan-Baranowski, M. von 42,
 149, 154, 160, 165, 174, 178, 271,
 281, 285, 290.
 Turgot, Anne Robert Jacques
 27, 47.
- Überweg 227.
 Urc 211.
- Vanderlint, Jacob 30.
 Verein für Sozialpolitik 217, 218,
 228, 243, 259, 272.
- Vialles, Pierre 278.
 Vidal, F. 139, 146.
 Volz 224.
- Wächter 208.
 Wagner, Adolf 45, 146.
 Walras, Léon 91, 96.
 Warschauer, Otto 133.
 Wasserrab, Karl 217.
 Watt 47.
 Weber, H. B. von 208.
 Weber, Max 263.
 Wedgewood 47.
 Weill, George 133.
 Weisengrün, Paul 135, 136.
 Weifs, Béla s. Földes.
 Weitling 151.
 Wicksell, Knut 72.
 Wiedenfeld 243.
 Wieser, Friedrich von 98, 101.
 Wirth, Max 41, 215, 220.
 Wittelshöfer, Otto 180.
 Wolf, Julius 41, 164.
 Wolkoff, M. 85.
 Voltmann, Ludwig 148, 154,
 155, 167, 173.
 Worms, René 219.
- Zuckerkandl, Robert 98, 100,
 280.